



## Einladung

# zur Sitzung des Mobilitätssenates

---

**Sitzungstermin:** Dienstag, 24.11.2020, 16:00 Uhr

**Ort, Raum:** Spiegelsaal der Harmonie, E.T.A.-Hoffmann-Platz 1, 96047 Bamberg

---

### Tagesordnung:

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

- |   |  |                        |
|---|--|------------------------|
| 1 | Eröffnung der öffentlichen Sitzung   |                        |
| 2 | 5 Referat für Klima, Mobilität und Soziales<br>Mobilität in Bamberg                          | <b>VO/2020/3723-R5</b> |
| 3 | 5 Radverkehrsbeauftragte/r<br>Fahrradstadt Bamberg   | <b>VO/2020/3662-5</b>  |
| 4 | 5 Radverkehrsbeauftragte/r<br>Öffnung der Erlichstraße für Radverkehr in beide Richtungen    | <b>VO/2020/3722-5</b>  |
| 5 | 68 Amt für Verkehrsplanung<br>Sofortmaßnahmen Lange Straße                                   | <b>VO/2020/3416-68</b> |
| 6 | 68 Amt für Verkehrsplanung<br>Sommerstraßen  | <b>VO/2020/3623-68</b> |
| 7 | 31 Straßenverkehrsamt<br>Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung;<br>Fortführung ab 01.10.2021 | <b>VO/2020/3626-31</b> |
| 8 | 38 Klima- und Umweltamt<br>Kommunaler Klimaschutz im Handlungsfeld Umwelt                    | <b>VO/2020/3463-38</b> |

9	38 Klima- und Umweltamt Kommunaler Klimaschutz im Handlungsfeld Energie	<b>VO/2020/3464-38</b>
10	38 Klima- und Umweltamt Hitzeaktionsplan	<b>VO/2020/3462-38</b>
11	38 Klima- und Umweltamt App gegen Müll	<b>VO/2020/3663-38</b>
12	38 Klima- und Umweltamt Aschenbecher - Modellversuch	<b>VO/2020/3664-38</b>
13	38 Klima- und Umweltamt Biomüllanalyse	<b>VO/2020/3666-38</b>
14	38 Klima- und Umweltamt Maßnahmenpaket gegen Müll	<b>VO/2020/3667-38</b>
15	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.10.2020	



<p><b>Sitzungsvorlage</b></p> <p>Federführend: 5 Referat für Klima, Mobilität und Soziales</p> <p>Beteiligt:</p>	<p><b>Vorlage- Nr:</b> VO/2020/3723-R5</p> <p>Status: öffentlich</p> <p>Aktenzeichen: Datum: 18.11.2020 Referent: Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp</p>						
<p><b>Mobilität in Bamberg</b></p>							
<p>Beratungsfolge:</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 20%;">Datum</th> <th style="width: 40%;">Gremium</th> <th style="width: 40%;">Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>24.11.2020</td> <td>Mobilitätssenat</td> <td>Kenntnisnahme</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	24.11.2020	Mobilitätssenat	Kenntnisnahme
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
24.11.2020	Mobilitätssenat	Kenntnisnahme					

### I. Sitzungsvortrag:

Der Mobilitätsreferent Herr Bürgermeister Glüsenkamp berichtet über den aktuellen Sachstand.  
Der Vortrag erfolgt mündlich.

### II. Beschlussvorschlag:

Vom Bericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

### III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

x	<b>1.</b>	keine Kosten
	<b>2.</b>	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	<b>3.</b>	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	<b>4.</b>	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

**Verteiler:**

**Referat 5  
Amt 68**

<p><b>Sitzungsvorlage</b></p> <p>Federführend: 5 Radverkehrsbeauftragte/r</p> <p>Beteiligt: 68 Amt für Verkehrsplanung 31 Straßenverkehrsamt 38 Klima- und Umweltamt 65 Entsorgungs- und Baubetrieb</p>	<p><b>Vorlage- Nr:</b> VO/2020/3662-5</p> <p>Status: öffentlich</p> <p>Aktenzeichen: Datum: 05.11.2020 Referent: Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp</p>						
<p><b>Fahrradstadt Bamberg</b></p>							
<p>Beratungsfolge:</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 15%;">Datum</td> <td style="width: 45%;">Gremium</td> <td style="width: 40%;">Zuständigkeit</td> </tr> <tr> <td>24.11.2020</td> <td>Mobilitätssenat</td> <td>Kenntnisnahme</td> </tr> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	24.11.2020	Mobilitätssenat	Kenntnisnahme
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
24.11.2020	Mobilitätssenat	Kenntnisnahme					

## I. Sitzungsvortrag:

Zuletzt wurde in der Sitzung des Mobilitätssenates am 07.07.2020 ein Sachstandsbericht zur Fahrradstadt Bamberg gegeben (VO/2020/3180-61). Seitdem hat sich der aktuelle Stand zu folgenden Punkten verändert:

### 1. Image-Kampagne

Die Imagekampagne „Fahrradstadt Bamberg“ ruht derzeit aufgrund der besonderen Haushaltslage.

### 2. StVO-Novelle

Die neue Straßenverkehrsordnung beinhaltet zahlreiche Änderungen bzw. Ergänzungen für Radfahrende, insbesondere auch die Einführung von neuen Verkehrszeichen, die den Radverkehr betreffen. Im Stadtgebiet wurden bereits erste Schilder zu folgenden Inhalten realisiert:

- Lastenrad-Stellplätze Am Kranen und in der Kapuzinerstraße
- Überholverbot von einspurigen Fahrzeuge in der Moos-Unterführung

### 3. Herstellung von zusätzlichen Fahrradbügeln / Fahrradparkplätzen

Bis Ende 2020 werden insgesamt 52 Radbügel (104 Radabstellplätze) auf 11 neuen Standorten im gesamten Stadtgebiet im öffentlichen Straßenraum realisiert worden sein. Zusätzlich wurde die Radabstellanlage in der Kapuzinerstraße erweitert, da die Kapazität für den stark gestiegenen SchülerInnen-Radverkehr angepasst werden musste.

Derzeit liegen weitere 20 Standorte mit ca. 90 Radbügeln (ca. 180 Radabstellplätze), final verwaltungsintern und mit den jeweiligen Bürgervereinen abgestimmt, zur Umsetzung vor. Zur Realisierung dieser Standorte ist der Zukauf neuer Radbügel notwendig. Der Zukauf neuer Radbügel ist aufgrund der Haushaltslage gestoppt.

### 4. Thematik Schrottfahrräder

Nach Ablauf der Testphase zur Abholung von „Schrottfahrrädern light“ kann folgendes bilanziert werden:

Im Verlauf des letzten Jahres wurden ca. 200 Schrottfahrräder in der Innenstadt mit Aufklebern zur Abholung gekennzeichnet (Ergebnis von insgesamt drei Rundgängen zzgl. Ludwigstraße/ Bahnhof). Dabei wurden die einzelnen Schrottfahrräder fotografiert und eine Fotodatenbank nach Standorten erstellt. Nach Ablauf der Frist von vier Wochen wurden die Schrottfahrräder vom EBB in eine vom Immobilienmanagement zur Verfügung gestellte Immobilie gebracht und dort mit der Mindestaufbewahrungszeit von sechs Monaten gelagert. In dieser Zeit gab es zwei Anfragen von BürgerInnen, die ihr vermisstes Rad beschreiben und dort auch wieder abholen konnten. Weil das Gebäude nur befristet zur Verfügung stand, wurde im September die Räumung organisiert. Grundsätzlich war angedacht, die besseren der Schrottfahrräder der Versteigerung zuzuführen. Dies war leider nicht möglich, bedingt durch Corona fand bisher keine Versteigerung statt, auch herrscht hier aktuell ein Überangebot an Fahrrädern. Über die Hälfte der Fahrräder konnte trotzdem noch weitergegeben werden. Mit Unterstützung des Vereins „Bicycle Liberation Front“, die sich u.a. in Reparaturwerkstätten für Flüchtlinge engagieren, wurden die Fahrräder begutachtet und sortiert. Insgesamt konnten so ca. 110 Fahrräder an die Lebenshilfe und an Kolping zur Aufbereitung und weiteren Nutzung vermittelt werden. Der Rest von ca. 90 Fahrrädern wurde als nicht mehr lohnenswert reparierbar ausgemustert und muss zur Entsorgung gebracht werden.

Dieses Konzept und der Umgang mit Schrottfahrrädern light verursacht einen erhöhten Personalaufwand und Kosten durch einen erhöhten Transportaufwand durch den EBB. Auf der anderen Seite werden die Radabstellanlagen im öffentlichen Raum durch das regelmäßigeres Entfernen von Schrottfahrrädern nicht blockiert und bleiben funktionstüchtig. Denn der steigende Bedarf an Radabstellanlagen kann über den Neubau alleine nicht gedeckt werden. Zusätzlich gewinnt der öffentliche Raum vor allem an den bekannten HotSpots (z.B. Pfahlplätzchen) dadurch an Attraktivität.

Es ist geplant, dieses Konzept weiter zu verfolgen (mindestens einmal jährlich im erweiterten Innenstadtbereich (mit Bahnhofumfeld), zweimal jährlich an bekannten Hotspots).

## **5. Förderprogramm Lastenrad**

Das Förderprogramm Lastenräder hat sich in 2020 erstmals neben Gewerbetreibenden auch an Familien und Alleinerziehende mit mindestens einem Kind und Hauptwohnsitz in Bamberg gerichtet. Zahlreiche Anträge wurden gestellt, nicht alle konnten im diesjährigen Fördertopf berücksichtigt werden. Für die Lastenradförderung 2021 ist beabsichtigt, die Förderrichtlinien für künftige Förderungen zu ändern.

## **6. Ausweisen von neuen Fahrradstraßen**

### **Fahrradquartier Geyerswörth**

Im Umweltsenat am 18.09.2018 hat der Umweltsenat die Einführung der Fahrradstraßen im Bereich Herrenstraße-Schranne-Geyerswörth-Lugbank beschlossen. Die Ausweisung soll nach Ende der Baumaßnahme Sutte/Matern erfolgen. Zwischenzeitlich ist das Verkehrszeichen „Fahrradzone“ in die StVO aufgenommen worden. Nach Abschluss der Prüfung, ob das „Fahrradquartier“ als Fahrradzone oder als einzelne Fahrradstraßen beschildert werden soll und der verkehrsrechtlichen Anordnung könnte nach der Verkehrsfreigabe der Matern die Maßnahme umgesetzt werden.

Aufgrund der Haushaltssituation stehen derzeit keine Finanzmittel für die Umsetzung (Bestellung Schilder, Montage und Aufbringen von Markierungen) zur Verfügung.

### **Fahrradachse Wunderburg**

Sowohl die probeweise Ausweisung der Fahrradachse Luitpoldbrücke – Wunderburg als Fahrradstraße als auch das Erstellen eines Konzepts für die Öffnung der Erlichstraße für Radfahrende in beide Richtungen wurde im Mobilitätssenat am 07.07.2020 beschlossen.

#### Trimbergstraße

Die Trimbergstraße als Teil dieser Fahrradachse konnte bisher nicht für den Radverkehr in beide Richtungen freigegeben werden, da zuerst an der Einmündung zur Peuntstraße die Lichtsignalanlage angepasst werden muss. Aufgrund der Haushaltssituation stehen hierfür derzeit keine Finanzmittel zur Verfügung. Die Ausweisung der Fahrradachse als Fahrradstraße könnte demnach erst auf Höhe Gönnerstraße beginnen.

Mit Öffnung der Erlichstraße für den Radverkehr in beide Richtungen (siehe eigene Sitzungsvorlage VO/2020/3722-5) kann die Fahrradachse von der Wunderburg bis zur Gereuth weiter untersucht werden. Geprüft werden muss, ob sich die Straßenzüge ab Bleichanger über Jäger-, Erlich-, und bis zur

Rotensteinstraße zur Ausweisung als Fahrradstraßen eignen und den verkehrsrechtlichen Vorgaben entsprechen.

## **7. Verbesserung der Verkehrsverhältnisse Regensburger Ring - Magazinstraße - Memmelsdorfer Straße**

Ziel des Gesamtprojektes ist, im Straßenzug Regensburger Ring - Magazinstraße - Memmelsdorfer Straße, die Verkehrsverhältnisse für alle Verkehrsteilnehmer zu verbessern. Dies beinhaltet eine schlüssige und sichere Radverkehrsanlage zu schaffen, die Knotenpunkte und Bushaltestellen sowohl für geh- als auch sehbehinderte und blinde Menschen barrierefrei zu gestalten und die Straßenoberflächen zu sanieren. Das Gesamtprojekt ist in fünf Bauabschnitte unterteilt, Mitte August 2020 konnte der dritte rund 500 m lange Bauabschnitt zwischen Europabrücke und der Einmündung Mußstraße für den Verkehr freigegeben werden.

Für den vierten Bauabschnitt wurde eine kurzfristige Maßnahme im Mobilitätssenat am 07.07.2020 beschlossen, eine Mittelfreigabe für diese Maßnahme erfolgte nicht.

Weil durch diese kurzfristige Lösung sowohl die grundsätzliche Problematik der Erreichbarkeit des baulichen Radwegs auf der Südseite nicht gelöst wird als auch keinerlei barrierefreier Ausbau an Haltestellen und Querungen verbunden ist, wird von der Verwaltung der große Förderantrag für die restlichen Bauabschnitte unbedingt weiterverfolgt. Hierfür wurden für den Haushalt 2021 entsprechende Planungsmittel angemeldet.

## **8. Fahrradprogramm 2020**

Im aktuellen Haushaltsjahr stehen für die Haushaltsstelle Fahrradwegenetz Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 200.000 € zur Verfügung. Die Haushaltsstelle war bis Ende Juli 2020 gesperrt. Die Haushaltsmittel wurden auf die einzelnen Maßnahmenpakete „Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit“, „Infrastruktur für den ruhenden Radverkehr (Abstellanlagen)“ und „Infrastruktur für den fließenden Radverkehr (Ausbau Radwegenetz)“ wie folgt verausgabt:

### Maßnahmenpaket „Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit“

- Förderprogramm Lastenräder

### Maßnahmenpaket „Infrastruktur für den ruhenden Radverkehr (Abstellanlagen)“

- Montage Radbügel
- Umsetzung Lastenrad-Stellplätze

### Maßnahmenpaket „Infrastruktur für den fließenden Radverkehr (Ausbau Radwegenetz)“

- Auffrischen von Rotmarkierungen
- Umsetzung von verkehrsrechtlichen Anordnungen für den Radverkehr
- Cityroute 9 – Knoten Nürnberger-/Holzgarten-/Moosstraße (aufgeweitete Radaufstellstreifen in der Nebenrichtung im Zuge der Fahrbahnsanierung)

Aufgrund der späten bzw. nicht gänzlich erfolgten Mittelfreigabe konnten weitere Maßnahmen zum Ausbau des Radwegenetzes nicht umgesetzt werden.

## **II. Beschlussvorschlag:**

Der Mobilitätssenat nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

### III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

<b>X</b>	<b>1.</b>	keine Kosten
	<b>2.</b>	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	<b>3.</b>	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	<b>4.</b>	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

**Anlage/n:**

**Verteiler:**

Amt 68  
Amt 31  
Amt 38  
EBB



<p><b>Sitzungsvorlage</b></p> <p>Federführend: 5 Radverkehrsbeauftragte/r</p> <p>Beteiligt: Stadtwerke Bamberg Verkehrs- und Park GmbH 31 Straßenverkehrsamt 65 Entsorgungs- und Baubetrieb 68 Amt für Verkehrsplanung</p>	<p><b>Vorlage- Nr:</b> VO/2020/3722-5</p> <p>Status: öffentlich</p> <p>Aktenzeichen: Datum: 18.11.2020 Referent: Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp</p>						
<p><b>Öffnung der Erlichstraße für Radverkehr in beide Richtungen</b></p>							
<p>Beratungsfolge:</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td>Datum</td> <td>Gremium</td> <td style="text-align: right;">Zuständigkeit</td> </tr> <tr> <td>24.11.2020</td> <td>Mobilitätssenat</td> <td style="text-align: right;">Entscheidung</td> </tr> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	24.11.2020	Mobilitätssenat	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
24.11.2020	Mobilitätssenat	Entscheidung					

## I. Sitzungsvortrag:

Im Mobilitätssenat am 07.07.2020 wurde das Erstellen eines Konzepts für die Öffnung der Erlichstraße für Radfahrende in beide Richtungen beschlossen.

### Sachstand:

Die Erlichstraße ist ab der Einmündung Friedrich-Ebert-Straße bis zur Einmündung Hüttenfeldstraße als eine Einbahnstraße in Fahrtrichtung Gereuth ausgewiesen und befindet sich in einer Tempo-30-Zone. Die Fahrbahnbreite beträgt ca. 6,00 m. Die Erlichstraße ist für den ÖPNV eine Hauptroute, hier verkehrt die stark nachgefragte Linie 5 in die Gereuth. Die Parkierung im öffentlichen Straßenraum im besagten Einbahnabschnitt besteht insgesamt aus 18 Dauerstellplätzen, 14 Kurzzeitstellplätzen und einem allgemeinen Behindertenstellplatz. Die Stellplätze befinden sich auf der in Fahrtrichtung rechten Seite.



## Einsatzkriterien für die Öffnung von Einbahnstraßen gemäß Vorgaben der StVO und ERA 10

Um eine Einbahnstraße für den Radverkehr öffnen zu können, sind laut StVO und zugehöriger Verwaltungsvorschrift (VwV-StVO zu Zeichen 220 „Einbahnstraße“) bestimmte Einsatzkriterien zu erfüllen. So kann der Radverkehr in Gegenrichtung zugelassen werden, wenn eine ausreichende Begegnungsbreite vorhanden ist, ausgenommen an kurzen Engstellen. Laut ERA 2010 eignen sich Fahrgassen ab 3,00 m Breite bei ausreichenden Ausweichmöglichkeiten für eine sichere Begegnung zwischen Kfz-Verkehr und Radverkehr. Bei Linienbusverkehr oder stärkerem Verkehr mit Lastkraftwagen sollte die Fahrgassenbreite 3,50 m oder mehr betragen. Einbahnstraßen mit geringeren Breiten können im Einzelfall geöffnet werden, soweit eine Begegnungswahrscheinlichkeit auf Grund der Verkehrsstärken oder der Länge der Einbahnstraße nur sehr gering ist. Die Öffnung ist bei engen Fahrgassen auch möglich, wenn Ausweichmöglichkeiten bestehen (z.B. durch regelmäßige Lücken im Parkstreifen durch Grundstückszufahrten) oder geschaffen werden können.

Soweit nicht andere Gründe dagegen sprechen, sollte einseitiges Parken auf der in Einbahnrichtung linken Seite angeordnet werden, da sich durch Grundstückseinfahrten und unbesetzte Parkstände Ausweichmöglichkeiten ergeben und die Gefahr für sich öffnende Türen durch den direkten Sichtkontakt geringer ist.

### Planung:

Die in der Verwaltungsvorschrift zur StVO genannten Einsatzkriterien zur Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung sind erfüllt (30 km/h, erforderliche Restfahrbahnbreite von mind. 3,50 m bei Linienbusverkehr, etc.).

### Variante A:

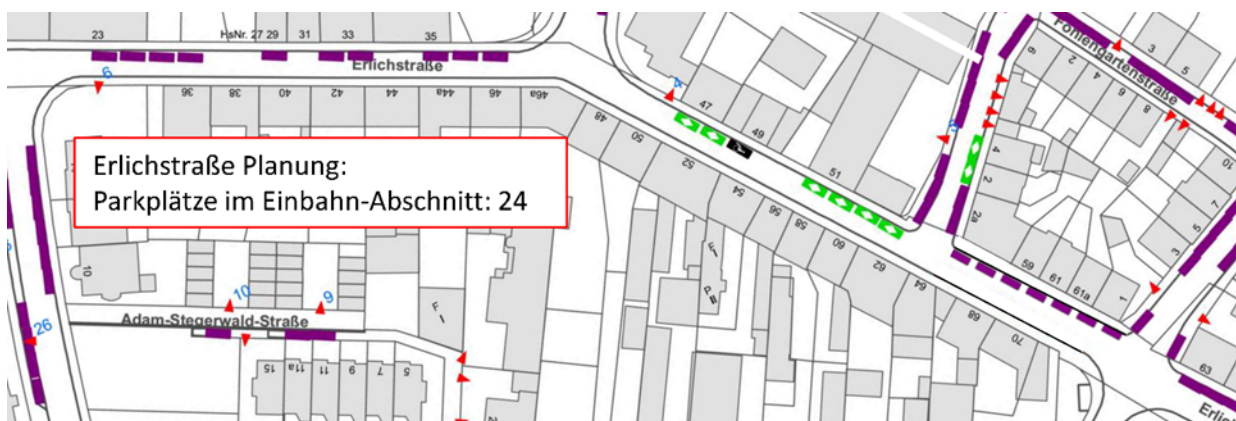
Bei Verbleib der Parkplätze auf der in Fahrtrichtung rechten Seite müssten zur Verbesserung der Sicht im Kurvenbereich auf Höhe der Einmündung Hedwigstraße insgesamt vier Parkplätze entfallen. Dadurch wird zugleich auch eine Ausweichfläche für den neuen Begegnungsfall Kfz/Bus - Rad geschaffen.

### Variante B:

Da die Erlichstraße eine starke ÖPNV-Trasse ist, sind Störungen im Betriebsablauf zu vermeiden. Nach Stellungnahme des Verkehrsbetriebs sind bei einer Öffnung für Radfahrende die Parkplätze zwingend auf die linke Seite zu verlegen. Dadurch entstehen mehrere geeignete Ausweichmöglichkeiten für den Begegnungsfall Bus - Rad.

Stellungnahme der Stadtwerke: „Nach Einschätzung der Stadtwerke Bamberg Verkehrs- und Park GmbH können in der Erlichstraße die Kriterien zur Öffnung einer Einbahnstraße für den Radverkehr in Gegenrichtung nur erfüllt werden, wenn die Parkplätze auf die in Fahrtrichtung Gereuth linke Straßenseite verlegt werden (Variante B). Nur bei dieser Variante sind für den in Gegenrichtung verkehrenden Radfahrer bei einer Begegnung mit Kfz/Bus ausreichende Ausweichmöglichkeiten bei Grundstückszufahrten oder in Parklücken gegeben. Nur bei dieser Variante lassen sich die Interessen von „ÖPNV“ und „Rad“ im Sinne des Ziels „Förderung des Umweltverbundes“ in Einklang bringen.

Bei der Verlegung der Parkierung auf die in Fahrtrichtung linke Seite entfallen von 33 Stellplätzen neun Stellplätze:



## Ergebnis:

Mit Fortschreibung des VEP 2030 ist neben weiteren Oberzielen die „Förderung des Umweltverbundes (Rad, Fuß, ÖPNV)“ und als konkrete Zielsetzung der Modal-Split-Anteil des Umweltverbundes von 75% am Gesamtverkehr im Jahr 2030 vom Stadtrat beschlossen worden. Um gleichzeitig ÖPNV und Rad zu fördern, wird von der Verwaltung Variante B weiterverfolgt.

In Studien der Unfallforschung (UDV 2016) und der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt 2001) wurde festgestellt, dass die Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung einen positiven Einfluss auf die Verkehrssicherheit in Einbahnstraßen hat. So fahren Kfz in Einbahnrichtung bei Begegnungen mit entgegenkommenden Radfahrern langsamer, während Sie beim Überholen von Radfahrern i.d.R. beschleunigten. Auch wurde ein Sicherheitsgewinn für Fußgänger ermittelt. So konnten Konflikte mit illegal auf dem Gehweg in Gegenrichtung der Fahrbahn fahrenden Radfahrern reduziert werden, da diese nach Öffnung der Einbahnstraße in Gegenrichtung meistens legal auf der Fahrbahn führen. Im Rahmen der vorliegenden UDV-Untersuchung wurden lediglich ein Prozent aller geöffneten Einbahnstraßen von den Kommunen als problematisch in Bezug auf die Verkehrssicherheit eingeschätzt.

Mit der StVO-Novelle wurde der innerorts gültige Mindestabstand von 1,50 Meter beim Überholen von Radfahrenden eingeführt. In Bezug auf geöffnete Einbahnstraßen gibt es hierzu eine Klarstellung im Deutschen Bundestag vom 19.06.2020:

### **Verhalten bei Begegnung von Rad- mit Autofahrenden in Einbahnstraßen - Einhaltung des Mindestabstandes von 1,50 Meter**

#### **Schriftliche Frage (100.) des Abgeordneten Torsten Herbst (FDP)**

Wie sollen Autofahrer nach Auffassung der Bundesregierung den seit dem 28. April 2020 innerorts gültigen Mindestabstand von 1,50 Meter beim Passieren von Radfahrern einhalten, wenn Radfahrer eine freigegebene Einbahnstraße entgegen der Fahrtrichtung für Autos benutzen und die Straßenbreite eine Einhaltung des Mindestabstandes für Autofahrer unmöglich macht?

#### **Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann vom 17. Juni 2020**

Begegnen sich zwei Fahrzeuge, stellt dies keinen Überholvorgang dar. Dennoch muss auch hier jede Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer ausgeschlossen werden. Kann die Sicherheit von Radfahrenden nicht durch einen ausreichenden Abstand gewährleistet werden, ist die Geschwindigkeit zu verringern oder – erforderlichenfalls – kurz anzuhalten und erst nach dem Begegnen weiterzufahren. In Bezug auf in Gegenrichtung für den Radverkehr freigegebene Einbahnstraßen ist zu beachten, dass eine Freigabe nur erfolgen darf, wenn eine ausreichende Fahrbahnbreite gegeben ist.

Stand der Information	28. Juni 2020
Weitere Informationen	<a href="https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/201/1920197.pdf">19/20197: Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 15. Juni 2020 eingegangenen Antworten der Bundesregierung (PDF) (https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/201/1920197.pdf)</a> <a href="https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/K/stvo-novelle-streetlovestory.html">www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/K/stvo-novelle-streetlovestory.html</a> ( <a href="https://www.bmvi.de/Shared-Docs/DE/Artikel/K/stvo-novelle-streetlovestory.html">https://www.bmvi.de/Shared-Docs/DE/Artikel/K/stvo-novelle-streetlovestory.html</a> )
Quelle	Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20197, 19. Wahlperiode, 19.06.2020, Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 15. Juni 2020 eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Mit Öffnung der Erlichstraße für den Radverkehr in beide Richtungen kann die Fahrradachse von der Wunderburg bis zur Gereuth weiter untersucht werden. Geprüft werden muss, ob sich die Straßenzüge ab Bleichanger über Jäger-, Erlich-, und bis zur Rotensteinstraße zur Ausweisung als Fahrradstraßen eignen und den verkehrsrechtlichen Vorgaben entsprechen.

## II. Beschlussvorschlag:

1. Der Mobilitätssenat nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Der Mobilitätssenat stimmt der Öffnung der Erlichstraße für Radfahrende in beide Richtungen zu.

### III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

	<b>1.</b>	keine Kosten
<b>X</b>	<b>2.</b>	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	<b>3.</b>	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	<b>4.</b>	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

**Anlage/n:**

**Verteiler:**

Amt 68  
Amt 31  
EBB  
STVP

<p><b>Sitzungsvorlage</b></p> <p>Federführend: 68 Amt für Verkehrsplanung</p> <p>Beteiligt: 80 Wirtschaftsförderung 5 Radverkehrsbeauftragte/r 31 Straßenverkehrsamt 65 Entsorgungs- und Baubetrieb 47 Garten- und Friedhofsamt</p>	<p><b>Vorlage- Nr:</b> VO/2020/3416-68</p> <p>Status: öffentlich</p> <p>Aktenzeichen: Datum: 16.09.2020 Referent: Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp</p>						
<p><b>Sofortmaßnahmen Lange Straße</b></p>							
<p>Beratungsfolge:</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 20%;">Datum</td> <td style="width: 40%;">Gremium</td> <td style="width: 40%;">Zuständigkeit</td> </tr> <tr> <td>24.11.2020</td> <td>Mobilitätssenat</td> <td>Entscheidung</td> </tr> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	24.11.2020	Mobilitätssenat	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
24.11.2020	Mobilitätssenat	Entscheidung					

### I. Sitzungsvortrag:

Aktuell liegen der Verwaltung zwei Anträge zur Veränderung der Verkehrsführung in der Langen Straße vor. Grundsätzlich favorisiert das Mobilitätsreferat eine bauliche Lösung, welche mehr gemischte Nutzung und Reduzierung des Durchfahrtverkehrs statt der Errichtung separierter, baulicher Anlagen ermöglicht. Eine solche Maßnahme kann derzeit jedoch auf Grund der Haushaltssituation nicht zeitnah umgesetzt werden.

Dennoch erkennt die Verwaltung den aktuellen Handlungsbedarf in der Langen Straße an und unterbreitet einen Kompromissvorschlag, welcher auch das Interesse der ansässigen Händlerinnen und Händler berücksichtigt, nach dem Abschluss vieler Baumaßnahmen in der Langen Straße nicht zeitnah wieder Baustellen an Ort und Stelle zu eröffnen.

Zunächst soll an dieser Stelle noch einmal auf die gestellten Anträge eingegangen werden:

#### A –Verkehrsversuch Radweg in der Langen Straße

Im Antragspaket „Geschlossenes Radwegnetz“ vom 08.06.2020 (Anlage 2) beantragt die Stadtratsfraktion FW-BuB-FDP den Verkehrsversuch Radweg in der Langen Straße.

Ziel des Antrages ist es, die Lücken im Bamberger Radwegnetz zu schließen und somit die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer zu fördern.

Die Stadtratsfraktion beantragt zwischen dem Schönleinsplatz und dem Gebäude der Langen Straße 8 die Markierung eines Radfahrstreifens oder Schutzstreifens auf der Fahrbahn.

Derzeit fährt der Radfahrer bei Tempo-30 und Tempo-20-Zonen im Mischverkehr auf der Fahrbahn gemeinsam mit dem Individualverkehr.

Des Weiteren beantragt die Stadtratsfraktion zwischen Lange Straße 8 und dem Gebäude am Kranen 8, entlang des Obstmarktes in Richtung Kranen, wieder einen Radweg auf der alten Radwegetrasse einzuzeichnen.

Dies wird nicht befürwortet, da sich auf Höhe der Lichtsignalanlage in der Langen Straße zwei Fußgängerzonen befinden. Somit ist der Grüne Markt mit dem Obstmarkt verbunden und ein hohes Fußverkehrsaufkommen ist vorhanden. Um Konflikte zwischen Fußverkehr und Radverkehr zu vermeiden, wird der mit weißem Straßenpflaster markierte Seitenraum in Richtung Kranen für den Fußverkehr priorisiert. Auch hier befindet sich die Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn in der Mischverkehrsfläche.

## **B – Sofortmaßnahmen Lange Straße**

Mit Schreiben vom 17.07.2020 (Anlage 3) hat die Stadtratsfraktion Grünes Bamberg den Antrag „Sofortmaßnahme Lange Straße 2020“ eingereicht. Ziel des Antrags ist es, die Aufenthaltsqualität in der Langen Straße zu erhöhen und ein Angebot für diverse Nutzergruppe zu schaffen.

Dabei sollte der bauliche Radweg auf der Südseite der Langen Straße in Richtung Schönleinsplatz zwischen Langes Straße Haus Nr. 26 bis 48 auf die Fahrbahn entgegen der Einbahnrichtung verlegt werden.

Um die Aufenthaltsqualität in der Langen Straße und ihr optisches Erscheinungsbild zu optimieren, sollen die vorhandenen „Haltebuchten“ innerhalb der Fahrbahn diversifiziert werden, sodass mehr Nutzergruppen von einer Umgestaltung der Halteflächen profitieren.

Die Verwaltung schlägt (auch um bauliche Maßnahmen zu vermeiden) vor, auf die Verlegung des Radweges zu verzichten und stattdessen den vorhandenen Fahrbahnrand neu zu bewirtschaften.

Sie unterbreitet deshalb den folgenden Kompromissvorschlag, der der Planskizze (Anlage 1) zu entnehmen ist.

Die Planskizze verdeutlicht das Konzept einer Neugestaltung des Fahrbahnrandbereiches zwischen Schönleinsplatz und Lange Straße 8. Die Planskizze geht im Besonderen auf die „Parkplatzsituation“ auf der südlich gelegenen Straßenseite ein. Derzeit ist dort vermehrt das längere Abstellen von Fahrzeugen mit Handwerkerweisen festzustellen, was keiner guten Nutzung im Sinne der Hebung der Aufenthaltsqualität in der Langen Straße entspricht.

Folgende Tabelle zeigt die Nutzungsarten im vorhandenen Bestand und im neuen Planungsvorschlag auf:

<b>Nutzungsart</b>	<b>Bestand</b>	<b>Neuer Planungsvorschlag</b>
Behindertenstellplätze	1	2
Taxistellplätze	2	0
Grünelemente	11	17
Radbügel	36	56
Lastenradstellplätze	0	3
motorisierte Zweiräder	12	16
Lade- und Lieferstellmöglichkeiten	ca. 25	14

Im neuen Planungsvorschlag bleibt die Zone eingeschränktes Halteverbot weiterhin bestehen. Handwerker und Kunden haben weiterhin die Möglichkeit zu halten. Grünelemente lockern das Straßenbild auf. Neue Kapazitäten anhand eines zusätzlichen Behindertenstellplatzes und Radabstellmöglichkeiten werden geschaffen.

In der Routine Verkehr wurde die Neugestaltung der Langen Straße am 11.11.2020 besprochen. Die Routine Verkehr ist eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Verkehrsplanung, Verkehrsbehörde, EBB, Polizei, Feuerwehr und STVP. Ihre Fachleute bewerten verkehrsrelevante Themen anhand der Sicherheit sowie der rechtlichen und verkehrstechnischen Umsetzbarkeit.

Aus verkehrlicher Sicht ist die geplante Neugestaltung in der Langen Straße umsetzbar. Bei der Installation der Grünelemente ist auf die Verkehrssicherheit besondere Rücksicht zu nehmen und Baken müssen angebracht werden. Die Bepflanzung darf nicht so hoch werden, um ein Anleiten der Feuerwehr im Brandfall zu behindern.

Das Mobilitätsreferat erwartet von der Veränderung eine Aufwertung des öffentlichen Raums in der Langen Straße.

**Kosten:**

Die Kosten für die Sofortmaßnahme der Langen Straße beinhalten u. a. Montagearbeiten, die Installation neuer Pflanzkübel und Verkehrsschilder und Markierungsarbeiten (z.B. Behindertenstellplatz, Lastenradstellplatz), sowie die Installation von Radbügeln und Lastenradabstellvorrichtungen. Des Weiteren sind Maßnahmen, wie das Anbringen von Baken an die Pflanzkübel zur Optimierung der Verkehrssicherheit angedacht.

Die Kosten belaufen sich auf ca. 10.000,- € und sind aus bestehenden Mitteln des EBB (Dienstleistungsentgelt) zu bestreiten.

**II. Beschlussvorschlag:**

1. Vom Bericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Der Verkehrsversuch Radweg in der Langen Straße soll nicht umgesetzt werden.
3. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung des im Sitzungsvortrag geschilderten Kompromissvorschlags zu den Sofortmaßnahmen in der Langen Straße beauftragt.
4. Der Antrag der FW-BuB-FDP-Stadtratsfraktionen Punkt 3 vom 08.06.2020 und der Antrag der Grünen Bamberg-Stadtratsfraktion vom 17.07.2020 sind hiermit geschäftsordnungsgemäß behandelt.

**III. Finanzielle Auswirkungen:**

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

	<b>1.</b>	keine Kosten
<b>X</b>	<b>2.</b>	Kosten in Höhe von <b>ca. 10.000 Euro</b> für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	<b>3.</b>	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	<b>4.</b>	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

**Anlage/n:**

Anlage 1 – Planskizze Lange Straße

Anlage 2 – Antrag FW-BuB-FDP-Stadtratsfraktion vom 08.06.2020

Anlage 3 – Antrag Grünes Bamberg-Stadtratsfraktion vom 17.07.2020

**Verteiler:**

Referat 5

EBB

Straßenverkehrsamt

STVP

Polizeiinspektion Bamberg-Stadt






Amt für Brand und Katastrophenschutz

Gartenamt



# Konzeptionelle Entwurfsplanung

Ausdruck aus dem Geodatenbestand

-  = eingeschränktes Halteverbot
-  = Behindertenstellplatz
-  = Radbügel + Lastenradstellplätze
-  = Stellplatz für motorisierte Zweiräder
-  = Grünelement



Nutzungsart	Bestand	Neuer Planungsvorschlag
Behindertenstellplätze	1	2
Taxistellplätze	2	0
Grünelemente	11	17
Radbügel	36	56
Lastenradstellplätze	0	3
motorisierte Zweiräder	12	16
Lade- und Lieferstellmöglichkeiten	ca. 25	14

**STADT BAMBERG**  
SG Verkehrsplanung

Projekt: Übersicht Sofortmaßnahmen  
Lange Str. Stand 11/2020

Bamberg, den 16.11.2020

Bellé Bearbeiter  
Bellé Layout

Wichtiger Hinweis: Auszug aus dem GIS der Stadt Bamberg. Es wird keinerlei Haftung bezüglich Datengenauigkeit und Rechtssicherheit übernommen!



**Stadträtin  
Claudia John (FW)**

Mail:  
Claudia.Marion.John@web.de



**Stadträtin  
Daniela Reinfelder (BuB)**

Mail:  
architekturbuereinfelder  
@t-online.de



**Stadtrat  
Martin Pöhner (FDP)**

Mail:  
martin.poehner@t-online.de

Herrn  
Oberbürgermeister Andreas Starke  
Stadt Bamberg  
Maximiliansplatz 3  
96047 Bamberg

## **Antragspaket: "Für die Schaffung eines geschlossenen Radwegenetzes in der Bamberger Innenstadt"**

Bamberg, den 08.06.2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit stellen die Stadträte von FW, BuB und FDP ein Antragspaket bestehend aus fünf Anträgen zum Thema

**"Für die Schaffung eines geschlossenen Radwegenetzes in der Bamberger Innenstadt".**

Siehe Anhang.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Anträge:

- 1. Verkehrsversuch Radweg in der Luitpoldstraße**
- 2. Planung und Umsetzung eines Radwegs stadteinwärts entlang der Peuntstraße und des Marienplatzes**
- 3. Verkehrsversuch Radweg in der Langen Straße**
- 4. Kostengünstige, dauerhafte Schließung der Radwegelücke am Regensburger Ring zwischen Maria-Ward-Straße und Gaustadter Hauptstraße**
- 5. Planung eines Radwegs in der Ludwigstraße und der Schwarzenbergstraße zwischen dem Bahnhof und der Pfisterbrücke**

Die Anträge sind darauf angelegt, dass zusammen mit den bestehenden Radwegen ein möglichst **zusammenhängendes Radwegenetz** in der Bamberger Innenstadt entsteht.

Die Übermittlung erfolgt ausschließlich elektronisch.

Bereits im Voraus vielen Dank für Ihre Bemühungen und die Bemühungen der Stadtverwaltung!

Mit freundlichen Grüßen

Claudia John  
FW-Stadträtin

Daniela Reinfelder  
BuB-Stadträtin

Martin Pöhner  
FDP-Stadtrat



**Stadträtin  
Claudia John (FW)**

Mail:  
Claudia.Marion.John@web.de



**Stadträtin  
Daniela Reinfelder (BuB)**

Mail:  
architekturbaeroreinfelder  
@t-online.de



**Stadtrat  
Martin Pöhner (FDP)**

Mail:  
martin.poehner@t-online.de

Herrn  
Oberbürgermeister Andreas Starke  
Stadt Bamberg  
Maximiliansplatz 3  
96047 Bamberg

### ***Antragspaket „Geschlossenes Radwegenetz“***

#### **Antrag Nr. 3: Verkehrsversuch Radweg in der Langen Straße**

Bamberg, den 08.06.2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit der Zielsetzung, die Lücken im Bamberger Radwegenetz zu schließen, die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer zu erhöhen und gleichzeitig die Erreichbarkeit der Innenstadt für alle, gerade auch für ÖPNV-Nutzer, Autofahrer und Fußgänger zu sichern, beantragen wir die Durchführung des folgenden Verkehrsversuchs in der Langen Straße:

Zwischen dem Schönleinsplatz und dem Gebäude Lange Straße 8 wird **auf der bestehenden Fahrbahn ein Radweg** (bei Engstellen ggf. ein Schutzstreifen) stadteinwärts in Richtung Obstmarkt **ingezeichnet**. Dies ist durch die inzwischen erfolgte Abschaffung der Kurzzeitparkplätze auf der linken Straßenseite möglich geworden.

Zwischen Lange Straße 8 und dem Gebäude Am Kranen 8 wird – entlang des Obstmarktes – wieder ein Radweg auf der alten Radwegetrasse in Richtung „Am Kranen“ eingezeichnet.

Die Maßnahme kann mit sehr geringem Kostenaufwand (in erster Linie nur die Farbe für die Markierung) durchgeführt werden. Gleichzeitig wird damit einem immer wieder von vielen Bürgerinnen und Bürgern geäußerten Wunsch nach einem sichern Radweg in der Langen Straße entsprochen.

Der Verkehrsversuch soll noch im Kalenderjahr 2020 beginnen und nach einem Jahr evaluiert werden. Vorbild soll der Verkehrsversuch Friedrichstraße sein.

Bereits im Voraus vielen Dank für Ihre Bemühungen und die Bemühungen der Stadtverwaltung!

Mit freundlichen Grüßen

Claudia John  
FW-Stadträtin

Daniela Reinfelder  
BuB-Stadträtin

Martin Pöhner  
FDP-Stadtrat



**Volt**



**Herrn Oberbürgermeister  
Andreas Starke  
Rathaus Maxplatz**

c/o GRÜNES BAMBERG

Grüner Markt 7  
96047 Bamberg  
Tel: +49 (951) 23 777  
fraktion@gruenes-bamberg.de

96047 Bamberg

Bamberg, 17. Juli 2020

**Antrag (für den Mobilitätssenat am 7.10.2020):**  
**Sofortmaßnahme Zukunft Lange Straße 2020**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Lange Straße ist einer der wertvollsten Straßenzüge im Herzen der Bamberger Altstadt – und eine der wichtigsten Einkaufsstraßen. Wir sind der Meinung, dass das Potential der Straße keineswegs ausgeschöpft ist und der Überzeugung, dass in der Aufwertung der Straße enormes Potential für die gesamte Bamberger Innenstadt steckt. Wir wollen deshalb in den nächsten Jahren den niveaugleichen Ausbau mit einer Mischverkehrsfläche (shared space) und deutlich mehr Aufenthaltsqualität angehen.

Um diese Aufenthaltsqualität schon jetzt zu steigern, beantragen wir eine Sofortmaßnahme und damit verbunden die Beratung im nächsten Mobilitätssenat.

Konkret beantragen wir:

1. Der linksseitige Gehweg zwischen den Hausnummern 24-46 wird um den Radweg und bis zur Gehsteigkante verbreitert.
2. Der Radverkehr wird im o. g. Bereich auf einem zwei Meter breiten Radfahrstreifen auf der Fahrbahn an Stelle der jetzigen Kurzhaltezone geführt. Die Verwaltung prüft, inwiefern zum Schutz vor Überfahren durch den MIV Rüttelschwellen in Tellerform auf dem Radfahrstreifen angebracht werden können.
3. Der durch die Maßnahme wegfallende Stellplatz für Menschen mit Behinderung wird um wenige Meter nach Westen im weiteren Verlauf der Langen Straße verlagert.
4. Die Verwaltung überprüft inwiefern am Schönleinsplatz die jetzigen Misch-Parkplätze in reine Anwohnerparkplätze umgewandelt werden und zwischen 7 und 17 Uhr für Liefer- und Handwerksverkehr freigegeben werden können.
5. Für Pflegedienste, Hol- und Bringdienste, Handwerks- und Lieferverkehr soll weiterhin die Haltebucht rechts (Höhe Ibis Style) und die Ladezone im weiteren Verlauf links zur Verfügung stehen.
6. Ergänzend soll die Verwaltung bei einem gemeinsamen Gesprächstermin mit beteiligten Akteuren ein Konzept für die Gewährleistung des Liefer- und Wirtschaftsverkehrs im Rahmen der genannten Maßnahmen vorlegen.

Begründung:

Durch die Maßnahme entsteht mehr Raum für den Fußverkehr und zum Flanieren, zur Begrünung oder auch für Sitzgelegenheiten. Die Aufenthaltsqualität wird so erhöht, wovon erwiesenermaßen der lokale Einzelhandel profitiert. Gleichmaßen wird der Liefer-/ Handwerks- und Wirtschaftsverkehr mitgedacht. Hierzu stehen nach Prüfung durch die Verwaltung weiterhin die Haltebucht rechts (4-5 KFZ), die Lieferzone im weiteren Verlauf links und die Möglichkeiten am Schönleinsplatz zur Verfügung. Die Maßnahme ist kostengünstig und kann zeitnah die Situation in der Langen Straße verbessern und damit den Handel stärken. Bestehende Konflikte zwischen Rad- und Fußverkehr werden entschärft und beiden wird mehr Platz gewidmet.

Wir haben auf starke Beteiligung der Gewerbe- und Handelstreibenden in der Langen Straße gesetzt und im direkten Gespräch um Unterstützung geworben und diese in Form von vielen Unterschriften - darunter die überwältigende Mehrheit der Handelstreibenden - auch erhalten (siehe unten).

Die Maßnahme soll aus den laufenden Mitteln des EBB finanziert werden.

**Vorläufiges Ergebnis der Unterschriftensammlung:**

Einzelhandel/Gewerbe Lange Straße 24-46 (betroffene Straßenseite): 10 (Ablehnungen: 1)  
Einzelhandel/Gewerbe Lange Straße Rest inkl. Theatergassen, Obstmarkt: 8 (Ablehnungen: 0)  
Beschäftigte: 4 (Ablehnungen: 0)  
Anwohner\*innen: 8 (Ablehnungen: 0)  
Passant\*innen: 7 (Ablehnungen: 0)

Die entscheidenden Zahlen: von 14 Geschäften im unmittelbar betroffenen Bereich (nur Erdgeschoss) haben wir 11 erreicht. Davon haben 10 unterschrieben.

- 78% haben wir erreicht
- Davon haben 91% unterzeichnet
- 8 weitere mittelbar betroffene Läden haben zu 100% unterzeichnet

Vielen Dank für Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen

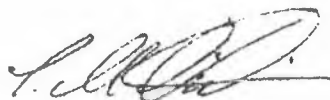


Andreas Eichenseher



Christian Hader

Klaus Stieringer



Sebastian Niedermaier

<p><b>Sitzungsvorlage</b></p> <p>Federführend: 68 Amt für Verkehrsplanung</p> <p>Beteiligt: 31 Straßenverkehrsamt</p>	<p><b>Vorlage- Nr:</b>      <b>VO/2020/3623-68</b></p> <p>Status:                    öffentlich</p> <p>Aktenzeichen:</p> <p>Datum:                    13.11.2020</p> <p>Referent:                 Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp</p>						
<p><b>Sommerstraßen</b></p>							
<p>Beratungsfolge:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Datum</th> <th>Gremium</th> <th>Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>24.11.2020</td> <td>Mobilitätssenat</td> <td>Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	24.11.2020	Mobilitätssenat	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
24.11.2020	Mobilitätssenat	Entscheidung					

## I. Sitzungsvortrag:

Mit Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 04.08.2020 wurde die Prüfung und – soweit rechtlich möglich – die Umsetzung von Sommerstraßen in Bamberg umzusetzen.

### Hintergrund:

In der Landeshauptstadt München wurden im Sommer 2020 sogenannte Sommerstraßen realisiert. Diese sollten über mehrere Wochen und Monate der Bürgerschaft in Zeiten der Pandemie die Möglichkeit bieten, den Sommer draußen vor der Haustür zu genießen.

In dem Zusammenhang wurden Straßen in verkehrsberuhigte Bereiche, Fußgängerzonen oder zu Spielstraßen umgewandelt.

Um die Aufenthaltsqualität zu steigern, wurden Spielstraßen für den Autoverkehr gesperrt. Verkehrsberuhigte Bereiche bleiben für den Autoverkehr befahrbar.

### Rechtliche Voraussetzungen:

#### § 45 StVO

Die Straßenverkehrsbehörden können die Benutzung bestimmter Straßen oder Straßenstrecken aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs beschränken oder verbieten und den Verkehr umleiten. Das gleiche Recht haben sie...

6. zur Erforschung des Unfallgeschehens, des Verkehrsverhaltens, der Verkehrsabläufe sowie zur Erprobung geplanter verkehrssichernder oder verkehrsregelnder Maßnahmen.

Die Stadt München hat bereits vor dem Jahr 2020 und der aktuellen Pandemie das Projekt Sommerstraßen als Ansatz saisonaler Stadträume im Jahr 2019 als Verkehrsversuch über mehrere Wochen eingerichtet. Erprobungsgegenstand waren die Varianten Fußgängerzone, verkehrsberuhigter Bereich oder Spielstraße.

Der Verkehrsversuch diente als Erprobungsmaßnahme für geplante verkehrssichernde oder verkehrsregelnde Maßnahmen.



Abbildung: Beispiele für erprobte Varianten einer Sommerstraße

### **Gestaltung:**

Soll die Sommerstraße als Fußgängerzone, verkehrsberuhigter Bereich oder als Spielstraße ausgewiesen werden, so ist auf die bauliche Ausgestaltung der Straßenfläche sowie deren Größe zu achten. Ziel sollte sein, einerseits Akzeptanz in der Bevölkerung zu erzeugen und die Aufenthaltsqualität auf der Straßenfläche zu steigern.

Das bedeutet, dass sich hauptsächlich Straßen eignen, in denen ein niveaugleicher Ausbau vorzufinden ist. Straßen mit Trennungsprinzip, wie z. B. Fahrbahn und Gehsteig sind für solche Aktionen nicht zu empfehlen.

### **Straßen und Wegerecht:**

Möglicherweise ist eine straßenrechtliche Teileinziehung erforderlich. Dies ist im Regelfall notwendig, wenn bestimmte Verkehrsarten auf Dauer vollständig oder weitestgehend von dem durch die Widmung der Verkehrsfläche festgelegten verkehrsüblichen Gemeingebrauch ausgeschlossen werden sollen. Durch Verkehrszeichen darf kein Verkehr zugelassen werden, der über den Widmungsinhalt hinausgeht.

### **Resümee Sommerstraßen in München**

Die Erkenntnisse über die Sommerstraßen in München sind vielfältig:

Zum einen ist es für viele Menschen ungewohnt, auf einer Straßenfläche zu spielen. Auch muss die Aktion im Vorfeld stark beworben werden, um deren Bekanntheitsgrad zu steigern. Zudem ist auf die attraktive Gestaltung des Straßenraums und dessen Stadtmobiliar zu achten. Die Sommerstraße muss als angenehm empfunden werden, da die Aufenthaltsqualität im Fokus steht.

Zum anderen werden Sommerstraßen gerne angenommen, da sie als Ruheoasen inmitten des turbulenten Stadtlebens dienen können. Je vielfältiger das Konzept/Programm in den jeweiligen Sommerstraßen gestaltet ist, desto mehr werden diese von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen. In diesem Zusammenhang können auch neue Mobilitätskonzepte wie Sharingsysteme von Elektrofahrzeugen, in Form eines Mobilitätshubs getestet werden. Weitere Installationen, die der Ruhe und des Zusammenkommens der Menschen dienen, wie attraktives Sitzmobiliar mit Grünelementen, sorgen für eine entspannte Atmosphäre im Straßenraum.

Positive Beispiele von Sommerstraßen in München sind hier zu finden: <https://www.raumzeug.de/>

### **Fazit**

„Sommerstraßen“ könnten als attraktive Maßnahme für Stadtviertel und deren Bewohnerinnen und Bewohnern dienen. Besonderes Augenmerk ist auf die Verhältnismäßigkeit der Aktion zu legen. Jeder Einzelfall ist anhand der konkreten verkehrlichen Situation zu werten.

Durch die Realisierung der „Sommerstraße“ als Verkehrsversuch müssen verkehrsregelnde oder verkehrssichernde Maßnahmen zeitlich und örtlich begrenzt erprobt werden. Der Verkehrsversuch dient dabei zur Evaluation einer neuen verkehrlichen Maßnahme, die nach der Durchführungsphase ausgewertet wird. Ziel des Verkehrsversuches ist es, die Maßnahme auch dauerhaft umsetzen zu können und nicht

nur für eine Periode von mehreren Wochen. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, ist es schwierig oder nicht möglich, den Verkehrsversuch zu realisieren.

Darüber hinaus ist es notwendig, die Stadtbevölkerung miteinzubeziehen.

Für die Umsetzung im Jahr 2020 ging der Antrag zu spät ein, da die Verwirklichung einer „Sommerstraße“ sehr zeit- und ressourcenintensiv ist. Die Möglichkeit, Sommerstraßen in den kommenden Jahren zu verwirklichen, unabhängig von der Pandemie, bleibt bestehen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung die örtlichen Bürgervereine und Interessensverbände aus dem Mobilitätsbereich beteiligen, die anhand einer Kriterienliste gemeinsam mögliche Plätze und Straßenabschnitte vorschlagen wird.

## II. Beschlussvorschlag:

1. Vom Bericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Dem weiteren Vorgehen der Verwaltung im Sinne des Sitzungsvortrags wird zugestimmt.
3. Der Antrag der CSU-BA-Stadtratsfraktion vom 04.08.2020 ist hiermit geschäftsordnungsgemäß behandelt.

## III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

<b>X</b>	<b>1.</b>	keine Kosten
	<b>2.</b>	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	<b>3.</b>	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	<b>4.</b>	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

## Anlagen:

Anlage 1: Antrag der CSU-BA Stadtratsfraktion vom 04.08.2020

Anlage 2: Foto Informationsstele - Sommerstraßen

## Verteiler:

Referat 5

Amt 31





An den Oberbürgermeister  
der Stadt Bamberg  
Herrn Andreas Starke  
Rathaus Maxplatz

96047 Bamberg

Geschäftsstelle  
Grüner Markt 7  
96047 Bamberg

Telefon  
0951 / 203311

Telefax  
0951 / 204713

E-Mail  
[csu@bnv-bamberg.de](mailto:csu@bnv-bamberg.de)

Internet  
<http://www.csu.bamberg.de>

Vorsitzender:  
Peter Neller  
Greiffenbergstraße 15a  
96052 Bamberg

04.08.2020

### Antrag Sommerstraßen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der Landeshauptstadt ist uns die Aktion der sog Sommer-Straßen aufgefallen. Wir verweisen hierzu auf anliegende Fotografie der entsprechenden Beschilderung in der Stadt München. Auch wir halten angesichts der Coronakrise und der damit einhergehenden Belastungen insbesondere von Kindern und Familien es für sinnvoll, auch in Bamberg die Einrichtung von solchen Straßen zu erwägen. Es wäre hier eventuell angezeigt, in den einzelnen Straßen oder zumindest Stadtteilen anzufragen, welche Straßen bzw. Anwohnerinnen und Anwohner Interesse haben und mit einem Bewerbungsverfahren vorzugehen, um möglichst bürgerfreundlich vorzugehen. Sollten dann zum Beispiel 80 % der Anwohnerinnen und Anwohner eine Sommerstraße für wenige Wochen bei sich erproben wollen, so sollte dies - soweit rechtlich möglich - dort dann zeitnah umgesetzt werden.

Wir beantragen daher, eine entsprechende zeitnahe Prüfung und gegebenenfalls Umsetzung sowie Bericht im nächsten zuständigen Fachsenat.

Mit freundlichen Grüßen

gez.	gez.	gez.	gez.
Peter Neller Fraktionsvorsitzender	Ursula Redler Stv. Fraktionsvorsitzende	Stefan Kuhn Stadtrat	You Xie Stadtrat



# Willkommen in der Sommerstraße

Vom 27.07.2020 bis 25.09.2020  
ist diese Straße eine Spielstraße.


In der Sommerzeit werden hier und an anderen Orten  
in München Straßen zu Sommerstraßen umgewandelt.


In den Sommerstraßen haben die Münchner\*innen  
mehr Platz für Bewegung und Aufenthalt.  
Spielstraßen sind für alle Fahrzeuge gesperrt.  
Auch Parken ist hier verboten.



Damit alle möglichst viel Freude an den Sommerstraßen  
haben, nehmen Sie bitte aufeinander Rücksicht:

 Bitte achten Sie auf die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer\*innen.  
Besonders da, wo weiterhin Fahrzeuge fahren, aber auch beim  
Betreten und Verlassen der Sommerstraße bitten wir um Vorsicht  
und gegenseitige Rücksicht.

 Bitte nehmen Sie Rücksicht auf die  
Nachbarschaft. Das gilt besonders ab  
22 Uhr und an den Wochenenden.

 Verlassen Sie die Sommerstraße bitte so,  
wie Sie sie gerne selbst auffinden möchten.  
Für Müll stehen Abfallbehälter bereit.



 Halten Sie bitte Abstand zueinander. Beachten Sie die jeweils  
aktuell geltenden Hygienemaßnahmen zur Eindämmung des  
Corona-Virus.

<b>Sitzungsvorlage</b>		<b>Vorlage- Nr:</b>	<b>VO/2020/3626-31</b>
Federführend: 31 Straßenverkehrsamt		Status:	öffentlich
Beteiligt: 5 Referat für Klima, Mobilität und Soziales		Aktenzeichen:	
		Datum:	13.11.2020
		Referent:	Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp
<b>Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung; Fortführung ab 01.10.2021</b>			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
24.11.2020	Mobilitätssenat	Entscheidung	

## I. Sitzungsvortrag:

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 30.01.2013 die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung zum 01.10.2013 eingeführt und zwar für eine Probephase von drei Jahren (s. Anlage 1). Die Stadt Bamberg nutzt für die technische Durchführung einen privaten Dienstleister, die Firma gGKVS (gemeinnützige Gesellschaft für Kriminalprävention und Verkehrssicherheit mbH). Die Mitarbeiter sind für diese Tätigkeiten im Rahmen eines Arbeitnehmerüberlassungsvertrags Angestellte der Stadt Bamberg. Dabei ist sichergestellt, dass die Stadt Bamberg "Herrin des Verfahrens" bleibt, da sie allein die Entscheidung darüber trifft, welche Messstellen zu welchem Zeitpunkt bemessen werden und welche Verfahren nach Auswertung der Messunterlagen weiterverfolgt werden.

Mit Beschluss des Umweltsenates vom 11.03.2015 (s. Anlage 2) wurde entschieden, die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung ab 01.10.2016 für weitere fünf Jahre fortzuführen, da sich diese zu einem wertvollen Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in Bamberg entwickelt hat. Im Rahmen einer EU-weiten Ausschreibung hat die Firma gGKVS erneut das wirtschaftlichste Angebot abgegeben, weshalb die Stadt bis heute mit dieser Firma zusammenarbeitet.

Die Auswahl der Messstellen erfolgte von Anfang an unter dem Aspekt der Verkehrssicherheit. Deshalb liegen die Kontrollstellen nahezu ausnahmslos in sensiblen Bereichen wie Bushaltestellen, Altenheimen, Schulen und Kindergärten bzw. -tagesstätten, Tempo-30-Straßen und Wohngebieten.

Ursprünglich beinhaltete das Messstellenverzeichnis 67 Messstellen. Im Laufe der Jahre wurden weitere 14 Messstellen in das Messstellenverzeichnis (s. Anlage 3) aufgenommen, so dass zum jetzigen Stand 81 Messstellen je nach Verstoßquote (durchschnittlich 10 - 11 %) mit unterschiedlicher Häufigkeit bemessen werden. Die Zahl der monatlichen Messstunden hat sich von 45 (bis 30.09.2016) auf 57 (seit 01.10.2016) erhöht.

Bezüglich des Einnahmen-Ausgaben-Verhältnisses (Einnahmen aus Verwarnungen und Bußgeldern zu Ausgaben an Fa. gGKVS + Personalaufwand) wird festgestellt, dass die Geschwindigkeitsüberwachung nahezu kostendeckend durchgeführt werden kann. Dies beweist, dass die Kontrollen in den vorgegebenen besonders sensiblen Überwachungsgebieten nicht zur Gewinnerzielung durchgeführt werden, sondern der

Verbesserung der Verkehrssicherheit dienen. Die Vorgabe dieser Grundsätze hat sich seit 2013 bewährt. Die Akzeptanz aus der Bevölkerung ist groß.

Die bisherigen Erfahrungen haben somit gezeigt, dass die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung einen großen Beitrag zur Verbesserung und zum Erhalt der Verkehrssicherheit leistet. Die Unterstützung und Ergänzung der polizeilichen Kontrollen durch die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung an besonders sensiblen Stellen im Stadtgebiet Bamberg stellt zweifellos eine Bereicherung für beide Seiten dar.

Will man die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung ab 01.10.2021 fortführen, so ist erneut die Durchführung einer EU-weiten Ausschreibung erforderlich. Gem. § 3 Abs. 1 Vergabeverordnung (VgV) ist „*bei der Schätzung des Auftragswertes vom voraussichtlichen Gesamtwert der vorgesehenen Leistung ohne Umsatzsteuer auszugehen. Zudem sind etwaige Optionen oder Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen.*“ Gem. § 3 Abs. 11 VgV sind nur Verträge mit einer maximalen Laufzeit von 48 Monaten inklusive Vertragsverlängerung zulässig. Der Schwellenwert für die EU-weite Ausschreibung beträgt seit 01.01.2020 214.000 € netto und bezieht sich auf die Gesamtlaufzeit des Vertrags.

Um die einzelnen Messstellen besser bedienen zu können, wird von der Verwaltung vorgeschlagen, die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung ab 01.10.2021 mit monatlich 71 Messstunden fortzuführen.

## II. Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu gegebener Zeit eine europaweite Ausschreibung durchzuführen mit dem Ziel, dass ab 01.10.2021 die Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung mit 71 Messstunden im Monat nahtlos für weitere zwei Jahre, mit der Option der Verlängerung um weitere zwei Jahre, fortgeführt werden kann.

## III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

<b>X</b>	<b>1.</b>	keine Kosten
	<b>2.</b>	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	<b>3.</b>	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	<b>4.</b>	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

### Anlage/n:

- Anlage 1 Beschluss des Stadtrates vom 30.01.2013
- Anlage 2 Beschluss des Umweltsenates vom 11.03.2015
- Anlage 3 aktuelles Messstellenverzeichnis

### Verteiler:

- Referat 5
- Amt 31

Anlage 1

**STADT BAMBERG**  
 - Baureferat -

Eing: *6/6A* 05. Feb. 2013

Anruf/Rücksprache  
 Antwortschreiben z.U.  
 schriftl. Stellungnahme

Nr. .... Termin .....



**Kommunale Verkehrsüberwachung**  
**Sitzungsvorlage: VO/2012/0446-R5**

*Sitzungssekretär*

**I. BESCHLUSS des Stadtrates der Stadt Bamberg vom 30.01.2013**

1. Der Bericht der Verwaltung hat zur Kenntnis gedient.
2. Der kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung (Variante „Dienstleister“) wird für eine Probe-phase von 3 Jahren grundsätzlich zugestimmt.
3. Die europaweite Ausschreibung ist mit dem Ziel durchzuführen, die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung spätestens im 4. Quartal 2013 zu beginnen.
4. Die für 2013 erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 21.250 € werden außerplanmäßig bereitgestellt, sobald die Genehmigung der Regierung von Oberfranken für die Haushaltssatzung 2013 vorliegt. Deckung erfolgt zu Lasten der Deckungsreserve für Sachkosten.
5. Die Verwaltung wird beauftragt in der Sitzung des Umweltsenates am 16.07.2013 die Messpunkte vorzuschlagen.
6. In der Sitzung des Umweltsenates am 26.11.2013 ist ein erster Erfahrungsbericht vorzulegen.
7. Damit ist auch der Antrag der Stadtratsfraktion Freie Wähler vom 28.07.2012 geschäftsmäßig erledigt.

Ausfertigungen:

II. Herrn Oberbürgermeister: zur Kenntnis

III. Ausfertigungen: *FB 6 A zur Kenntnis.*

Bamberg, den 30.01.2013

Vorsitzender

EINGEGANGEN

07. Feb. 2013

Stadt Bamberg  
 Fachbereich Baurecht

<del>B</del>	L	
--------------	---	--



**Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung;  
Erfahrungsbericht über das Erste Jahr  
Sitzungsvorlage: VO/2015/1450-R5**



**I. BESCHLUSS des Umweltsenates vom 11.03.2015**

1. Der Bericht der Verwaltung hat zur Kenntnis gedient.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zu gegebener Zeit eine europaweite Ausschreibung durchzuführen mit dem Ziel, dass ab 01.10.2016 die Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung nahtlos für weitere fünf Jahre fortgeführt werden kann.

---

Ausfertigungen:

**II. Herrn Oberbürgermeister:** zur Kenntnis

**III. Ausfertigungen:**

Bamberg, den 11.03.2015

i. V.

Vorsitzender  
Dr. Christian Lange  
Zweiter Bürgermeister

## Messstellenverzeichnis

Lfd. Nr.	Standort-Code	Gefährdungsort	Straße 1	Straße 2	Vorgabe-geschw. km/h	Grenz-wert km/h	Örtlichkeit	Verk.-Zeichen	Bemerkung
1	262063	Bamberg OT Bug	Am Regnitzufer	i.H. BHS Bug Mitte	30	39	innerorts	274	L3, SPL, E3, BHS
2	262083	Bamberg	An der Spinnerei	i.H. Hs.-Nr. 13-17	20	29	innerorts	274.1	SPL
3	262016	Bamberg	Arthur-Landgraf-Str.	i.H. Hausnr. 31	30	39	innerorts	274	SPL, BHS
4	262077	Bamberg	Babenberger Ring	i.H. Adalbertstraße	30	39	innerorts	274.1	L3, Fotos siehe Dropbox
5	262013	Bamberg	Babenbergerring	i.H. Kirche	30	39	innerorts	274.1	L3, SPQ, E3, KiGa, BHS,
6	262014	Bamberg	Babenbergerring	i.H. Schlüsselbergerstr.	30	39	innerorts	274.1	L3, E3, BHS, Einkaufszentrum
7	262015	Bamberg	Babenbergerring	i.H. König-Konrad-Straße	30	39	innerorts	274.1	E3, L3, BHS
8	262061	Bamberg OT Bug	Bamberger Straße	i.H. BHS Rodelbahn	30	39	innerorts	274	L3, BHS
9	262062	Bamberg OT Bug	Bamberger Straße	i.H. BHS In der Warth	30	39	innerorts	274	SPL, L3, E3, BHS, Gehweg fehlt, E3 einen Tag davor anrufen 01774905819
10	262060	Bamberg OT Bug	Buger Hauptstraße	i.H. Schule	30	39	innerorts	274	L3, SPL, BHS, Schulweg
11	262012	Bamberg	Buger Straße	i.H. Kirche b. Klinikum	30	39	innerorts	274	SPL, L3, E3, BHS, KiGa, ZBS,
12	262042	Bamberg	Caspersmeyerstr.	i.H. Frutolfstr.	30	39	innerorts	274	L3e, einseitig abwärts, BHS, Fotos s. Nextcloud
13	262041	Bamberg	Caspersmeyerstraße	i.H. BHS Titusstr.	30	39	innerorts	274.1	L3, BHS
14	262045	Bamberg	Dr.-Martinet-Str.	i.H. Hausnr. 20	30	39	innerorts	274	SPL, Schulweg, ZBS
15	262047	Bamberg	Dr.-Martinet-Str.	i.H. AWO Kindergarten	30	39	innerorts	274	L3, KiGa, ZBS
16	262057	Bamberg	Erlichstraße	i.H. KiGa - BHS	30	39	innerorts	274.1	SPL, BHS, KiGa
17	262025	Bamberg	Feldkirchenstr.	i.H. Mensa bis Troppauplatz	30	39	innerorts	274	SPL, E3, Schule, Uni, ZBS, Kindervilla
18	262054	Bamberg	Franz-Ludwig-Straße	i.H. Gymnasium	30	39	innerorts	274.1	SPL, Schule, BHS
19	262044	Bamberg	Gaustadter Hauptstraße	i.H. Rathaus	30	39	innerorts	274	L3, P= Einfahrt altes Rathaus, Aufstellung siehe Dropbox!
20	262043	Bamberg	Grüntalstraße	i.H. Zebrastreifen	30	39	innerorts	274.1	SPL, L3, E3, BHS, Schulwegquerung
21	262059	Bamberg	Hainstraße	i.H. HsNr. 37a-ETA-Hoffm.-Str.	30	39	innerorts	274.1	SPL, L3, E3, Spielplatz, Freizeitgelände
-	262034	Bamberg	Hauptmoorstraße	i.H. AWO	50	59	innerorts	310	!!!Gesperrt bitte 262084 benutzen!!!
22	262084	Bamberg	Hauptmoorstraße	i.H. AWO	30	39	innerorts	274	SPL, L3, Altenheim, KiGa
23	262055	Bamberg	Heinrichsdamm	i.H. Hausnr. 11	30	39	innerorts	274.1	SPL, Schule
24	262058	Bamberg	Heinrichsdamm	i.H. Hausnr. 36-46	30	39	innerorts	274.1	L3, Altenheim, ZBS, Ausschließlich mit XV3 bemessen! Anlage auf den Grünstreifen zwischen den beiden parallel verlaufenden Fahrbahnen stellen.

Lfd. Nr.	Standort-Code	Gefährdungsort	Straße 1	Straße 2	Vorgabe-geschw. km/h	Grenz-wert km/h	Örtlichkeit	Verk.-Zeichen	Bemerkung
25	262068	Bamberg	Herzog-Max-Str.	i.H. Hausnr. 8-16	30	39	innerorts	274.1	SPL, Kindergarten
26	262069	Bamberg	Herzog-Max-Str.	i.H. Hausnr. 21-31	30	39	innerorts	274.1	SPL, L3, Kindergarten
27	262056	Bamberg	Holzgartenstraße	i.H. Hausnr. 4-16	30	39	innerorts	274	SPL, Schule, BHS
28	262082	Bamberg	Im Bauernfeld	i.H. Hs.-Nr. 9-11	10	23	innerorts	325	SPL, Sackgasse
29	262040	Bamberg	Jäckstraße	i.H. Hausnr. 14-22	30	39	innerorts	274	SPL, KiGa
30	262033	Bamberg	Jahnstraße	i.H. MTV	30	39	innerorts	274.1	SPL, E3, Wohngebiet, Sportplatz
31	262006	Bamberg	Jakobsberg	i.H. Hausnr. 24	30	39	innerorts	274	L3, E3, KiGa, BHS
32	262005	Bamberg	Jakobsplatz	i.H. Hausnr. 1-9	30	39	innerorts	274	L3, E3, AH, Schule, BHS
33	262053	Bamberg	Kapuzinerstraße	i.H. Hausnr. 15-25	30	39	innerorts	274	SPL, Schule
34	262064	Bamberg	Kemmerstraße	i.H. BHS Bruckertshof	30	39	innerorts	274	L3, BHS, ZBS, Bei Hs.Nr. 3 darf im Hof geparkt werden
35	262085	Bamberg	Kemmerstraße	i.H. BHS Kramersfeld-Mitte	30	39	innerorts	274	L3, Schulbushaltestelle, K1 FR Bamberg HsNr. 21 dicker Baum, K2 FR Lichteneiche Mast ggü. Einm. Immenhofweg
36	262076	Bamberg	Kiefernstr.	i.H. HsNr. 28-30	30	39	innerorts	274.1	L3, SPL
37	262028	Bamberg	Kloster-Banz-Str.	i.H. Eugen-Pacelli-Platz	30	39	innerorts	274	SPLe, E3, L3
38	262074	Bamberg	Kloster-Banz-Str.	i.H. Hs.Nr. 4d - 6	30	39	innerorts	274	L3, eine Kamera Linksmessung, eine Rechtsmessung, Plan auf Dropbox
39	262026	Bamberg	Kloster-Langheim-Str.	i.H. Hausnr. 12-44	30	39	innerorts	274	SPL, E3, L3, Schulen
40	262027	Bamberg	Kloster-Langheim-Str.	i.H. KiGa bis Berufsschule	30	39	innerorts	274	SPL, E3, L3, KiGa, Schule
41	262008	Bamberg	Laurenziplatz	i.H. Hausnr. 17	30	39	innerorts	274	L3, E3, BHS, ZBS, einseitig Richtung Kaulberg
42	262009	Bamberg	Laurenziplatz	i.H. Hausnr. 15	30	39	innerorts	274	L3, SPQ, E3, BHS Hügelbahn, einseitig Richtung Kaulberg
43	262021	Bamberg	Maienbrunnen	i.H. Hausnr. 30 - 30e	10	29	innerorts	274	L3, GW=29 km/h, Enge Gehwege
44	262022	Bamberg	Maienbrunnen	i.H. Hausnr. 24-24b	10	29	innerorts	274	L3, GW=29 km/h, Enge Gehwege
45	262002	Bamberg	Markusplatz	i.H. Steinertstraße	30	39	innerorts	274	L3, E3, KSP, BHS
46	262023	Bamberg	Markusstraße	i.H. Hausnr. 6	30	39	innerorts	274	SPLe, Kindervilla
47	262018	Bamberg	Maternstraße	i.H. Hausnr. 45	10	29	innerorts	274	L3, GW=29 km/h, Fehlende Gehwege
48	262037	Bamberg	Memmelsdorferstr.	i.H. Hausnr. 211	50	59	innerorts	310	L3, Trichter 70km/h ausserorts, BHS, Querungshilfe
49	262039	Bamberg	Memmelsdorferstr.	i.H. Luitpoldschule	30	39	innerorts	274	L3e, E3e, einseitig Ri. Magazinstraße, Schule, Bilder siehe Nextcloud
50	262075	Bamberg	Mittelstraße	i.H. Färbergasse	30	39	innerorts	274	SPL, L3, Zeichen 244.1: eine Seite KFZ frei 30 km/h, andere Seite Durchfahrtsverbot



Lfd. Nr.	Standort-Code	Gefährdungsort	Straße 1	Straße 2	Vorgabe-geschw. km/h	Grenz-wert km/h	Örtlichkeit	Verk.-Zeichen	Bemerkung
51	262010	Bamberg	Mittlerer Kaulberg	i.H. Kroatengasse	30	39	innerorts	274	SPL, L3, BHS
52	262032	Bamberg	Moosstraße	i.H. Jahnstr. - LH Werkstätten	30	39	innerorts	274	SPL, Lebenshilfe, Schule
53	262003	Bamberg	Mußstraße	i.H. VDK	30	39	innerorts	274	SPL, L3, BHS, KiGa
54	262029	Bamberg	Neuerbstr.	i.H. FFW - Dürrwächterstr.	30	39	innerorts	274	SPL, E3, L3, Schule
55	262004	Bamberg	Obere Karolinenstraße	i.H. Schule	30	39	innerorts	274	L3, Schule, ZBS, BHS
56b	262073	Bamberg	Obere Königstraße	i.H. Gangolfsplatz	30	39	innerorts	274	!!!GESPERRT!!! Bitte Messstelle 262078 verwenden.
-	262078	Bamberg	Obere Königstraße	i.H. Hs.Nr. 50	30	39	innerorts	274	E3, ersetzt 262072 und 262073
-	262017	Bamberg	Oberer Stephansberg	i.H. Hausnr. 59	30	39	innerorts	274.1	L3, SPL, E3, BHS, Schule,!!!GESPERRT!!! Bitte 262080 verwenden!
57	262080	Bamberg	Oberer Stephansberg	i.H. ggü. Hs.-Nr. 44	30	39	innerorts	274.1	L3, SPL, Schule, BHS
58	262067	Bamberg	Ohmstraße	i.H. Hs.-Nr. 10-17	30	39	innerorts	274.1	SPL, L3, Lebenshilfe, Schule
59	262011	Bamberg	Panzerleite - i.H.	Dorotheenstr.-Kinderspielplatz	30	39	innerorts	274	SPL, L3, E3, BHS
60	262038	Bamberg	Pestalozzistraße	i.H. KiGa bis Schule	30	39	innerorts	274	SPL, E3, L3, KiGa, Schule
61	262065	Bamberg	Peuntstraße	i.H. Hs.-Nr. 3-13	30	39	innerorts	274	SPL, einseitig, BHS, Schulweg
62	262066	Bamberg	Peuntstraße	i.H. Einmündung Egelseestraße	30	39	innerorts	274	L3e, einseitig, BHS, Schulweg
63	262024	Bamberg	Pfeuferstr.	i.H. FFW bis Schule	30	39	innerorts	274.1	SPL, Schule, Feuerwehr
64	262030	Bamberg	Pödeldorfer Str.	i.H. 87-89	30	39	innerorts	274	E3, P=#87-89 Gehsteig, KiGa, BHS
65	262031	Bamberg	Pödeldorfer Str.	i.H. Awo - Gasthaus Volkspark	50	59	innerorts	310	E3e, SPL, SPQe, BHS
66	262081	Bamberg	Schellenbergerstr. i.H.	Hs.Nr. 24 bis BHS Schellenb.	30	39	innerorts	274.1	SPL, negativ einmessen, BHS
67	262048	Bamberg	Schulplatz	i.H. Bushaltestelle	30	39	innerorts	274	SPL, einseitig abwärts, häufig zugeparkt, oft Stau, Schule, BHS
68	262035	Bamberg	Seehofstraße	i.H. Hausnr. 25 - 33	30	39	innerorts	274	SPL, E3, L3, Schule, Querungshilfe
69	262036	Bamberg	Seehofstraße	i.H. Kindergarten	30	39	innerorts	274.1	SPL, KiGa
70	262046	Bamberg	Seewiesenstraße	i.H. Ziegelhüttenweg	30	39	innerorts	274.1	L3, E3, BHS
71	262019	Bamberg	St.-Getreu-Str.	i.H. Hausnr. 9a	30	39	innerorts	274	L3, E3, BHS, Klinikum
56a	262072	Bamberg	Steinweg	i.H. Gangolfsplatz	30	39	innerorts	274	!!!!GESPERRT!!!! Bitte Messstelle 262078 verwenden!
72	262020	Bamberg	Storchsgasse	i.H. Hausnr. 4-26	10	29	innerorts	274	L3, GW=29 km/h, BHS, enge Gehwege
73	262007	Bamberg	Sutte	i.H. Hausnr. 16	10	23	innerorts	325	L3, Enge Gehwege

Lfd. Nr.	Standort-Code	Gefährdungsort	Straße 1	Straße 2	Vorgabe-geschw. km/h	Grenz-wert km/h	Örtlichkeit	Verk.-Zeichen	Bemerkung
74	262070	Bamberg	Untere Sandstraße	i.H. Hausnr. 31-33	30	39	innerorts	274	GESPERRT!!! Bitte 262079 verwenden!
75	262071	Bamberg	Untere Sandstraße	i.H. Hausnr. 9	30	39	innerorts	274	L3, Richtung Obere Sandstraße, Standplatz Verkehrsmast vor Hausnr. 9, Messwertbildung bei Hausnr. 14
76	262079	Bamberg	Untere Sandstraße	i.H. Hausnr. 31-33	50	59	innerorts	274	!!!GESPERRT!!!
77	262001	Bamberg	Weide	i.H. Hausnr. 12-26	30	39	innerorts	274	L3, E3, SPL, KSP
78	262049	Bamberg	Wildensorger Hauptstraße	i.H. Eichelseeweg	30	39	innerorts	274	E3, L3, BHS
79	262050	Bamberg	Wildensorger Hauptstraße	i.H. BHS Mitte	30	39	innerorts	274	SPL, L3, BHS
80	262052	Bamberg	Wildensorger Hauptstraße	i.H. Carl-Schmolz-Weg	30	39	innerorts	274	L3, BHS, Gehwege fehlen
81	262051	Bamberg	Wildensorger Str.	i.H. KiGa-Gackensteinweg	30	39	innerorts	274	SPL, KiGa

<p><b>Sitzungsvorlage</b></p> <p>Federführend: 38 Klima- und Umweltamt</p> <p>Beteiligt: 47 Garten- und Friedhofsamt 61 Stadtplanungsamt 6 Baureferat 20 Kämmereiamt 2 Finanzreferat Stadtwerke Bamberg GmbH Stadtwerke Bamberg Energie- und Wasserversorgungs GmbH</p>	<p><b>Vorlage- Nr:</b> VO/2020/3463-38</p> <p>Status: öffentlich</p> <p>Aktenzeichen: Datum: 27.09.2020 Referent: Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp</p>						
<p><b>Kommunaler Klimaschutz im Handlungsfeld Umwelt</b></p>							
<p>Beratungsfolge:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Datum</th> <th>Gremium</th> <th>Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>24.11.2020</td> <td>Mobilitätssenat</td> <td>Kenntnisnahme</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	24.11.2020	Mobilitätssenat	Kenntnisnahme
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
24.11.2020	Mobilitätssenat	Kenntnisnahme					

## I. Sitzungsvortrag:

Mit Schreiben vom 16.09.2020 beantragte die Fraktionsgemeinschaft Grünes Bamberg/ÖDP/Volt verschiedene grundlegende Entscheidungen und Maßnahmen zu beschließen, die dem Klima und der Umwelt schnell und unmittelbar helfen sollen. Diese Maßnahmen werden nachfolgend behandelt:

### A) Ressourcenschutz

#### Trinkwasserversorgung:

Es ist beantragt, die Trinkwasserbrunnenreservoirs mit Stand Oktober 2020 aufzulisten:

Die Stadtwerke Bamberg haben für die öffentliche Trinkwasserversorgung zwei Wasserschutzgebiete.

#### 1. Wasserschutzgebiet Bamberg Süd, mit den Gewinnungsanlagen

- Untere Fassung Stadtwald
- Obere Fassung Stadtwald
- Hirschaidler Büsche
- Buger Wiesen
- Gereuth Wiesen
- Tiefbrunnen Luisenhain I und II

Schutzgebetskatalog und Karte (Seite 11) liegen bei.

## 2. Wasserschutzgebiete in Gaustadt für Tiefbrunnen II und III bis V

- Tiefbrunnen II (aktiv)
- Tiefbrunnen III bis V (Wassergewinnung stillgelegt)

Schutzgebietskataloge und Karten liegen bei.

Es wird beantragt, die Schutzgebiete rechtsfest zu schützen.

Der geforderte Schutz ergibt sich aus den beigefügten Schutzgebietsverordnungen. Ergänzend wird erwähnt, dass innerhalb der Verwaltung vor dem Verkauf von Flächen durch das Immobilienmanagement, beim Klima- und Umweltamt eine Stellungnahme eingeholt wird. Innerhalb dieses Verfahrens wird auch der für die Trinkwasserbrunnen zuständige Bereich Wasserrecht mit eingebunden.

### **Grünflächen:**

Der Grünflächenschutz ist zentraler Bestandteil der Flächennutzungsplanung (FNP) bzw. insbesondere des Landschaftsplanes (LP). Nachdem der Themenbereich in den letzten zwei Jahrzehnten fachlich unbesetzt war, ist es gelungen, durch die Einstellung einer Landschaftsarchitektin/Grünplanerin eine Expertise im Stadtplanungsamt zu gewinnen. Inhalte werden im Rahmen der Gesamtfortschreibung des FNP derzeit erarbeitet. Der neue Flächennutzungsplan wird dem Stadtrat zum Beschluss vorgelegt.

Zur Beantwortung der Frage nach „**allen Grünflächen**“ bräuchte es eine umfassende Grünkartierung der Stadt Bamberg mit einer davor erarbeiteten Definition für eine zielführende Auftragsvergabe, ähnlich der Biotopkartierung. Diese liegt derzeit nicht vor.

Eine Grünflächenkartierung ist mit personellen und finanziellen Ressourcen verbunden, die derzeit nicht verfügbar sind. Die Thematik wird jedoch im FNP-Verfahren behandelt.

In Ermangelung einer angemessenen Kartierung, Kategorisierung und Definition der Grünflächen, ist die Aufstellung von möglichen **Potentialflächen** derzeit nicht möglich. Aus Sicht des Umweltreferats ist die Aufwertung und Nutzbarmachung bereits bestehender Grünräume, wie der im Norden an den Giechburgblick-Park anschließende Wassermannpark zu priorisieren, bevor neue Potentialflächen erschlossen würden. Ein weiteres Beispiel sind die Spiegelfelder.

Allerdings kann durch die personelle Stärkung der Landschafts-/Grünplanung die konzeptionelle Entwicklung von Grünachsen und Alleen vorangetrieben werden. Hier ist zu unterscheiden zwischen Neuplanungen und Bestandsverbesserungen. In neuen Bebauungsplänen kann die Anzahl der Bäume pro Quartier und ein Mindestgrünflächenanteil (im besten Fall 30%) verbindlich festgesetzt werden. Im Bestand sind die Spielräume geringer. Hier schränken andere Nutzungen (z.B. Kanäle, Leitungen etc.) die Bepflanzbarkeit oft ein. Die Bebauungspläne werden durch den Stadtrat beschlossen.

Die Pflege der öffentlichen Grünflächen geschieht durch das Gartenamt. Gemäß der Bamberger Strategie für Biologische Vielfalt erfolgt eine sukzessive Zurücknahme der Pflege, sofern es andere Belange, insbesondere die Verkehrssicherheit, zulassen. Damit wurde in Bamberg bereits 1990 begonnen (Straßenränder auf Terrassensand/ Berliner Ring) und seit dem Volksentscheid „Rettet die Bienen“ forciert fortgesetzt. Öffentliche Grünflächen können nur überbaut werden, wenn ihr planungsrechtlicher Schutz außer Kraft gesetzt wird (durch Änderung des Flächennutzungsplanes/ Landschaftsplanes mit Stadtratsbeschluss und öffentlicher Beteiligung).

Für die Wälder sind Bundes-, Staats- und Stadtforst zuständig. Dort erfolgt entsprechend den gesetzlichen Vorgaben ordnungsgemäße Forstwirtschaft. Der Bundesforst bewirtschaftet große Teile seiner Fläche nur sehr extensiv, der Stadtforst betreibt eine naturnahe Forstwirtschaft. Eingriffe in Wälder unterliegen in jedem Fall Genehmigungsverfahren, an denen der Stadtrat und die Öffentlichkeit beteiligt werden.

16,3% der Stadtfläche stehen unter hoheitlichem Naturschutz (Naturschutzgebiet, Landschaftsschutzgebiet, Geschütztes Landschaftsbestandteil). Hier garantieren Verordnungen einen naturnahen Zustand und Erhalt. Sie werden vom Klima- und Umweltamt als Untere Naturschutzbehörde und der Regierung von Oberfranken als Höhere Naturschutzbehörde überwacht und vollzogen.

11,1% der Stadtfläche sind Natura2000-Gebiete und unterstehen damit dem Schutz der europäischen FFH-Richtlinie. Überprüft und vollzogen wird dies durch die Naturschutzbehörden.

13,1% der Stadtfläche sind gesetzlich geschützte Biotop. Erhebliche Eingriffe in diese Biotop sind genehmigungspflichtig.

Da sich die Gebietskategorien teilweise überschneiden, ergibt sich für das Stadtgebiet von Bamberg eine rechtlich abgesicherte Gesamtnaturschutzfläche von 32,5 % (Europäische Schutzgebiete, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Geschützte Landschaftsbestandteile, gesetzlich geschützte Biotop).

## **B) Fördermittel**

Die Erstellung eines Kataloges der Fördermittel durch das Finanzreferat ist derzeit aufgrund der fehlenden personellen Ressourcen nicht – wie beantragt - möglich.

## **C) 1000 + X Bäume in die Stadt Bamberg**

Der stadtoökologische Wert von Bäumen ist unzweifelhaft.

Pflanzkonzepte auf öffentlichen Flächen werden vom städtischen Gartenamt erstellt. Derzeit werden ca. 120 bis 150 Bäume pro Jahr gepflanzt. Hierbei handelt es sich sowohl um Ersatzpflanzungen für abgestorbene oder aufgrund der Verkehrssicherheitspflicht entfernte Bestandsbäume, als auch um Neupflanzungen. Darüber hinaus müsste die avisierte Stückzahl von 200 Bäumen bei Hinzuzählen der neu gepflanzten Bäume durch private Erschließungsträger (z.B. auf dem Megalithgelände) sowie Land (z.B. WWA, Forst, staatl. Bauamt) und Bund (z.B. WSA, Forst, BIMA) bereits jetzt erfüllt sein. Aufgrund der notwendigen, fortlaufenden Unterhaltspflege von Bäumen, die im Vergleich zur Pflanzung ein Vielfaches an Ressourcen bedarf sowie der aktuellen Haushaltssituation, sieht die Verwaltung eine jährliche Steigerung auf 200 städtische Baumpflanzungen kritisch, jedenfalls mit dem aktuellen Personal und Haushaltsmitteln nicht umsetzbar.

Weiterhin merkt die Verwaltung an, dass der Beginn der Ausweisung neuer Baumstandorte in der Innenstadt zu priorisieren wäre. Hierbei wären ordentliche Baumgruben/ Baumscheiben zu etablieren, welche jedoch viel aufwendiger und kostspieliger wären, als die bisherigen. Ohne Verbesserung der Personal- und Haushaltssituation müsste bei Umstellung auf Baumgruben/Baumscheiben eine Reduktion auf 100 Bäume erfolgen. Dennoch wäre dies für die Bevölkerung, das Stadtklima sowie den städtischen Naturschutz, nach Ansicht der Verwaltung ein größerer Zugewinn. Derzeit ist das Gartenamt allerdings personell und finanziell damit ausgelastet, den vorhandenen Baumbestand - belastet durch klimawandelbedingte Ausfälle - durch Nachpflanzungen zu erhalten.

## **D) Bestandsbäume**

Das Klima- und Umweltamt ist über den Vollzug der städtischen Baumschutzverordnung für den Erhalt von Bäumen ab einer bestimmten Größe zuständig. Notwendige Fällungen werden i.d.R. durch Ersatzpflanzungen ausgeglichen. Auf diese Weise werden standortfremde Nadelhölzer nach und nach durch standortgerechte Laubbäume ersetzt.

## **E) Bürgerbeteiligung – Ideenwettbewerb**

Der gewünschte Ideenwettbewerb ist auf Stadt- und Landkreisebene durch den 2020 erstmals ausgerufenen Klimaschutzpreis bereits umgesetzt. Die zehn in den vergangenen Monaten eingebrachten Ideen und Vorschläge wurden von einer Jury (Landrat Kalb, Oberbürgermeister Starke, Zweiter Bürgermeister Glöckner und je ein Vertreter aus dem Mobilitätssenat von Stadt und Landkreis) geprüft und ein Vorschlag für eine Endauswahl getroffen. Die Entscheidung erfolgt durch den Klimarat von Stadt und Landkreis Bamberg. Die eingegangenen Bewerbungen befassten sich u.a. mit den Themen „Emissionsfreies Wohnen im Reiheneckhaus mit positiver Energiebilanz“, „Laufbus oder ein Schulbus auf Füßen“, „Handel Mal Anders“, „Artenvielfalt schützen durch direkten Handel von Kaffee und Gewürzen“, „600 Bäume für den Klimaschutz“, „Solidarische Landwirtschaft Bamberg“ und „Leben ohne eigenes Auto“. So es Corona bedingt möglich ist, wird es auch eine Prämierung/finale Veranstaltung geben.

## II. Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Fördermittellandschaft für Umweltprojekte weiter intensiv zu begleiten.
3. Der Antrag der Grünen Bamberg-Stadtratsfraktion vom 17.09.2020 ist damit geschäftsordnungsmäßig behandelt.

## III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

<b>X</b>	<b>1.</b>	keine Kosten
	<b>2.</b>	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	<b>3.</b>	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	<b>4.</b>	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

## Anlage/n:

Antrag der Stadtratsfraktion Grünes Bamberg vom 16.09.2020  
Schutzgebietsplan  
Übersicht wichtiger Park- und Grünflächen  
Lageplan Wasserschutzgebiet Gaustadt  
Verordnung WSG TB II  
Verordnung WSG TB III-V

## Verteiler:

Referat 1 zur Kenntnis  
Referat 2 zur Kenntnis  
Amt 20 zur Kenntnis und weiteren Veranlassung (Ziffer 2)  
Referat 5 Beschlüsse  
Amt 38 Beschlüsse (2fach)  
Referat 6 zur Kenntnis  
Amt 61 zur Kenntnis und zur weiteren Veranlassung  
Amt 47 zur Kenntnis und weiteren Veranlassung



GRÜNES BAMBERG · Grüner Markt 7 · 96047 Bamberg

Herrn Oberbürgermeister  
Andreas Starke  
Rathaus Maxplatz

96047 Bamberg

Fraktionsgemeinschaft  
GRÜNES BAMBERG / ÖDP / Volt

Grüner Markt 7  
96047 Bamberg  
Tel.: +49 (951) 23 777  
fraktion@gruenes-bamberg.de

Bamberg, 16. September 2020

**Anträge für die Sondersitzung am 13.10.20:**  
**Kommunaler Klimaschutz im Handlungsfeld Umwelt**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

längst ist klar, welche zentrale und unaufschiebbare Herausforderung den Klima- und Umweltschutz konfrontieren – es handelt sich um DIE Krise schlechthin, keinesfalls weniger relevant als die Corona-Krise! Wir alle sind gefordert grundlegende Entscheidungen zu treffen und Maßnahmen zu beschließen, die dem Klima und der Umwelt tatsächlich schnell und unmittelbar helfen. Damit wird direkt und indirekt zur Grundlage der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Bamberg, des Erhaltes des Weltkulturerbes und letztendlich der Bewahrung einer hohen Lebensqualität der Bamberger\*innen beigetragen.

Folgende **Anträge** werden deshalb gestellt:

**Ressourcenschutz**

**Trinkwasser** - Die vergangenen Sommer haben gezeigt, wie wichtig eine gesicherte Trink- und Nutzwasserversorgung für Bamberg ist! Angesichts langer Trockenperioden und sinkender Grundwasserstände wird die Verwaltung ersucht, die aktuell vorhandenen Trinkwasserbrunnen/-reservoirs mit Stand vom Oktober 2020 aufzulisten und durch geeignete Maßnahmen dauerhaft vor Zugriff, so zum Beispiel durch Bauvorhaben oder Kaufofferten, rechtsfest zu schützen und in ihrer Funktion zu bewahren.

Kosten: keine

**Grünflächen** - Längst haben viele Städte erkannt, wie wichtig der Erhalt vorhandener Parks, Grün- und Blühflächen für das gesamte Spektrum des Klima- und Umweltschutzes ist. Vielerorts werden bereits Maßnahmen getroffen, solche Flächen dauerhaft zu schützen und in ihrer Funktionalität als positive und wichtige Regulierungsfaktoren des Stadtklimas zu bewahren. Die Verwaltung wird ersucht, alle Flächen, die den Kriterien Park, Grün- oder Blühfläche entsprechen, aufzulisten und durch geeignete rechtliche Maßnahmen auf Dauer zu schützen. Zudem soll ein Augenmerk auf Potentialflächen gelegt werden, um die vorhandenen Grünbereiche gegebenenfalls zu erweitern. Mögliche Potentialflächen sollen benannt und dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht werden.

Kosten: keine

### **Fördermittel**

Umwelt- und Klimaschutz kosten Geld, dürfen aber nicht am Kassenstand einer Kommune scheitern! Aus diesem Grund wird beantragt, das Finanzreferat zu bestimmen, einen Katalog über Fördermittel und die daran geknüpften Bedingungen zu erstellen, welche das Land Bayern, die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union hinsichtlich Klima- und Umweltschutz bereithalten. Der Katalog sollte innerhalb der kommenden 6 Wochen erstellt und den Stadtratsmitgliedern zugestellt werden.

Kosten: keine

### **1000 + X Bäume in die Stadt**

Bäume sind ein zentrales Element grüner Stadtstrukturen. Sie haben einen hohen ökologischen und ästhetischen Wert, gerade im stark verdichteten Stadtgebiet Bambergs. Sie verbessern das Stadtklima in vielfältiger Weise, sind also ein gewichtiger Klima- und Umweltschutzfaktor. Bäume sorgen für eine gute Lebensqualität in der Stadt, denn sie tragen zum menschlichen Wohlbefinden bei.

Bäume sind Lebensraum für Tiere und Pflanzen, leisten also einen enorm wichtigen Beitrag zur Bewahrung der biologischen Vielfalt, wirken beispielsweise dem Insektensterben entgegen.

Bäume verschönern Straßen und Häuserschluchten, werten also Straßenräume und Quartiere mit ihrer positiven ästhetischen Wirkung auf. Bäume spenden Schatten und Abkühlung an heißen Sommertagen, sie sind damit also ein entscheidender Faktor für die Anpassung an Klimaveränderungen.

Bäume kühlen durch Schattenwurf und Transpiration, was sie besonders für den verdichteten Stadtraum so wichtig macht.

Bäume sorgen für saubere Luft, da sie schädliches CO<sub>2</sub> verarbeiten und Sauerstoff produzieren. Über ihre Blattoberflächen filtern sie zudem Schadstoffe und Stäube aus der Luft.

Bäume schützen vor Wind und Regen, sind bei ausreichender Baumkrone z.B. ein natürlicher Regenschirm.

Bäume verschönern Straßenzüge, wodurch sich Menschen wohler fühlen und sich stärker mit ihrer Umgebung identifizieren.

Bäume stehen mit Baumaßnahmen, Parkplätzen und versiegelten Flächen in Konkurrenz, sind dabei aber zentral für eine zukunftsgerichtete Umweltpolitik, und dadurch stark verknüpft mit Aspekten der Sozial-, Gesundheits- und Wirtschaftspolitik.

In Bamberg sind Bäume für die Lebensqualität sehr bedeutsam, ihre positiven Effekte zudem unmittelbar spürbar, da sie Kühlung, Windschutz und Schatten spenden. Intelligente Verbundsysteme zwischen umliegenden Wäldern und vorhandenen Grünflächen und den neu zu pflanzenden Bäumen bilden so unter anderem Trittsteine für Insekten und andere bedrohte Tiere. Es wird dringend ersucht, die Verwaltung zu beauftragen, ein 5-Jahres-Konzept zu erstellen, um 1000 und mehr neue Bäume im Stadtgebiet zu beheimaten. Dabei ist ein Pflanzrhythmus von rund 200 Bäumen p.a. anzusetzen, sinnvollerweise von außen nach innen, um die positiven Effekte der Wälder zu nutzen und unter Priorisierung von Belastungszonen.

Beispielsweise ist die Emissionsbelastung der Bamberger Einfallstraßen besonders hoch, was zum Teil durch ansässige Gewerbe- und Industrieareale noch verschärft wird. Genannt seien z.B. der Berliner Ring zwischen Einmündung Münchener Ring und Abzweigung Moosstraße oder die Nürnberger Straße, die zwischen Holzgartenstraße und Peuntstraße auf einer Länge von ca. 700 m trotz dichter Wohnbebauung bis auf zwei Laubbäume keine nennenswerten Straßenbäume aufweist. An anderen Stellen ist die Bilanz zwar besser, jedoch klaffen oft große Lücken, die für eine Vernetzung im Sinne des Trittsteingedankens dringend zu schließen sind.

Die von der Stadtgärtnerei betriebene Baumschule ist in den Prozess einzubinden, durch ein entsprechendes Management soll dort ein Teil der notwendigen Bäume gezogen und vorbereitet werden.



**Finanzierung:** In zukünftigen Haushaltsplänen (2021 - 2025) werden p.a. Summen ausgewiesen, die eine Pflanzung von je 200 klimawandelresistenten und veritablen Bäumen gewährleisten.

**Anlage:** Aufnahmen von Berliner Ring, Nürnberger Straße und eines versiegelten Parkplatzes im Stadtgebiet, sowie Aufnahmen von Straßen und Plätzen in Narbonne und Colmar (beides Frankreich)

#### **Bestandsbäume**

Im laufenden Jahr ist ein erheblicher Verlust von Bestandsbäumen z.B. durch die anhaltende Trockenheit aber auch aus anderen Gründen zu beklagen. Es wird ersucht, alle abgestorbenen Bäume durch klimaresistente Neupflanzungen zu ersetzen und die Aufnahmemöglichkeiten von Wasser bei bestehenden Baumscheiben zu verbessern. Dies könnte möglicherweise durch vergrößerte Baumscheiben und/oder mehr Raum für Wurzelballen erreicht werden. Die Verwaltung berichtet dem Stadtrat bis Jahresende eine Zwischenbilanz.

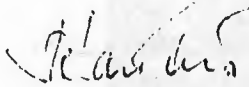
**Kosten:** Ausweisung im neuen Haushalt

#### **Bürgerbeteiligung - Ideenwettbewerb**

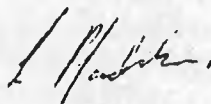
Um möglichst vielen Bürger\*innen ein Beteiligungsforum zu bieten, wird die Verwaltung gebeten bis Jahresende 2020 einen Ideenwettbewerb ins Leben zu rufen, um Anregungen und konkrete Vorschläge zum Klima- und Umweltschutz zu erlangen. Geeignete Beiträge sollen bei einer finalen Veranstaltung spätestens Mitte 2021 den Bürger\*innen vorgestellt und die drei für Bamberg erfolgversprechendsten und umsetzbaren Konzepte oder Ideen prämiert werden. Der Aufruf richtet sich an alle Menschen und Institutionen aus Stadt- und Landkreis, der Wettbewerb soll allen Altersgruppen offen stehen.

**Kosten:** gering, Gelder für Prämierung und Finalveranstaltung sind im zukünftigen Haushalt zu berücksichtigen

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Kurz



Leonie Pfandenhauer

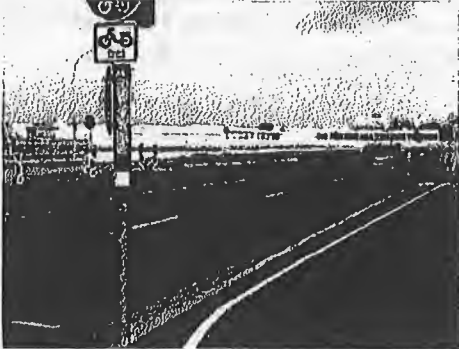


Andreas Eichenseher



Christian Hader

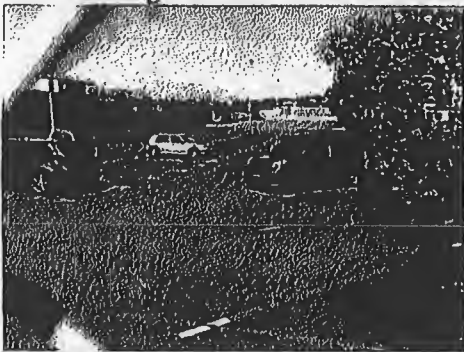
**Anlage:  
Situation in Bamberg**



**Berliner Ring**

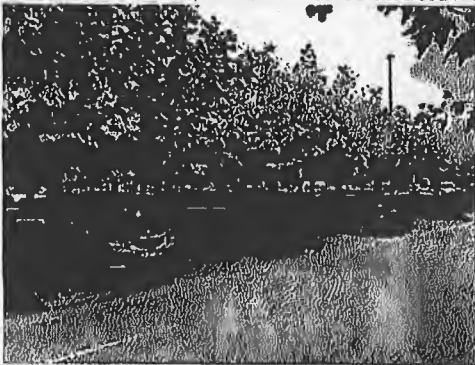


**Nürberger Straße**



**Parkplatz Moosstraße**

**Wie es sein könnte bzw. wie es anderswo gemacht wurde.**



**Colmar – Parkplatz**



**Colmar – Parkplatz**



**Narbonne – Straßenzug**



**Kühlung und damit attraktiver Wohn- u.  
Aufenthaltsort in Narbonne /Frankreich**

# LEGENDE

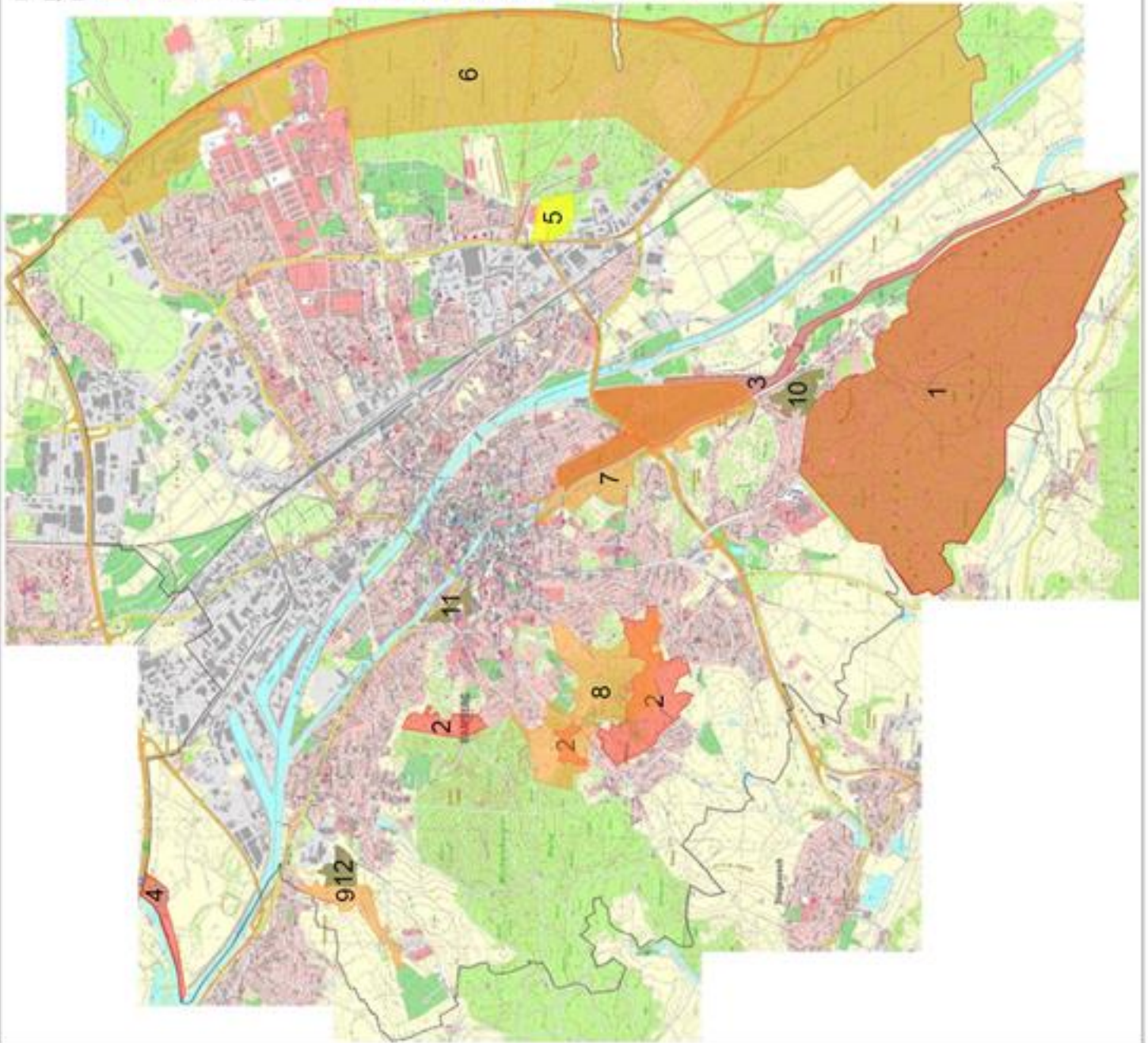
## Pflanzenbezeichnung

### Einordnung der Schutzgebiete

- FFH-Schutzgebiet
- Naturschutzgebiet
- Landschaftsschutzgebiet
- Geschützter Landschaftsbestandteil

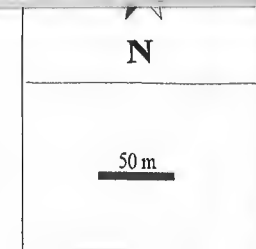
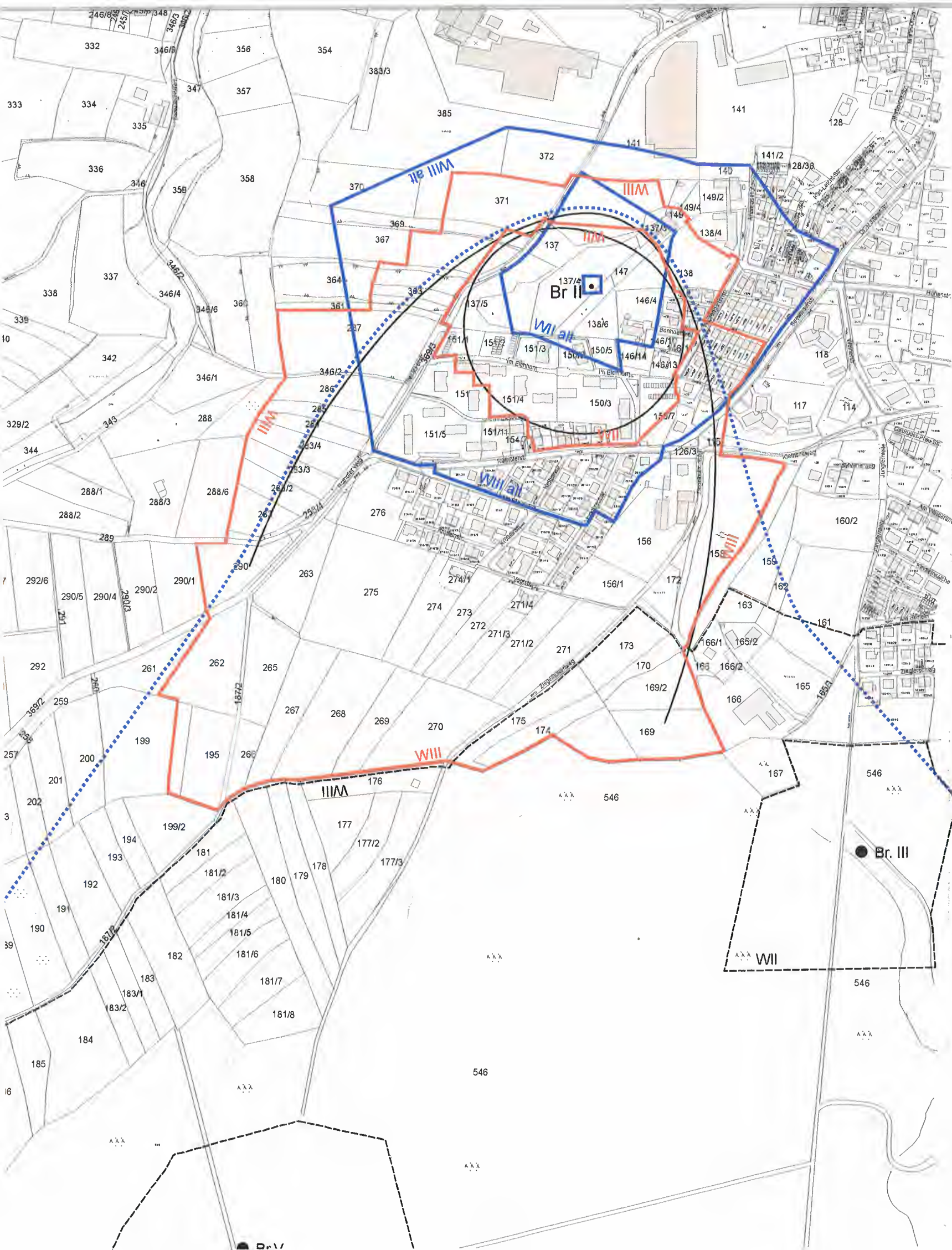
### Bestand Schutzgebiete

- 1 Bruderwald mit Naturwaldreservat Wolfsruhe
- 2 Wiesen um die Altenburg
- 3 Regnitz, Stocksee und Sandgebiete von Neuses bis Hallstadt
- 4 Mainauen an der Regnitzmündung
- 5 Muna (Munitionsanstalt)
- 6 Hauptmoorwald
- 7 Leinritt und Hain
- 8 Altenburg-Rothof
- 9 Rothelbachtal
- 10 Die Ebene bei Bug
- 11 Michaelsberger Garten
- 12 Tongruben bei Gaustadt



Bearbeiter:	bearbeitet:	Datum	Zeichen
	gezeichnet:		
	nach-/geprüft:		
Bearbeiter: Elisabeth Fischer, 10005476 Umrisslage: Entwicklung einer kommunalen Biodiversitätsstrategie für die Stadt Bamberg			
Plan 1: Schutzgebiete in Bamberg	bearbeitet:	Datum	Zeichen
	nach-/geprüft:		
Maßstab: 1 : 35.000			
Aufgestellt:			
Jena, 30.07.2012			
Quelle der Kartengrundlage: FfN View			





**Zeichenrerklärung**

- Brunnen
- ⤿ Randstromlinie  $Q_a = 95.000 \text{ m}^3/\text{a}$
- 50-Tageslinie  $Q_{dmax} = 363 \text{ l/s}$

**Schutzgebiet, Vorschlag**

- **WII** Engere Schutzzone Br. II
- - - **WIII** Weitere Schutzzone Br. II

**Schutzgebiet, Bestand**

- **WI alt** Fassungsreich (alt)
- - - **WII alt** Engere Schutzzone (alt)
- - - **WIII alt** Weitere Schutzzone (alt)

**WII, WIII bestehendes Wasserschutzgebiet Brunnen III-V Gaustadt**

05.07.2010		RK	
Nr.	Änderungen	Datum	Name gepr.

62.004.2

## **Verordnung über die Festsetzung und Sicherung von Wasserschutzgebieten für die öffentliche Wasserversorgung des Stadtteils Gaustadt**

**Vom 22.07.1971**

geändert durch Verordnung vom 27.01.1993

(Mitteilungsblatt - Amtsblatt der Stadt Bamberg - vom 05.02.1993 Nr. 3),

geändert durch § 17 der Verordnung zur Anpassung des Ortsrechtes der Stadt Bamberg an  
den Euro vom 30.11.2001

(Rathaus Journal - Amtsblatt der Stadt Bamberg - vom 07.12.2001 Sondernummer),

geändert durch Verordnung vom 17.05.2004

(Rathaus Journal - Amtsblatt der Stadt Bamberg - vom 04.06.2004 Nr. 12)

### **Inhaltsübersicht**

- § 1 Allgemeines
  - § 2 Schutzgebiete
  - § 3 Verbotene oder nur beschränkt zulässige Handlungen
  - § 4 Ausnahmen
  - § 5 Beseitigung und Änderung bestehender Einrichtungen
  - § 6 Duldungsverpflichtungen
  - § 7 Entschädigung
  - § 8 Ordnungswidrigkeiten
  - § 9 In-Kraft-Treten
- Anlage

Das Landratsamt Bamberg erlässt auf Grund des § 19 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) vom 27.07.1957 (BGBl I S. 1110) in Verbindung mit Art. 35 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.12.1970 (GVBl 1971 S. 41) folgende mit Entschließung der Regierung von Oberfranken vom 01.04.1971 Nr. II/2 - 3239 c BA - 2/71 genehmigte Verordnung:

### **§ 1 \*) Allgemeines**

Zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung für den Stadtteil Gaustadt (Tiefbrunnen II) wird in der Stadt Bamberg das in § 2 näher umschriebene Schutzgebiet festgesetzt. Für dieses Gebiet werden die Anordnungen nach §§ 3 - 6 erlassen.

### **§ 2 \*\*) Schutzgebiete**

- (1) Das Wasserschutzgebiet für den Tiefbrunnen II besteht aus

62.004.2

dem Fassungsbereich,  
der Engeren Schutzzone und  
der Weiteren Schutzzone.

1. Der Fassungsbereich umfasst auf dem Grundstück Fl. Nr. 137/4 der Gemarkung Gaustadt die quadratische Fläche um den Brunnen mit Seitenlängen von 20 m, wobei die Südostseite auf ihrer Länge mit der Südostseite des Grundstückes Fl. Nr. 134/4 zusammenfällt.
2. Die Engere Schutzzone umfasst die Grundstücke Fl. Nr. 137 (Tfl.), 137/3 (Tfl.), 137/4 (soweit nicht im Fassungsbereich einbezogen), 138 (Tfl.), 138/4 (Tfl.), 138/5 (Tfl.) 138/6, 146/4, 147, 150 (Tfl.), sämtl. Gemarkung Gaustadt.
3. Die Weitere Schutzzone umfasst die Grundstücke Fl. Nr. 126, 126/2 (Tfl.), 126/4 (Tfl.), 127, 127/2, 127/3, 127/6, 127/7, 128 (Tfl.), 128/9, 128/10, 137 (soweit nicht in die Engere Schutzzone einbezogen), 137/3 (soweit nicht in die Engere Schutzzone einbezogen), 137/5, 138 (soweit nicht in die Engere Schutzzone einbezogen), 138/3, 138/4 (soweit nicht in die Engere Schutzzone einbezogen), 138/5 (soweit nicht in die Engere Schutzzone einbezogen), 138/7, 140, 141 (Tfl.), 144, 144/2, 144/3, 145, 146, 146/1, 146/2, 146/3, 146,5 mit 146,14, 146/16 mit 146/20, 146/22 mit 146/34, 149, 149/2, 149/3, 150 (soweit nicht in die Engere Schutzzone einbezogen), 151, 153, 153/1, 154/1 mit 154/8, 155, 155/1, 155/2, 155/3, 258/2 (Tfl.), 258/3, 258/4 (Tfl.), 258/5, 281 (Tfl.), 281/1 (Tfl.), 281/2 mit 281/7, 281/19 mit 281/36, 285 (Tfl.), 286 (Tfl.), 287 (Tfl.), 288/2 (Tfl.), 361 (Tfl.), 362 (Tfl.), 363, 364 (Tfl.), 365 (Tfl.), 366 (Tfl.), 367 (Tfl.), 368 (Tfl.), 369 (Tfl.), 369/2 (Tfl.), 370 (Tfl.), 371, 372, 385 (Tfl.), sämtl. Gemarkung Gaustadt.

(2) Die Grenzen des Schutzgebietes sind in dem Lageplan des Vermessungsamtes Bamberg vom 19.05.1969 eingetragen. Dieser Lageplan ist als Anlage zu dieser Verordnung in der Stadt Bamberg - Untere Wasserrechtsbehörde - niedergelegt. Er kann dort während der allgemeinen Dienststunden eingesehen werden.

(3) Veränderungen der Grenzen oder der Bezeichnung der in Absatz 1 genannten Grundstücke berühren die festgesetzten Grenzen der Schutzzone nicht.

(4) Der Fassungsbereich ist mit Maschendrahtzaun umzäunt und wird am Eingang durch ein Hinweisschild gekennzeichnet. Desgleichen ist auch die Engere Schutzzone, soweit erforderlich, in der Natur in geeigneter Weise kenntlich gemacht.

### § 3 \*\*\*)

#### Verbotene oder nur beschränkt zulässige Handlungen

(1) Es sind verboten

	im Fassungsbereich	in der Engeren Schutzzone	In der Weiteren Schutzzone
1	2	3	4
<b>1. land- und forstwirtschaftliche Nutzungen, Gartenbau</b>			

62.004.2

	im Fassungsbereich	in der Engeren Schutzzone	In der Weiteren Schutzzone
1	2	3	4
1.1 jede natürliche (organische) Düngung	verboten	-	-
1.2 Güllewirtschaft mit fliegendem oder stationärem Leitungsnetz	verboten	verboten	-
1.3 landwirtschaftliche Abwasserverwertung, Abwasserlandbehandlung	verboten	verboten	verboten
1.4 Düngen mit Ammoniakwasser aus Gaswerken	verboten	verboten	-
1.5 Verwendung von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Pflanzenkrankheiten	verboten	verboten, falls Dieselöl als Trägerstoff dient	-
1.6 Verwendung von Dieselöl und sonstigen chemischen Stoffen zur Vernichtung von Aufwuchs	verboten	verboten	-
1.7 Gartenbaubetriebe oder Tierzuchtfarmen zu errichten	verboten	verboten	-
<b>2. Sonstige Bodennutzungen</b>			
2.1 Veränderungen und Aufschlüsse der Erdoberfläche - mit Ausnahme der üblichen landwirtschaftlichen Bodenbearbeitung -, insbesondere Kies-, Sand-, Torf- und Steinbrüche	verboten	verboten	verboten
<b>3. Lagern, Ablagern und Befördern wassergefährdender Stoffe</b>			
3.1 Müllablagerungen zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	verboten
3.2 Ablagern, Lagern und Vergraben wassergefährdender Stoffe wie Öl, Teer, Phenole, mineralöhlhaltige Stoffe, Gifte, Schädlingsbekämpfungsmittel, Tierkadaver, Unrat, Müll, industrielle	verboten	verboten	verboten, ausgenommen das Lagern derartiger Stoffe, wenn eine Gefährdung des Grundwassers (siehe Lagerverordnung) nicht zu



62.004.2

	<b>im Fassungsbereich</b>	<b>in der Engeren Schutzzone</b>	<b>In der Weiteren Schutzzone</b>
<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>
und gewerbliche Rückstände, Chemikalien			besorgen ist
3.3 Kläranlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	verboten
3.4 Versitzgruben zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	verboten

62.004.2

	im Fassungsbereich	in der Engeren Schutzzone	In der Weiteren Schutzzone	
1	2	3	4	
3.5	Dung- oder Jauchestätten, Gärfutterbehälter und -mieten zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	-
3.6	Trockenaborte	verboten	verboten	verboten, ausgenommen als befristeter Zwischenzustand
3.7	Durchleiten von Abwasser, auch in geschlossenen Leitungen	verboten	verboten	-
3.8	Entleeren von Fäkalienwagen	verboten	verboten	verboten
3.9	Leitungen für wassergefährdende Stoffe zu errichten	verboten	verboten	verboten
3.10	Gasleitungen zu errichten	verboten	verboten	verboten
<b>4.</b>	<b>Bergbau, Straßenbau, Plätze mit besonderer Zweckbestimmung</b>			
4.1	Bergbau	verboten	verboten, wenn durch ihn gute Deckschichten zerrissen oder durch ihn Einmuldungen oder offene Wasseransammlungen herbeigeführt werden	-
4.2	Bohrungen zum Aufsuchen und Gewinnen von Erdöl, Erdgas und sonstigen Bodenschätzen	verboten	verboten	verboten
4.3	Straßen, Wege, Plätze sowie Parkplätze zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten, sofern ihre Oberflächenwässer nicht schadlos aus der Engeren Schutzzone herausgeleitet werden können. Von dem Verbot ausgenommen sind öffentliche Feld- und Waldwege, beschränkt öffentliche Wege und Eigentümerwege	-
4.4	Wagenwaschen	verboten	verboten	-
4.5	Zelt- und Badeplätze			

62.004.2

	<b>im Fassungsbereich</b>	<b>in der Engeren Schutzzone</b>	<b>In der Weiteren Schutzzone</b>
<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>
einzurichten, Abstellen von Wohnwagen	verboten	verboten	-
4.6 Sportplätze zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	-
4.7 Flugplätze, Notabwurfplätze, militärische Anlagen und Übungsplätze zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	verboten
4.8 Friedhöfe zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	verboten

62.004.2

	im Fassungsbereich	in der Engeren Schutzzone	In der Weiteren Schutzzone
1	2	3	4
<b>5. Bauliche Nutzungen, Industrie</b>			
5.1 bauliche Anlagen, die nicht zur Wasserversorgungsanlage gehören, zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	verboten, sofern nicht an eine Sammelentwässerung angeschlossen wird
5.2 Betriebe mit grundwassergefährdendem Abwasser oder Betriebe und Anlagen, in denen wassergefährdende Stoffe (z.B. Chemikalien, Treibstoffe, organische Abfälle) hergestellt, verarbeitet, umgesetzt oder gelagert werden, zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	verboten, soweit die Abfälle oder Abwässer nicht gewässerunschädlich beseitigt oder aus dem Schutzgebiet herausgeleitet werden können
5.3 Erdölraffinerien und Großtanklager zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	verboten
5.4 Anlagen zur Gewinnung radioaktiven Materials und von Kernenergie zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	verboten
<b>6. Betreten</b>	verboten, außer durch Befugte		

(2) Weitergehende Verbote oder Beschränkungen nach der Anlagenverordnung - VAwS - in der jeweils gültigen Fassung bleiben unberührt.

(3) Betriebe mit wassergefährdendem Abwasser im Sinne der Nr. 5.2 des Absatzes 1 sind insbesondere die in der Anlage aufgeführten Betriebe.

## § 4 \*\*\*\*) Ausnahmen

(1) Die Stadt Bamberg kann von den Verboten des § 3 Ausnahmen zulassen, wenn

1. das Wohl der Allgemeinheit die Ausnahme erfordert oder

62.004.2

2. das Verbot im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führen würde und das Gemeinwohl der Ausnahme nicht entgegensteht.
- (2) Die Ausnahme ist widerruflich; sie kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden.
- (3) Im Falle des Widerrufs kann die Stadt Bamberg vom Inhaber der Ausnahmegenehmigung verlangen, dass der frühere Zustand wieder hergestellt wird, sofern es das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der öffentlichen Wasserversorgung, erfordert.

## **§ 5 \*\*\*\*\*)**

### **Beseitigung und Änderung bestehender Einrichtungen**

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken haben die Beseitigung und Änderung von Einrichtungen, die im Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Verordnung bestehen und deren Bestand oder Betrieb unter die Verbote des § 3 fällt, auf Anordnung der Stadt Bamberg zu dulden, sofern sie nicht schon nach anderen Vorschriften verpflichtet sind, die Einrichtungen zu beseitigen oder zu ändern.

## **§ 6 \*\*\*\*\*)**

### **Duldungsverpflichtungen**

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten der Grundstücke Fl. Nr. 126, 137, 137/4, 146/4 der Gemarkung Gaustadt haben an den in den Schutzgebietslageplänen eingezeichneten Stellen (rote Kreise) die Aufstellung, Beibehaltung und Unterhaltung von Hinweiszeichen durch die Stadt Bamberg zu dulden.

## **§ 7**

### **Entschädigung**

Soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser Verordnung ergehende Anordnung eine Enteignung darstellt, ist hierfür nach den §§ 19 Abs. 3, 20 WHG und Art. 74 BayWG Entschädigung zu leisten.

## **§ 8 \*\*\*\*\*)**

### **Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 41 Abs. 1 Nr. 2 WHG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
  1. einem der Verbote nach § 3 Abs. 1 und 3 dieser Verordnung zuwiderhandelt,
  2. eine nach § 4 ausnahmsweise zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Ausnahme verbundenen Bedingungen oder Auflagen zu befolgen.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 41 Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße geahndet werden.

62.004.2

## § 9 \*\*\*\*\*) In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Bamberg in Kraft.

- 
- \*) § 1 zuletzt geändert durch Verordnung vom 17.05.2004
  - \*\*) § 2 zuletzt geändert durch Verordnung vom 17.05.2004
  - \*\*\*) § 3 geändert durch Verordnung vom 17.05.2004
  - \*\*\*\*) § 4 geändert durch Verordnung vom 17.05.2004
  - \*\*\*\*\*) § 5 geändert durch Verordnung vom 17.05.2004
  - \*\*\*\*\*) § 6 geändert durch Verordnung vom 17.05.2004
  - \*\*\*\*\*) § 8 geändert durch Verordnung vom 30.11.2001
  - \*\*\*\*\*) § 9 betrifft die ursprüngliche Fassung

62.004.2

## Anlage zu vorstehender Verordnung:

Betriebe mit wassergefährdendem Abwasser  
(Zu § 3 Abs. 1 Nr. 5.2)

Akkumulatorenfabriken  
Ammoniakfabriken  
Atomkraftwerke  
Beizereien u. a. Betriebe, die Ätzflüssigkeiten verwenden  
Bleichereien  
Chemische Fabriken  
Erdölraffinerien, Großtanklager  
Färbereien  
Faserplattenwerke  
Fotochemische Fabriken  
Gaswerke, Kokereien,  
Gasgeneratoren  
Gerbereien  
Gummifabriken  
Holz imprägnierungswerke  
Hydrierwerke  
Isotopenbetriebe  
Kaliwerke, Salinen  
Kunststoff-Fabriken  
Lederfabriken, Lederfärbereien  
Mineralfarbenfabriken  
Mineralölwerke  
Schwefelsäurefabriken  
Schwelereien  
Sodafabriken  
Sprengstoff-Fabriken  
Teerfarbenfabriken  
Textilfabriken (außer Trockenbetrieben), auch Fabriken für synthetische Textilfasern  
Verzinkereien  
Waschmittelfabriken  
Wäschereien  
Weißblechwerke  
Zellulose-Fabriken  
Zuckerfabriken  
und Betriebe, die eine der genannten Fertigungen als Nebenbetrieb enthalten.

## **Verordnung über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Bamberg, Stadtteil Gaustadt, für die öffentliche Wasserversorgung des Stadtteils Gaustadt, Tiefbrunnen III bis V**

**Vom 17.05.2004**

(Rathaus Journal - Amtsblatt der Stadt Bamberg - vom 04.06.2004 Nr. 12)

### **Inhaltsübersicht**

- § 1 Allgemeines
- § 2 Schutzgebiet
- § 3 Verbotene oder nur beschränkt zulässige Handlungen
- § 4 Ausnahmen
- § 5 Beseitigung und Änderung bestehender Einrichtungen
- § 6 Kennzeichnung des Schutzgebietes
- § 7 Kontrollmaßnahmen
- § 8 Entschädigung und Ausgleich
- § 9 Ordnungswidrigkeiten
- § 10 In-Kraft-Treten
- Anlage 1 Lageplan
- Anlage 2 Maßgaben zu § 3 Abs. 1 Nr. 1

Die Stadt Bamberg erlässt aufgrund des § 19 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 19.08.2002 (BGBl I S. 3245) in Verbindung mit Art. 35 und 75 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 19.07.1994 (GVBl S. 822, BayRS 753-1-U), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.07.2003 (GVBl S. 482), folgende Verordnung:

### **§ 1 Allgemeines**

Zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung für den Stadtteil Gaustadt wird in der Stadt Bamberg das in § 2 näher umschriebene Schutzgebiet festgesetzt. Für dieses Gebiet werden die Anordnungen nach §§ 3 bis 7 erlassen.



## § 2 Schutzgebiet

(1) Das Schutzgebiet besteht aus  
3 Fassungsbereichen,

3 engeren Schutzzonen und

1 gemeinsamen weiteren Schutzzone für die Tiefbrunnen III, IV und V.

(2) Die Grenzen des Schutzgebietes und der einzelnen Schutzzonen ergeben sich aus dem als Anlage beigefügten Lageplan (M 1 : 5.000), der Bestandteil der Verordnung ist. Für die genaue Grenzziehung ist ein Lageplan im Maßstab 1 : 2.000 maßgebend, der bei der Stadt Bamberg niedergelegt ist; er kann dort während der Dienststunden eingesehen werden. Die genaue Grenze der Schutzzone verläuft jeweils auf der gekennzeichneten Grundstücksgrenze oder, wenn die Schutzzonengrenze ein Grundstück schneidet, auf der der Fassung näheren Kante der gekennzeichneten Linie.

Die **Fassungsbereiche (Zone I)** befinden sich jeweils auf einer Teilfläche der Flur Nummer 546, Gemarkung Wildensorg (Stadt Bamberg).

Die **engere Schutzzone (Zone II)** umfasst folgende Grundstücke:  
Gemarkung Wildensorg (Stadt Bamberg), Teilfläche von Flur Nr. 546  
Gemarkung Gaustadt (Stadt Bamberg), Teilfläche von Flur Nr. 103/70.

Die **weitere Schutzzone (Zone III)** umfasst folgende Grundstücke:

Gemarkung Gaustadt (Stadt Bamberg)

Fl.-Nr. 103/38, 103/39, 103/40, 103/41, 103/42, 103/43, 103/44, 103/45, 103/46, 103/47, 103/48, 103/49, 103/50, 103/51, 103/52, 103/89, 103/53, 103/54 (Teilfläche), 103/1 (Teilfläche), 103/70 (Teilfläche), 103/88, 103/96, 161 (Teilfläche), 162 (Teilfläche), 163, 166, 167, 168, 165, 165/1, 165/2, 166/1, 166/2, 176, 177/2, 177/3, 175, 174, 173, 170, 169, 169/2, 280/2 (Teilfläche), 181, 181/2, 181/3, 181/4, 181/5, 181/6, 181/7, 181/8, 180, 182, 183, 183/1, 183/2, 179, 178, 177, 184, 185, 186.

Gemarkung Wildensorg (Stadt Bamberg), Teilfläche von Flur Nr. 546

Gemarkung Bamberg (Stadt Bamberg), Fl.-Nr. 3362 (Teilfläche), 3363, 3364, 3365, 3366, 3369, 3324/2 (Teilfläche).

(3) Veränderungen der Grenzen oder der Bezeichnungen der im Schutzgebiet gelegenen Grundstücke berühren die festgesetzten Grenzen der Schutzzonen nicht.

(4) Die Fassungsbereiche sind durch eine Umzäunung, die weitere Schutzzone ist, soweit erforderlich, in der Natur in geeigneter Weise kenntlich zu machen.

62.003.2

## § 3

### Verbotene oder nur beschränkt zulässige Handlungen

(1) Es sind

		im Fassungsbereich	in der engeren Schutzzone	in der weiteren Schutzzone
entspricht Zone		W I	W II	W III
<b>1</b>	<b>bei landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Nutzungen</b>			
1.1	Düngen mit Gülle, Jauche, Festmist und sonstigen seuchenhygienisch bedenklichen Stoffen	<b>verboten</b>		<b>nur zulässig</b> wie bei Nr. 1.2, die Sperrfristen gelten nicht für Festmist
1.2	Düngen mit sonstigen organischen und mineralischen Stickstoffdüngern	<b>verboten</b>	<b>nur zulässig</b> wenn die Stickstoffdüngung in zeit-, standort- und bedarfsgerechten Gaben erfolgt, insbesondere also nicht <ul style="list-style-type: none"> <li>• auf abgeernteten Flächen ohne unmittelbar folgenden Zwischen- oder Hauptfruchtanbau</li> <li>• auf Grünland, sowie auf Ackerland bei Anbau von Ackerfutter, Winterraps, Wintergerste, Roggen und Triticale</li> </ul> <div style="text-align: right; margin-right: 20px;">                         vom 31.10. bis 15.02.                          vom 15.10. bis 15.02.                     </div> <ul style="list-style-type: none"> <li>• auf Ackerland</li> <li>• auf allen übrigen Flächen einschließlich Brachland</li> <li>• auf tiefgefrorenem, schneebedecktem oder wassergesättigtem Boden</li> </ul>	
1.3	Lagern und Ausbringen von Klärschlamm, klärschlammhaltigen Düngemitteln, Fäkalschlamm und Kompost aus zentralen Bioabfallanlagen	<b>verboten</b>		
1.4	befestigte Dungstätten zu errichten oder zu erweitern 1)	<b>verboten</b>		<b>nur zulässig</b> mit Ableitung der Jauche in einen dichten Behälter
1.5	Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Silagesickersaft zu errichten oder zu erweitern 1)	<b>verboten</b>		<b>nur zulässig</b> mit Leckageerkennung oder gleichwertiger Kontrollmöglichkeit der <b>gesamten</b> Anlage
1.6	Lagern von Wirtschaftsdünger	<b>verboten</b>		<b>nur zulässig</b>

62.003.2

		im Fassungsbereich	in der engeren Schutzzone	in der weiteren Schutzzone
entspricht Zone		W I	W II	W III
	oder Mineraldünger auf unbefestigten Flächen			sofern gegen Niederschlag dicht abgedeckt und zudem bei Festmistlagerung mehr als 50 cm Lehmboden am Standort vorhanden ist
1.7	ortsfeste Anlagen zur Gärfutterbereitung zu errichten oder zu erweitern 1)		<b>verboten</b>	<b>nur zulässig</b> mit Ableitung der Gär- und Sickersäfte in dichte Behälter
1.8	Gärfutterbereitung außerhalb ortsfester Anlagen		<b>verboten</b>	<b>nur zulässig</b> für Ballensilage
1.9	Stallungen zu errichten oder zu erweitern 1)		<b>verboten</b>	<b>nur zulässig</b> gemäß Anlage 2 Ziff. 1

Zu Ausnahmen im Einzelfall vgl. § 4

1) Es wird auf Anhang 5 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (Anlagenverordnung - VAwS -) hingewiesen, der Ausführungen zur baulichen Gestaltung (u. a. Leckageerkennung) enthält.

Darüber hinaus sind insbesondere Musterpläne im Katalog wasserwirtschaftlicher Anforderungen an Anlagen zum Lagern von Jauche, Gülle, Festmist, Silagesickersäften (Anforderungskatalog JGS-Anlagen) der Obersten Baubehörde enthalten.

62.003.2

entspricht Zone		im Fassungsbereich	in der engeren Schutzzone	in der weiteren Schutzzone
		W I	W II	W III
1.10	Freilandtierhaltung im Sinne von Anlage 2 Ziff. 2	<b>verboten</b>		<p><b>nur zulässig</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- wenn die Ernährung der Tiere im wesentlichen aus den genutzten Weideflächen erfolgt und</li> <li>- wenn die Grasnarbe nicht langfristig und großflächig verletzt wird und</li> <li>- wenn die Futter- und Tränkeplätze regelmäßig gewechselt werden und die Grasnarbe wiederhergestellt wird</li> </ul>
1.11	Beweidung	<b>verboten</b>		<b>zulässig</b>
1.12	Anwendung von Pflanzenschutzmitteln	<b>verboten</b>	<p><b>nur zulässig</b> mit schlagbezogenen Aufzeichnungen der Maßnahmen und wenn neben den Vorschriften des Pflanzenschutzrechts auch die Gebrauchsanleitungen beachtet werden. <b>Nicht erlaubt sind terbutylazinhaltige Präparate</b></p>	
1.13	Anwendung von Pflanzenschutzmitteln aus Luftfahrzeugen oder zur Bodenentseuchung	<b>verboten</b>		
1.14	Beregnung landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzter Flächen	<b>verboten</b>		<p><b>nur zulässig</b> bis zu einer Bodenfeuchte von 70 % der nutzbaren Feldkapazität</p>
1.15	Nasskonservierung von Rundholz	<b>verboten</b>		<p><b>nur zulässig</b> bei Anfall von Kalamitätsholz</p>
1.16	Gartenbaubetriebe oder Kleingartenanlagen zu errichten oder zu erweitern	<b>verboten</b>		<b>verboten</b>

62.003.2

		im Fassungsbereich	in der engeren Schutzzone	in der weiteren Schutzzone
entspricht Zone		W I	W II	W III
1.17	Besondere Nutzungen im Sinne von Anlage 2 Ziff. 3 neu anzulegen oder zu erweitern	<b>verboten</b>		<b>verboten</b>
1.18	Landwirtschaftliche Dräne und zugehörige Vorflutgräben anzulegen oder zu ändern	<b>verboten</b>	<b>nur zulässig</b> für Unterhaltungsmaßnahmen	<b>nur zulässig</b> - für Unterhaltungsmaßnahmen und - für Bedarfsdrainierung auf Ackerflächen im Sinne von Anlage 2 Ziff. 4
1.19	Kahlschlag oder eine in der Wirkung gleichkommende Maßnahme gem. Anlage 2 Ziff. 5	<b>verboten</b>	nur bis zu <b>1000 m<sup>2</sup> zulässig</b> Bei Verjüngungsmaßnahmen Begründung stand-ortgerechter Mischwälder <b>erforderlich</b>	nur bis zu <b>5.000 m<sup>2</sup> zulässig</b> , ausgenommen Kalamitätsnutzungen nach vorheriger Anzeige bei der Kreisverwaltungsbehörde, bei kahlschlagartigen Maßnahmen un-terhalb dieser Höchstfläche ist die umgehende Begründung stand-ortgerechter Mischwälder <b>erforderlich</b>
1.20	Rodung im Sinne von Anlage 2 Ziff. 5	<b>verboten</b>		
1.21	Winterfurche	<b>verboten</b>		<b>nur zulässig</b> sofern fruchtfolgebedingt weder eine Frühjahrsfurche noch Mulchsaat möglich ist. Soweit pflanzenbaulich nötig darf Winterfurche erst ab dem 01.11. erfolgen. Auf das Düngeverbot unter Nr. 1.2 wird verwiesen.
1.22	ganzjährige Bodenbedeckung durch Zwischen- oder Hauptfrucht	<b>verboten</b>	<b>erforderlich</b> soweit fruchtfolge- und witterungsbedingt möglich. Beim Anbau von Mais und Sonnenblumen sollte grundsätzlich Mulchsaat erfolgen.	

62.003.2

		im Fassungsbereich	in der engeren Schutzzone	in der weiteren Schutzzone
entspricht Zone		W I	W II	W III
<b>2.</b>	<b>bei sonstigen Bodennutzungen (soweit nicht unter den Nrn. 3 bis 6 geregelt)</b>			
2.1	Aufschlüsse oder Veränderungen der Erdoberfläche, selbst wenn Grundwasser nicht aufgedeckt wird, insbesondere Fischeiche, Kies-, Sand- und Tongruben, Steinbrüche, Übertagebergbau und Torfstiche	<b>verboten</b>	<b>nur zulässig</b> zur Bodenbearbeitung im Rahmen der ordnungsgemäßen land- u. forstwirtschaftlichen Nutzung bzw. Bodenuntersuchungen für Düngeberatungen	
2.2	Wiederverfüllung von Erdaufschlüssen	<b>verboten</b>		
<b>3.</b>	<b>bei Umgang mit wassergefährdenden Stoffen</b>			
3.1	Rohrleitungsanlagen zum Befördern wassergefährdender Stoffe nach § 19 a WHG zu errichten oder zu erweitern	<b>verboten</b>		
3.2	Anlagen nach § 19 g WHG zum Herstellen, Behandeln oder Verwenden von wassergefährdenden Stoffen zu errichten oder zu erweitern	<b>verboten</b>		

62.003.2

entspricht Zone		im Fassungsbereich	in der engeren Schutzzone	in der weiteren Schutzzone
		W I	W II	W III
3.3	Anlagen nach § 19 g WHG zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen von wassergefährdenden Stoffen zu errichten oder zu erweitern  2)	<b>verboten</b>		<p><b>nur zulässig</b> für Anlagen im üblichen Rahmen von Haushalt und Landwirtschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• bis 20 l für Stoffe der Wassergefährdungsklasse 3 (z.B. Benzin)</li> <li>• bis 50 l Altöl bei landwirtschaftlichen Maschinen</li> <li>• bis 10.000 l für Stoffe bis Wassergefährdungsklasse 2 (z.B. Heizöl)</li> </ul>
3.4	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach § 19 g Abs. 5 WHG, auch Pflanzenschutzmitteln, außerhalb von Anlagen nach Nrn. 3.2 und 3.3 (ohne Nr. 1.12)  2)	<b>verboten</b>		<p><b>nur zulässig</b> für kurzfristige Lagerung von Stoffen bis Wassergefährdungsklasse 2 in zugelassenen Transportbehältern bis zu je 50 Litern, deren Dichtheit kontrollierbar ist</p>

2) bezüglich Wassergefährdungsklasse siehe VwVwS in der jeweils aktuellen Fassung

3.5	Abfall im Sinne der Abfallgesetze und bergbauliche Rückstände zu behandeln, zu lagern oder abzulagern	<b>verboten</b>		<p><b>nur zulässig</b> für die Bereitstellung in geeigneten Behältern oder Verpackungen zur regelmäßigen Abholung (auch Wertstoffhöfe)</p>
3.6	Betrieb von kerntechnischen Anlagen im Sinne des Atomgesetzes	<b>verboten</b>		
3.7	genehmigungspflichtiger Umgang mit radioaktiven Stoffen im Sinne des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung	<b>verboten</b>		

62.003.2

<b>4.</b>	<b>bei Abwasserbeseitigung und Abwasseranlagen</b>		
4.1	Abwasserbehandlungsanlagen zu errichten oder zu erweitern	<b>verboten</b>	
4.2	Regen- u. Mischwasserentlastungsbauwerke zu errichten oder zu erweitern	<b>verboten</b>	
4.3	Trockenaborte	<b>verboten</b>	<b>nur zulässig</b> wenn vorübergehend und mit dichtem Behälter ausgestattet
4.4	Ausbringen von Abwasser	<b>Verboten</b>	



62.003.2

4.5	Anlagen zur Versickerung von Abwasser (einschließlich Kühlwasser und Wasser aus Wärmepumpen) zu errichten oder zu erweitern	<b>verboten</b>		
4.6	Anlagen zur Versickerung des von Dachflächen abfließenden Wassers zu errichten oder zu erweitern	<b>verboten</b>		<b>nur zulässig</b> zur Versickerung über die belebte Bodenzone, sofern es sich nicht um gewerbliche Anlagen und Metaldächer handelt
4.7	Anlagen zum Durchleiten oder Ableiten von Abwasser zu errichten oder zu erweitern  3)	<b>verboten</b>		<b>nur zulässig</b> wenn die Dichtheit der Entwässerungsanlagen vor Inbetriebnahme durch Druckprobe nachgewiesen und wiederkehrend alle 5 Jahre durch geeignete Verfahren überprüft wird
<b>5.</b>	<b>bei Verkehrswegen, Plätzen mit besonderer Zweckbestimmung, Untertagebergbau</b>			
5.1	Straßen, Wege und sonstige Verkehrsflächen zu errichten oder zu erweitern	<b>verboten</b>	<b>nur zulässig</b> bei öffentlichen Feld- und Waldwegen, beschränkt öffentlichen Wegen, Eigentümerwegen und Privatwegen bei breitflächigem Versickern des abfließenden Wassers	<b>nur zulässig</b> bei Beachtung der Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten (RiStWag), eingeführt mit IMBek v. 28.05.82 (MABl S. 329), in der jeweils geltenden Fassung; ansonsten nur zulässig wie in Zone W II
5.2	Eisenbahnanlagen zu errichten oder zu erweitern	<b>verboten</b>		
5.3	zum Straßen-, Wege-, Eisenbahn- und Wasserbau wassergefährdende, auswasch- oder auslaugbare Materialien (z.B. Schlacke, Teer, Imprägniermittel u. ä.) zu verwenden	<b>verboten</b>		

3) siehe hierzu insbesondere ATV-Merkblatt A 142 sowie ATV-Hinweis H 146

62.003.2

5.4	Bade- und Zeltplätze zu errichten oder zu erweitern, Camping aller Art	<b>verboten</b>	<b>nur zulässig</b> mit Abwasserentsorgung über eine dichte Sammelentwässerung unter Beachtung von Nr. 4.7
5.5	Sportanlagen zu errichten oder zu erweitern	<b>verboten</b>	<b>nur zulässig</b> mit Abwasserentsorgung über eine dichte Sammelentwässerung unter Beachtung von Nr. 4.7; <b>verboten</b> für Tontaubenschießanlagen
5.6	Sportveranstaltungen durchzuführen	<b>verboten</b>	<b>verboten</b> - für Großveranstaltungen außerhalb von Sportanlagen - für Motorsport
5.7	Friedhöfe zu errichten oder zu erweitern	<b>verboten</b>	
5.8	Flugplätze einschließlich Sicherheitsflächen, Notabwurfplätze, militärische Anlagen und Übungsplätze zu betreiben, zu errichten oder zu erweitern	<b>verboten</b>	

62.003.2

5.9	militärische Übungen durchzuführen	<b>verboten</b>	<b>nur zulässig</b> ist das Durchfahren auf klassifizierten Straßen
5.10	Baustelleneinrichtungen, Baustofflager zu errichten oder zu erweitern	<b>verboten</b>	<b>zulässig</b>
5.11	Untertagebergbau, Tunnelbauten	<b>verboten</b>	
5.12	Durchführung von Bohrungen	<b>verboten</b>	<b>nur zulässig</b> für Bodenuntersuchungen bis zu 1 m Tiefe
5.13	Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf Freilandflächen ohne land-, forstwirtschaftliche oder gärtnerische Nutzung sowie zur Unterhaltung von Verkehrswegen	<b>verboten</b>	
5.14	Düngen mit mineralischen Stickstoffdüngern (ohne Nr. 1.2)	<b>verboten</b>	<b>nur zulässig,</b> wenn die zeit- und bedarfsgerechte Düngung nachprüfbar dokumentiert wird
5.15	Beregnung	<b>verboten</b>	<b>nur zulässig</b> bis zu einer Bodenfeuchte von 70 % der nutzbaren Feldkapazität
<b>6.</b>	<b>bei baulichen Anlagen allgemein</b>		
6.1	bauliche Anlagen zu errichten oder zu erweitern	<b>verboten</b>	<b>nur zulässig</b> - wenn Abwasser in eine dichte Sammelentwässerung eingeleitet wird unter Beachtung von Nr. 4.7, - wenn die Gründungssohle mindestens 2 m über dem höchsten Grundwasserstand liegt, - wenn die Schutzfunktion der Deckschichten im wesentlichen erhalten bleibt.
6.2	Ausweisung neuer Baugebiete im Rahmen der Bauleitplanung	<b>verboten</b>	
<b>7.</b>	<b>Betreten</b>	<b>verboten</b>	<b>zulässig</b>

62.003.2

(2) Die Verbote des Absatzes 1 Nummern 4.6, 6.1 und 7 gelten nicht im Rahmen der Wassergewinnung und -ableitung des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist.

## **§ 4 Ausnahmen**

- (1) Die Stadt Bamberg kann von den Verboten des § 3 Ausnahmen zulassen, wenn
  1. das Wohl der Allgemeinheit die Ausnahmen erfordert oder
  2. das Verbot im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führen würde und das Gemeinwohl der Ausnahme nicht entgegensteht.
- (2) Die Ausnahme ist widerruflich; sie kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden und bedarf der Schriftform.
- (3) Im Falle des Widerrufs kann die Stadt Bamberg vom Grundstückseigentümer verlangen, dass der frühere Zustand wiederhergestellt wird, sofern es das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der Wasserversorgung erfordert.

## **§ 5 Beseitigung und Änderung bestehender Einrichtungen**

- (1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben die Beseitigung oder Änderung von Einrichtungen, die im Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Verordnung bestehen und deren Bestand, Errichtung, Erweiterung oder Betrieb unter die Verbote des § 3 fallen, auf Anordnung der Stadt Bamberg zu dulden, sofern sie nicht schon nach anderen Vorschriften verpflichtet sind, die Einrichtung zu beseitigen oder zu ändern.
- (2) Für Maßnahmen nach Abs. 1 ist nach § 19 Abs. 3, § 20 WHG und Art. 74 BayWG Entschädigung zu leisten.

## **§ 6 Kennzeichnung des Schutzgebietes**

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben zu dulden, dass die Grenzen des Fassungsgebietes und der Schutzzonen durch Aufstellen oder Anbringen von Hinweiszeichen kenntlich gemacht werden.

## § 7

### Kontrollmaßnahmen

(1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben Probenahmen von im Schutzgebiet zum Einsatz bestimmten Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln durch Beauftragte der Stadt Bamberg und durch das Personal des Wasserversorgungsunternehmers zur Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften dieser Verordnung zu dulden.

(2) Sie haben ferner die Entnahme von Boden-, Vegetations- und Wasserproben und die hierzu notwendigen Verrichtungen auf den Grundstücken im Wasserschutzgebiet durch Beauftragte der Stadt Bamberg und durch Personal des Wasserversorgungsunternehmers zu dulden.

## § 8

### Entschädigung und Ausgleich

(1) Soweit diese Verordnung oder eine aufgrund dieser Verordnung ergehende Anordnung eine Enteignung darstellt, ist über die Fälle des § 5 hinaus nach § 19 Abs. 3, § 20 WHG und Art. 74 BayWG Entschädigung zu leisten.

(2) Soweit diese Verordnung oder eine aufgrund dieser Verordnung ergehende Anordnung die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Nutzung beschränken, ist für die dadurch verursachten Nachteile ein angemessener Ausgleich gemäß § 19 Abs. 4 WHG und Art. 74 Abs. 6 BayWG zu leisten.

## § 9

### Ordnungswidrigkeiten

Nach § 41 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 WHG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig,

1. einem Verbot nach § 3 Abs. 1 zuwiderhandelt,
2. eine nach § 4 ausnahmsweise zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Ausnahme verbundenen Bedingungen oder Auflagen zu befolgen,
3. Anordnungen oder Maßnahmen nach §§ 5 und 7 nicht duldet.

## § 10

### In-Kraft-Treten

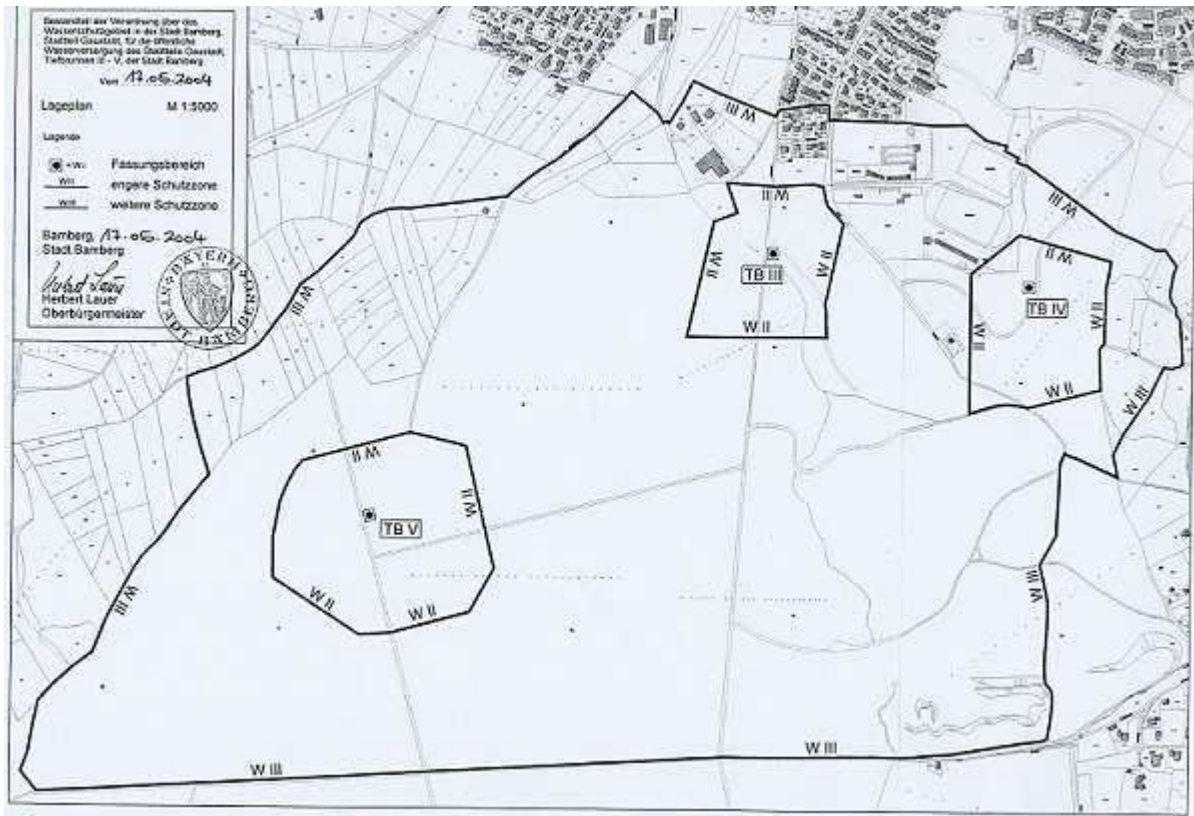
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Rathaus Journal der Stadt Bamberg in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung der Stadt Bamberg über das Wasserschutzgebiet in der Stadt

62.003.2

Bamberg für die öffentliche Wasserversorgung des Stadtteiles Gaustadt vom 26.04.1980 mit Änderung außer Kraft.

62.003.2

## Anlage 1



veränderter Maßstab

62.003.2

## Anlage 2 Maßgaben zu § 3 Abs. 1 Nr. 1

### 1. Stallungen

- Der Speicherraum für Gülle bzw. Jauche sowie die Zuleitungen sind baulich so zu gliedern, dass eine Reparatur jederzeit möglich ist. Hinsichtlich der Dichtheitsprüfungen wird auf VAwS Anhang 5 hingewiesen.
- Zu den jährlichen Dichtheitsprüfungen von Gülle- bzw. Jauchekanälen ist eine Leckageerkennung für die Fugenbereiche entsprechend VAwS Anhang 5 Nr. 4.2. vorzusehen.
- Flächen, auf denen Kot und Harn anfallen, sind flüssigkeitsundurchlässig auszuführen und jährlich durch Sichtprüfung insbesondere auf Risse zu kontrollieren.
- Bei Güllesystemen ist der Stall in hydraulisch-betrieblich abtrennbare Abschnitte zu höchstens 40 Dungeinheiten zu gliedern, die einzeln auf Dichtheit prüfbar und jederzeit reparierbar sind (1 Dungeinheit entspricht dem Anfall von 80 kg Stickstoff pro Jahr).

40 Dungeinheiten (= 3.200 kg Stickstoff pro Jahr) fallen bei folgenden Höchststückzahlen für einzelne Tierarten an:

- |                                     |              |              |          |
|-------------------------------------|--------------|--------------|----------|
| • Milchkühe<br>1,0 DE)              | 40 Stück     | (1 Stück =   |          |
| • Mastbullen<br>0,62 DE)            | 65 Stück     | (1 Stück =   |          |
| • Zuchtschweine mit Ferkeln<br>DE)  | 90 Stück     | (1 Stück =   | 0,45     |
| • Mastkälber, Jungmastrinder<br>DE) | 150 Stück    | (1 Stück =   | 0,27     |
| • Mastschweine<br>0,13 DE)          | 300 Stück    | (1 Stück =   |          |
| • Legehennen, Mastputen             | 3.500 Stück  | (100 Stück = | 1,14 DE) |
| • sonstiges Mastgeflügel            | 10.000 Stück | (100 Stück = | 0,4 DE). |

### 2. Freilandtierhaltung

liegt vor, wenn die Tiere über längere Zeiträume (ganzjährig oder saisonal) auf einer bestimmten Freilandfläche gehalten werden.

### 3. Besondere Nutzungen

sind folgende landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche oder erwerbsgärtnerische Nutzungen:



62.003.2

- Weinbau
- Obstbau, ausgenommen Streuobst
- Hopfenanbau
- Tabakanbau
- Gemüseanbau
- Baumschulen und forstliche Pflanzgärten
- Zierpflanzenanbau
- Christbaumkulturen

#### 4. Bedarfsdrainierung

Bedarfsdrainierung ist bis zu einer max. Flächenwirkung von 2.000 m<sup>2</sup> zulässig. Eine Bedarfsdrainierung besteht im Regelfall aus einem Hauptsammler und beidseitig max. 4 bis 5 Saugsträngen. Unterhaltungsmaßnahmen bei bereits bestehenden Bedarfsdrainierungen können die angegebenen Obergrenzen überschreiten.

#### 5. Wald- und Forstnutzung

##### 5.1 Der Kahlschlag

ist eine Hiebsform, bei der auf einer gegebenen Fläche alle aufstockenden Bäume in einem oder wenigen einander in kurzen Intervallen folgenden Hieben entnommen werden. Dadurch geht der Waldcharakter verloren und es treten Freiflächenbedingungen hervor.

##### 5.2. Eine dem Kahlschlag gleichkommende Maßnahme

ist eine Lichthauung, bei der nur noch vereinzelt Bäume stehen bleiben und ebenfalls Freiflächenbedingungen hervortreten.

Die Folge ist in beiden Fällen eine **Beschleunigung des Abbaus von organischer Substanz** im und auf dem Boden, so dass das Nährstoffangebot plötzlich den Bedarf des verbleibenden Bewuchses erheblich übersteigt und auch von der sich einstellenden nitrophilen Schlagflora nicht mehr aufgenommen werden kann.

Werden die Flächen oder Streifen so klein, dass die Schutzwirkung des angrenzenden Waldbestandes das Aufkommen eines Freiflächenklimas verhindert, spricht man nicht mehr von einem Kahlschlag. Diese Art des Vorgehens wird **Femel- oder Saumschlag** genannt.

Als überschlägiges Maß für den Durchmesser oder die Breite solcher Flächen wird die **Höhe des angrenzenden Altbestandes** angenommen.

Ein Kahlflächenklima wird auch dann verhindert, wenn genügend alte Laubbäume relativ gleichmäßig verteilt über der Fläche stehen bleiben. Diese Art des Vorgehens nennt man **Schirmschlag**.

62.003.2

Ein Kahlschlag kann auch entstehen, wenn zwei oder mehrere *benachbarte Waldbesitzer* Hiebe durchführen, die erst in der Summe zu den bereits genannten Freiflächenbedingungen führen. Des Weiteren handelt es sich bei *mehreren Hiebsmaßnahmen eines Waldbesitzers*, die in der Summe die Flächengrenzwerte der Verordnung überschreiten, jedoch nicht im räumlichen Zusammenhang stehen (bei der Besitzersplitterung), nicht um Kahlschlag.

### 5.3 Als Rodung

bezeichnet man die Beseitigung von Wald zugunsten einer anderen Bodennutzungsart (Art. 9 BayWaldG).

Bei der Rodung werden in der Regel auch die Wurzelstöcke entfernt, so dass tiefgreifende für die Wasserwirtschaft nachteilige Störungen der Bodenstruktur entstehen.

### 6. Als Dauergrünland

gelten Flächen, die nach ihren Standortbedingungen nur für Grünlandnutzung geeignet sind.

## GESAMTAUSGABE

**Text der Verordnung des Landratsamtes Bamberg über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Bamberg (Gemarkungen Bamberg, Strullendorf, Bug, Hauptsmoor) und den Gemeinden Strullendorf (Gemarkungen Strullendorf, Amlingstadt, Geisfeld, Roßdorf am Forst, Wernsdorf, Hauptsmoor, Geisberger Forst), Hirschaid (Gemarkungen Hirschaid, Friesen) und Litzendorf (Gemarkungen Melkendorf, Naisa, Pödeldorf) sowie im gemeindefreien Gebiet der Gemarkungen Hauptsmoor und Geisberger Forst des Landkreises Bamberg zum Schutz der öffentlichen Wasserversorgung der Stadt Bamberg**

vom 31. Oktober 2011  
**unter Berücksichtigung der Änderungsverordnungen**  
vom 20. April 2012 und vom 15. Mai 2019

Das Landratsamt Bamberg erlässt auf Grund des § 51 Abs. 1 Nr. 1. Abs. 2 und § 52 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I 2009, S. 2585) geändert mit Gesetz vom 6. Oktober 2011 (BGBl. I 2011, S. 1986), i. V. mit Art. 31 Abs. 2 und 63 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.02.2010 (GVBl. S. 66), folgende

## Verordnung

### § 1 Allgemeines

Zum Schutz der öffentlichen Wasserversorgung der Stadt Bamberg wird in der Stadt Bamberg (Gemarkungen Bamberg, Strullendorf, Bug, Hauptsmoor) und den Gemeinden Strullendorf (Gemarkungen Strullendorf, Amlingstadt, Geisfeld, Roßdorf am Forst, Wernsdorf, Hauptsmoor, Geisberger Forst), Hirschaid (Gemarkungen Hirschaid, Friesen) und Litzendorf (Gemarkungen Melkendorf, Naisa, Pödeldorf) sowie im gemeindefreien Gebiet der Gemarkungen Hauptsmoor und Geisberger Forst des Landkreises Bamberg das in § 2 näher umschriebene Schutzgebiet festgesetzt. Für dieses Gebiet werden die Anordnungen nach §§ 3 bis 7 erlassen.

### § 2 Schutzgebiet

(1) Das Schutzgebiet besteht aus

8 Fassungsbereichen (W I),  
6 Engeren Schutzzonen (W II) und  
2 Weiteren Schutzzonen A (W III A) und  
2 Weiteren Schutzzonen B (W III B).

(2) Die Grenzen des Schutzgebietes und der einzelnen Schutzzonen sind in einer Karte im Maßstab 1 : 50.000, die als **Anlage 1** Bestandteil der Verordnung ist, grob umschrieben.

(3) Für die genaue Grenzziehung des Schutzgebietes und der einzelnen Schutzzonen sind Lagepläne im Maßstab 1 : 5.000 und für den Bereich der Kernorte Strullendorf und Hirschaid zusätzlich Lagepläne im Maßstab 1 : 1.000 maßgeblich, die beim Landratsamt Bamberg, der Stadt Bamberg und in den Gemeindekanzleien Strullendorf, Hirschaid sowie Litzendorf niedergelegt sind und auf die Bezug genommen wird. Sie können während der Dienststunden dort eingesehen werden.

Die verschiedenen Schutzzonen sind in diesen Lageplänen unterschiedlich farblich markiert.

Diese Lagepläne im Maßstab 1 : 5.000 (**Anlage 2 a - c**) und 1 : 1.000 (**Anlage 3 a - d**) sind gleichfalls Bestandteile dieser Verordnung.

- (4) Veränderungen der Grenzen oder der Bezeichnungen der im Schutzgebiet gelegenen Grundstücke oder Grundstücksteilflächen berühren die festgesetzten Grenzen der Schutzzonen nicht.
- (5) Die Fassungsbereiche (W I) sind durch eine Umzäunung oder vergleichbare Abgrenzungen, soweit erforderlich an den Zufahrten/Zuwegungen mit Schranken und Hinweiszeichen gekennzeichnet.

Die Engeren Schutzzonen (W II) und die Weiteren Schutzzonen (W III A und W III B) sind, soweit erforderlich, in der Natur in geeigneter Weise kenntlich gemacht.

### § 3 Verbotene oder nur beschränkt zulässige Handlungen

- (1) In den **Fassungsbereichen (W I)** sind sämtliche im Abs. 2 unter den Ziffern 1 bis 6 aufgeführten Handlungen verboten. Das Betreten ist nur zulässig für Handlungen im Rahmen der Wassergewinnung und -ableitung durch Befugte des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, oder der von ihm Beauftragten.
- (2) Es sind weiterhin

entspricht Zone		in der Engeren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone
		W II	W III A	W III B
<b>1</b>	bei landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Nutzungen (einschließlich Hausgärten, für diese sind nur die Ziffern 1.1, 1.2 und 1.3 zu beachten)			
1.1	Düngen mit Gülle, Jauche, Festmist und sonstigen seuchen-hygienisch bedenklichen Stoffen	verboten	nur zulässig wie bei Ziffer 1.2	
1.2	Düngen mit sonstigen organischen und mineralischen Stickstoffdüngern	<p style="text-align: center;"><b>nur zulässig</b></p> <p><b>wenn die Stickstoffdüngung in zeit- u. bedarfsgerechten Gaben erfolgt, insbesondere also nicht</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- auf abgeernteten Flächen ohne unmittelbar folgenden Zwischen- oder Hauptfruchtanbau,</li> <li>- auf Grünland vom 1.11. bis 15.2. (ausgenommen Festmist in Zone W III A/B); der <u>Beginn</u> der Sperrfrist verschiebt sich in der Zone W III B um einen Zeitraum gleicher Länge, wie der Beginn der Kernsperrfrist nach § 4 Abs. 4 Satz 2 der Düngeverordnung durch Anordnung der zuständigen Behörde für Grünland im Landkreis Bamberg und in der Stadt Bamberg verschoben wird</li> <li>- auf Ackerland vom 1.10. bis 15.2., bei Anbau von Wintergerste, Roggen, Triticale und Winterraps ab 15.10. (ausgenommen Festmist in Zone W III A/B).</li> </ul> <p>Die erste N-Düngung zu Spargel ist nur nach vorhergehender N<sub>min</sub>-Bodenuntersuchung zulässig.</p>		
1.3	Lagern und Ausbringen von Klärschlamm, Fäkalschlamm sowie klärschlammhaltigen Düngemitteln	verboten		
1.4	Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Silagesickersaft und Festmist zu errichten oder zu erweitern *)	verboten	<p style="text-align: center;"><b>nur zulässig</b></p> <p>mit Leckageerkennung der gesamten Anlagen einschließlich Zuleitungen oder mit gleichwertiger Kontrollmöglichkeit nach Genehmigung durch die Kreisverwaltungsbehörde</p>	

\*) Zu Befreiungen im Einzelfall vgl. § 4 und Anlage 4, Ziffer 1.3 der Verordnung  
Es wird auf den Anhang 5 „Besondere Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Festmist, Silagesickersäften“ (JGS-Anlagen) der Anlagenverordnung (VAwS) hingewiesen, der nähere Ausführungen zur baulichen Gestaltung (u. a. Leckageerkennung) enthält.  
Musterpläne sind bei der ALB Bayern e.V. erhältlich.

		in der Engeren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone
entspricht Zone		W II	W III A	W III B
1.5	Lagern von Wirtschaftsdünger oder Mineraldünger auf unbefestigten Flächen	verboten	nur zulässig - für Kalkdünger - für Mineraldünger und Schwarzkalk, sofern gegen Niederschlag dicht abgedeckt - für Festmist, sofern gegen Niederschlag dicht abgedeckt und wenn mehr als 50 cm Lehmboden am Standort vorhanden ist - für sonstigen Wirtschaftsdünger, sofern gegen Niederschlag dicht abgedeckt	
1.6	ortsfeste Anlagen zur Gärfutterbereitung zu errichten oder zu erweitern *)	verboten	nur zulässig mit Ableitung der Gär- und Sickersäfte in dichte Behälter	
1.7	Gärfutterbereitung außerhalb von ortsfesten Anlagen	verboten	nur zulässig in dichten Foliensilos bei Siliergut ohne Gärsafterwartung sowie Ballensilage	
1.8	Stallungen zu errichten oder zu erweitern	verboten	nur zulässig gem. Anlage 4 Ziffer 1	
1.9	Beweidung, Freiland-, Koppel- und Pferchtierhaltung	verboten	nur zulässig, wenn die Grasnarbe nicht flächig verletzt wird (siehe Anlage 4, Ziffer 2) oder für bestehende Nutzungen, die unmittelbar an vorhandene Stallungen gebunden sind	
1.10	Anwendung von Pflanzenschutzmitteln	nur zulässig, wenn die Vorschriften des Pflanzenschutzrechts beachtet werden  verboten sind terbuthylazinhaltige Präparate		
1.11	Anwendung von Pflanzenschutzmitteln aus Luftfahrzeugen oder zur Bodenentseuchung	verboten		
1.12	Beregnung landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzter Flächen	verboten, ausgenommen bestehende Bewässerungen der Flnrn. 4400/12, 4400/10, 4400/8, 4400/7, 4400/6, 4400/5, 4400/4, 4427, 4428, 4429, 4431, 4432, 4433 Gem. Bamberg (Beregnungsverband Bamberg Süd) nach Maßgabe der für die W III A/B geltenden Anforderungen, sowie Tröpfchenbewässerung bei Spargel	nur zulässig nach Maßgabe der Beregnungsberatung oder bis zu einer Bodenfeuchte von 80 % der nutzbaren Feldkapazität. Bei Neuanpflanzungen (z. B. Salat) kann dieser Wert auch überschritten werden.	
1.13	Nasskonservierung von Rundholz	verboten		nur zulässig bei Beregnung von unbehandeltem Holz in Holzpoltern bis zu 2000 Festmetern
1.14	Kleingartenanlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten		zulässig
1.15	besondere Nutzungen im Sinne von Anlage 4, Ziffer 3 neu anzulegen oder zu erweitern	verboten		zulässig
1.16	Landwirtschaftliche Dräne und zugehörige Vorflutgräben anzulegen oder zu ändern	nur zulässig für Instandsetzungs- und Pflegemaßnahmen		
1.17	Kahlschlag oder eine in der Wirkung gleichkommende Maßnahme, Rodung (siehe Anlage 4, Ziffer 4)	verboten	nur zulässig für Kahlschlag oder eine in der Wirkung gleichkommende Maßnahme bis zu 5000 m <sup>2</sup> (ausgenommen bei Kalamitäten) bei umgehender Begründung von standortgerechtem Mischwald;  im Übrigen verboten	

\*) Zu Befreiungen im Einzelfall vgl. § 4 und Anlage 4, Ziffer 1.3 der Verordnung

Es wird auf den Anhang 5 „Besondere Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Festmist, Silagesickersäften“ (JGS-Anlagen) der Anlagenverordnung (VAwS) hingewiesen, der nähere Ausführungen zur baulichen Gestaltung (u. a. Leckageerkennung) enthält. Musterpläne sind bei der ALB Bayern e.V. erhältlich.

Gesamtausgabe der VO des LRA Bamberg vom 31.10.2011 mit Änd.VO vom 20.04.2012 und 15.05.2019

		in der Engeren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone
entspricht Zone		W II	W III A	W III B
1.18	Winterfurche	nur zulässig, wenn dies fruchtfolgebedingt unvermeidbar ist und nach dem 15.11. erfolgt		nur zulässig, wenn dies fruchtfolgebedingt unvermeidbar ist und nach dem 01.11. erfolgt
1.19	Ganzjährige Bodenbedeckung durch Zwischen- oder Hauptfrucht	erforderlich, soweit fruchtfolge- und witterungsbedingt möglich. Die Zwischenfrucht vor Mais oder Sonnenblumen darf somit erst nach dem 31. März eingearbeitet werden.		
<b>2</b>	<b>bei sonstigen Bodennutzungen oder Eingriffen in den Untergrund (soweit nicht unter den Ziffern 3 bis 6 geregelt)</b>			
2.1	Aufschlüsse oder Veränderungen der Erdoberfläche (auch wenn Grundwasser nicht aufgedeckt wird) vorzunehmen oder zu erweitern, insbesondere Fischteiche, Steinbrüche, Kies-, Sand- und Tongruben	nur zulässig zur Bodenbearbeitung im Rahmen der ordnungsgemäßen land- und forstwirtschaftlichen Nutzungen		nur zulässig, wenn die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung hierdurch <u>nicht wesentlich</u> (siehe Anlage 4, Ziffer 5) gemindert wird
2.2	Wiederverfüllung von Erdaufschlüssen, Baugruben und Leitungsgräben sowie Geländeauffüllungen	verboten	nur zulässig im Zuge von Baumaßnahmen, wenn der ursprüngliche Aushub oder nachweislich unbelasteter Boden ohne Fremdbestandteile verwendet und die Bodenaufgabe wiederhergestellt wird (siehe Anlage 4, Ziffer 6)	
2.3	Leitungen verlegen oder erneuern (ohne Ziffern 1.16, 3.1 und 4.7)	verboten ausgenommen für Instandsetzungs- und Pflegemaßnahmen an den bestehenden Leitungen des Bewässerungsverbandes Bamberg Süd nach Maßgabe von Anlage 4, Ziffer 7	zulässig	
2.4	Durchführung von Bohrungen	nur zulässig für Bodenuntersuchungen bis zu 1 m Tiefe	nur zulässig für Bodenuntersuchungen bis zu 1 m Tiefe und für Bohrungen im Zusammenhang mit baulichen Anlagen (Ziffer 6.1)	
2.5	Untertägige Eingriffe, z. B. Tunnelbauten	verboten		
<b>3</b>	<b>bei Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (siehe Anlage 4, Ziffer 8)</b>			
3.1	Rohrfernleitungsanlagen zum Befördern wassergefährdender Stoffe zu errichten oder zu erweitern (siehe Anlage 4, Ziffer 9)	verboten		
3.2	Anlagen nach § 62 Abs.1 WHG zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zu errichten oder zu erweitern (siehe Anlage 4, Ziffer 10)	verboten	nur zulässig entsprechend Anlage 4, Ziffer 10.1 für Anlagen im üblichen Rahmen von Haushalt und Landwirtschaft (max. ein Jahresbedarf);  im Übrigen nur zulässig entsprechend Anlage 4, Ziffern 10.2 und 10.3 im Bereich von Industrie und Gewerbe (max. ein Jahresbedarf)	nur zulässig entsprechend Anlage 4, Ziffer 10.1

		in der Engeren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone
entspricht Zone		W II	W III A	W III B
3.3	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach § 62 Abs. 3 WHG, auch Pflanzenschutzmitteln, außerhalb von Anlagen nach Nr. 3.2 (siehe Anlage 4, Ziffer 11)	verboten	nur zulässig - für die Bereitstellung von Stoffen bis WGK 2 in zugelassenen Behältern bis 200 Liter, deren Dichtheit kontrollierbar ist - für bereits vorhandene Betriebe (einschließlich genehmigter Erweiterungen) die innerbetriebliche Beförderung wassergefährdender Stoffe, wenn die Anforderungen nach Anlage 4, Ziffer 11.2 eingehalten werden	
3.4	Abfall im Sinne der Abfallgesetze und bergbauliche Rückstände abzulagern (Die Behandlung und Lagerung von Abfall fällt unter die Ziffern 3.2 und 3.3)	verboten		
3.5	Genehmigungspflichtiger Umgang mit radioaktiven Stoffen im Sinne des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung	verboten	nur zulässig für medizinische Zwecke	
4	bei Abwasserbeseitigung und Abwasseranlagen			
4.1	Abwasserbehandlungsanlagen zu errichten oder zu erweitern einschließlich Kleinkläranlagen (unter Beachtung von Ziffer 6.1)	verboten	zulässig nur bauartzugelassene Kleinkläranlagen in monolithischer Bauweise mit biologischer Reinigungsstufe	nur zulässig mit biologischer Reinigungsstufe wenn die Dichtheit und Standsicherheit durch geeignete Konzeption, Bauausführung und Bauabnahme sichergestellt ist
4.2	Regen- und Mischwasserentlastungsbauwerke zu errichten oder zu erweitern	verboten		
4.3	Trockenaborte zu errichten oder zu erweitern	verboten	nur zulässig, wenn diese nur vorübergehend aufgestellt und mit dichtem Behälter ausgestattet sind	
4.4	Ausbringen von Abwasser	verboten	nur zulässig für gereinigtes Abwasser aus dem Ablauf von Kleinkläranlagen zusammen mit Gülle oder Jauche zur landwirtschaftlichen Verwertung	
4.5	Anlagen zur Versickerung oder Versenkung von Abwasser (einschließlich Kühlwasser und Wasser aus Wärmepumpen) zu errichten oder zu erweitern	verboten		
4.6	Anlagen zur Versickerung des von Dachflächen abfließenden Wassers, sowie des von Hofflächen und Pkw-Stellplätzen in Wohngebieten abfließenden Wassers, zu errichten oder zu erweitern (auf die Erlaubnispflichtigkeit nach § 8 Abs. 1 WHG i. V. m. § 1 NWFreiV wird hingewiesen)	verboten	nur zulässig bei breitflächiger Versickerung über den bewachsenen Oberboden oder gleichwertige Filteranlagen *) verboten für gewerbliche Anlagen und für kupfer-, zink- oder bleigedachte Dächer	zulässig
4.7	Anlagen zum Durchleiten oder Ableiten von Abwasser zu errichten oder zu erweitern	verboten	nur zulässig, wenn die Dichtheit der Entwässerungsanlagen vor Inbetriebnahme durch Druckprobe nachgewiesen und wiederkehrend alle 5 Jahre durch Sichtprüfung und alle 10 Jahre durch Druckprobe oder ein anderes gleichwertiges Verfahren überprüft wird	

\*) siehe ATV-DVWK-Merkblatt M 153 „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser“

		in der Engeren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone
	entspricht Zone	W II	W III A	W III B
<b>5</b>	<b>bei Verkehrswegebau, Plätzen mit besonderer Zweckbestimmung, sonstigen Handlungen</b>			
5.1	Straßen, Wege und sonstige Verkehrsflächen zu errichten oder zu erweitern	nur zulässig für öffentliche Feld- und Waldwege, beschränkt öffentliche Wege, Eigentümerwege und Privatwege bei Erhaltung der Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung und breitflächigem Versickern des abfließenden Wassers	nur zulässig, wenn - die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung nicht wesentlich gemindert wird und - die Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten (RiStWag) in der jeweils geltenden Fassung beachtet werden (Dichtheitsprüfung von Rohrleitungen zum Ableiten von Straßenabwässern wie Ziffer 4.7)  ansonsten zulässig wie in der Engeren Schutzzone W II	
5.2	Eisenbahnanlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten		
5.3	zum Straßen-, Wege-, Eisenbahn- und Wasserbau wassergefährdende auswasch- oder auslaugbare Materialien (z.B. Schlacke, Teer, Imprägniermittel u. ä.) zu verwenden	verboten		
5.4	Bade- und Zeltplätze einzurichten oder zu erweitern; Camping aller Art	verboten	nur zulässig mit Abwasserentsorgung über eine dichte Sammelentwässerung unter Beachtung von Ziffer 4.7	
5.5	Sportanlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten	nur zulässig mit Abwasserentsorgung über eine dichte Sammelentwässerung unter Beachtung von Ziffer 4.7  verboten für Tontaubenschießanlagen und Motorsportanlagen	
5.6	Großveranstaltungen durchzuführen	verboten	nur zulässig innerhalb von Sportanlagen oder vergleichbaren Plätzen mit ordnungsgemäßer Abwasserentsorgung und befestigten Parkplätzen  verboten für Motorsport	
5.7	Friedhöfe zu errichten oder zu erweitern	verboten		zulässig
5.8	Flugplätze einschließlich Sicherheitsflächen, Notabwurfplätze, militärische Anlagen und Übungsplätze zu errichten oder zu erweitern	verboten		
5.9	Militärische Übungen durchzuführen	nur zulässig ist das Durchfahren auf klassifizierten Straßen		
5.10	Baustelleneinrichtungen, Baustofflager zu errichten oder zu erweitern	verboten	zulässig	
5.11	Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (ohne Ziffer 1.10) auf Freilandflächen, die nicht land-, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt werden (z.B. Verkehrswege, Rasenflächen, Friedhöfe, Sportanlagen)	verboten		auf das grundsätzliche Verbot nach § 6 Abs. 2 PflSchG wird hingewiesen
5.12	Düngen mit mineralischen Stickstoffdüngern (ohne Ziffer 1.2)	nur zulässig, wenn zeit- und bedarfsgerecht gedüngt wird		



		in der Engeren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone
entspricht Zone		W II	W III A	W III B
5.13	Beregnung von öffentlichen Grünanlagen, Rasensport- und Golfplätzen	<b>verboten</b> , ausgenommen bestehende Bewässerungen auf Flnrn. 3125/19, 3125/54, 3125/10 (TSG 05) und 3126/10, 3126/9 (Ballspielclub BSC), Gem. Bamberg nach Maßgabe der für die W III A/B geltenden Anforderungen	<b>nur zulässig</b> nach Maßgabe der Beregnungsberatung oder bis zu einer Bodenfeuchte von 80 % der nutzbaren Feldkapazität. Bei Neuanpflanzungen / Neuansaat kann dieser Wert auch überschritten werden.	
<b>6</b>	<b>bei baulichen Anlagen allgemein</b>			
6.1	Bauliche Anlagen (siehe Anlage 4 Ziffer, 12.1) zu errichten oder zu erweitern	<b>verboten</b>	<b>nur zulässig</b> , - wenn die Gründungssohle mindestens 2 m über dem höchsten Grundwasserstand (siehe Anlage 4, Ziffer 12.2) liegt <u>und</u> - wenn das Abwasser in eine dichte Sammelentwässerung eingeleitet wird unter Beachtung von Ziffer 4.7; (für rechtmäßig bestehende privilegierte Betriebe im Sinne von § 35 Abs. 1 Nr.1 und 2 BauBG gilt die unter Ziffer 4.1 für die W III A getroffene Regelung) <u>oder</u> wenn kein häusliches oder gewerbliches Abwasser anfällt (Niederschlagswasser siehe Ziffer 4.6)  Sofern beim Auffüllen zusätzliches Material erforderlich ist, ist Ziffer 2.2 zu beachten	<b>nur zulässig</b> , - wenn die Gründungssohle über dem höchsten Grundwasserstand (siehe Anlage 4, Ziffer 12.2) liegt <u>und</u> - wenn das Abwasser in eine dichte Sammelentwässerung eingeleitet wird unter Beachtung von Ziffer 4.7; (für bestehende privilegierte Betriebe im Sinne von § 35 Abs. 1 Nr.1 und 2 BauBG gilt die unter Ziffer 4.1 für die W III A getroffene Regelung) <u>oder</u> wenn kein häusliches oder gewerbliches Abwasser anfällt (Niederschlagswasser siehe Nr. 4.6)  Sofern beim Auffüllen zusätzliches Material erforderlich ist, ist Ziffer 2.2 zu beachten.  <b>zulässig sind</b> nach vorheriger Anzeige bei der Kreisverwaltungsbehörde (§ 49 WHG, Art. 30 BayWG) <u>nur geschlagene</u> Brunnen (siehe Anlage 4, Ziffer 12.3)  <b>zulässig sind</b> Erdwärmesonden nach vorheriger Genehmigung der Kreisverwaltungsbehörde, wenn das zweite Grundwasserstockwerk nicht erbohrt wird und wenn kein gespanntes Grundwasser zu erwarten ist.

		in der Engeren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone
entspricht Zone		W II	W III A	W III B
6.2	Ausweisung neuer Baugebiete im Rahmen der Bauleitplanung	verboten	<p>verboten</p> <p>Ausgenommen hiervon ist die Ausweisung neuer Baugebiete in Bereichen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Wasserschutzgebietsverordnung des Landratsamtes Bamberg vom 31. Oktober 2011 (Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Bamberg Nr. 9/2011 vom 11. November 2011, Seite 76 - 91 und im Amtsblatt der Stadt Bamberg Nr. 23/2011 vom 11. November 2011, Seite 16 - 27) in Flächennutzungsplänen der Gemeinde Strullendorf und des Marktes Hirschaid als Baulandfläche dargestellt sind.</p> <p>Dies betrifft:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- in Strullendorf den Bereich nördlich der Südanbindung zwischen der Staatsstraße 2244, der Industriestraße, dem Auweg und der Bahntrasse laut Flächennutzungsplan vom 30. Januar 1976 sowie die baugebietliche Ausweisung der Südanbindung selbst (Verlauf Südanbindung laut Anlage 4, Ziffer 13),</li> <li>- in Hirschaid das Gewerbegebiet Hirschaid-Nord im Bereich der Ostumgehung (Nachverdichtung) laut Flächennutzungsplan-Änderung vom 10. August 1983 und 9. März 1987.</li> </ul>	zulässig

- (3) Die Verbote und Beschränkungen des Absatzes 1 und Absatzes 2 gelten hinsichtlich der Ziffern 4.6 und 6.1 nicht für Handlungen im Rahmen der Wassergewinnung und -ableitung des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, oder der von ihm Beauftragten.

#### § 4 Befreiungen

- (1) Für die Erteilung von Befreiungen von den Verboten, Beschränkungen und Handlungspflichten des § 3 gilt § 52 Abs. 1 Sätze 2 und 3 WHG. Demnach kann die örtlich zuständige Kreisverwaltungsbehörde (Landratsamt Bamberg bzw. Stadt Bamberg) eine Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern. Sie hat eine Befreiung zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung unzumutbarer Beschränkungen des Eigentums erforderlich ist und hierdurch der Schutzzweck nicht gefährdet wird.
- (2) Die Befreiung nach § 52 Abs. 1 Satz 2 WHG ist widerruflich; sie kann mit Inhalts- und Nebenbestimmungen verbunden werden und bedarf der Schriftform.
- (3) Im Falle des Widerrufs kann die örtlich zuständige Kreisverwaltungsbehörde (Landratsamt Bamberg bzw. Stadt Bamberg) vom Grundstückseigentümer verlangen, dass der frühere Zustand wiederhergestellt wird, sofern das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der Wasserversorgung, es erfordert.

## **§ 5 Beseitigung und Änderung bestehender Einrichtungen**

- (1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben die Beseitigung oder Änderung von Einrichtungen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bestehen und deren Bestand, Errichtung, Erweiterung oder Betrieb unter die Verbote des § 3 fallen, auf Anordnung des Landratsamtes Bamberg bzw. der Stadt Bamberg (je nach örtlicher Zuständigkeit) zu dulden, sofern sie nicht schon nach anderen Vorschriften verpflichtet sind, die Einrichtung zu beseitigen oder zu ändern.
- (2) Für Maßnahmen nach Abs. 1 ist nach § 52 Abs. 4 WHG i. V. m. §§ 96 bis 98 WHG Entschädigung zu leisten.

## **§ 6 Kennzeichnung des Schutzgebietes**

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben zu dulden, dass die Grenzen der Fassungsgebiete und der Schutzzonen durch Aufstellen oder Anbringen von Hinweiszeichen kenntlich gemacht werden.

## **§ 7 Kontrollmaßnahmen**

- (1) Das Schutzgebiet ist regelmäßig zu überwachen und die Zone W II mindestens vierteljährlich zu begehen. Die Einhaltung des Gülleausbringungsverbots ist durch monatliche Begehung der Zone W II zu kontrollieren. Darüber hinaus sind die Zonen W III A und W III B mindestens einmal pro Jahr zu begehen.
- (2) Festgestellte Verstöße gegen die Anordnungen der Schutzgebietsverordnung sind in das Betriebstagebuch einzutragen und in den Jahresbericht aufzunehmen. Sofern eine Mängelbeseitigung nicht erreicht werden kann, sind das Landratsamt Bamberg und das Wasserwirtschaftsamt Kronach zu informieren.
- (3) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben Probenahmen von im Schutzgebiet zum Einsatz bestimmten Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln durch Beauftragte des Landratsamtes Bamberg bzw. der Stadt Bamberg und durch das Betriebspersonal des Wasserversorgungsunternehmers zur Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften dieser Verordnung zu dulden.
- (4) Sie haben ferner die Entnahme von Boden-, Vegetations- und Wasserproben und die hierzu notwendigen Verrichtungen auf den Grundstücken im Wasserschutzgebiet durch Beauftragte des Landratsamtes Bamberg bzw. der Stadt Bamberg und durch das Betriebspersonal des Wasserversorgungsunternehmers zu dulden.

## **§ 8 Entschädigung und Ausgleich**

- (1) Soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser Verordnung ergehende Anordnung das Eigentum unzumutbar beschränkt und diese Beschränkung nicht durch eine Befreiung nach § 4 oder andere Maßnahmen vermieden oder ausgeglichen werden kann, ist über die Fälle des § 5 hinaus nach § 52 Abs. 4 WHG i. V. m. §§ 96 bis 98 WHG Entschädigung zu leisten.
- (2) Soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser Verordnung ergehende Anordnung erhöhte Anforderungen festsetzt, die die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Nutzung einschränken oder Mehraufwendungen für den Bau und Betrieb land- oder forstwirtschaftlicher Betriebsanlagen zur Folge haben, ist für die dadurch verursachten Nachteile ein angemessener Ausgleich nach § 52 Abs. 5 WHG i. V. m. Art. 32 i. V. m. Art. 57 BayWG zu leisten, soweit nicht eine Entschädigungspflicht nach Absatz 1 besteht.

## **§ 9 Ordnungswidrigkeiten**

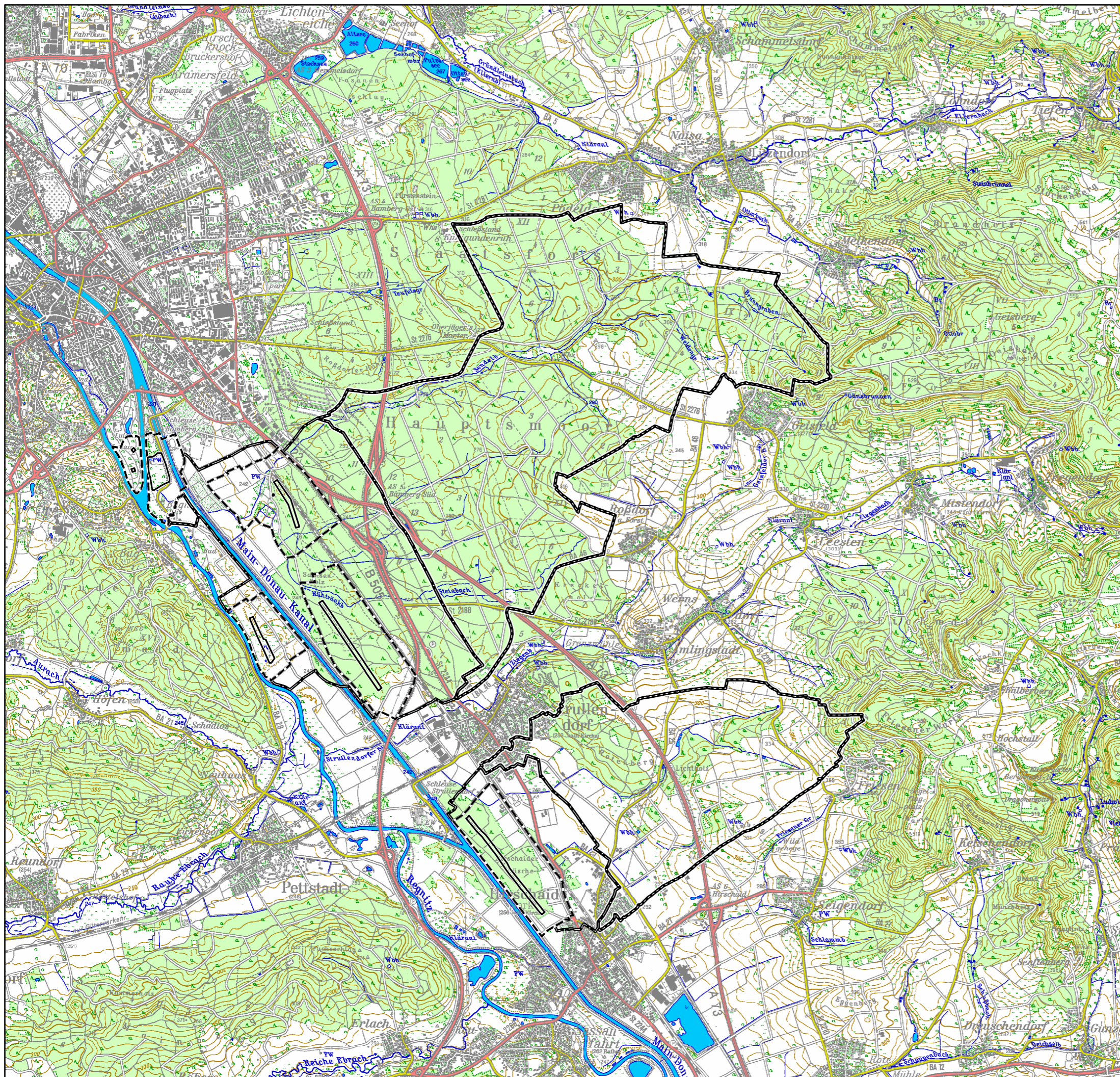
Nach § 103 Abs. 1 Nr. 7a, Abs. 2 WHG und Art. 74 Abs. 2 Nr. 1 BayWG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einem Verbot, einer Beschränkung oder einer Handlungsverpflichtung nach § 3 Abs. 1 oder 2 zuwiderhandelt,
2. eine nach § 4 ausnahmsweise zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Befreiung verbundenen Inhalts- und Nebenbestimmungen zu befolgen,
3. Anordnungen oder Maßnahmen nach §§ 5 und 7 nicht duldet.

### **Hinweis zum Inkrafttreten**

Die Gesamtfassung dieser Verordnung vom 31. Oktober 2011 unter Berücksichtigung der Änderungsverordnungen vom 20. April 2012 und vom 15. Mai 2019 trat am 15. Juni 2019 in Kraft.

Die Verordnung der Stadt Bamberg vom 22. Februar 1960 mit Änderungsverordnungen vom 25. Januar 1963, 13. August 1964, 19. März 1974 und 30. November 2001 sowie die Verordnung vom 22. Dezember 1964 mit Änderungsverordnungen vom 19. März 1974 und 30. November 2001 traten am 1. Dezember 2011 außer Kraft.



Anhang A der Änderungsverordnung vom 15.05.2019

Anlage 1:  
 Lageplan M = 1 : 50.000 als Bestandteil der Verordnung des Landratsamtes Bamberg vom ...15.05.2019.....  
 Az. 42.2-642/3-Nr. 75/89, zur Änderung der Verordnung des Landratsamtes Bamberg über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Bamberg (Gemarkungen Bamberg, Strullendorf, Bug, Hauptsmoor) und den Gemeinden Strullendorf (Gemarkungen Strullendorf, Amlingstadt, Geisfeld, Roßdorf am Forst, Wernsdorf, Hauptsmoor, Geisberger Forst), Hirschaider Büsche (Gemarkungen Hirschaider Büsche, Friesen) und Litzendorf (Gemarkungen Melkendorf, Naisa, Pödelndorf) sowie im gemeindefreien Gebiet der Gemarkungen Hauptsmoor und Geisberger Forst des Landkreises Bamberg zum Schutze der öffentlichen Wasserversorgung der Stadt Bamberg vom 31. Oktober 2011, zuletzt geändert mit Verordnung vom 20. April 2012

Bamberg, ...15.05.2019.....  
 Landratsamt

Johann Kalb  
 Landrat

**Legende**

- Fassungs-bereich (W I)
- Engere Schutzzone (W II)
- Weitere Schutzzone (W IIIA)
- Weitere Schutzzone (W IIIB)

**Anlage 1: Übersichts-lageplan Wasserschutzgebiet**

Vorhaben: Neufestsetzung der Wasserschutzgebiete für die Wasserwerke Gereuth-Wiesen, Buger Wiesen, Stadtwald und Hirschaider Büsche

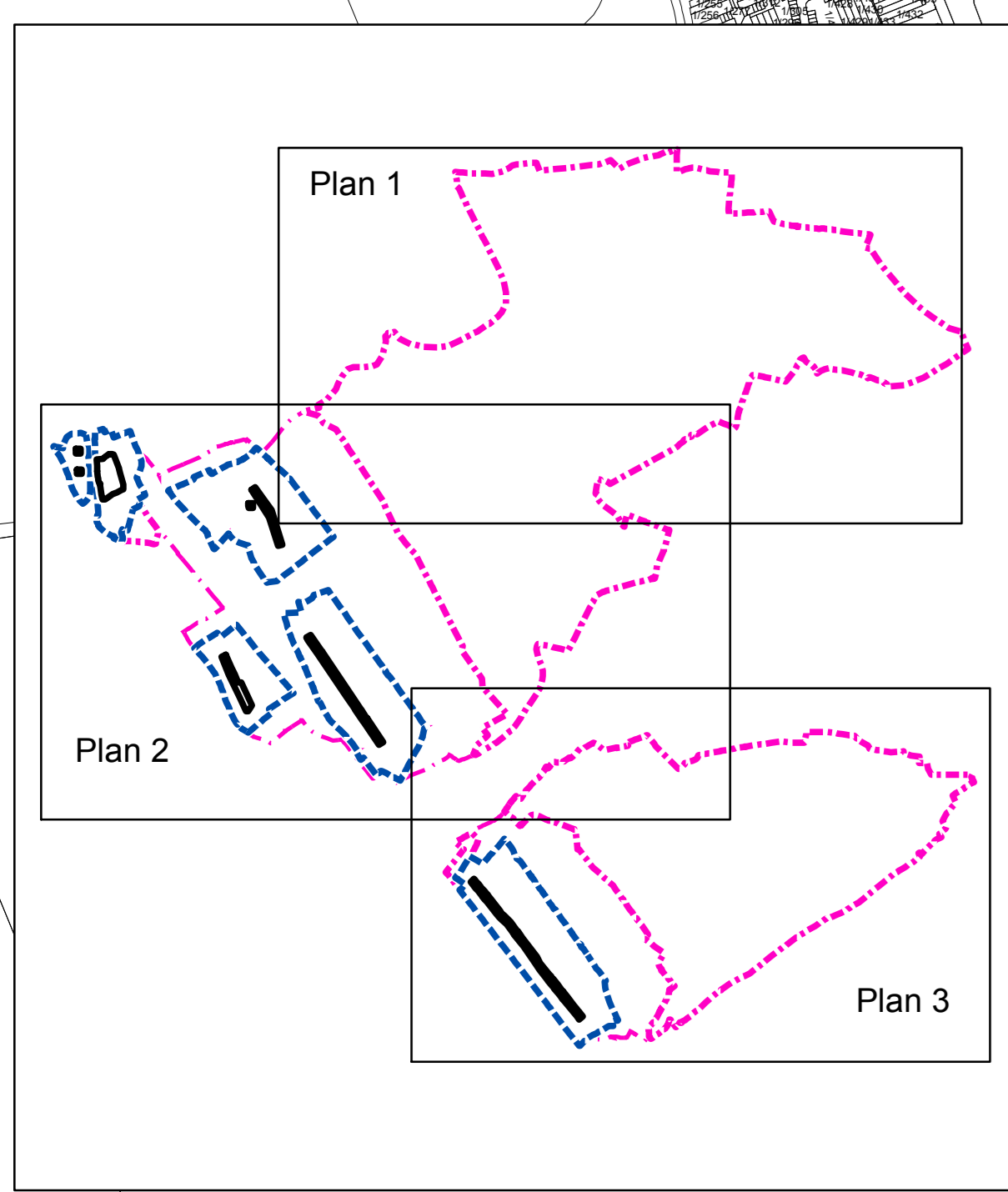
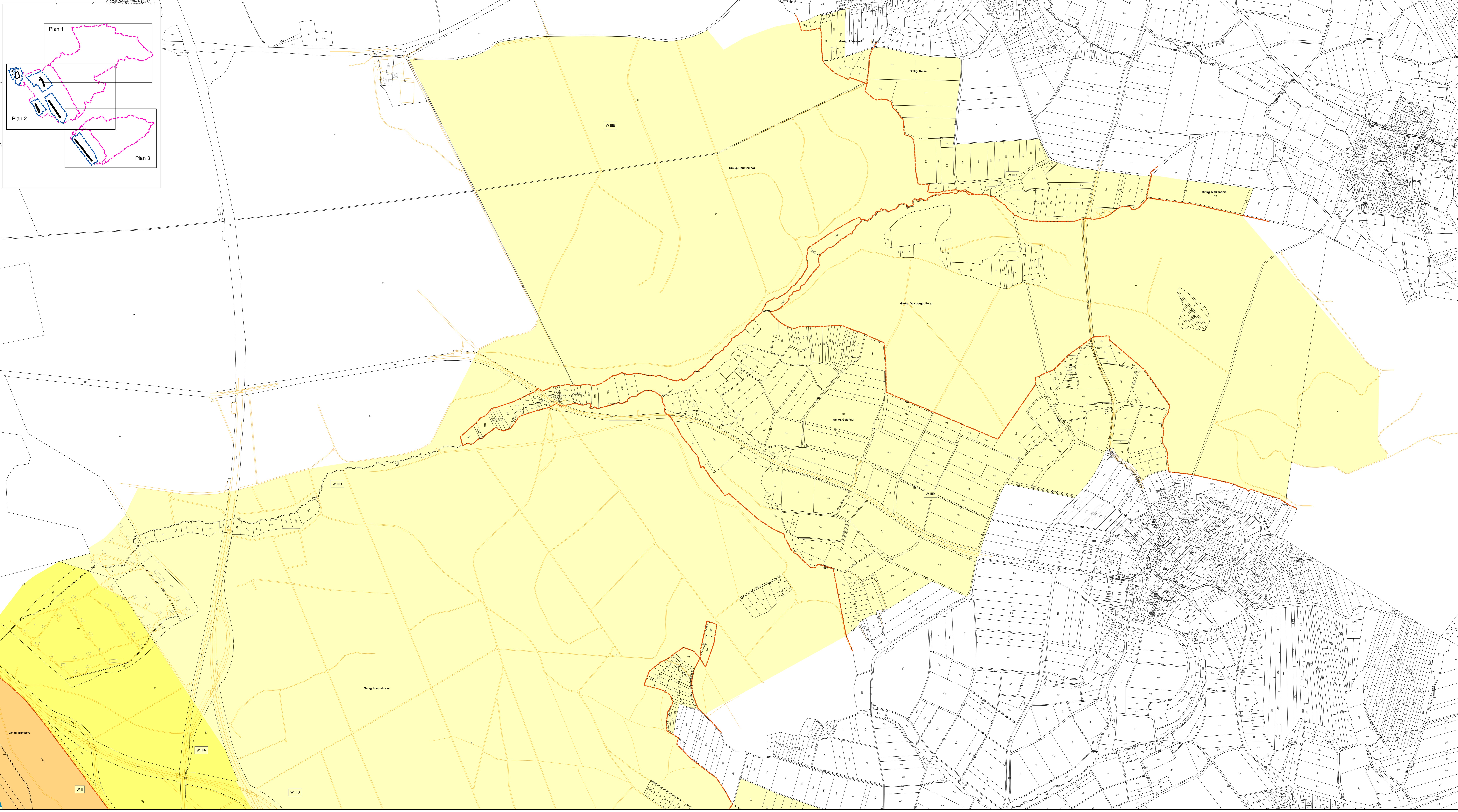
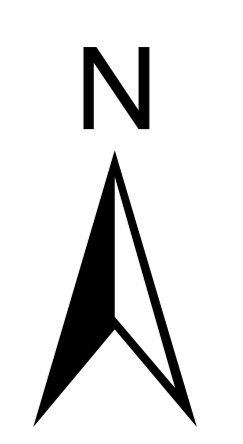
Auftraggeber: Stadtwerke Bamberg  
 Energie- und Wasserversorgungs GmbH

Kartengrundlage: TK M1:50.000 Blatt-Nr. 6130, 6132

Projekt-Nr.:	Maßstab:	Datum:	gezeichnet:
ba11005	1 : 50.000	15.03.2019	Ullrich



GeoTeam-Gesellschaft für umweltgerechte Land- und Wasserwirtschaft mbH



**Legende**

- Fassungsbereich (W I)
- Engere Schutzzone (W II)
- Weitere Schutzzone (W IIIA)
- Weitere Schutzzone (W IIIB)
- Gemarkungsgrenze
- Gebäude

**GeoTeam**  
Umwelttechnik | Fachbereich | Gemarkung | Gemarkung

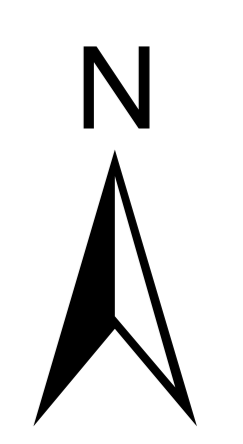
**Auftraggeber:** Stadtwerke Bamberg  
Energie- und Wasserversorgungs GmbH

**Vorbereitung:** Neuaufstellung der Wasserschutzgebiete  
für die Wassereinzugsgebiete  
Bürger Wasser, Stadtwald und Mitzhaber Blöcke.

**Anlage 1:** Schutzgebietsverzeichnis  
(Plan 1)

Projekt:	Maßstab:	Datum:	Geschichte:
141005	1:5.000	22.09.2011	UfM

Kartengrundlage: TK M 1:50.000 Bamberg 6110, 6112



Anlage B der Änderungsordnung vom 15.05.2019

**Anlage 2 b**  
Legende 1:1 = 1:5.000 als Bestandteil der Verordnung des Landratsamtes Bamberg vom 15.05.2019  
zu Art. 42, Abs. 3 Nr. 10 BBodG zur Änderung der Verwaltung des Landschaftsamt Bamberg über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Bamberg (Gemarkungen Bamberg, Strullendorf, Bug, Hauptmoor und den Gemeinden Strullendorf (Gemarkungen Strullendorf, Kemmingsch, Geseck, Rüdorf a. Forst, Verresdorf, Hauptmoor, Gesecker Forst), Hirschaid (Gemarkungen Hirschaid, Friesen) und Ebneth (Gemarkungen Mellesdorf, Nais, Pödelhof) sowie im geschützten Gebiet der Gemarkungen Hauptmoor und Gesecker Forst des Landkreises Bamberg zum Schutz der öffentlichen Wasserversorgung der Stadt Bamberg vom 31. Oktober 2011, zuletzt geändert mit Verordnung vom 20. April 2012

Die verschiedenen Schutzzonen sind im Lageplan unterschiedlich farblich markiert (vgl. Legende).

Bamberg, 15.05.2019  
Landrat

Johann Kab  
Landrat

**Legende**

- Fassungsbereich (W I)
- Engere Schutzzone (W II)
- Weitere Schutzzone (W IIIA)
- Weitere Schutzzone (W IIIB)
- Gebäude
- Gemarkungsgrenze

**Anlage 2b: Lageplan Wasserschutzgebiet (Plan 2)**

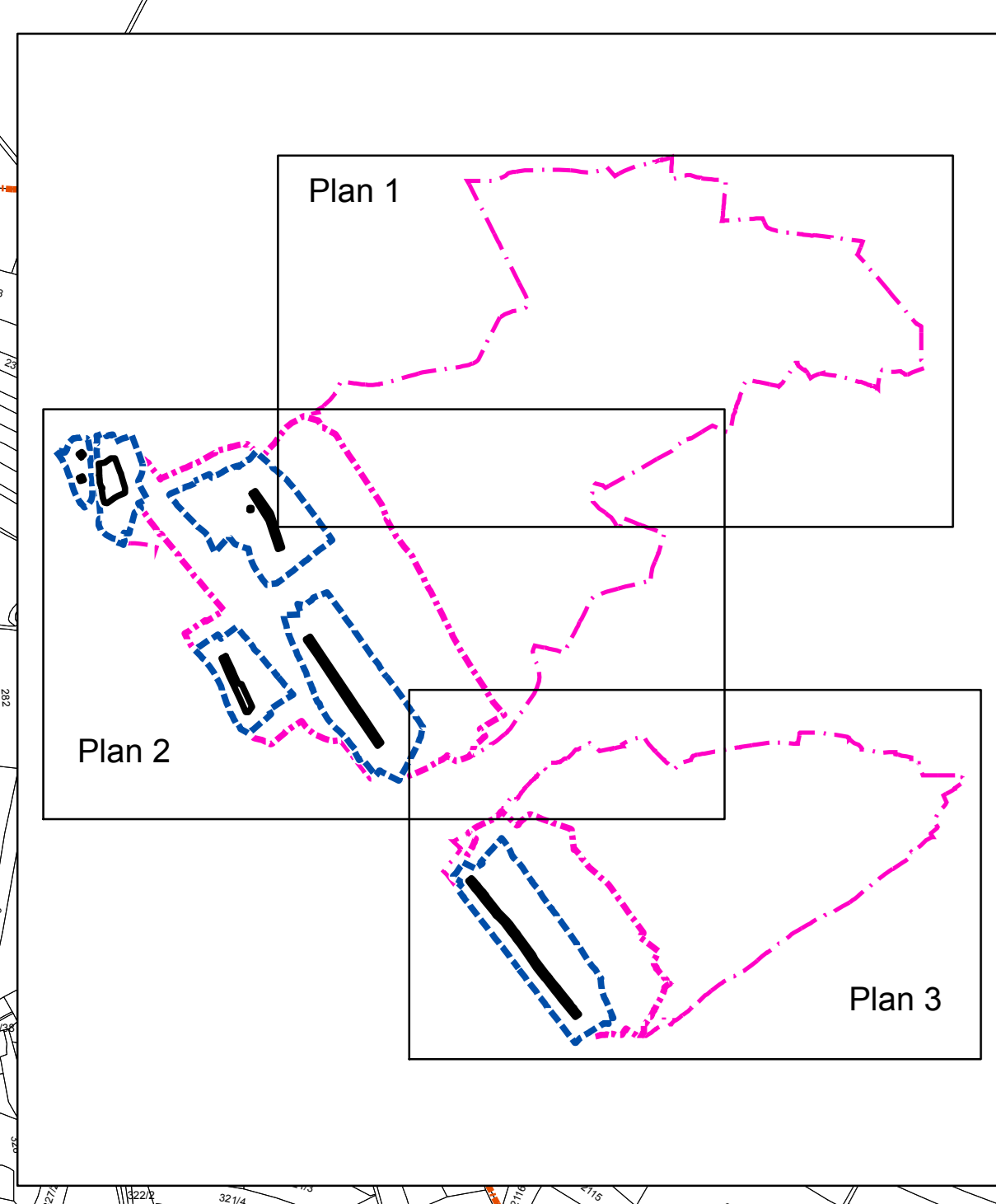
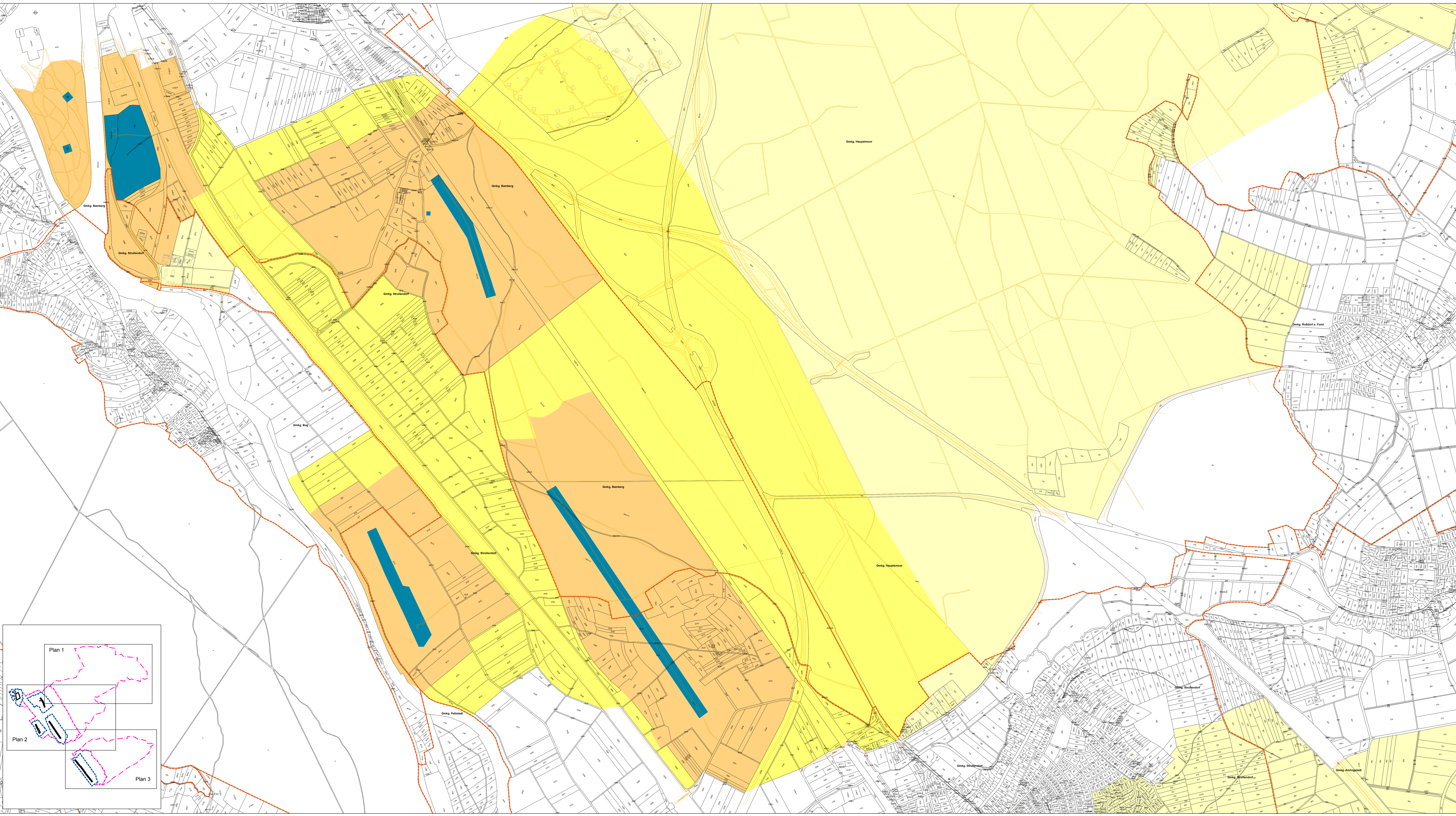
Vorbereitung: Neufestsetzung der Wasserschutzgebiete für die Wasserwerke Gerecht-Wiesen, Bürger-Wiesen, Stadtwald und Herschader-Büschle

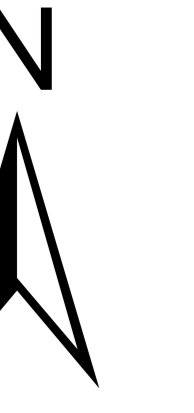
Auftraggeber: Stadtwerke Bamberg Energie- und Wasserversorgung GmbH

Kartengrundlage: digitale Punkte

Projekt-Nr.: 15.05.2019	Maßstab: 1:5.000	Datum: 15.05.2019	Blatt-Nr.: 1/3
-------------------------	------------------	-------------------	----------------

GeoTeam  
GeoTeam-Gesellschaft für umweltgerechte Land- und Wasserversorgung mbH





Anlage C der Änderungsverordnung vom 15.05.2019

**Anlage 2c**  
Lageplan 1:1:5.000 als Bestandteil der Verordnung des Landratsamtes Bamberg vom 15.05.2019  
Az. 42-2-642/2019/2596 zur Änderung der Verordnung des Landratsamtes Bamberg über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Bamberg (Gemarkungen Bamberg, Stüttenhof, Rug Hauptmoor und den Gemeinden Stüttenhof (Gemarkungen Stüttenhof, Amberg, Giesel, Rüdolf-Am Ende, Wernsdorf, Hauptmoor, Geisberger Forst), Hirschaid (Gemarkungen Hirschaid, Friesen) und Lennordt (Gemarkungen Melendorf, Naiba, Pödelhof) sowie im gemeinsamen Gebiet der Gemarkungen Hauptmoor und Geisberger Forst des Landratsamtes Bamberg zum Schutze der öffentlichen Wasserversorgung der Stadt Bamberg vom 31. Oktober 2011, zuletzt geändert mit Verordnung vom 20. April 2012

Die verschiedenen Schutzzonen sind im Lageplan unterschiedlich farblich markiert (vgl. Legende).

Bamberg, 15.05.2019

Landrat

Johann Kall

**Legende**

- Fassungsbereich (W I)
- Engere Schutzzone (W II)
- Weitere Schutzzone (W IIIA)
- Weitere Schutzzone (W IIIB)
- Gebäude
- Gemarkungsgrenze

**Anlage 2c: Lageplan Wasserschutzgebiet (Plan 3)**

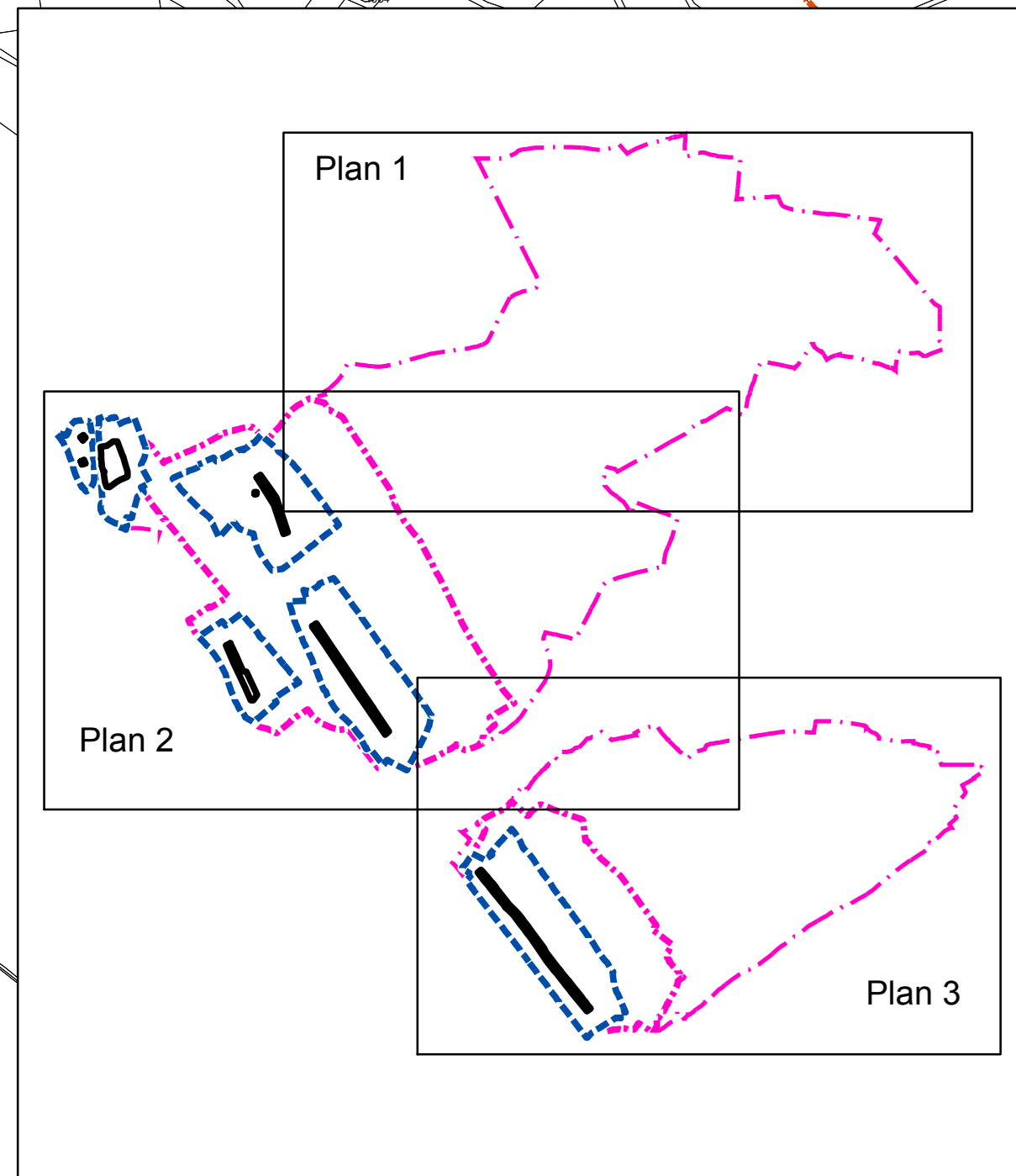
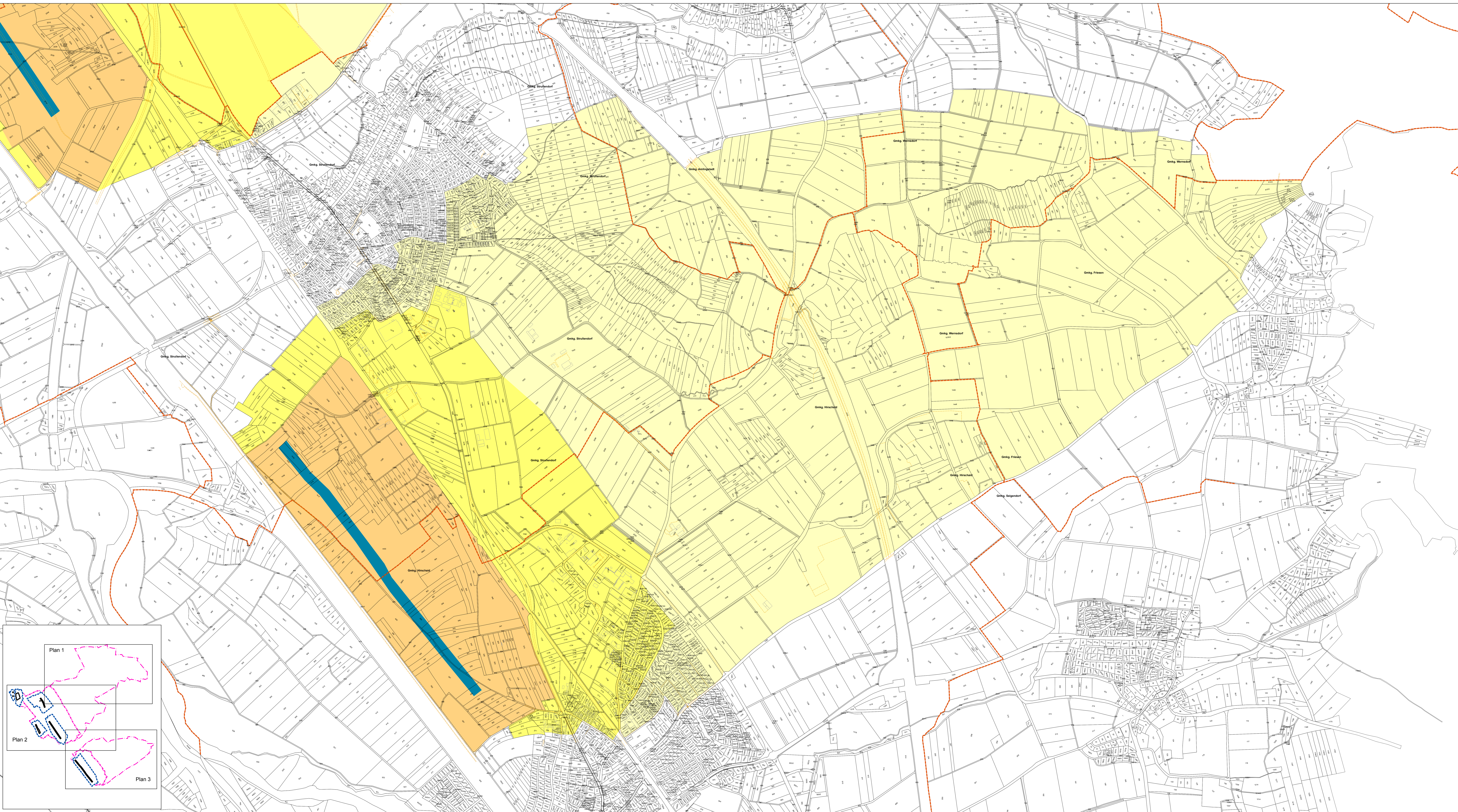
Vorhaben: Aufrechterhaltung der Wasserschutzgebiete für die Wasserversorgung Geisberg, Wiesau, Stadtwald und Hirschaid Blüche

Auftraggeber: Stadtwerke Bamberg Energie- und Wasserversorgungs GmbH

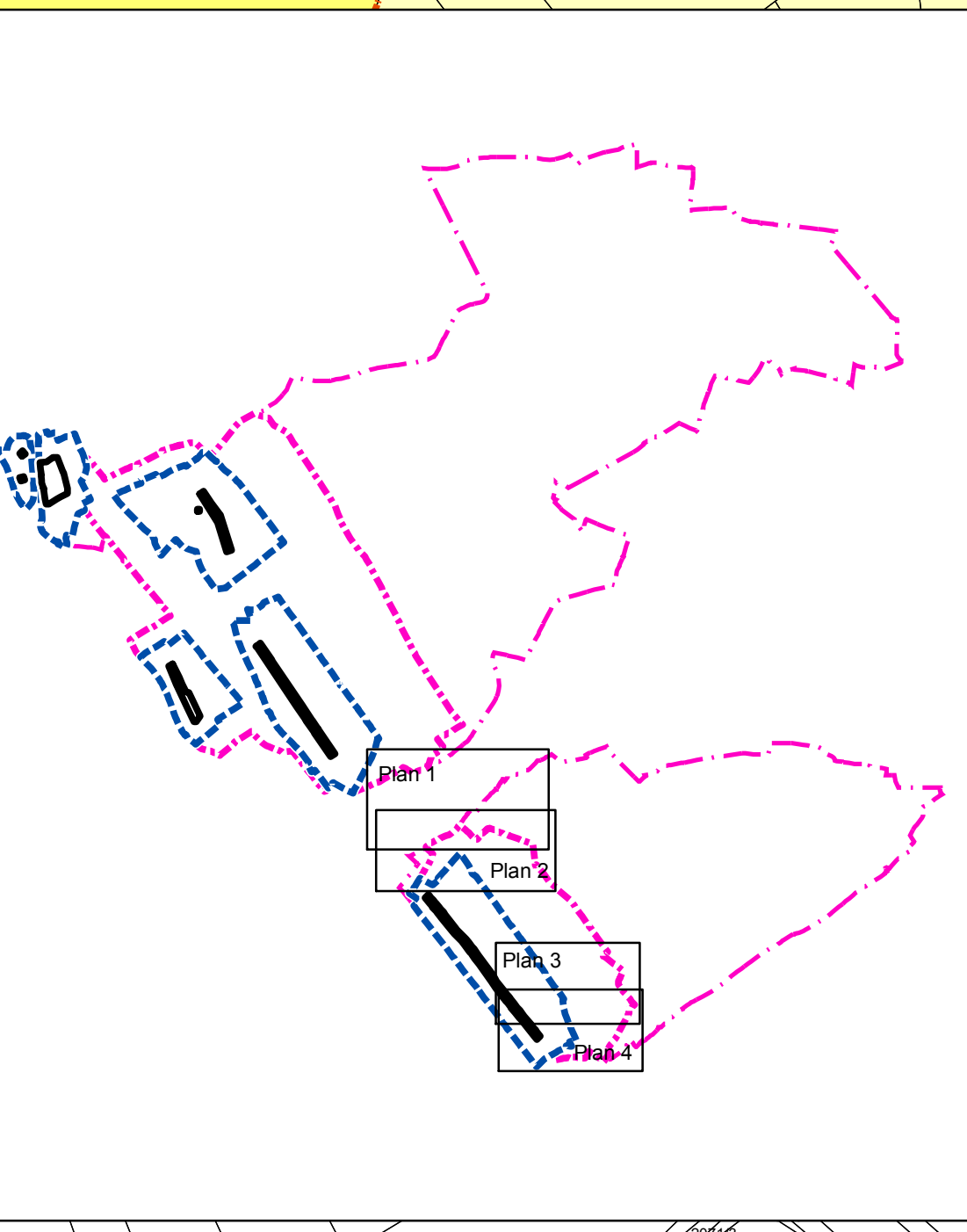
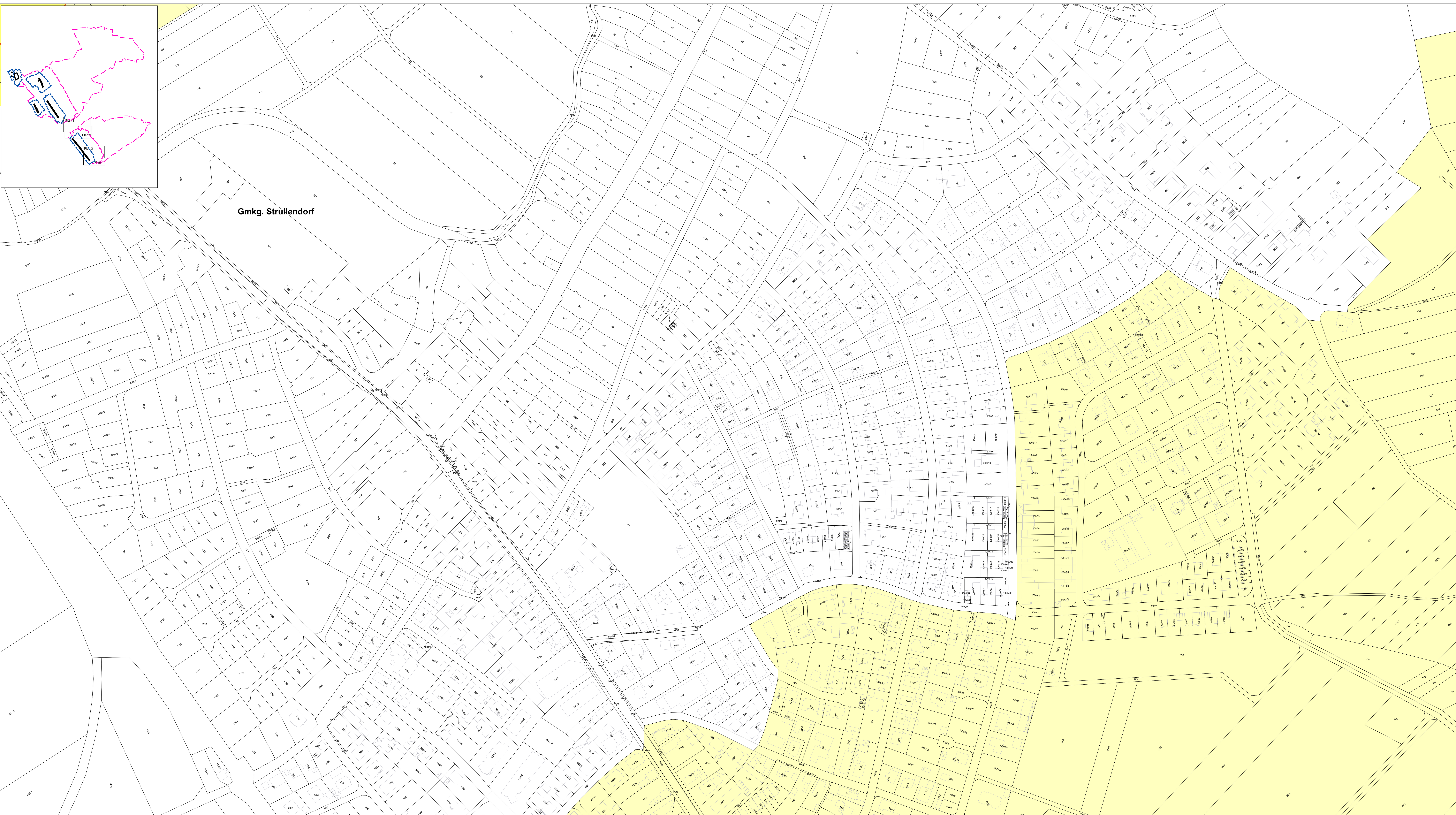
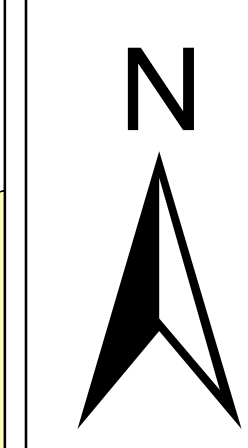
Kartengrundlage: Digitale Flurkarte

Projekt-Nr.: 341102 Maßstab: 1:5.000 Datum: 15.03.2019 gezeichnet: vkn

**GeoTeam** GeoTeam-Gesellschaft für umweltgerechte Land- und Wasserwirtschaft mbH







Gmkg. Strullendorf

Anlage D der Änderungsverordnung vom 15.05.2019

**Anlage 3a:**  
Lageplan M 1:1.000 als Bestandteil der Verordnung des Landratsamtes Bamberg vom 15.05.2019, Az. 42.2.6403-Nr. 7589 zur Änderung der Verordnung des Landratsamtes Bamberg über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Bamberg (Gemarkungen Bamberg, Strullendorf, Bug, Heustampan und des Gemeindefreies Strullendorf, Gemarkungen Strullendorf, Anstalt, Cappel, Roddorf am Forst, Wiesdorf, Heustampan, Giesenberg, Forst, Hirschfeld, Gemarkungen Hirschfeld, Heiden und Litzendorf (Gemarkungen Malander, Nassa, Pöschel) sowie im gemeindefreien Gebiet der Gemarkungen Heustampan und Giesenberg Forst des Landratsamtes Bamberg zum Zwecke der öffentlichen Wasserversorgung der Stadt Bamberg vom 31. Oktober 2011, zuletzt geändert mit Verordnung vom 20. April 2012.

Die verschiedenen Schutzzonen sind im Lageplan unterschiedlich farblich markiert (vgl. Legende).

Bamberg, Landratsamt  
15.05.2019

Johann Kabl  
Landrat

- Legende**
- Fassungsereich (W I)
  - Engere Schutzzone (W II)
  - Weitere Schutzzone (W IIA)
  - Weitere Schutzzone (W IIB)
  - Gebäude
  - Gemarkungsgrenze

**Anlage 3a: Lageplan Wasserschutzgebiet (Plan 1)**

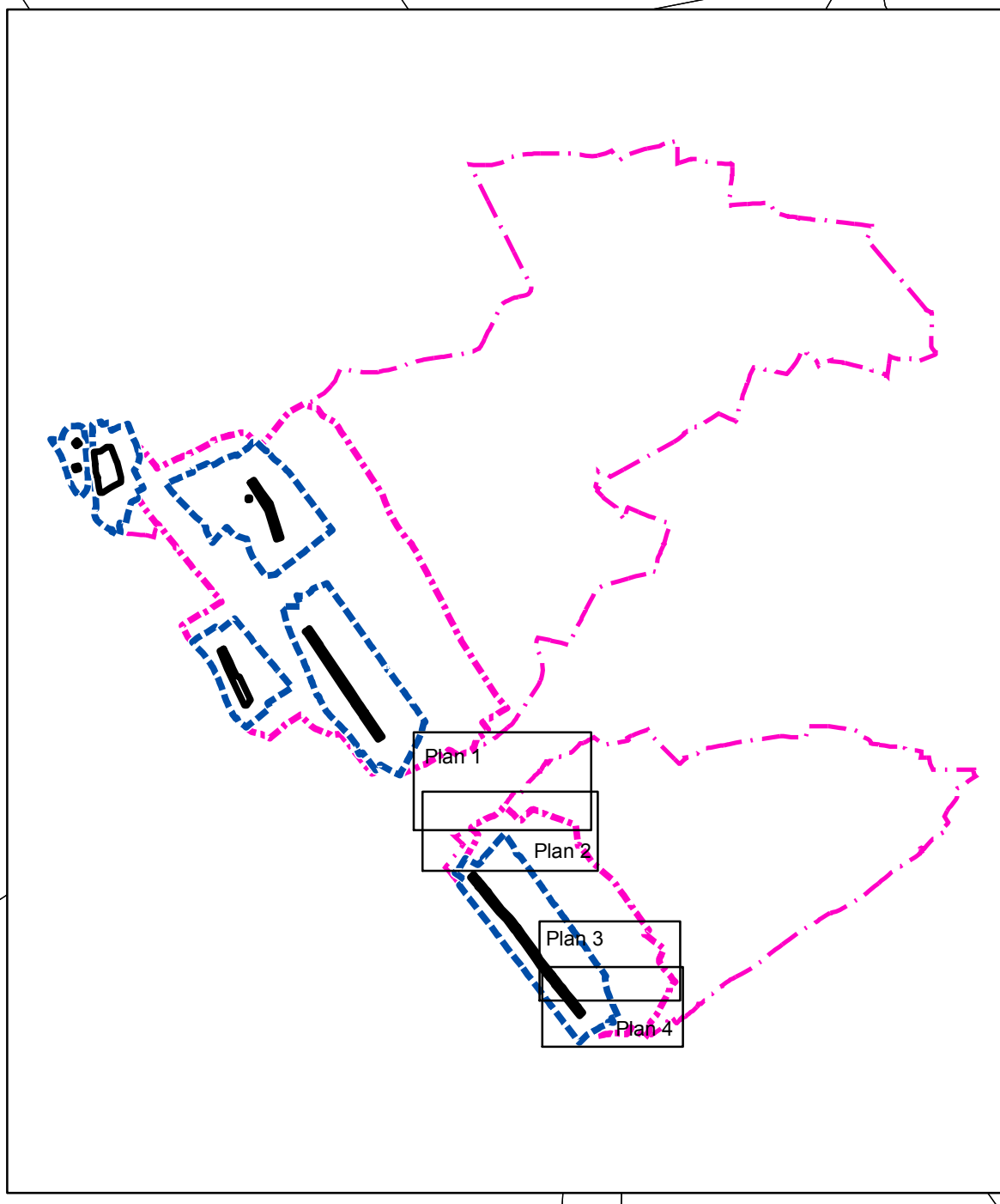
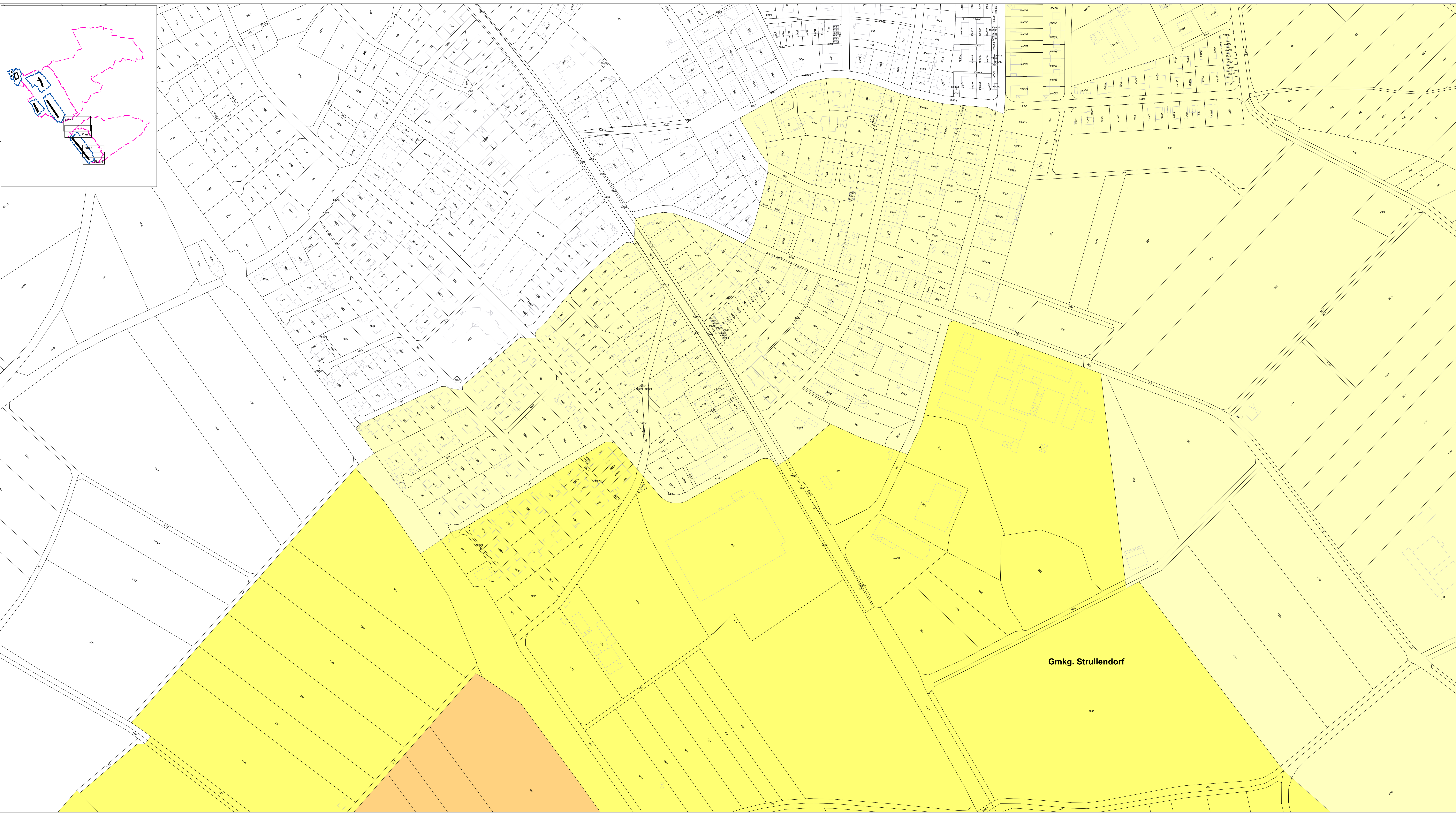
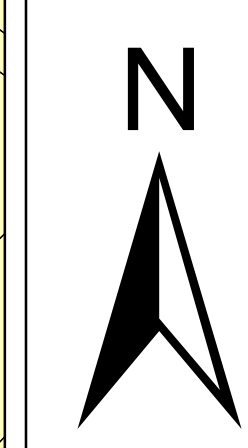
Vorhaben: Neurechtsetzung der Wasserschutzgebiete für die Wasserversorgung Gieshübel, Buger Wiesen, Stadtwald und Hirschfelder Büsche

Auftraggeber: Stadtwerke Bamberg Energie- und Wasserversorgungs GmbH

Kartengrundlage: digitale Flurkarte

Projekt Nr.: 15/1502 Maßstab: 1:1.000 Datum: 15.05.2019 gezeichnet: jksh

GeoTeam Geoinformation für umweltsicheres bsp und wasserwirtschaftsbau

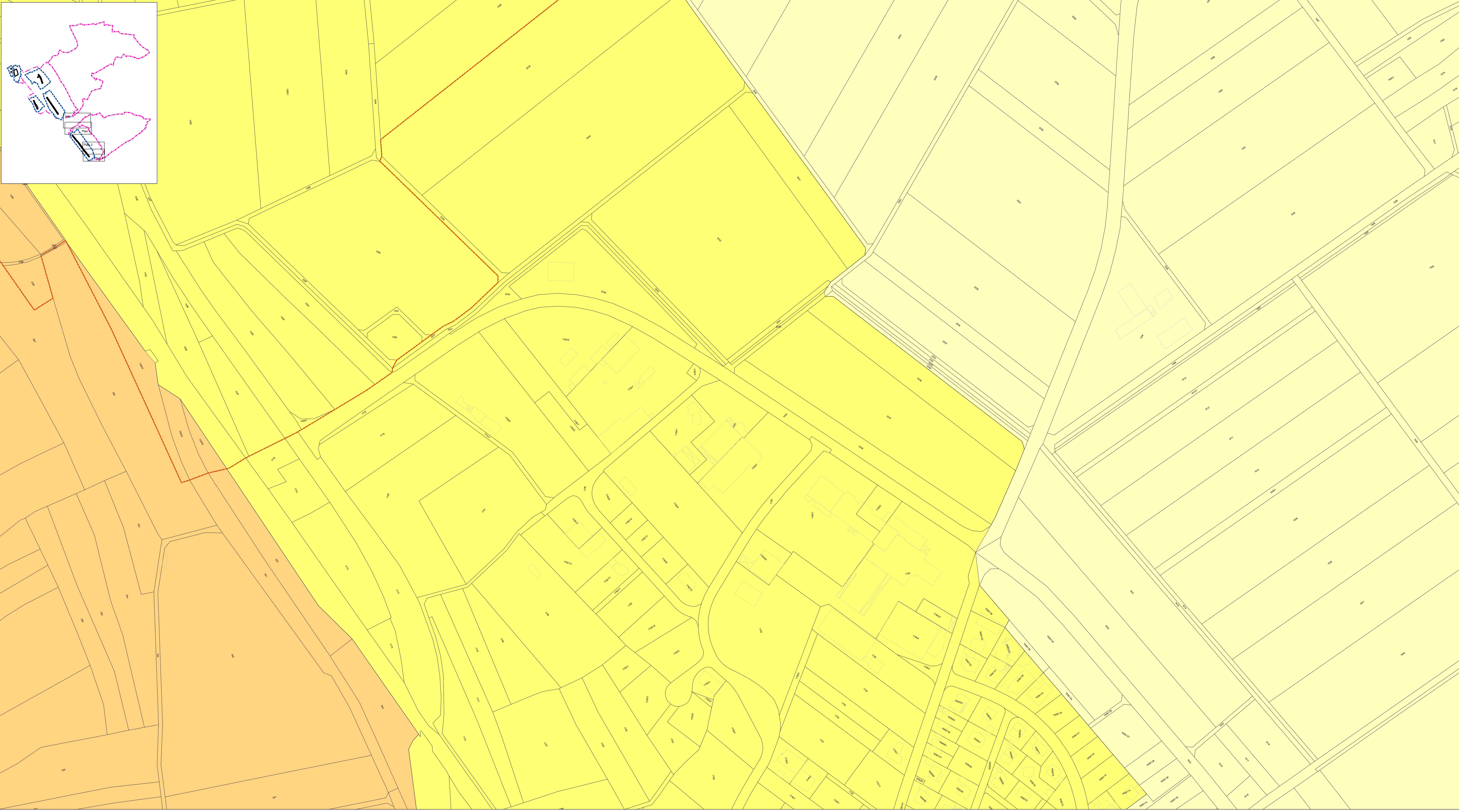
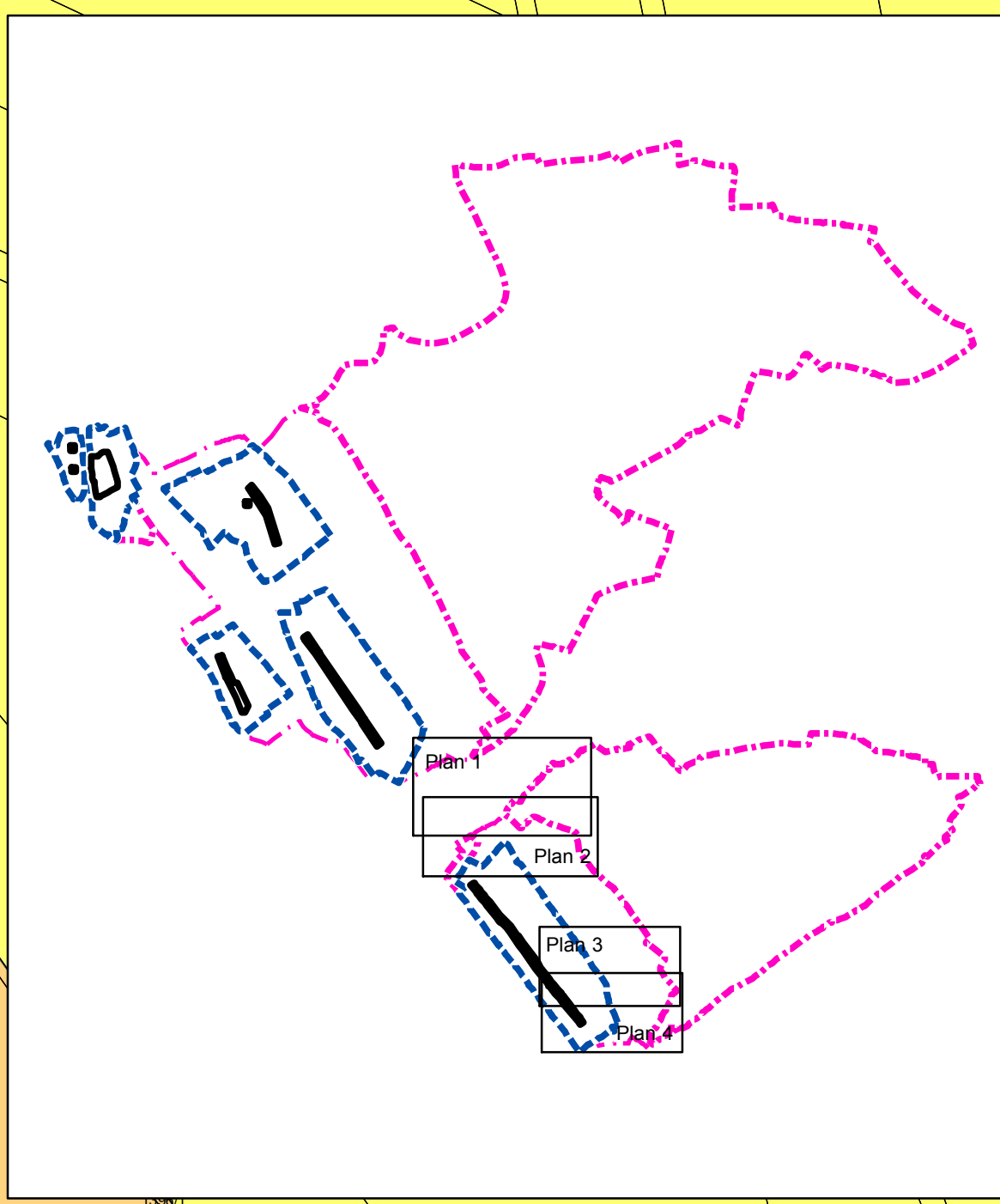
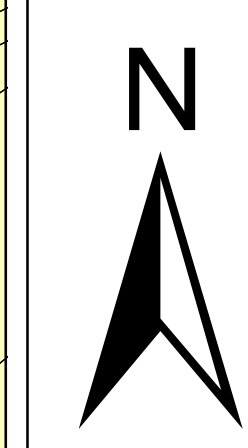


Gmkg. Strullendorf

Anlage E der Änderungsverordnung vom 15.05.2019  
 Anlage 3b  
 Lageplan M = 1 : 1.000 als Bestätigung der Verordnung des Landrates Bamberg vom 15.05.2019  
 Az. 2.642/3-M 7585 zur Änderung der Verordnung des Landrates Bamberg über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Bamberg (Gemarkungen Bamberg, Strullendorf, Bug, Hauptmann und den Gemeinden Strullendorf (Gemarkungen Strullendorf, Ambergst, Gessert, Roddorf am Forst, Wernsdorf, Hauptmann, Gessert, Forst), Hirschaid (Gemarkungen Hirschaid, Friesen) und Litzendorf (Gemarkungen Melkendorf, Näsia, Pöschdorf sowie im gemeinsamen Gebiet der Gemarkungen Hauptmann und Gessert) Forst des Landkreises Bamberg zum Schutz des öffentlichen Wasserversorgers der Stadt Bamberg vom 21. Oktober 2011, zuletzt geändert mit Verordnung vom 20. April 2012  
 Die verschiedenen Schutzzonen sind im Lageplan unterschiedlich farblich markiert (vgl. Legende).  
 Bamberg, 15.05.2019  
 Landrat  
 Johann Kab  
 Landrat

- Legende**
- Fassungsgebiet (W I)
  - Engere Schutzzone (W II)
  - Weitere Schutzzone (W IIIA)
  - Weitere Schutzzone (W IIIB)
  - Gebäude
  - Gemarkungsgrenze

<b>Anlage 3b: Lageplan Wasserschutzgebiet (Plan 2)</b>			
Vorhaben: Neuregelung der Wasserschutzgebiete für die Wasserversorger Gebrüder Wiesen, Buger Wiesen, Stadtwald und Hirschaid Blöcke			
Auftraggeber: Stadtwerke Bamberg		Datum: 15.05.2019	
Energie- und Wasserversorgungs GmbH		Gezeichnet: J. Kab	
Kartengrundlage: digitale Flurkarte	Maststab: 1:1.000	Projekt Nr.: 15052019	
GeoTeam Gesellschaft für umweltschonende und wissensorientierte Arbeit			



**Legende**

- Fassungsbereich (W I)
- Engere Schutzzone (W II)
- Weitere Schutzzone (W IIIA)
- Weitere Schutzzone (W IIIB)
- Gemarkungsgrenze
- Gebäude

**GeoTeam** Dienstleistung für Mensch & Umwelt  
Umwelttechnik · Wasserwirtschaft · Flächenmanagement · Geodatenmanagement

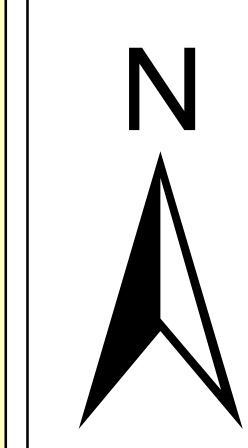
**Auftraggeber:** Stadtwerke Bamberg  
Energie- und Wasserversorgungs GmbH

**Vorhaben:** Neufestlegung der Wasserschutzgebiete für die Wasserversorgung der Bürger Weisen, Stadtwald und Hirschfelder Büsche.





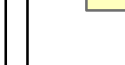

**Anlage 1:** Schutzgebietsvorsorg (Plan 1)

Projekt Nr.:	Skala:	Datum:	Gezeichnet:
147/1008	1:1.000	22.08.2011	Ulrich

Kontaktperson: T.M. | 09 300 2444 | 030 6102



**Legende**

-  Fassungsbereich (W I)
-  Engere Schutzzone (W II)
-  Weitere Schutzzone (W IIIA)
-  Weitere Schutzzone (W IIIB)
-  Gemarkungsgrenze
-  Gebäude

**GeoTeam**  
Geotechnik | Wasserbau | Landschaftsplanung | Geodäsie | Kartographie

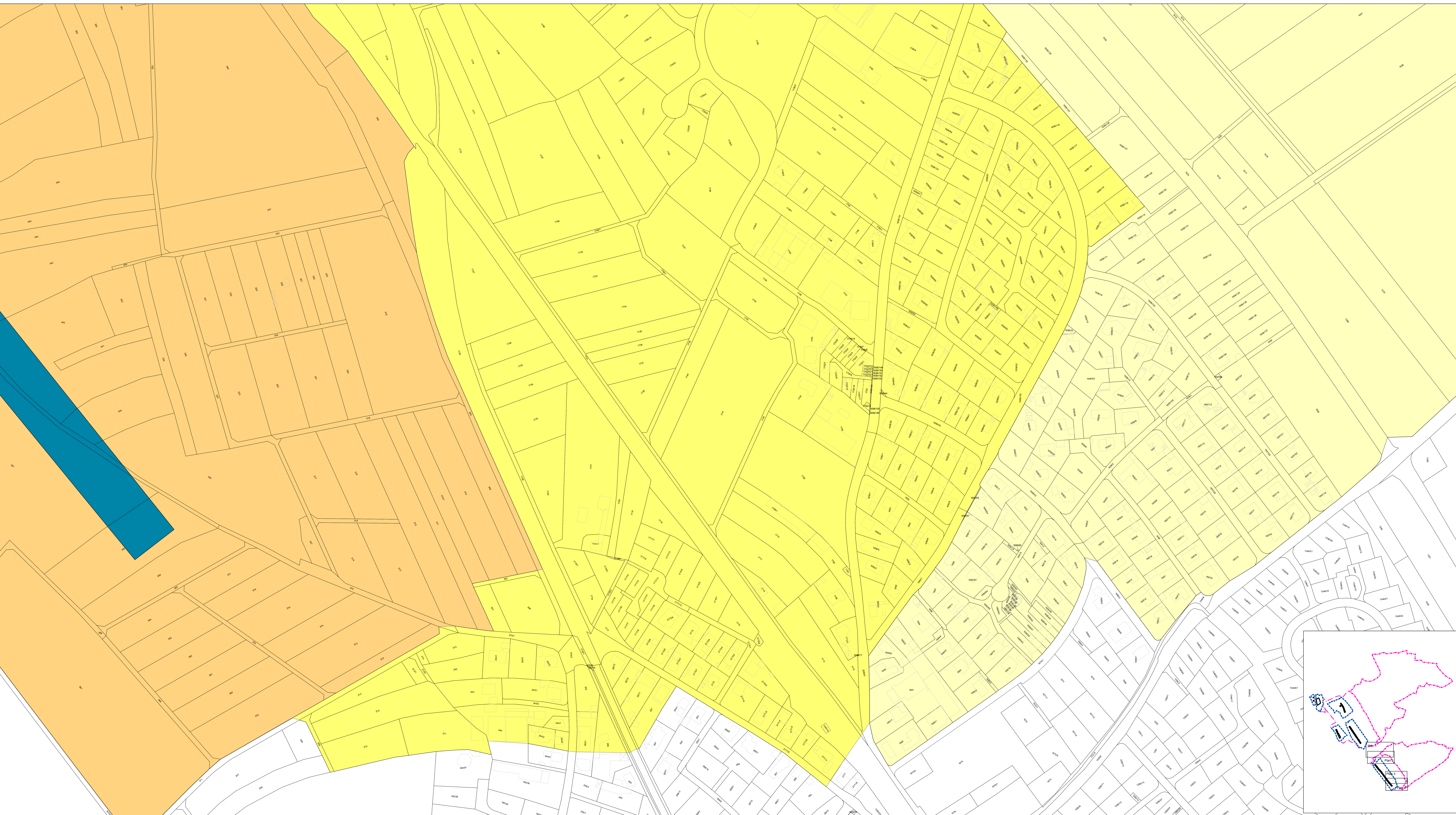
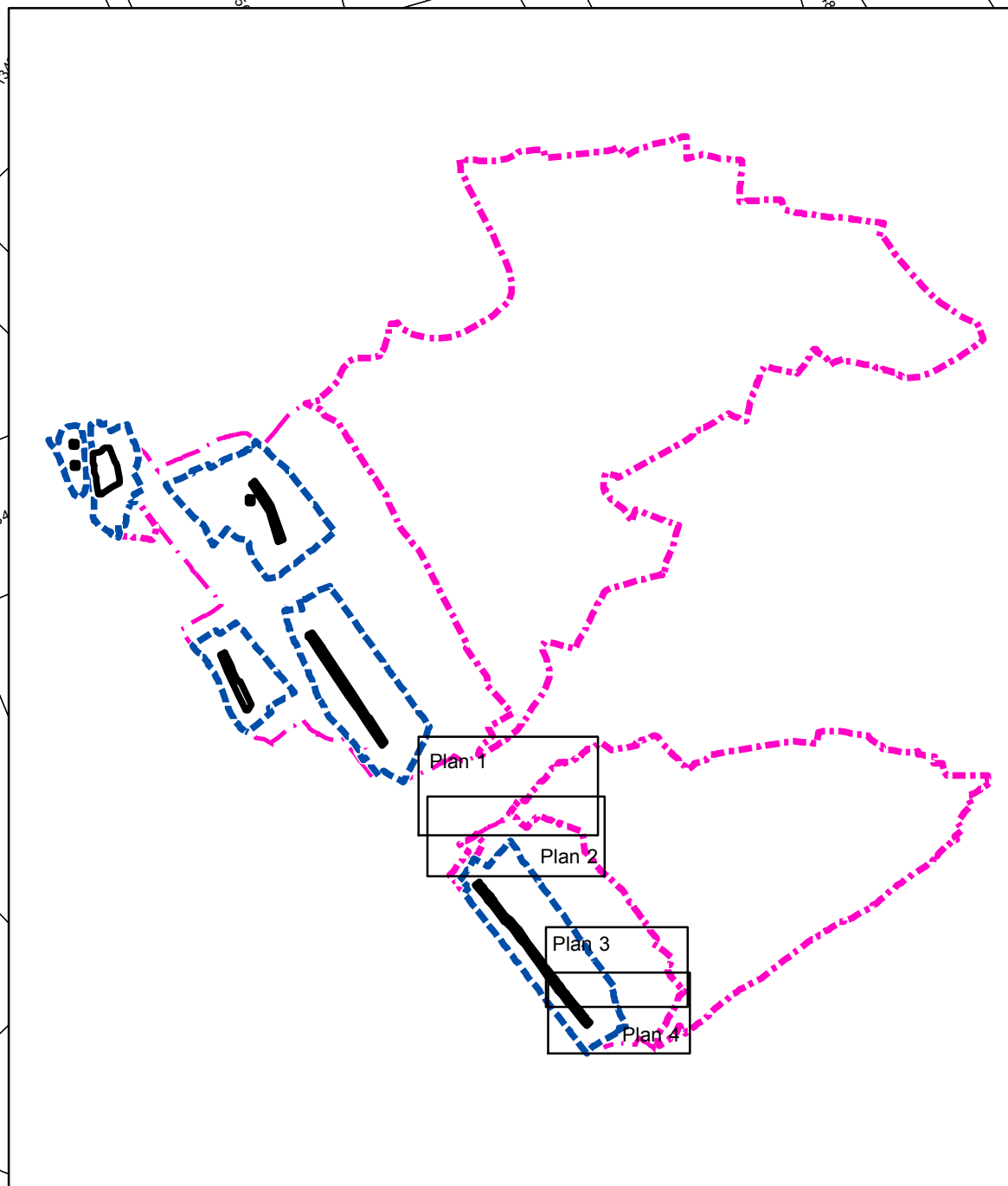
**Auftraggeber:** Stadtwerke Bamberg  
Energie- und Wasserversorgungs GmbH

**Vorhaben:** Neufestsetzung der Wasserschutzgebiete für die Wasserversorgung der Bürger Wiens, Stadtwald und Hirschfelder Büsche.

**Anlage 1:** Schutzgebietsvorschrift (Plan 4)

Projekt-Nr.	Skizze	Datum	Gezeichnet
1411003	1:1.000	22.08.2011	Ulrich

**Koordinaten:** TM 10: 50.000; Datum: 1950; Einheit: 1:100



## Anlage 4

Maßgaben und Erläuterungen zu § 3 Abs. 2

### 1. Stallungen (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 1.8)

#### 1.1 mit Flüssigmistverfahren:

Bei Stallungen für Tierbestände über 40 Dungeinheiten ist das erforderliche Speichervolumen für Gülle auf mindestens zwei Behälter aufzuteilen.

40 Dungeinheiten (= 3.200 kg Stickstoff pro Jahr) fallen bei folgenden Höchststückzahlen für einzelne Tierarten an:

- Milchkühe	40 Stück	(1 Stück = 1,0 DE)
- Zuchtschweine mit Ferkel	90 Stück	(1 Stück = 0,45 DE)
- Mastbullen	65 Stück	(1 Stück = 0,62 DE)
- Mastkälber, Jungmastrinder	150 Stück	(1 Stück = 0,27 DE)
- Mastschweine	300 Stück	(1 Stück = 0,13 DE)
- Legehennen, Mastputen	3500 Stück	(100 Stück = 1,14 DE)
- sonst. Mastgeflügel	10000 Stück	(100 Stück = 0,4 DE)

Der Tierbestand darf 80 Dungeinheiten, bei Rindern 120 Dungeinheiten, je hydraulisch-betrieblich abtrennbarem Abschnitt nicht überschreiten.

#### 1.2 mit Festmistverfahren:

Bei Tierbeständen (mit notwendiger Jauchelagerung) über 80 Dungeinheiten ist das erforderliche Speichervolumen für Jauche auf mindestens zwei Behälter aufzuteilen.

Der Tierbestand darf 80 Dungeinheiten je hydraulisch-betrieblich abtrennbarem Abschnitt nicht überschreiten.

1.3 Die Erteilung einer **Befreiung nach § 4** ist bei bestandsgeschützten landwirtschaftlichen Betrieben möglich, wenn dies betriebsbedingt notwendig ist (Existenzsicherung) und die Bauwerke entsprechend dem Anforderungskatalog JGS-Anlagen (vgl. Anhang 5 der Anlagenverordnung – VAWs) ausgeführt werden.

### 2. Beweidung, Freiland-, Koppel und Pferchtierhaltung (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 1.9)

Freilandtierhaltung liegt vor, wenn die Tiere über längere Zeiträume (ganzjährig oder saisonal) auf einer bestimmten Freilandfläche gehalten werden.

Eine flächige Verletzung der Grasnarbe liegt dann vor, wenn das wie bei herkömmlicher Rinderweide unvermeidbare Maß (linienförmige oder punktuelle Verletzungen im Bereich von Treibwegen, Viehtränken etc.) überschritten wird.

### 3. **Besondere Nutzungen** (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 1.15)

Besondere Nutzungen sind folgende landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche oder erwerbsgärtnerische Nutzungen:

- Weinbau
- Obstbau, ausgenommen Streuobst
- Hopfenanbau
- Tabakanbau
- Gemüseanbau, ausgenommen Feldgemüse (s. Erläuterung)
- Baumschulen und forstliche Pflanzgärten
- Christbaumkulturen

Als Feldgemüse gelten insbesondere Gurken, Zwiebeln, Rote Rüben, Kohlgewächse, Knollensellerie, Karotten, Salate, Petersilie und Spargel.

Das Verbot der besonderer Nutzungen in der Engeren Schutzzone W II und der Weiteren Schutzzone W III A bezieht sich nur auf die Neuanlage bzw. Erweiterung derartiger Nutzungen, nicht auf die Verlegung im Rahmen des ertragsbedingten erforderlichen Flächenwechsels bei gleich bleibender Größe der Anbaufläche.

### 4. **Rodung, Kahlschlag und in der Wirkung gleichkommende Maßnahme** (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 1.17)

Der **Kahlschlag** ist eine Hiebsform, bei der auf einer gegebenen Fläche alle aufstockenden Bäume in einem Hieb oder wenigen einander in kurzen Intervallen folgenden Hieben entnommen werden. Dadurch geht der Waldcharakter verloren und es treten Freiflächenbedingungen hervor.

Eine **dem Kahlschlag gleichkommende Maßnahme** ist eine Lichthauung, bei der nur noch vereinzelt Bäume stehen bleiben und ebenfalls Freiflächenbedingungen hervortreten.

Werden die Flächen oder Streifen so klein, dass die Schutzwirkung des angrenzenden Waldbestandes das Aufkommen eines Freiflächenklimas verhindert, spricht man nicht mehr von einem Kahlschlag. Diese Art des Vorgehens wird **Femel- oder Saumschlag** genannt.

Als überschlägiges Maß für den Durchmesser oder die Breite solcher Fläche wird die **Höhe des angrenzenden Altbestandes** angenommen.

Ein Kahlflächenklima wird auch dann verhindert, wenn genügend alte Laubbäume relativ gleichmäßig verteilt über der Fläche stehen bleiben. Diese Art des Vorgehens nennt man **Schirmschlag**.

Ein Kahlschlag kann auch entstehen, wenn zwei oder mehrere **benachbarte Waldbesitzer** Hiebe durchführen, die erst in der Summe zu den bereits genannten Freiflächenbedingungen führen. Des Weiteren handelt es sich bei **mehreren Hiebmaßnahmen eines Waldbesitzers**, die in der Summe die Flächengrenzwerte der Verordnung überschreiten, jedoch nicht im räumlichen Zusammenhang stehen (bei der Besitzersplitterung), nicht um Kahlschlag.

Als **Rodung** bezeichnet man die Beseitigung von Wald zugunsten einer anderen Bodennutzungsart (Art. 9 BayWaldG).

Bei der Rodung werden in der Regel auch die Wurzelstöcke entfernt, so dass tiefgreifende für die Wasserwirtschaft nachteilige Störungen der Bodenstruktur entstehen.

Unter **Kalamitäten** sind Schäden durch Windwurf oder durch Schädlingsbefall zu verstehen, die nur durch Kahlschlag bekämpft werden können.

## **5. Aufschlüsse oder Veränderungen der Erdoberfläche** (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 2.1)

Für die Beurteilung des Begriffes „wesentlich“ müssen u. a. folgende Parameter herangezogen werden:

- Lage im Schutzgebiet (z.B. ist die Lage im Quartär problematisch, auch wenn der Grundwasserflurabstand nur geringfügig verringert wird (die oberste Bodenschicht hat die größte Schutzwirkung), eine Lage im Lias wäre weniger problematisch bei einer Verringerung von z.B. 1m)
- Grundwasserflurabstand
- Oberbodenabtrag, Entfernung der Pflanzendecke
- Größe der Maßnahme (in m<sup>2</sup>)
- Minderung der Deckschicht (Tiefe)
- Verwendung von Zusatzmitteln (Nährstoffeintrag durch Fütterung, Medikamente, Chemikalien, Fremdmaterial)
- Summenwirkung
- Schlammräumung in Fischteichen (dadurch Störung der verbleibenden Deckschicht)
- Muldenwirkung (Müll, erhöhte Versickerung im Zentrum)

Feuchtbiotope stellen z.B. regelmäßig keine wesentliche Minderung der Schutzfunktion (kein zusätzlicher Eintrag von Nährstoffen oder sonstigen Fremdstoffen, keine Schlammräumung, kleine Ausdehnung, geringe Tiefe, natürliche Abdichtung) dar.

## **6. Wiederverfüllung von Erdaufschlüssen, Baugruben und Leitungsräben sowie Geländeauffüllungen** (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 2.2)

Unbelasteter Boden ohne Fremdbestandteile ist nachweislich unbelastetes (Einhaltung der Zuordnungswerte Z0 der LAGA Boden), natürlich anstehendes bzw. umgelagertes Locker- und Festgestein, das bei Baumaßnahmen ausgehoben wird. Boden im Sinne der LAGA Boden, der in Bodenreinigungsanlagen gereinigt wurde bzw. der mineralische Fremdbestandteile bis zu 10 % enthält, ist nicht zugelassen.

## **7. Leitungen verlegen oder erneuern** (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 2.3)

Gemäß Ziffer 2.3 ist das Verlegen von Leitungen in der Zone WII verboten. Arbeiten an der bestehenden Leitung des Beregnungsverbandes Bamberg Süd sind deshalb nur bei Einhaltung der nachfolgenden zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen zulässig:

### 7.1 Bauausführung und Baubetrieb:

- a) Bodeneingriffe sind auf das absolut notwendige Mindestmaß zu beschränken und in kürzest möglicher Zeit durchzuführen.
- b) Abbruchmaterial ist aus dem Wasserschutzgebiet zu verbringen.
- c) Die verwendeten Baustoffe dürfen keine auslaugbaren oder abschwemmenden wassergefährdenden Stoffe enthalten.
- d) Auf allen Baufahrzeugen sind Bindemittel für Leichtflüssigkeiten zum sofortigen Einsatz bei Leckagen mitzuführen.
- e) Fahrzeuge, Geräte und Arbeitsmaschinen müssen vor dem Einsatz im Schutzgebiet auf Leckagen überprüft werden.
- f) Baufahrzeuge und Arbeitsmaschinen, die längere Zeit an einem Ort verbleiben (z. B. über Nacht) müssen außerhalb der Engeren Schutzzone W II abgestellt werden.
- g) Wird bei den Bauarbeiten Grundwasser angetroffen, ist sofort das Landratsamt Bamberg, Fachbereich Wasserrecht sowie das Wasserwirtschaftsamt Kronach mit Arbeitsunterbrechung zu verständigen, damit vor Ort nähere Erhebungen und Festlegungen getroffen werden können.

7.2 Überwachung des Baubetriebes:

- a) Beginn und Ende der Baumaßnahme sind dem Landratsamt Bamberg, Fachbereich Wasserrecht, dem Wasserversorger und dem Fachbereich Gesundheitswesen am Landratsamt Bamberg **14 Tage vorher** schriftlich anzuzeigen.
- b) Unfälle, die schädliche Einwirkungen auf das Grundwasser haben können (z.B. Auslaufen von Öl), sind unverzüglich der Feuerwehr und dem Wasserversorger zu melden.

8. **Wassergefährdende Stoffe** (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 3)

Wassergefährdende Stoffe sind feste, flüssige und gasförmige Stoffe gemäß § 62 Abs. 3 WHG.

Deren Bestimmung und Einstufung erfolgt entsprechend in der jeweils aktuellen Fassung der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die nähere Bestimmung wassergefährdender Stoffe und ihre Einstufung entsprechend ihrer Gefährlichkeit (Verwaltungsvorschrift wassergefährdender Stoffe - VwVwS).

Für Stoffe, deren Wassergefährdungsklasse (WGK) nicht sicher bestimmt ist, wird WGK 3 zugrunde gelegt.

Im Folgenden sind beispielhaft einige in Haushalt, Landwirtschaft und Industrie gebräuchliche Stoffe und deren Einstufung in die jeweilige Wassergefährdungsklasse aufgeführt.

WGK 1	WGK 2	WGK 3
schwach wassergefährdende Stoffe	wassergefährdende Stoffe	stark wassergefährdende Stoffe
„Biodiesel“; schweres Heizöl	Dieselmotorenkraftstoff; leichtes Heizöl	Ottomotorenkraftstoffe (Benzin, Super)
reine Schmieröle auf Mineralölbasis	Schmieröle auf Mineralölbasis mit Zusätzen (Motorenöl, Hydrauliköl, Getriebeöl)	Altöle
Ethanol (Alkohol, Brennspiritus)		einige Lösungsmittel, z.B. Tetrachlorethen (chem. Reinigung) Trichlorethen (zur Metallentfettung)
Glykol (in Kühlmitteln)	Dichlormethan (in Abbeizmitteln)	Quecksilber
Essigsäure (Entkalker)	Formaldehyd (als Konservierungsmittel in Lacken und Klebern)	Teer (Abdichtungsmittel)
Salzsäure		die meisten Pflanzenschutzmittel, z.B. Cypermethrin
Schwefelsäure (z.B. in Autobatterien)	Natriumhypochlorit (Chlorbleichlaugung)	Lindan
Auftausalz, Viehsalz	Toluol, Xylol (in sog. Nitroverdünnern)	Isoproturon
Düngemittel wie Flüssigdünger AHL Ammoniumnitrat, -sulfat Kaliumnitrat, -sulfat Dicyandiamid (DIDIN)	einige Pflanzenschutzmittel, z.B. Terbutylazin Bentazon Ethephon	

9. **Rohrfernleitungsanlagen** (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 3.1)

Als Rohrfernleitungsanlagen definieren sich Überlandrohrleitungen, die der Beförderung in der Regel flüssiger, verflüssigter oder gasförmiger wassergefährdender Stoffe dienen, bekannt unter dem Begriff Pipelines.

Es handelt sich um Anlagen, die in der Regel nach § 20 Absatz 1 oder Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung – UVPG - einer Planfeststellung oder einer Plangenehmigung bedürfen (siehe dazu UVPG Anlage 1 ab Nr. 19.3) und die der Rohrfernleitungsverordnung – RohrFltgV - vom 27.09.2002 unterliegen. Umfasst sind neben den Rohrleitungen selbst, auch alle dem Leitungsbetrieb dienenden Einrichtungen, insbesondere Pump-, Abzweig-, Übergabe-, Absperr- und Entlastungsstationen sowie Verdichter-, Regel- und Messanlagen.



Nicht betroffen sind im Unterschied Rohrleitungsanlagen, die den Bereich eines Werksgeländes nicht überschreiten, Zubehör einer Anlage zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind, oder Anlagen verbinden, die in engem räumlichen und betrieblichen Zusammenhang miteinander stehen und damit dem § 62 Abs.1 WHG unterliegen.

**10. Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen** (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 3.2)

Die Zulässigkeit wird pro Anlage ermittelt.

Tabelle: Gefährdungsstufen

Volumen in m <sup>3</sup> (für flüssige Stoffe) bzw. Masse in t (für feste und gasförmige Stoffe)	Wassergefährdungsklasse (WGK)		
	1	2	3
bis 0,1	Stufe A	Stufe A	Stufe A
mehr als 0,1 bis 1,0	Stufe A	Stufe A	Stufe B
mehr als 1 bis 10	Stufe A	Stufe B	Stufe C
mehr als 10 bis 100	Stufe A	Stufe C	Stufe D
mehr als 100 bis 1 000	Stufe B	Stufe D	Stufe D
mehr als 1 000	Stufe C	Stufe D	Stufe D

Auch Abfälle, z. B. im Zusammenhang mit Kompostieranlagen oder Wertstoffhöfen, können unter § 3 Abs. 2 Ziffer 3.2 der Verordnung fallen. An die Bereitstellung von Hausmüll aus privaten Haushalten zur regelmäßigen Abholung (z. B. Mülltonnen) werden keine besonderen Anforderungen gestellt.

Hinweis:

Die Prüfverpflichtung für Anlagen durch Private Sachverständige richtet sich nach der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und Fachbetriebe (VAwS) und über die Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (Übergangsverordnung des Bundes zur VAwS).

Danach sind in Wasserschutzgebieten oberirdische Anlagen der Gefährdungsstufe B, C und D regelmäßig alle fünf Jahre von einem Sachverständigen einer anerkannten Sachverständigenorganisation überprüfen zu lassen.

Darüber hinaus sind sämtliche unterirdische Anlagen in Wasserschutzgebieten mindestens alle zweieinhalb Jahre durch einen Sachverständigen überprüfen zu lassen.

10.1 In der Weiteren Schutzzone (W III A und W III B) sind nur zulässig:

a) oberirdische Anlagen der Gefährdungsstufen A bis C, die in einem Auffangraum aufgestellt sind, sofern sie nicht doppelwandig ausgeführt und mit Leckanzeigegeräten ausgerüstet sind; der Auffangraum muss das maximal in den Anlagen vorhandene Volumen wassergefährdender Stoffe aufnehmen können,

b) unterirdische Anlagen der Gefährdungsstufen A und B, die doppelwandig ausgeführt und mit Leckanzeigegeräten ausgerüstet sind.

10.2 In der Weiteren Schutzzone W III A sind im Bereich von Industrie und Gewerbe nur Anlagen in der Größenordnung von Ziffer 10.1 (max. ein Jahresbedarf) zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe (LAU-Anlagen) zulässig, sowie kleine Verwendungsanlagen für wassergefährdende Stoffe (V-Anlagen) wie z.B. Heizölbrenner, Aggregate zur Energieversorgung wie z.B. Stromaggregate, Kompressoren und kleine Trafoanlagen zur Betriebsversorgung.

Nicht zulässig sind Anlagen zur Herstellung und Behandlung wassergefährdender Stoffe (HB-Anlagen).

- 10.3 In der Weiteren Schutzzone W III A sind für rechtmäßig bestehende Betriebe im Bereich von Industrie und Gewerbe, die im Produktionsprozess wassergefährdende Stoffe einsetzen oder HBV-Anlagen betreiben, nach vorheriger Genehmigung durch die zuständige Kreisverwaltungsbehörde über die Ziffer 10.2 hinaus Anlagen zur Herstellung, Behandlung und Verwendung wassergefährdender Stoffe (HBV-Anlagen) in der Größenordnung von Ziffer 10.1 zulässig, wenn den im Wasserschutzgebiet geltenden besonderen Anforderungen an das Schutzniveau Rechnung getragen wird.

Um die Einhaltung des erforderlichen Schutzniveaus zu belegen ist für die Genehmigung ein Antrag (3-fach) einzureichen, der den nachfolgenden Voraussetzungen Rechnung tragen muss:

- Ein Anlagenkataster ist zu erstellen und vorzulegen.
- Die geplante Maßnahme ist umfassend darzustellen.
- Erhöhte technische Anforderungen bei Errichtung und Betrieb der Anlage sind einzuhalten (z.B. erhöhte Werkstoffanforderungen, Verzicht auf lösbare Verbindungen, höhere Sicherheitsbeiwerte für die Konstruktion).
- Zusätzliche Sicherheitseinrichtungen sind einzubauen (z.B. Auffangvorrichtungen, Einrichtungen zur Leckageerkennung, Absperrvorrichtungen).
- Besondere organisatorische Maßnahmen sind auszuarbeiten und zu vollziehen bzgl. Verhaltensvorschriften (z.B. Betriebsanweisungen, Alarm- und Maßnahmenpläne) und verstärkter Eigen- und Fremdüberwachung (z.B. Erhöhung des Umfangs der Prüfungen, regelmäßige Teilnahme an Umweltmanagementsystemen, Verbesserung der Anlagenüberwachung z.B. durch ständig überwachte Störungsmeldeeinrichtungen) etc.
- Maßnahmen zur Beobachtung und Früherkennung von Verunreinigungen im Umfeld der Anlage sind zu ergreifen (z.B. Grundwasserkontrollpegel).

Bei Einhaltung des erforderlichen Schutzniveaus ist die Genehmigung zu erteilen.

**11. Umgang mit wassergefährdenden Stoffen außerhalb von Anlagen** (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 3.3)

11.1 Von der Regelung nicht berührt sind:

- Düngung, Anwendung von Pflanzenschutzmitteln etc. nach den Maßgaben der Ziffern 1.1, 1.2, 1.5, 1.6, 1.10, 5.11 und 5.12
- Straßensalzung im Rahmen des Winterdienstes,
- das Mitführen und Verwenden von Betriebsstoffen für Fahrzeuge und Maschinen,
- Kleinmengen für den privaten Hausgebrauch,
- Kompostierung im eigenen Garten,
- Bereitstellung von Hausmüll aus privaten Haushalten zur regelmäßigen Abholung (z. B. Mülltonnen).

11.2 An die innerbetriebliche Beförderung (Transport) wassergefährdender Stoffe in den vorhandenen Betrieben (einschließlich genehmigte Erweiterungen) in den Weiteren Schutzzonen W III A und W III B werden folgende Anforderungen gestellt:

a) Verwendete Behälter:

Es muss sich um zugelassene oder von einem Fachbetrieb hergestellte Behälter handeln.

b) Untergrund:

Die innerbetriebliche Beförderung (Transport) darf nur auf stoffundurchlässigen Bodenflächen (Betriebswegen) stattfinden; die zugehörigen Entwässerungseinrichtungen müssen so ausgerüstet bzw. eingerichtet sein, dass etwaige Leckagen jederzeit zurückgehalten werden können (Abschieber- und Rückhaltevorrichtungen).

c) Alarm- und Maßnahmenplan

Der Alarm- und Maßnahmenplan muss wirksame Maßnahmen und Vorkehrungen zur Vermeidung von Gewässerschäden beschreiben und mit den in die Maßnahmen

einbezogenen Stellen und mit der jeweils zuständigen Kreisverwaltungsbehörde (Landratsamt Bamberg bzw. Stadt Bamberg) abgestimmt werden. Zu regeln ist insbesondere, mit welchen Fahrzeugen und durch welches Personal die Beförderung (Transport) erfolgt.

11.3 An Abfüllplätze von Heizölverbraucheranlagen werden über die betrieblichen Anforderungen hinaus keine Anforderungen gestellt.

## **12. Errichten und Erweitern baulicher Anlagen** (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 6.1)

12.1 Zu den baulichen Anlagen in Ziffer 6.1 gehören auch Nebenanlagen wie z. B.

- Ver- und Entsorgungseinrichtungen (beachte Ziffer 4.7)
- Kleinere Bodeneingriffe (Wäschespinne, Sandkasten, Zaunpfähle, Schwimmbecken etc.)
- Unterirdische Lagerbehälter wie Zisternen, Gasbehälter, Lagerbehälter für wassergef. Flüssigkeiten (Beachtung der Ziffer 3.2!)
- Flächenkollektoren unter Verwendung von Glykol-Wasser-Gemisch (max. WGK 1) und Prüfzeugnis nach DIN 8901 oder automatischer Abschaltung (keine Direktverdampfersysteme oder sonstige Anlagen bei denen wassergefährdende Flüssigkeiten durch das Erdreich geleitet werden, vgl. Ziffer 3.2)

12.2 Grundwasserabstand

In den Baugebieten nach §§ 30 und 34 des Baugesetzbuches von Strullendorf und Hirschaid ist in den Zonen W III A und W III B nach derzeitigem Kenntnisstand ein ausreichender Grundwasserabstand gegeben. Der vorgegebene Abstand zum höchsten Grundwasserstand gilt als eingehalten, wenn die Baugrube bzw. die Gründungsmaßnahme (Fundament, Bohrpfahl, Zaunpfahl, etc.) maximal 4m tief ist.

In Baugebieten nach §§ 30 und 34 des Baugesetzbuches der Stadt Bamberg ist in der Zone III B nach derzeitigem Kenntnisstand ein ausreichender Grundwasserstand nicht gegeben, Grundwasser ist ab ca. 1 m unter Gelände zu erwarten. Damit sind nur bauliche Anlagen ohne Unterkellerung zulässig, ggf. wären sogar Auffüllungen erforderlich.

Die FlNr. 1081 der Gemarkung Strullendorf (Aussiedlerhof Kestler) liegt in der W III A. Der vorgegebene Abstand zum höchsten Grundwasserstand gilt als eingehalten, wenn die Baugrube bzw. die Gründungsmaßnahme (Fundament, Bohrpfahl, Zaunpfahl etc) maximal 3 m tief ist. Die FlNrn. 1019 (Aussiedlerhof Stein) und 1040 (Aussiedlerhof Bergmann) der Gemarkung Strullendorf liegen in der W III B. Der vorgegebene Abstand zum höchsten Grundwasserstand gilt als eingehalten, wenn die Baugrube bzw. Gründungsmaßnahme (Fundament, Bohrpfahl, Zaunpfahl) maximal 4 m tief ist.

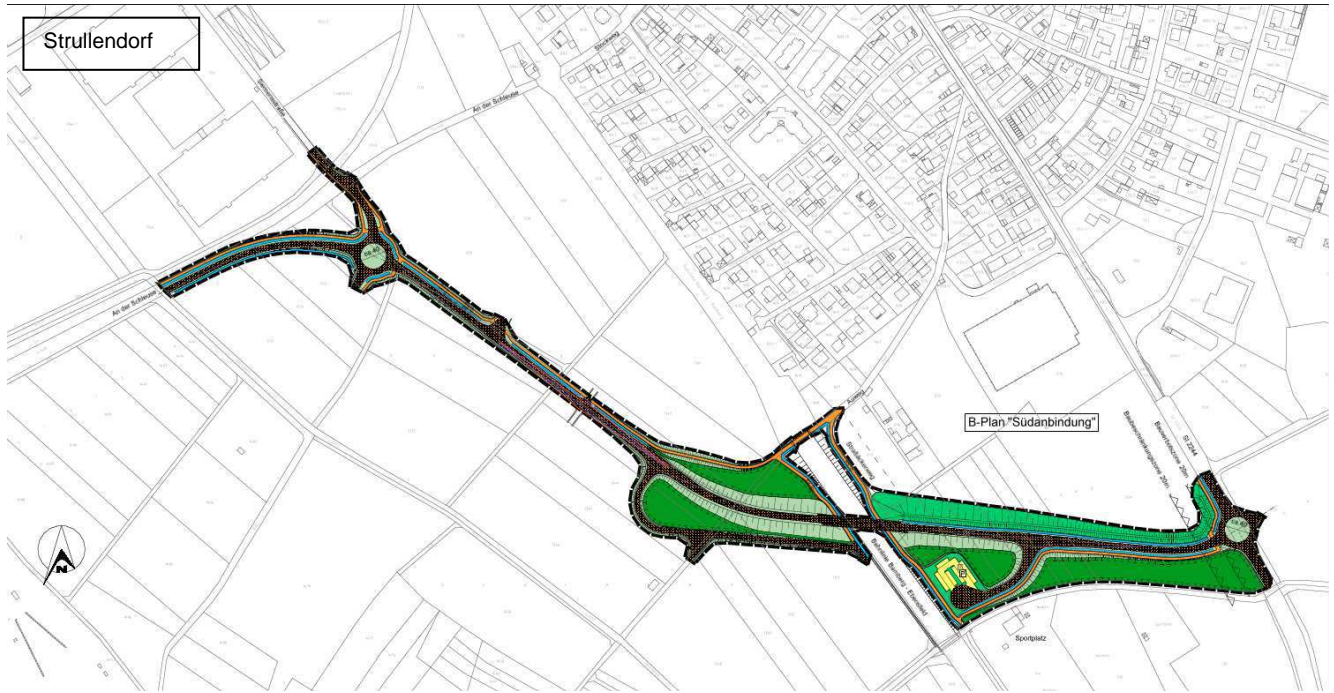
12.3 Schlagbrunnen

Ein Schlagbrunnen oder auch Rammbrunnen ist ein in den Untergrund geschlagenes Rohr (1 ¼ Zoll), welches am unteren Ende eine Rammspitze und einen Filteraufsatz hat. Er wird durch Rammen oder Einschlagen bis auf die Wasser führende Schicht in den Boden getrieben. Das Grundwasser kann aus einer Tiefe bis zu 7m durch das Rohr gesaugt werden.

## **13. Ausweisung neuer Baugebiete im Rahmen der Bauleitplanung** (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 6.2)

Der Verlauf der unter § 3 Abs. 2 Ziffer 6.2 in den Regelungen für die weitere Schutzzone III A genannten Südanbindung ist im nachfolgenden Lageplan dargestellt. Dieser Lageplan gibt den derzeitigen Planungsstand der Südanbindung näherungsweise wieder, von dem nicht wesentlich abgewichen werden darf.

Lageplan Südanbindung:



<p><b>Sitzungsvorlage</b></p> <p>Federführend: 38 Klima- und Umweltamt</p> <p>Beteiligt: 1 Referat für Personal, Ordnung und Recht und Konversion 47 Garten- und Friedhofsamt 6 Baureferat 2 Finanzreferat 20 Kämmereiamt Stadtwerke Bamberg GmbH 23 Immobilienmanagement Stadtbau GmbH Bamberg</p>	<p><b>Vorlage- Nr:</b> VO/2020/3464-38</p> <p>Status: öffentlich</p> <p>Aktenzeichen: Datum: 27.09.2020 Referent: Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp</p>						
<p><b>Kommunaler Klimaschutz im Handlungsfeld Energie</b></p>							
<p>Beratungsfolge:</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 33%;">Datum</td> <td style="width: 33%;">Gremium</td> <td style="width: 33%;">Zuständigkeit</td> </tr> <tr> <td>24.11.2020</td> <td>Mobilitätssenat</td> <td>Kenntnisnahme</td> </tr> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	24.11.2020	Mobilitätssenat	Kenntnisnahme
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
24.11.2020	Mobilitätssenat	Kenntnisnahme					

## I. Sitzungsvortrag:

Mit Schreiben vom 17.09.2020 weist die Fraktionsgemeinschaft Grünes Bamberg/ÖDP/Volt darauf hin, dass die Energiewende einer der entscheidenden Prozesse sei, um die Ziele internationaler Abkommen zur Minderung der Treibhausgasemissionen zu erreichen und der Energieverbrauch nach Möglichkeit reduziert sowie die Effizienz und Effektivität gesteigert werden müsse. Zudem müsse die benötigte Energie vollständig aus erneuerbaren Quellen bezogen werden.

Nachfolgende Anträge zu den Themen Energiegewinnung, Energieeinsparung und Struktur für die Zukunft, wurden gestellt:

### Energiegewinnung

#### A. Solarpflicht bei Neubauten

Hier wird auf den positiven Grundsatzbeschluss auf der Klimavollsitzung am 13.10.2020 verwiesen.

## Ökostrom ausbauen – statt aufkaufen

Die Stadtverwaltung selbst projiziert keine EE-Anlagen. Als 100-prozentige Tochter der Stadt betreiben die Stadtwerke Bamberg Energiehandel. Ziele zum Beschaffungsportfolio sind im dortigen Aufsichtsrat festzulegen.

Im Versorgungsgebiet der STWB (Bamberg und Hallstadt) werden aktuell ca. 20 % der verbrauchten elektrischen Energie lokal erzeugt. 5,5 % der verbrauchten elektrischen Energie werden regenerativ und lokal erzeugt, wovon ca. 20 % durch Anlagen der Stadtwerke Bamberg erzeugt werden. Dies entspricht 1 % der verbrauchten elektrischen Energie. Stadtwerke eigene Anlagen und strategische Beteiligungen gerechnet sind es 2 % der verbrauchten elektrischen Energie. Diese regionalen und überregionalen strategischen Beteiligungen an Photovoltaik (PV) und Windkraftanlagen sind für eine Stadt wie Bamberg zwingend nötig, um ein regenerativen Erzeugungsportfolio aufzubauen: Zum einen bildet Bamberg als Industriestandort und Stadt eine Lastsenke, d.h. es wird überproportional viel Energie verbraucht. Zum anderen sind Flächen für PV-Anlagen durch die städtisch geprägte Siedlungsstruktur begrenzt. Windkraft ist in und unmittelbar um Bamberg herum faktisch ausgeschlossen (siehe Windvorrangflächen: <https://www.energieatlas.bayern.de/>).

Zur Einordnung des Flächenverbrauches von PV-Anlagen eine kurze Vergleichsrechnung: Der elektrische Bedarf in Bamberg beträgt 560GWh/a, wovon ca. 100-110 GWh/a lokal erzeugt werden. Würde man die restlichen 460GWh/a durch Photovoltaik erzeugen, wäre eine reine PV-Modulfläche von 2,9 km<sup>2</sup> erforderlich. (Zum Vergleich: Das Versorgungsgebiet „Strom“ hat eine Fläche von ca. 28 km<sup>2</sup>).

Aufgrund des hohen Flächenverbrauches von PV und Windenergie sind die Stadtwerke Bamberg darauf angewiesen, sich neben eigenen lokalen an regionalen oder überregionalen Erzeugungsprojekten zu beteiligen. Darüber hinaus wurden im Rahmen der Regionalplanung „Windkraft“ mehrere Projektstandorte durch die Stadtwerke angemeldet. Aufgrund der 10-H-Regelung können keine freien Windvorranggebiete geplant werden. Da derzeit eine Änderung der Rahmenbedingungen im Bayern nicht abzusehen ist, werden die vorgesehenen Entwicklungsmaßnahmen im Bereich Windkraft ausgesetzt. Im Bereich PV suchen die Stadtwerke Bamberg aktiv in und um Bamberg nach Flächen, um ihr Anlagenportfolio zu vergrößern.

## B. Solar-Spritze fürs Klinikum

Grundsätzlich unterliegen Maßnahmen zum Energiemanagement am Klinikum der dortigen Geschäftsführung. Durch den hiesigen Aufsichtsrat kann durch Stadträtinnen und Stadträte Einfluss genommen werden.

Nach einer ersten Stellungnahme aus luftfahrtrechtlicher bzw. pilotentechnischer Sicht zur Montage von Photovoltaikmodulen am neuen Parkhaus wären an den dem Bruderwald zugewandten Fassadenseiten keine Beeinträchtigungen durch Blendung der anfliegenden Rettungshelikopter zu erwarten. Der Nutzungsgrad der Module in diesem Bereich wäre jedoch durch den Schattenwurf des Waldes laut Aussage der Sozialstiftung Bamberg mbH gering.

Nach Abschluss des Bauvorhabens „Parkhaus“ und „Dachlandeplatz“ wird eine genauere Analyse, unter Einbezug aller Faktoren und weiterer Dachflächen, zur möglichen Installation von Photovoltaikmodulen durchgeführt werden. Mögliche Nachrüstungen von Photovoltaikmodulen sowie der Anschluss an das Stromnetz werden bereits bei der Planung neuer Gebäude (z.B. Parkhaus) berücksichtigt.

Um eine wirtschaftliche Umsetzung zu ermöglichen, sind Klinikums intern derzeit weitere Punkte z. B. in Bezug auf die EEG Abgabe in Klärung. So ist unter anderem ein Messkonzept zu implementieren, da das Klinikum als Belieferer Dritter fungiert. Um ein stimmiges Gesamtkonzept einzurichten ist das sich in Betrieb befindliche Blockheizkraftwerk sowie das neu geplante zweite Blockheizkraftwerk mit einzubeziehen, da diese im Hinblick auf die Gesamteigenstromherstellung für eine energetische Nutzung effizienter sind, als z.B. reine Photovoltaik-Module.

Die Stadtwerke Bamberg begrüßen den Antrag für die flächendeckende Ausstattung des Klinikums mit PV und bieten sich als Ansprechpartner für die technische Umsetzung eines solchen Vorhabens an (siehe: <https://www.stadtwerke-bamberg.de/energiedach>).

### **C. Solarliga Bamberg – Eigeninitiative spielerisch fördern**

Der Antrag verweist auf die bereits bestehende „Solarbundesliga“ der Zeitschriften „Energiekommune“ und „Solarthemen“. Diese Liga erstellt eine deutschlandweite Rangliste der Solarenergienutzung von Städten und Kommunen. Hierbei wird auf zwei Bewertungseinheiten eingegangen: Solarstromnutzung pro Kopf sowie Solarwärmenutzung pro Kopf. Gemessen wird in verschiedenen Kategorien: Großstädte, Mittelstädte, Kleinstädte, Gemeinden und Kleingemeinden. Außerdem gibt es einzelne Landes- und Kreiswertungen.

Beantragt wird durch GRÜNES BAMBERG/ ÖDP/ Volt die eigene Darstellung einer städtischen Solarliga. Hierbei könnten ebenfalls die Messwerte „Solarstromnutzung“ und „Solarwärmenutzung“ verwendet werden. Teilnehmende könnten unter anderem Unternehmen, Privatpersonen, Stadtteile oder öffentliche Einrichtungen sein.

Ziel der Solarliga ist das Anregen von Solarnutzung im Stadtgebiet. Unternehmen, Privatpersonen etc. sollen durch die genaue Aufstellung einer Wertetabelle für die Solarnutzung begeistert werden.

Das Referat für Klima, Mobilität und Soziales bewertet die Idee positiv. Gamification-Ansätze im Bereich der Energieeffizienz helfen können den Energieverbrauch zu senken bzw. erneuerbare Energien zu nutzen.

Die Darstellung einer solchen Solarliga müsste per Fremdvergabe ausgeführt werden. Hierzu wären Mittel im Haushalt durch den Stadtrat zur Verfügung zu stellen. Ein entsprechender Deckungsvorschlag liegt im Antrag nicht vor.

Gamification-Ansätze im Bereich der Energieeffizienz helfen können den Energieverbrauch zu senken bzw. erneuerbare Energien zu nutzen.

### **D. Fernwärme ausbauen durch Synergien**

Bei Verlege-Maßnahmen im Wasser-, Strom-, FTTx-, Gas- und FW-Bereich finden innerhalb der Stadtwerke und zwischen allen Beteiligten, organisiert durch den Baulasträger (EBB), turnusgemäß Koordinierungsrunden statt, um das Potential von „Mitverlegungen“ auszuschöpfen. Bei Baumaßnahmen, wo bereits eine Fernwärmeleitung verlegt ist, werden alle potenziellen Kunden bereits jetzt durch die Stadtwerke angesprochen. Eine geplante Unterrichtung durch die Stadtverwaltung unterstützt diese Maßnahmen künftig. Neben den Bauträgern sollten laut Meinung der STWB alle Hausbesitzer angeschrieben werden und die Kontaktdaten auch den Stadtwerken überlassen werden. Datenschutzrechtliche Aspekte wären noch zu klären.

### **E. Wasserstoff nutzen**

Die Stadt Bamberg ist laut STWB aufgrund ihrer städtischen Versorgungsstruktur eine Lastsenke (d.h. Bamberg hat einen hohen Energieverbrauch bei geringer Fläche). Regenerative Erzeugungsressourcen sowie Flächen für mögliche Elektrolyseure, existieren fokussiert im ländlichen Bereich. Umso mehr müssen wir uns als Lastsenke oder -zentrum über die nachhaltige Energienutzung Gedanken machen.

Die STWB können dabei auf die Sektoren Mobilität, Wärme und Strom Einfluss nehmen. Gerade der Wärmesektor (ca. 30-40 % des Primärenergieverbrauches) spielt dabei laut Meinung der STWB eine entscheidende Rolle. Hier gibt es zwei Stellschrauben, die Gebäudeenergieeffizienz (d.h. die Senkung des absoluten Energieverbrauchs) sowie den Einsatz von Primärenergie (d.h. die Rolle des Energieträgers, Flexibilität im Energiesystem durch Sektorkopplung). Hier arbeiten die STWB aktuell an vier Projekten, die den Fokus auf Sektorkopplung, die Nutzung von Wasserstoff und auch die Erzeugung von Wasserstoff haben:

- 1 Erarbeitung und Umsetzung eines innovativen Wärmeversorgungskonzeptes auf Lagarde.
- 2 Erprobung einer stationären Festoxidbrennstoffzelle zur Wärme- und Stromversorgung des Zentralen Omnibusbahnhofes zusammen mit der Firma Bosch (erste Zelle außerhalb eines Bosch-Standortes).
- 3 Energiewirtschaftliche Analyse wasserstoffbasierter Wärmeversorgungskonzepte auf dem Lagarde Campus mit der Firma Bosch und der Friedrich-Alexander Universität Erlangen (Prof. Grimm, Vorständin Zentrum Wasserstoff Bayern, wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung, Mitglied nationaler Wasserstoffrat <https://h2.bayern/das-h2b/team/prof-dr-veronika-grimm/>).
- 4 Projekt zur konzeptionellen Untersuchung der Wasserstoffnutzung innerhalb des RAIV-Netzwerkes mit der Technischen Hochschule Amberg-Weiden (Prof. Dr. Brautsch).

Die Stadtwerke Bamberg prüfen derzeit eine Teilnahme am Wasserstoffbündnis Bayern.

## Energieeinsparung

### A. Licht aus – Klimaschutz an

Die Antragsteller gehen davon aus, dass ein allgemeinpolitisches Ziel (Energieeinsparung/Klimaschutz/Umweltschutz) durch eine kommunale Satzung gefördert wird, die Gewerbetreibenden nächtliche Lichtwerbung verbietet. Beim Umweltschutz handelt es sich jedoch um eine übertragene Angelegenheit der Gemeinde. Nach Art. 23 GO darf die Gemeinde übertragene Angelegenheiten nur dann in Satzungen und Verordnungen regeln, wenn es dazu im Gesetz eine spezielle Ermächtigungsgrundlage gibt. Diese fehlt hier. Die Werbung ist als Bestandteil des eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetriebs des Gewerbetreibenden grundrechtlich geschützt, so dass sich ein Eingriff ohne Rechtsgrundlage verbietet.

Die Kommune kann das Energieeinsparungsziel jedoch dadurch verfolgen, dass sie Empfehlungen an Gewerbetreibende richtet, für die Einsparung durch nächtliches "Licht aus" wirbt, beratend und unterstützend bei der freiwilligen Umsetzung durch Gewerbetreibende tätig wird.

Ungeachtet dessen kann man einzelne Aspekte der gewünschten Zielstellung indirekt im Rahmen anderer rechtlicher Grundlagen und nur soweit deren Voraussetzungen erfüllt sind, verfolgen:

1. Lichtgestaltung kann Bestandteil einer Gestaltungssatzung im Sinne von Art. 81 Abs. 1 Nr. 2 BayBO sein. Ein gutes Lichtgestaltungskonzept kann mittelbar zur Energieeinsparung beitragen, z.B. indem anstelle stark divergierender Helligkeit von Leuchtquellen, Blendquellen zugunsten einer wohl dosierten und zielgerichteten Beleuchtung reduziert werden. Gestaltungssatzungen können innerhalb des Stadtdenkmals helfen. Dort, wo Gestaltung allerdings keine Rolle spielt, wie z.B. in Industriegebieten, kann man nur auf Freiwilligkeit setzen.
2. Lichtimmissionen stellen schädliche Umwelteinwirkungen dar, wenn sie nach Art, Ausmaß und Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder Belästigungen für Allgemeinheit oder Nachbarschaft herbeizuführen. Auch nicht genehmigungsbedürftige Anlagen müssen so errichtet und betrieben werden, dass schädliche Umwelteinwirkungen verhindert oder zumindest minimiert werden. Hier ist ein behördliches Einschreiten im Einzelfall möglich. Obwohl in erster Linie am Menschen orientiert, sollen nach § 1 BImSchG auch Tiere und Pflanzen mitgeschützt werden Die LAI hat dazu Hinweise zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen ermittelt, die in Anhang 1 auch auf die Folgen für Vögel und Insekten hinweisen.



3. Im §§ 15 und 17 BNatSchG gibt es zwar Rechtsgrundlagen für Verordnungen - allerdings werden hierdurch nicht die Kommunen ermächtigt. Für die Kommunen bleibt aber ein Vorgehen im Einzelfall nach den §§ 15 ff. BNatSchG, falls die schädlichen Lichtimmissionen einen Eingriff im Sinne des § 14 BNatSchG bedeuten.
4. Art. 11a BayNatSchG verbietet Himmelsstrahler und Beleuchtungsanlagen mit ähnlicher Wirkung bzw. beschränkt Eingriffe im Außenbereich oder in unmittelbarer Nähe von geschützten Landschaftsbestandteilen und Biotopen. Stadtbiopte erfordern nicht per se große Flächen, schon eine Wiese oder ein begrünter Lärmschutzwall kann mitunter ein Biotop beinhalten.
5. Zum Schutz vor den oben genannten schädlichen Umwelteinwirkungen und damit auch schädliche Lichtimmissionen sind bestimmte Festsetzungen in Bebauungsplänen möglich (z.B. § 9 Abs. 1 Ziff. 23, und 24 BauGB). Zudem können im Rahmen des Baurechts, aufgrund von § 18 BauGB, Regelungen zur Vermeidung von Eingriffen in Natur und Landschaft getroffen werden, die durch schädliche Lichtimmissionen hervorgerufen werden. Hierdurch können insbesondere in die freie Landschaft hineinleuchtende Betriebe oder Lichtwerbung, deren Errichtung unter Bodenversiegelung erfolgt, beschränkt werden.

## Struktur für die Zukunft

- A. Planung eines integrierten Energiewendekonzeptes, verknüpft mit Jahreszielen – Erarbeitung eines Konzeptes für die Energiewende mit Jahreszielen bis 2035 unter Einbindung von Stadt, STWB, Klimaallianz, Regionalwerke und weiterer Akteure aus Stadt und Landkreis Bamberg.

Die Erarbeitung des gewünschten integrierten Energiewendekonzeptes mit verbindlichen Ausbauzielen für Energieerzeugung, -speicherung und –verteilung zusammen mit den beteiligten Akteuren aus Stadt und Landkreis Bamberg ist der Verwaltung derzeit personell nicht möglich. Für die Beauftragung eines Dritten würden Kosten entstehen, für die kein Deckungsvorschlag unterbreitet wurde.

- B. Kommunale CO<sub>2</sub>-Ziele mit dem städtischen Haushalt koppeln  
Die Haushaltsmittel werden im Rahmen der Haushaltsberatungen durch den Stadtrat bestimmt. Grundsätzlich kann der am 13.10.2020 beschlossene „Klimavorbehalt“ auch bei haushalterisch wirksamen Maßnahmen Stadträtinnen und Stadträte bei Ihrer Entscheidung im Hinblick auf die kommunalen CO<sub>2</sub>-Ziele beraten.

## II. Beschlussvorschlag:

1. Vom Bericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Das Engagement der Stadtwerke zu einem höheren Anteil selbst erzeugter erneuerbarer Energie durch die Projektierung und den Ankauf eigener EE-Anlagen wird begrüßt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Fördermittellandschaft dahingehend zu begleiten, dass dem Stadtrat in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Förderkonzepte für ein integriertes Energiewendekonzept vorgelegt werden können.
4. Der Antrag der Grünen Bamberg-Stadtratsfraktion vom 17.09.2020 ist damit geschäftsordnungsmäßig erledigt.

### III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

<b>X</b>	<b>1.</b>	keine Kosten
	<b>2.</b>	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	<b>3.</b>	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	<b>4.</b>	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

#### Anlage/n:

Antrag der Grünen Bamberg-Stadtratsfraktion vom 17.09.2020

#### Verteiler:

Referat 1	zur Kenntnis und zum Verbleib
Referat 2	zur Kenntnis und zum Verbleib
Amt 23	zur Kenntnis und Beachtung (Ziffer 2)
Referat 3	zur Kenntnis und zum Verbleib
Referat 5	Beschlüsse
Amt 38	Beschlüsse (2fach)
Referat 6	zur Kenntnis und mit der Bitte um weitere Veranlassung (Ziffer 2)
Referat 6/FB 6A	zur Kenntnis und mit der Bitte um weitere Veranlassung (Ziffer 5)
STWB	zur Kenntnis und zum Verbleib
SSB	zur Kenntnis und zum Verbleib



# Volt

GRÜNES BAMBERG · Grüner Markt 7 · 96047 Bamberg

Herrn Oberbürgermeister  
Andreas Starke  
Rathaus Maxplatz

96047 Bamberg

Fraktionsgemeinschaft  
GRÜNES BAMBERG / ÖDP / Volt

Grüner Markt 7  
96047 Bamberg  
Tel.: +49 (951) 23 777  
fraktion@gruenes-bamberg.de

Bamberg, 16. September 2020

**Anträge für die Sondersitzung am 13.10.20:**  
**Kommunaler Klimaschutz im Handlungsfeld Umwelt**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

längst ist klar, welche zentrale und unaufschiebbare Herausforderung den Klima- und Umweltschutz konfrontieren – es handelt sich um DIE Krise schlechthin, keinesfalls weniger relevant als die Corona-Krise! Wir alle sind gefordert grundlegende Entscheidungen zu treffen und Maßnahmen zu beschließen, die dem Klima und der Umwelt tatsächlich schnell und unmittelbar helfen. Damit wird direkt und indirekt zur Grundlage der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Bamberg, des Erhaltes des Weltkulturerbes und letztendlich der Bewahrung einer hohen Lebensqualität der Bamberger\*innen beigetragen.

Folgende **Anträge** werden deshalb gestellt:

**Ressourcenschutz**

**Trinkwasser** - Die vergangenen Sommer haben gezeigt, wie wichtig eine gesicherte Trink- und Nutzwasserversorgung für Bamberg ist! Angesichts langer Trockenperioden und sinkender Grundwasserstände wird die Verwaltung ersucht, die aktuell vorhandenen Trinkwasserbrunnen/-reservoirs mit Stand vom Oktober 2020 aufzulisten und durch geeignete Maßnahmen dauerhaft vor Zugriff, so zum Beispiel durch Bauvorhaben oder Kaufofferten, rechtsfest zu schützen und in ihrer Funktion zu bewahren.

Kosten: keine

**Grünflächen** - Längst haben viele Städte erkannt, wie wichtig der Erhalt vorhandener Parks, Grün- und Blühflächen für das gesamte Spektrum des Klima- und Umweltschutzes ist. Vielerorts werden bereits Maßnahmen getroffen, solche Flächen dauerhaft zu schützen und in ihrer Funktionalität als positive und wichtige Regulierungsfaktoren des Stadtklimas zu bewahren. Die Verwaltung wird ersucht, alle Flächen, die den Kriterien Park, Grün- oder Blühfläche entsprechen, aufzulisten und durch geeignete rechtliche Maßnahmen auf Dauer zu schützen. Zudem soll ein Augenmerk auf Potentialflächen gelegt werden, um die vorhandenen Grünbereiche gegebenenfalls zu erweitern. Mögliche Potentialflächen sollen benannt und dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht werden.

Kosten: keine

### **Fördermittel**

Umwelt- und Klimaschutz kosten Geld, dürfen aber nicht am Kassenstand einer Kommune scheitern! Aus diesem Grund wird beantragt, das Finanzreferat zu bestimmen, einen Katalog über Fördermittel und die daran geknüpften Bedingungen zu erstellen, welche das Land Bayern, die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union hinsichtlich Klima- und Umweltschutz bereithalten. Der Katalog sollte innerhalb der kommenden 6 Wochen erstellt und den Stadtratsmitgliedern zugestellt werden.

Kosten: keine

### **1000 + X Bäume in die Stadt**

Bäume sind ein zentrales Element grüner Stadtstrukturen. Sie haben einen hohen ökologischen und ästhetischen Wert, gerade im stark verdichteten Stadtgebiet Bambergs. Sie verbessern das Stadtklima in vielfältiger Weise, sind also ein gewichtiger Klima- und Umweltschutzfaktor. Bäume sorgen für eine gute Lebensqualität in der Stadt, denn sie tragen zum menschlichen Wohlbefinden bei.

Bäume sind Lebensraum für Tiere und Pflanzen, leisten also einen enorm wichtigen Beitrag zur Bewahrung der biologischen Vielfalt, wirken beispielsweise dem Insektensterben entgegen.

Bäume verschönern Straßen und Häuserschluchten, werten also Straßenräume und Quartiere mit ihrer positiven ästhetischen Wirkung auf. Bäume spenden Schatten und Abkühlung an heißen Sommertagen, sie sind damit also ein entscheidender Faktor für die Anpassung an Klimaveränderungen.

Bäume kühlen durch Schattenwurf und Transpiration, was sie besonders für den verdichteten Stadtraum so wichtig macht.

Bäume sorgen für saubere Luft, da sie schädliches CO<sub>2</sub> verarbeiten und Sauerstoff produzieren. Über ihre Blattoberflächen filtern sie zudem Schadstoffe und Stäube aus der Luft.

Bäume schützen vor Wind und Regen, sind bei ausreichender Baumkrone z.B. ein natürlicher Regenschirm.

Bäume verschönern Straßenzüge, wodurch sich Menschen wohler fühlen und sich stärker mit ihrer Umgebung identifizieren.

Bäume stehen mit Baumaßnahmen, Parkplätzen und versiegelten Flächen in Konkurrenz, sind dabei aber zentral für eine zukunftsgerichtete Umweltpolitik, und dadurch stark verknüpft mit Aspekten der Sozial-, Gesundheits- und Wirtschaftspolitik.

In Bamberg sind Bäume für die Lebensqualität sehr bedeutsam, ihre positiven Effekte zudem unmittelbar spürbar, da sie Kühlung, Windschutz und Schatten spenden. Intelligente Verbundsysteme zwischen umliegenden Wäldern und vorhandenen Grünflächen und den neu zu pflanzenden Bäumen bilden so unter anderem Trittsteine für Insekten und andere bedrohte Tiere. Es wird dringend ersucht, die Verwaltung zu beauftragen, ein 5-Jahres-Konzept zu erstellen, um 1000 und mehr neue Bäume im Stadtgebiet zu beheimaten. Dabei ist ein Pflanzrhythmus von rund 200 Bäumen p.a. anzusetzen, sinnvollerweise von außen nach innen, um die positiven Effekte der Wälder zu nutzen und unter Priorisierung von Belastungszonen.

Beispielsweise ist die Emissionsbelastung der Bamberger Einfallstraßen besonders hoch, was zum Teil durch ansässige Gewerbe- und Industrieareale noch verschärft wird. Genannt seien z.B. der Berliner Ring zwischen Einmündung Münchener Ring und Abzweigung Moosstraße oder die Nürnberger Straße, die zwischen Holzgartenstraße und Peuntstraße auf einer Länge von ca. 700 m trotz dichter Wohnbebauung bis auf zwei Laubbäume keine nennenswerten Straßenbäume aufweist. An anderen Stellen ist die Bilanz zwar besser, jedoch klaffen oft große Lücken, die für eine Vernetzung im Sinne des Trittsteingedankens dringend zu schließen sind.

Die von der Stadtgärtnerei betriebene Baumschule ist in den Prozess einzubinden, durch ein entsprechendes Management soll dort ein Teil der notwendigen Bäume gezogen und vorbereitet werden.

**Finanzierung:** In zukünftigen Haushaltsplänen (2021 - 2025) werden p.a. Summen ausgewiesen, die eine Pflanzung von je 200 klimawandelresistenten und veritablen Bäumen gewährleisten.

**Anlage:** Aufnahmen von Berliner Ring, Nürnberger Straße und eines versiegelten Parkplatzes im Stadtgebiet, sowie Aufnahmen von Straßen und Plätzen in Narbonne und Colmar (beides Frankreich)

#### **Bestandsbäume**

Im laufenden Jahr ist ein erheblicher Verlust von Bestandsbäumen z.B. durch die anhaltende Trockenheit aber auch aus anderen Gründen zu beklagen. Es wird ersucht, alle abgestorbenen Bäume durch klimaresistente Neupflanzungen zu ersetzen und die Aufnahmemöglichkeiten von Wasser bei bestehenden Baumscheiben zu verbessern. Dies könnte möglicherweise durch vergrößerte Baumscheiben und/oder mehr Raum für Wurzelballen erreicht werden. Die Verwaltung berichtet dem Stadtrat bis Jahresende eine Zwischenbilanz.

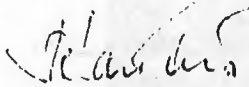
**Kosten:** Ausweisung im neuen Haushalt

#### **Bürgerbeteiligung - Ideenwettbewerb**

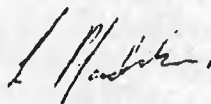
Um möglichst vielen Bürger\*innen ein Beteiligungsforum zu bieten, wird die Verwaltung gebeten bis Jahresende 2020 einen Ideenwettbewerb ins Leben zu rufen, um Anregungen und konkrete Vorschläge zum Klima- und Umweltschutz zu erlangen. Geeignete Beiträge sollen bei einer finalen Veranstaltung spätestens Mitte 2021 den Bürger\*innen vorgestellt und die drei für Bamberg erfolgversprechendsten und umsetzbaren Konzepte oder Ideen prämiert werden. Der Aufruf richtet sich an alle Menschen und Institutionen aus Stadt- und Landkreis, der Wettbewerb soll allen Altersgruppen offen stehen.

**Kosten:** gering, Gelder für Prämierung und Finalveranstaltung sind im zukünftigen Haushalt zu berücksichtigen

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Kurz



Leonie Pfandenhauer

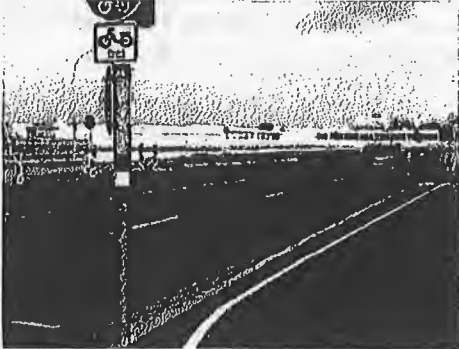


Andreas Eichenseher



Christian Hader

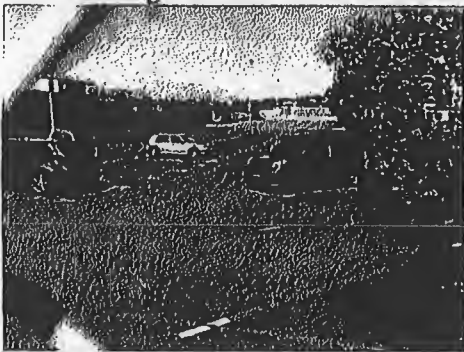
**Anlage:  
Situation in Bamberg**



**Berliner Ring**

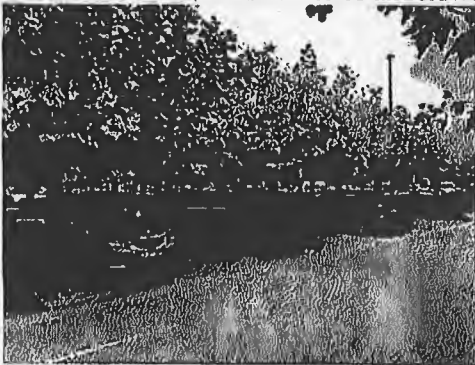


**Nürberger Straße**



**Parkplatz Moosstraße**

**Wie es sein könnte bzw. wie es anderswo gemacht wurde.**



**Colmar – Parkplatz**



**Colmar – Parkplatz**



**Narbonne – Straßenzug**



**Kühlung und damit attraktiver Wohn- u.  
Aufenthaltsort in Narbonne /Frankreich**



<b>Sitzungsvorlage</b>		<b>Vorlage- Nr:</b>	<b>VO/2020/3462-38</b>
Federführend: 38 Klima- und Umweltamt		Status:	öffentlich
Beteiligt:		Aktenzeichen:	
		Datum:	27.09.2020
		Referent:	Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp
<b>Hitzeaktionsplan</b>			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
24.11.2020	Mobilitätssenat	Kenntnisnahme	

## I. Sitzungsvortrag:

Der Klimawandel zeigt auf verschiedenen Ebenen seine Auswirkungen. Betrachtet man die Veränderung der aktuellen mittleren Lufttemperatur Deutschlands im Vergleich zum letzten Jahrhundert, so zeigt sich ein Temperaturanstieg von 0,9° Celsius. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf unser Klima, sondern auch weitreichende Folgen für den Menschen. Extremwetterereignisse, wie zum Beispiel Hitzewellen/ Hitzeperioden (mehrtägiges/ andauerndes Hitzeereignis) belasten die Gesundheitszustände der Betroffenen. Nach dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sind aufgrund der Auswirkungen extremer Hitzeereignisse in Europa ca. 40.000 Menschen in den Jahren 2003 und 2010 gestorben. Dazu im Vergleich: Im Jahr 2003 kamen ca. 7.000 Menschen in Folge der Hitzeperioden zu Tode. Zahlreiche weitere erlitten Folgekrankheiten, die durch Dehydrierung, Herz-Kreislaufkrankungen oder Hitzschläge ausgelöst wurden.

Da auch in Zukunft bis zum Jahr 2100 mit einem weiteren mittleren Jahrestemperaturanstieg von 2° Celsius bis zu 4,5° Celsius gerechnet wird, stellt dies sowohl unsere Gesundheitssysteme, wie auch die Bevölkerung vor weitere Probleme. Insbesondere städtische Gebiete, wie Bamberg werden hiervon besonders betroffen sein, da sich die stadtklimatischen Effekte durch eine Temperaturzunahme weiter verstärken. Somit kommt es durch die starke Versiegelung in urbanen Gebieten zu einer höheren Maximaltemperatur sowie einer intensiveren Wärmespeicherkapazität. Des Weiteren können infolge einer hohen Stadtbebauung Frischluftschneisen unterbrochen werden.

Um die Auswirkungen des Klimawandels und des damit einhergehenden Temperaturanstiegs auf die Menschen und die Stadt möglichst gering zu halten, ist ein kommunaler Hitzeaktionsplan, wie von der SPD-Stadtratsfraktion beantragt, erforderlich. Dieser Plan sollte die Bevölkerung sowohl kurzfristig vor Hitzeereignissen warnen, als auch langfristige Vorsorgemaßnahmen treffen. Eine mikroklimatische Betrachtung der Stadtlandschaft sowie besonders betroffener Gebiete ist hierbei unerlässlich. Darüber hinaus sollte der Hitzeaktionsplan zielgruppenspezifisch informieren um alle Risikogruppen erreichen zu können.

Mit Schreiben vom 17.09.2020 beantragt die SPD-Stadtratsfraktion die Erarbeitung eines Hitzeaktionsplanes. Dabei sollen mögliche Maßnahmen zur Verhinderung gesundheitsschädlicher Auswirkungen langanhaltender Hitzeperioden geprüft werden. Die genannten Maßnahmenbeispiele der SPD-Stadtratsfraktion werden untenstehend berücksichtigt.

1. Erstellung eines Hitzeaktionsplans nach den Vorgaben der „Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit“

Bei der Erstellung des Hitzeaktionsplans sollten folgende Kernelemente betrachtet und berücksichtigt werden:

- a. Zentrale Koordinierung und interdisziplinäre Zusammenarbeit
- b. Nutzung eines Hitzewarnsystems
- c. Information und Kommunikation
- d. Reduzierung von Hitze in Innenräumen
- e. Besondere Beachtung von Risikogruppen
- f. Vorbereitung der Gesundheits- und Sozialsysteme
- g. Langfristige Stadtplanung und Bauwesen
- h. Monitoring und Evaluation der Maßnahmen

Die Umsetzung des Planes sowie der Maßnahmen sollten in fünf Zeithorizonten erfolgen:

- a. Langfristige Entwicklung und Planung
  - b. Rechtzeitige Vorbereitungen vor dem Sommer
  - c. Schutz während des Sommers
  - d. Spezielle Maßnahmen während akuter Hitzeperioden/ Hitzewellen
  - e. Monitoring und Evaluation
2. Maßnahmen zur Prävention von gesundheitsschädlichen Auswirkungen langanhaltender Hitzeperioden (besondere Betrachtung von Handlungen in Pflege- und Seniorenheimen, Schulen, Kindertagesstätten, Kliniken)

### **Kostenfreie – aber z.T. personell aufwendige - Maßnahmen**

- a. Festlegung einer kommunalen Koordinierungsstelle und deren Zuständigkeiten:
  - 1.) Miteingebunden werden sollten: Gesundheitsbehörde
  - 2.) Weiteres Netzwerk aus Landesgesundheitsbehörde, kommunale Landesverbände, kassenärztliche Verbände, Landesärztekammern, Träger öffentlicher Einrichtungen (dazu zählen auch: Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime, Schulen, Kindergärten)
- b. Sicherstellung der flächendeckenden Nutzung des Hitzewarnsystems des Deutschen Wetterdienstes (DWD) in allen beteiligten Einrichtungen durch kostenfreies Abonieren des Newsletters oder Sichten der Homepage
- c. Erarbeitung einer „Hitzeseite“ auf der Homepage der Stadt Bamberg mit allgemeinen Informationen, Informationen in Akutfällen, Ansprechpartner sowie weiterführenden Links
- d. Bereitstellung von Informationsmaterial für Krankenhäuser, Pflege- und Seniorenheimen, Schulen und Kindertagesstätten( in Form von Flyern und Broschüren- - Kosten!)
  - 1.) Unterstützung bei Erstellung eigener Maßnahmenpläne
  - 2.) Erstellung durch Verwaltung im Rahmen der personellen Möglichkeiten
- e. Festlegung einer Informationskaskade im Falle einer Hitzeperiode/ Hitzewelle
  - 1.) Was soll kommuniziert werden?
  - 2.) Wie soll kommuniziert werden?
  - 3.) Wann soll kommuniziert werden?



- f. Mittels Bürgerbefragungen über die Homepage oder das Rathaus Journal hilfreiche Maßnahmen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen
- g. Betreffenden Einrichtungen Informationsmaterial zur Reduzierung von Hitze in Innenräumen bereitstellen
- h. Gesundheits- und Sozialsysteme durch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auf die Situation der Hitzeperiode/ Hitzewelle vorbereiten
- i. Erhalt vorhandener schattenspendender Grünanlagen im Stadtgebiet
- j. Erhalt von vorhandenen Verdunstungsflächen (Wasseranlagen, Brunnen)
- k. Weitere Reduzierung des Versiegelungsgrades im Stadtgebiet
- l. Einrichtung eines „Hitzetelefon“ für Anregungen, Fragen und aktive Information an Bürgerinnen und Bürger
- m. Ausweisung und Beschilderung von sog. „Cooling Centers“ innerhalb der Stadt (Bspw. kühle Gebäude, schattige Plätze)
- n. Erhebung und Auswertung relevanter Daten: Maßnahmenprüfung und gegebenenfalls Maßnahmenanpassung durch die Koordinierungsstelle

### **Kostenpflichtige Maßnahmen**

- a. Erstellung des Hitzeaktionsplanes auf Basis des DWD (zwei Hitzewarnstufen) durch Fremdvergabe
- b. Ausbau von Verschattungen im öffentlichen Raum
  - 1.) Haltestellen des ÖPNV
  - 2.) öffentliche Plätze, öffentliche Sitzmöglichkeiten
- c. Einrichtung kostenloser Trinkwasserspender
- d. Bauliche Maßnahmen wie z.B.:
  - 1.) Hitzeschutz von Gebäuden: Thermoglas, Lamellenjalousien, Beschattung durch Dachüberhänge
  - 2.) Technisch bauliche Maßnahmen: Belüftungstechniken, Wärme-/ Kältetauscher, Raumventilatoren
  - 3.) Verwendung hitzereduzierender sowie Vermeidung hitzespeichernder Baumaterialien
  - 4.) Einrichtung großzügiger Schattenanlagen (Pavillons, Markiesen, feststehende Sonnenschirme)
  - 5.) Förderung von Baum- und Buschpflanzungen

O.g. Maßnahmen finden sich in großen Teilen im Klimaanpassungskonzept wieder, welches am 10.11.2020 dem Klimarat von Stadt und Landkreis Bamberg bekanntgegeben und dem Sitzungsvortrag „Maßnahmen zum Klimaanpassungskonzept“ am 18.11.2020 in der Stadtratsvollsitzung beigefügt wurde. Auch in der Sondersitzung am 13.10.2020 wurde unter dem Tagesordnungspunkt „Klimaneustart“ Buchstabe A. Ziffern 1.4 bis 1.7 darauf hingewiesen, dass dies vier von 16 wichtigen und dringlichen Maßnahmen sind, die schrittweise im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten durch den/die einzustellende/n Klimaschutzmanager/in umzusetzen sein wird. Ein entsprechender Beschluss wurde gefasst.

Für die unter Ziffer 3 beantragte Einrichtung öffentlicher, kostenloser Trinkwasserspender wurde kein Deckungsvorschlag gemacht. Die STWB haben diesbezüglich Angebote eingeholt. Für einen Trinkwasserspender entstehen mindestens 5.000 Euro (je nach Ausgestaltung) zuzüglich Montage und Fracht. Im Übrigen wird auf o.g. verwiesen. Das Klimaanpassungskonzept sieht auch den Ausbau von Trinkbrunnen vor.

## II. Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.
2. Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 17.09.2020 ist damit geschäftsordnungsmäßig behandelt.

## III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

<b>X</b>	<b>1.</b>	keine Kosten
	<b>2.</b>	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	<b>3.</b>	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	<b>4.</b>	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

## Anlage/n:

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 17.09.2020

## Verteiler:

Referat 1	zur Kenntnis und zum Verbleib
Referat 2	zur Kenntnis und zum Verbleib
Referat 3	zur Kenntnis und zum Verbleib
Referat 5	Beschlüsse
Amt 38	Beschlüsse (2fach)
Referat 6	zur Kenntnis und zum Verbleib
STWB	zur Kenntnis und zum Verbleib



SPD Stadtratsfraktion · Grüner Markt 7 ·  
96047 Bamberg

Herrn  
Oberbürgermeister  
Andreas Starke  
Rathaus Maxplatz

96047 Bamberg

**Stadtratsfraktion  
SPD Bamberg**

Grüner Markt 7  
96047 Bamberg  
Tel.: +49 (172) 8143124  
[fraktion@spd-bamberg.de](mailto:fraktion@spd-bamberg.de)

## Hitzeaktionsplan für Bamberg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Klimawandel und die damit einhergehende globale Erwärmung haben eine Zunahme an extremen Wetterereignissen zur Folge, welche Bürger\*innen, Schulen, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Institutionen usw. vor stetig größer werdende Herausforderungen stellt.. Dazu gehören insbesondere die Hitzeperioden, wie sie in den Jahren 2015, 2018 und 2019 auch in Bamberg zu erleben waren. Solche Hitzewellen gehen einher mit negativen Auswirkungen auf die Umwelt und belasten auch den menschlichen Organismus. So kam es in den letzten Jahren bundesweit zu einem Anstieg von Todesfällen und Krankheiten in Zusammenhang mit Hitze, wie Hitzschlag, Dehydrierung und Herz-Kreislaferkrankungen.

Durch Hitzeaktionspläne soll sichergestellt werden, dass gesundheitlich Beeinträchtigte im Ernstfall schnelle Hilfe bekommen können. Informations- und Frühwarnsysteme sollen Gesundheitsrisiken vermeiden helfen. Bürger\*innen sollen sich unkompliziert informieren können, z. B. über Radio, Hitzetelefone oder Apps. Einrichtungen, wie Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und Alten- sowie Pflegeheime sollen im Akutfall eines Hitzeereignisses flächendeckend schnell, direkt und gezielt informiert werden.

Klimaschutz ist also Gesundheitsschutz und ein Hitzeaktionsplan, abgestimmt auf die Gegebenheiten in und um Bamberg, hätte genau das zum Ziel – die Gesundheit der Bürger\*innen zu schützen, aber auch die heimische Vegetation auf die Klimaüberhitzung anpassen zu helfen und die Infrastruktur, Handel und Wandel in der Stadt bei der besseren Einstellung auf die Hitze zu unterstützen.

Um die Gesundheit der Menschen zu schützen, aber auch Maßnahmen zur Anpassung an vermehrte Hitzephasen zu entwickeln, sollte aus unserer Sicht ein Hitzeaktionsplan erstellt werden. Dies rät auch das Bundesumweltministeriums, das dazu auch schon entsprechende Handlungsempfehlungen veröffentlicht hat. Ein solcher Hitzeaktionsplan könnte Aussagen und Maßnahmen zu den Bereichen Information und Kommunikation, Beachtung von Risikogruppen, Vorbereitung der Gesundheitssysteme z.B. der Alten- und Pflegeheime, Schulen, Kitas oder Krankenhäuser, Maßnahmen zur Reduzierung von Hitze, langfristige Stadt- und Grünplanung sowie Monitoring enthalten.

Für die SPD-Stadtratsfraktion Bamberg stellen wir deshalb folgenden

#### **Antrag**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen lokalen Hitzeaktionsplan nach den „Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit“ des Bundesumweltministeriums zu erarbeiten. Dieser Aktionsplan soll konkrete und wirksame Maßnahmen zur Mikroklimasteuerung der Stadt Bamberg enthalten.

2. Die Verwaltung prüft, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um gesundheitsschädliche Auswirkungen langanhaltender Hitzeperioden zu verhindern. Besonderen Wert wird hierbei auf Handlungen in Pflege- und Seniorenheimen, Schulen, Kindertagesstätten und Kliniken gelegt.

3. Zu den Maßnahmen zählen beispielhaft:
- die Sicherstellung der flächendeckenden Nutzung des Hitzewarnsystems des Deutschen Wetterdienstes
  - ein Verschattungskonzept für den öffentlichen Raum – insbesondere für Haltestellen des ÖPNV und für öffentliche Plätze
  - die Einrichtung öffentlicher, kostenloser Trinkwasserspender
  - die Erarbeitung einer „Hitzeseite“ auf der städtischen Homepage, welche Informationen rund um das Thema Hitze, insbesondere für das persönliche Verhalten, bereitstellt.

**Sebastian M. Niedermaier**  
SPD Stadtrat

**Ingeborg Eichhorn**  
SPD Stadtrat

**Felix Holland**  
SPD Stadtrat

**Klaus Stieringer**  
SPD Stadtrat

<b>Sitzungsvorlage</b>		<b>Vorlage- Nr:</b>	<b>VO/2020/3663-38</b>
Federführend: 38 Klima- und Umweltamt		Status:	öffentlich
Beteiligt:		Aktenzeichen:	
		Datum:	06.11.2020
		Referent:	Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp
<b>App gegen Müll</b>			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
24.11.2020	Mobilitätssenat	Entscheidung	

## I. Sitzungsvortrag:

Mit Schreiben vom 29.06.2020 stellte die CSU/BA Stadtratsfraktion den Antrag, für die Stadt Bamberg eine „App gegen Müll“ einzurichten. Bereits am 16.12.2016 regte die CSU-Stadtratsfraktion an, die Einführung einer Abfallentsorgungs-APP der Firma Abfall+ UG & Co KG hinsichtlich der Nutzungsmöglichkeit für die Stadt Bamberg zu prüfen. Der Antrag wurde damals jedoch aufgrund der zu erwartenden Kosten abgelehnt.

Hintergrund des aktuellen Antrages ist es, den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu bieten, über eine App auf ihren Handys unkompliziert und zeitnah Meldungen über illegale Müllablagerungen und Vandalismus an die Stadt geben zu können, um einer weiteren Vermüllung schnell entgegenwirken zu können. Die von der Bamberger Allianz vorgeschlagene App: <https://kommunal.de/app-gegen-müll> wäre zusätzlich auf die Bestellung von Mülltonnen, den Abruf von Entsorgungsterminen, die Änderung von Adressdaten etc. erweiterbar, was auch für die Stadt Bamberg umgesetzt werden sollte.

Inzwischen werden von verschiedenen Anbietern sogenannte Abfall-APPs angeboten, worüber Haushalte die verschiedenen Dienstleistungen per Handy nutzen können. Einige Kommunen und Landkreise, wie z.B. der Landkreis Coburg, Saarbrücken und der Zweckverband Abfallwirtschaft Donauwald, bieten ihren Einwohnern bereits eine derartige App an.

Optionen für die Stadt Bamberg:

Für die Umstellung der Sperrmüllsammlung im Jahr 2015 wurde für deren reibungslosen und organisatorischen Ablauf vom Entsorgungs- und Baubetrieb (EBB) ein umfangreiches Software-Programm der Firma ATHOS angeschafft. Über dieses Programm wird die Nutzung einer nativen App für diese Dienstleistungen für Smartphones und Tablets angeboten, welche der Kooperationspartner ABFALLPLUS von Athos bereitstellt. Es würden damit entsprechende App-Anwendungen für die Betriebssysteme Android, iOS, Windows Phone und Windows Desktop zur Verfügung stehen.

Laut EBB würden Lizenzgebühren von etwa 16.000 Euro (Angebot aus dem Jahr 2016!) für die Einrichtung dieser Abfall-APP entstehen. Sofern es sich nur um eine reine Abfall-App handelt, wäre eine Finanzierung über die Müllgebühren möglich.

Zusätzlich soll laut Antrag eine Art „Beschwerdemanagement“ ermöglicht werden.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen ist auf Grund der Abbildung von Tarifsteigerungen und zusätzlichen Aufgaben (bspw. häufigere Leerungen in der Innenstadt) eine Anpassung der Müllgebühren durch den EBB geplant, die sich im Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger abbilden wird. Es wird deshalb derzeit nicht empfohlen, zusätzlich die App umlagefinanziert umzusetzen.

Als digitales Angebot kann das Projekt über die relevante Förderung durch „Smart City“ in den Ideenpool eingebracht werden. Im Rahmen des Projekts werden durch Bürgerbeteiligung und Fachgremien in den nächsten Jahren Umsetzungsprojekte bepunktet und identifiziert.

Das Umweltreferat hält dies für eine gute Möglichkeit, die Relevanz des Projekts bei der Bürgerschaft abzufragen und so gegebenenfalls durch Fördermittel umzusetzen.

## II. Beschlussvorschlag:

1. Vom Bericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Idee einer „Müll-App“ in den Beteiligungsprozess des Programms „Smart City“ einzubringen.
3. Der Antrag der CSU-BA Stadtratsfraktion vom 29.06.2020 ist damit geschäftsordnungsmäßig behandelt.

## III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

<b>X</b>	<b>1.</b>	keine Kosten
	<b>2.</b>	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	<b>3.</b>	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	<b>4.</b>	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

## Anlage/n:

Antrag der CSU/BA-Stadtratsfraktion vom 29.06.2020

## Verteiler:

<b>Referat 1</b>	zur Kenntnis und zum Verbleib
<b>Referat 2</b>	zur Kenntnis und zum Verbleib
<b>Referat 3</b>	zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.
<b>Referat 5</b>	Beschlüsse
<b>Amt 38</b>	Beschlüsse (2fach)
<b>Referat 6</b>	zur Kenntnis und zum Verbleib
<b>EBB</b>	zur Kenntnis und zum Verbleib



An den Oberbürgermeister  
der Stadt Bamberg  
Herrn Andreas Starke  
Rathaus Maxplatz

96047 Bamberg

Geschäftsstelle  
Grüner Markt 7  
96047 Bamberg

Telefon  
0951 / 203311

Telefax  
0951 / 204713

E-Mail  
[csu@bnv-bamberg.de](mailto:csu@bnv-bamberg.de)

Internet  
<http://www.csu.bamberg.de>

Vorsitzender  
Peter Neller  
Greiffenbergstraße 15a  
96052 Bamberg

29.06.2020

## Antrag App gegen Müll

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

allerorts ist feststellbar, dass der Müll zunimmt. Um hier, aber auch bei Vandalismus zum Wohle der Allgemeinheit Minderung zu schaffen, haben andere Gemeinden eine innovative Idee entwickelt, nämlich eine App, bei der die Bürger/innen mitwirken, Müll und Vandalismus aufzuspüren und diesen von der Verwaltung möglichst sofort entfernen zu lassen: <https://kommunal.de/app-gegen-müll>.

Denn wenn erst mal Müll liegt, ist schnell neuer hinzugefügt und sinkt die Hemmschwelle der Missetäter.

Die App ist sogar geeignet beliebig erweitert zu werden; zB auf Funktionen, wie Bestellung neuer Mülltonnen, Sperrmüll anmelden, etc.. Sie könnte sukzessive und bei Bedarf ausgebaut werden.

Daher beantragen wir, die Einführung dieser App mit entsprechender Umsetzung wohl durch den EBB konkret zeitnah zu prüfen und im zuständigen Fachsenat spätestens Ende des Jahres zu berichten.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Neller  
Fraktionsvorsitzender

Stefan Kuhn  
Stadtrat

Dr. Ursula Redler  
Stv. Fraktionsvorsitzende

Anna Niedermaier  
Stadtrat



<b>Sitzungsvorlage</b>		<b>Vorlage- Nr:</b>	<b>VO/2020/3664-38</b>
Federführend: 38 Klima- und Umweltamt		Status:	öffentlich
Beteiligt:		Aktenzeichen:	
		Datum:	06.11.2020
		Referent:	Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp
<b>Aschenbecher - Modellversuch</b>			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
24.11.2020	Mobilitätssenat	Entscheidung	

## I. Sitzungsvortrag:

Mit Schreiben vom 21.09.2020 beantragte die Stadtratsfraktion Grünes Bamberg in einem Modellversuch an ausgewählten, häufig benutzten Plätzen in der Stadt Bamberg „Kippenaschenbecher“ an Parkbänken aufzustellen sowie zu prüfen, ob Bußgelderhebungen möglich sind, sollte ein Raucher seinen Zigarettenstummel auf dem Boden entsorgen.

Bereits im Umweltsenat vom 26.11.2019 wurde im Sitzungsbericht „Reduzierung unsachgemäß entsorgter Zigarettenkippen“ diese Problematik diskutiert und mögliche Maßnahmen erläutert.

Es ist unbestritten, dass achtlos weggeworfene Zigarettenstummel die Umwelt belasten.

### Aktueller Sachstand:

Da eine Privatperson das geplante Versuchsprojekt des Bundes Naturschutz ohne Rücksprache in Eigenregie bereits umgesetzt hatte, konnten die beteiligten Ämter Entsorgungs- und Baubetrieb mit Gartenamt und Abteilung Straßen- und Brückenbau sowie Klima- und Umweltamt zusammen mit Vertretern des Bundes Naturschutz vor Ort (Schiffbauplatz) die ersten Modelle und deren Effektivität beurteilen.

Dabei wurde festgestellt, dass zahlreiche Punkte zu berücksichtigen sind, wie z.B. Standsicherheit, Verletzungsgefahr und entsprechender Versicherungsschutz, Vandalismusresistenz, Reparaturzugänglichkeit der genutzten Bänke, Beschädigungen an den Bänken, Rasenmäheranforderungen sowie Geruchsbelästigung nichtrauchender Bankbenutzer. Zudem müsste für ein finales Modell ein Gestattungsvertrag verhandelt werden, über den etwa die regelmäßige Leerung und der intakte Zustand der Behälter geregelt werden.

An den vorübergehend montierten „Kippensammlern“ konnte beobachtet werden, dass diese zwar genutzt werden, dennoch aber nach wie vor zahlreiche Zigarettenstummel rund um die jeweilige Bank am Boden lagen. Dies obwohl in unmittelbarer Nähe zudem ein öffentlicher Abfallbehälter aufgestellt ist, der -deutlich sichtbar- auch zum Ausdrücken der Kippen Verwendung findet.

Die Verwaltung hat daher Zweifel an der dauerhaften Wirkung bzw. entsprechendem Erfolg hinsichtlich einer Reduzierung von Zigarettenkippen in der Umwelt. Die Verwaltung schlägt daher vorvorübergehende bewussteinfördernde Aktionen und Projekte engagierter Gruppen zur Förderung des Bewusstseins in der Bevölkerung für die eigene Müllverursachung, bzw. für eine verantwortungsbewusste Entsorgung zu unterstützen, – soweit diese nicht mit zusätzlichen Kosten für die Stadt Bamberg/den Entsorgungs- und Baubetrieb verbunden sind, vor.

Bußgelderhebung:

Das Wegwerfen von Zigarettenkippen stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und wird bereits heute mit Bußgeldern belegt. So sanktioniert zum Beispiel die Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straße und die Sicherung des Verkehrs auf Gehbahnen zur Winterzeit in der Stadt Bamberg vom 18.10.2010 unter § 12 Nr. 1 die Verunreinigung öffentlicher Straßen. Zum anderen ahndet § 69 Abs. 1 Nr. 2 Kreislaufwirtschaftsgesetz die unrechtmäßige Entsorgung von Abfällen.

Zur Umsetzung der Bußgelderhebung wird auf den Punkt „kommunaler Ordnungsdienst“ aus dem Sitzungsvortrag „Maßnahmenpaket gegen Müll“ verwiesen“

**II. Beschlussvorschlag:**

1. Der Bericht der Verwaltung hat zur Kenntnis gedient.
2. Die Verwaltung unterstützt im Rahmen der personellen Möglichkeiten temporäre ehrenamtliche Projekte zur Eindämmung unsachgemäßer Entsorgung von Zigarettenkippen und zur Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger
3. Der Antrag der Grünen Bamberg-Stadtratsfraktion vom 21.09.2020 ist damit geschäftsordnungsmäßig erledigt.

**III. Finanzielle Auswirkungen:**

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

<b>K</b>	<b>1.</b>	keine Kosten
	<b>2.</b>	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	<b>3.</b>	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	<b>4.</b>	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates:**

**Anlage/n:**

Antrag der Grünen Bamberg-Stadtratsfraktion vom 21.09.2020

**Verteiler:**

Referat 1	zur Kenntnis und zum Verbleib
Referat 2	zur Kenntnis und zum Verbleib
Referat 3	zur Kenntnis und zum Verbleib
Referat 5	Beschlüsse
Amt 38	Beschlüsse (2fach)
Amt 38	z.w.V. (Unterstützung bewusstseinsfördernder Maßnahmen/Projekte)
Referat 6	zur Kenntnis und zum Verbleib
EBB	zur Kenntnis und zum Verbleib

381249-13



GRÜNES BAMBERG · Grüner Markt 7 · 96047 Bamberg

Herrn Oberbürgermeister  
Andreas Starke  
Rathaus Maxplatz

96047 Bamberg

Fraktionsgemeinschaft  
GRÜNES BAMBERG / ÖDP / Volt

Grüner Markt 7  
96047 Bamberg  
Tel.: +49 (951) 23 777  
fraktion@gruenes-bamberg.de

Bamberg, 21. September 2020

**Antrag für die Klimaschutz-Sondersitzung am 13.10.2020:**  
**Sauberkeit und Umweltschutz: Aschenbecher - Modellversuch**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit beantrage ich namens meiner Fraktion die Schaffung von kleinen und kostengünstigen – die Ästhetik der Unteren Brücke nicht beeinträchtigenden – Aschenbechern, die an den dortigen Sitzgelegenheiten zu installieren sind.

Als eine weitere Maßnahme um die Umweltverschmutzung durch Zigarettenstummel zu minimieren beantrage ich zudem die Möglichkeit einer Bußgelderhebung zu prüfen bzw. bereits bestehende Regelungen anzuwenden. Dies könnte vorrangig von den Mitarbeiter\*innen des Ordnungsamtes kontrolliert werden. Als Bußgeldhöhe werden ggf. 40€ vorgeschlagen. Das Projekt soll als Modellversuch auf ein Jahr auf den eng begrenzten Raum der Unteren Brücke beschränkt und evaluiert werden. Sollten seitens der Verwaltung schon Erfahrungen vorliegen, sollte diese berücksichtigt werden.

**Erläuterung und Begründung**

4,5 Billionen Zigarettenstummel werden jährlich weggeworfen und gelten zahlenmäßig somit als größte Umweltbelastung weltweit. Eine einzelne Zigarette kann bis zu 40-60 Liter Grundwasser verunreinigen. Um dieses immense Umweltproblem anzugehen fordern wir, dass auch Bamberg durch konkrete Maßnahmen zur Abhilfe des Problems beiträgt.

Auf der Unteren Brücke halten sich viele Menschen auf. Dies führt zu erheblichen Mengen von Abfall. Insbesondere landen viele Zigarettenstummel auf dem Boden und im Fluss. Dies ist für uns eine unhaltbare Situation, der sich die Stadt annehmen sollte.

**Mögliche Kosten/Finanzierung:**

Die Kosten werden als gering eingestuft und sind für das Modellprojekt im zukünftigen Haushalt auszuweisen.

Vielen Dank für Ihre Bemühungen.  
Mit freundlichen Grüßen

Leonie Pfadenhauer

<b>Sitzungsvorlage</b>		<b>Vorlage- Nr:</b>	<b>VO/2020/3666-38</b>
Federführend: 38 Klima- und Umweltamt		Status:	öffentlich
Beteiligt:		Aktenzeichen:	
		Datum:	06.11.2020
		Referent:	Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp
<b>Biomüllanalyse</b>			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
24.11.2020	Mobilitätssenat	Kenntnisnahme	

## I. Sitzungsvortrag:

Mit Beschluss des Umweltsenates vom 26.11.2019 wurde die Verwaltung beauftragt, über die Ergebnisse der beauftragten Biomüllanalyse und die daraus abgeleiteten Maßnahmen im Jahr 2020 im Senat zu berichten.

In der Sitzung des Mobilitätssenates am 07.07.2020 wurde u.a. der Tagesordnungspunkt „Maßnahmenpaket gegen Müll“ behandelt. Thema der Maßnahme 5 war dabei der plastikfreie Biomüll. Die Verwaltung berichtete zwar darüber, dass die aktuellen Grenzwerte laut Biomüllanalyse unterschritten würden, ein ausführlicher Bericht erfolgte jedoch nicht, da die Verwaltung den ersten Entwurf der vom EBB in Auftrag gegebenen Biomüllanalyse erst kurz vor der Sitzung erhielt. Deshalb wurde eine Information dazu für eine der nachfolgenden Senatssitzungen in Aussicht gestellt.

### Rückblick

Herr Stadtrat Grader von Grünes Bamberg, stellte in der aktuellen Stunde der Stadtratsvollsitzung am 27.02.2019 die Anfrage, ob die Stadt Bamberg, ähnlich wie es die Stadt Fürth praktiziert, kostenfrei Papiertüten zur Sammlung der kompostierbaren Abfälle ausgeben könne.

In der Stadt Bamberg wurde die Biotonne, beginnend mit einem Pilotprojekt, 1988 eingeführt. Die Biotonne ist für die Bürger kostenlos, bzw. die Entsorgung ist in den Gebühren für die Restmülltonne enthalten. Jeder Haushalt erhielt bei der Einführung der Biotonne, als Anreiz zur ordnungsgemäßen Nutzung, einen kleinen Bioabfall-Eimer für die Küche. Zudem wurde jeder Haushalt von den Abfallberaterinnen der Stadt Bamberg darüber informiert, wie die Biotonne zu nutzen ist. Dabei wurde auch empfohlen, die Bioabfälle in Zeitungspapier oder in Papiertüten einzuwickeln, um die Feuchtigkeit und die damit verbundene Geruchsentwicklung in den Tonnen zu verhindern.

Die Kompostanlage der Stadt Bamberg hatte jahrelang, auch aufgrund der intensiven Beratung bei Einführung der Biotonne durch die Mitarbeiterinnen des Umweltamtes nur wenige Probleme mit

Fehleinwürfen in den Biotonnen. Inzwischen ist jedoch auch in der Bamberger Anlage, nach Aussage des dortigen Betriebsleiters Herrn Weber, die Menge an vermeintlich kompostierbaren Tüten, sonstigem Unrat, jedoch vor allem an Plastiktüten, deutlich angestiegen.

Die Firma Eichhorn Kompost GmbH konnte für ihren fertigen Kompost seit 1992 das RAL Gütezeichen Kompost der Bundesgütegemeinschaft Kompost e.V. erwerben.

Die Fraktion, welche in die Vergärungsanlage verbracht wird, muss völlig frei von Störstoffen, Sanden und Steinen sein. Der übrige Anteil wird auf der Anlage in der Rheinstraße kompostiert.

Bis jetzt darf der fertige Kompost nach den vertraglichen Vorgaben bis zu 5 % Störstoffe enthalten. Es ist jedoch, wie aus den Verbandssitzungen der Bundesgütegemeinschaft Kompost e.V. zu entnehmen ist, in den kommenden Jahren mit einer gesetzlichen Verpflichtung von max. 1 % Störstoffanteil zu rechnen.

Um diese Qualitätsanforderungen zu erreichen, werden auch die Anlieferanforderungen aus der Biotonnensammlung entsprechend verschärft werden müssen.

Es ist daher wichtig, dass möglichst sortenreine Bio- und Grünabfälle eingesammelt und angeliefert werden.

### Biomüllanalyse

Vor diesem Hintergrund war es notwendig die Zusammensetzung der kompostierbaren Abfälle aus den Biotonnen näher untersuchen zu lassen. Daher wurde vom Entsorgungs- und Baubetrieb (EBB) das Witzenhausen-Institut mit einer entsprechenden Analyse beauftragt.

Fazit der Analyse war, dass die Qualität des untersuchten Bioabfalls der Stadt Bamberg derzeit die vorgegebenen Anforderungen erfüllt, würden jedoch schon heute die Maßstäbe der Bundesgütegemeinschaft Kompost (BGK) angelegt, um zukünftig den Vermarktungserfolg nicht zu gefährden, so bewegen sich die ermittelten Fremdstoffanteile und –Mengen nicht mehr in einem akzeptablen Rahmen. Insbesondere im innerstädtischen Bereich und bei der Mehrfamilienhausbebauung, meist einzelne Liegenschaften, fanden sich viele Fremdstoffe in den Biotonnen. Hierbei wurde ermittelt, dass über alle Strukturen hinweg 57 % der haushaltsstämmigen Bioabfälle in Beuteln erfasst wurden, wobei knapp 56 % davon in Kunststoffbeuteln, 27 % in biologisch abbaubaren Beuteln (BAW-Beutel) und 18 % in Papierbeuteln gesammelt wurden. *Die Werte im Analysebericht in Tabelle 5, Seite 24, sind mit Gewichtungsfaktoren ermittelt worden. Die Summe der Werte ergibt aufgrund der Auf- und Abrundungen der Dezimalstellen nicht genau 100 %.* Da die Kompostierungszeit der BAW-Beutel zu lange dauert, um nicht als Störstoff in Erscheinung zu treten, müssen diese in der Kompostierungsanlage der Stadt Bamberg zusammen mit den PE-Kunststoffbeuteln aussortiert werden.

Das Witzenhausen-Institut leitet daher aus den Ergebnissen der Analyse folgende Handlungsempfehlungen ab:

- Die Ergebnisse der Bioabfallanalyse können als Aufhänger entsprechender Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung für die Fremdstoffproblematik genutzt werden.
- Für jene bei der Probenahme identifizierten Standorte, mit sehr schlechter Qualität, ist die Umsetzung von Sanktionen, wie beispielsweise zusätzliches Behältervolumen für Restmüll, anzudenken.
- Identifizierung der Gebiete/Behälterstandorte, die stetig schlechte Bioabfallsammlung aufweisen, um diese gezielt zu beraten oder entsprechende Maßnahmen in die Wege zu leiten.
- Konzentrierung der Öffentlichkeitsarbeit auf Gebiete mit lediglich akzeptabler Qualität.

### Papiertüten zur Biomüllsammlung

Wie die Erfahrungen der Stadt Fürth und, nach Aussage von Herrn Weber, auch anderer Städte, wie z.B. Nürnberg, welche bereits Papiertüten zur Biosammlung ausgeben belegen, ist insbesondere der Störstoffanteil an Plastiktüten und an vermeintlich kompostierbaren Tüten in den Biotonnen dieser Kommunen geringer.

Die Stadt Fürth gibt seit Einführung der Biotonne Anfang der 90iger Jahre an alle Haushalte kostenfrei Papiertüten zur Sammlung der kompostierbaren Abfälle aus. Auf die Tüten sind zusätzlich Informationen darüber aufgedruckt, was in die Tüte gegeben werden darf, und was nicht, sowie die Abgabestellen, an welchen die Tüten erhältlich sind. Es werden pro Jahr ca. 6 Mio. Papiertüten ausgegeben. Kosten hierfür wurden nicht benannt. Auf den Beuteln ist auf der Rückseite Werbung aufgedruckt, d.h. dass z.B. über Werbeaufdrucke die Ausgaben gesenkt werden können.

Auch die Stadt Ingolstadt gibt Papierbiosammeltüten aus. Diese können ganzjährig bei den Abgabestellen abgeholt werden. Es sind ebenfalls Hinweise zur Benutzung, bzw. der Rat keine Plastiktüten und auch keine Bioplastiktüten zu verwenden, aufgedruckt. Die Papiertüten werden sehr gut angenommen. Laut Auskunft der Ingolstädter Kommunalbetriebe AÖR belaufen sich die Kosten hierfür auf ca. 400 000 € jährlich. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass Ingolstadt knapp 140.000 Einwohner hat, also nahezu doppelt so viele, wie Bamberg.

Mit der Ausgabe von Papiertüten an alle Haushalte zur Sammlung der Bioabfälle könnte der Störstoffanteil deutlich gesenkt werden. Der eingesammelte Biomüll wird nach den Erfahrungen anderer Kommunen deutlich weniger mit Fremdstoffen belastet sein, wenn die Papiertüten, welche es auch im Handel zu kaufen gibt, kostenfrei sind. Für den Bürger kostenpflichtige Tüten würden den Erfolg sicherlich schmälern.

Der Grundgedanke, an alle Haushalte kostenfrei Papiersammeltüten auszugeben, ist somit positiv zu bewerten. Der Kommune entstehen so jedoch Zusatzkosten.

Es wäre zu prüfen, ob diese nicht über die Müllgebühren direkt gedeckt werden könnten. Laut Aussage des EBB erscheint es gebührenrechtlich prinzipiell möglich, die Kosten, die mit der Ausgabe von Bioabfallsammeltüten entstehen würden, auf die Müllgebühren umzulegen. Die Einführung würde auf Grundlage prognostizierter Kosten (angelehnt an die Hochrechnungen der Stadt Erlangen) vermutlich zu einer dauerhaften Erhöhung der Müllgebühren von ca. 5 € pro Jahr (80 l-Tonne) bis 65 € pro Jahr (1100 l-Tonne) führen.

#### Maßnahmen auf Grundlage der Bioabfallanalyse

Auf Grundlage der Bioabfallanalyse und vor dem Hintergrund der künftig schärferen Grenzwerte ist für die Stadt Bamberg eine deutliche Qualitätssteigerung bei der Sammlung der Bioabfälle notwendig. Wie bereits vom Witzenhausen-Institut empfohlen, könnten, soweit es der personelle und finanzielle Rahmen zulässt, vom Klima- und Umweltamt und vom EBB verschiedene Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt werden, um dieses Ziel zu erreichen.

- So werden bereits mit dem Versand des Abfuhrkalendariums 2021 im November Informationen zur Biotonnennutzung versendet. Denkbar ist ebenfalls den Versand des Gebührenbescheids zu diesem Zweck zu nutzen.
- Auch ein Anschreiben an verschiedene Wohnungsbaugesellschaften entsprechend der Ergebnisse der Analyse, mit dem Ziel, dass diese ihre Mieter auf die vorschriftsmäßige Benutzung der Biotonnen hinweisen und die Konsequenzen bei Zuwiderhandlungen darlegen, wäre denkbar.
- Das Thema könnte im Umweltkalender 2022 aufgegriffen werden.
- Auf den Internetauftritten von EBB und Klima- und Umweltamt ist beabsichtigt, entsprechende Informationen zu platzieren. Der EBB wird prüfen, in wieweit z.B. beim bestehenden Erinnerungsservice zu den Abholterminen eine kurze Textnachricht eingefügt werden kann.
- Schärfere Kontrollen sind - abgesehen von den fehlenden personellen Ressourcen bei EBB und Klima- und Umweltamt – nach Aussage des EBB erst dann zielführend und erfolgversprechend, wenn eine Zuordnung der Biotonnen zu den entsprechenden Anwesen möglich ist. Diese ist aufgrund fehlender Bechipung der Abfalltonnen jedoch bislang nicht möglich. Hier würde es einer enormen finanziellen Investition durch den EBB bedürfen. Nach Umsetzung einer solchen Maßnahme wäre über schärfere Kontrollen und evtl. Sanktionierungen zu entscheiden.

Sollte die Ausgabe von Papierbiosammeltüten angedacht werden, welche mit erheblichen Kosten verbunden wäre, so könnte geprüft werden, ob diese durch eine Änderung der Biotonnenabfuhr im Winter (längere Abholintervalle) gegenfinanziert werden könnte. Die damit verbundenen Ersparnisse bei den Verbrennungskosten (denn Plastik/Störstoffe mit angehaftetem Biomüll müssen vom EBB im MHKW gegen Entgelt entsorgt werden) wären dann mit zu berücksichtigen.

## II. Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht der Verwaltung hat zur Kenntnis gedient.
2. Der Mobilitätssenat empfiehlt dem BWS den EBB damit zu beauftragen, die Möglichkeiten der Einführung einer Papiermülltüte für den Bioabfall in der Stadt Bamberg zu prüfen.
3. Der Auftrag des Umweltsenates vom 26.11.2019 an die Verwaltung, über die beauftragte Biomüllanalyse und die daraus abgeleiteten Maßnahmen zu berichten, ist damit erledigt.

## III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

<b>X</b>	<b>1.</b>	keine Kosten
	<b>2.</b>	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	<b>3.</b>	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	<b>4.</b>	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

## Anlage/n:

Abschluss-Bericht Biomüllanalyse

## Verteiler:

Referat 1	zur Kenntnis und zum Verbleib
Referat 2	zur Kenntnis und zum Verbleib
Referat 3	zur Kenntnis und zum Verbleib
Referat 5	Beschlüsse
Amt 38	Beschlüsse (2fach)/ zur weiteren Veranlassung
Referat 6	zur Kenntnis und zum Verbleib
EBB	zur Kenntnis und zur weiteren Veranlassung





**Witzenhausen-Institut**

**Ergebnisse der Bioabfallanalyse  
in der Stadt Bamberg**



## **Bericht**

# **Ergebnisse der Bioabfallanalyse in der Stadt Bamberg**

### **AUFTRAGGEBER:**

---

Entsorgungs- und Baubetrieb der Stadt Bamberg  
Abteilung Entsorgung  
Margaretendamm 40  
96052 Bamberg



### **AUFTRAGNEHMER:**

---

Witzenhausen-Institut für Abfall, Umwelt und Energie GmbH  
Werner-Eisenberg-Weg 1  
37213 Witzenhausen  
Telefon: 05542 9380-0  
E-Mail: [info@witzenhausen-institut.de](mailto:info@witzenhausen-institut.de)



---

**Projektleitung:** Dipl.-Ing. Dipl. Geogr. Hans-Jörg Siepenkothen

---

Witzenhausen, im Februar 2020

## Inhalt

<b>1</b>	<b>Veranlassung .....</b>	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Methodik .....</b>	<b>5</b>
2.1	Grundlagen und Vorgehensweise .....	5
2.2	Schichtung der Grundgesamtheit .....	5
2.3	Festlegung der Stichprobeneinheiten .....	6
2.4	Durchführung der Probenahmen .....	6
2.5	Durchführung der Sortieranalysen .....	7
2.6	Sortierfraktionen .....	9
2.6.1	Sortierfraktionen Bioabfall (Grobfraktion).....	9
2.6.2	Sortierfraktionen Bioabfall (Mittel- und Feinfraktion) .....	10
2.7	Bestimmung des Biogaspotenzials .....	10
2.8	Anzahl und Zeitpunkt der Sortierkampagnen.....	11
<b>3</b>	<b>Ergebnisse der Bioabfalluntersuchungen .....</b>	<b>12</b>
3.1	Zusammensetzung.....	12
3.1.1	Korngrößenverteilung.....	12
3.1.2	Grobfraktion (> 40mm).....	12
3.1.3	Mittel- und Feinfraktion (10 – 40mm).....	16
3.1.4	Gesamtzusammensetzung.....	16
3.2	Zusammensetzung des Bioabfalls in den untersuchten Gebieten.....	17
3.3	Zusammensetzung des Bioabfalls in den verschiedenen Vegetationsperioden .....	19
3.4	Probenahme und Behälter.....	22
3.5	Erfassung der haushaltsstämmigen Bioabfälle .....	24
3.6	Bestimmung des Biogaspotenzials.....	26
3.7	Vergleich der Untersuchungsergebnisse in der Stadt Bamberg mit den Ergebnissen anderer Bioabfalluntersuchungen .....	26
<b>4</b>	<b>Zusammenfassung und Fazit der Analysen .....</b>	<b>28</b>
4.1	Qualität.....	28
4.2	Erfassung.....	29
4.3	Biogaspotenzial.....	30
4.4	Fazit und Handlungsempfehlungen .....	31

## Anhang

## 1 **Veranlassung**

Der Entsorgungs- und Baubetrieb der Stadt Bamberg hat 2019/20 Analysen der Inhalte der Biotonnen (Bioabfall) in der Stadt Bamberg durchführen lassen. Hintergrund sind Überlegungen zum Bau einer anaeroben Vorschaltanlage (Vergärungsstufe) vor der Kompostierung.

Vor diesem Hintergrund wurde auch orientierend das Gaspotenzial nach VDI-Gärtest (GB 21) der über die Biotonne erfassten Bioabfälle ermittelt. Hierfür wurden repräsentative Stichproben aus den sortierten Bioabfällen entnommen und im Labor die Gasbildungsraten bestimmt.

Die Bestimmung der Zusammensetzung der Bioabfälle ist eine wichtige Voraussetzung für die zu entwickelnden abfallwirtschaftlichen Planungen und zu veranlassenden Maßnahmen. Insbesondere ist für eine ordnungsgemäße und schadlose Verwertung der Bioabfälle eine möglichst hohe Sortenreinheit der in der Biotonne erfassten Bioabfälle erforderlich. Die Feststellung der Art und Menge an Fremdstoffen bildet die Grundlage, um Maßnahmen zur Reduzierung des Fremdstoffanteils zu entwickeln und umzusetzen.

Vor diesem Hintergrund wurden die Untersuchungen mit den folgenden Zielen durchgeführt:

1. belastbare Daten zur Zusammensetzung des Bioabfalls in der Biotonne zu gewinnen,
2. den durchschnittlichen Fremdstoffanteil der in der Stadt Bamberg erfassten Mengen an Bioabfall aus Biotonnen zu ermitteln,
3. Aussagen über eventuelle spezifische Fremdstoffanteile unter Berücksichtigung der einzelnen Bebauungsstrukturen und in Abhängigkeit der Anzahl der Nutzer, die gemeinsam die Biotonne befüllt haben.

Der Entsorgungs- und Baubetrieb der Stadt Bamberg - Abteilung Entsorgung - (EBB) beauftragte das Witzenhausen-Institut Analysen der Inhalte der Biotonnen (Bioabfall) in der Stadt Bamberg durchzuführen. Die Untersuchungen wurden in zwei Kampagnen (vegetationsreiche und vegetationsarme Zeit) 2019/20 durchgeführt.

Die Ergebnisse der Untersuchungen in der Stadt Bamberg werden in dem folgenden Bericht dargestellt.

## 2 Methodik

### 2.1 Grundlagen und Vorgehensweise

Die Durchführung der Analysen basierte auf der von der Bundesgütegemeinschaft Kompost (BGK) veröffentlichten Methode „Gebietsanalyse - Bestimmung der Sortenreinheit von Biogut eines Entsorgungsgebietes“ (Fassung: 01.07.2018) sowie ergänzend der vom Landesamt für Umwelt und Geologie des Freistaates Sachsen 2014 veröffentlichten „Richtlinie zur einheitlichen Abfallanalytik in Sachsen“, die auch bundesweit als Grundlage für Abfallsortierungen herangezogen wird.

### 2.2 Schichtung der Grundgesamtheit

Zur Ermittlung der Bioabfallzusammensetzung wird eine repräsentative Stichprobe zusammengestellt und untersucht, die ein möglichst genaues Abbild der abfallrelevanten Verhältnisse widerspiegelt.

Da die Siedlungs- und Bebauungsstruktur und damit einhergehend die soziale Struktur der Bewohner entscheidenden Einfluss auf das Aufkommen bzw. die Zusammensetzung der Abfälle haben, muss dies entsprechend berücksichtigt werden. Es wurde daher eine entsprechende Schichtung der Grundgesamtheit vorgenommen. Unter Schichtung versteht man die Bildung von homogenen Teileinheiten (z. B. Haushalte in Ein- und Zweifamilienhäusern mit Gärten, Haushalte in Mehrgeschossbebauung) aus einer heterogenen Grundgesamtheit (alle Haushalte im Untersuchungsgebiet). In Tab. 1 sind die in den untersuchten öRE als relevant erachteten untersuchten Schichtungen mit den für die Biotonne relevanten Einflussfaktoren dargestellt.

Tab. 1: Schichtungen nach Bebauungsstruktur (BS)

BS	Bauliche Gegebenheiten	Soziale Kontrolle	Grünflächenanteil
BS 2	drei- bis fünfgeschossige Wohnbebauung, meist mindestens sechs Wohneinheiten je Hauseingang (geschlossene Bebauung – z. B. Innenstadt)	z. T. anonyme Abfallentsorgung	geringer Anteil an Grünfläche
BS 3	drei- bis fünfgeschossige Wohnbebauung, meist mindestens sechs Wohneinheiten je Hauseingang (offene Bebauung)	z. T. anonyme Abfallentsorgung	im Vergleich zu BS 2 höherer Anteil an Grünfläche
BS 4.2	Ein- und Zweifamilienhausbebauung (z. B. Wohnparks, Neubausiedlungen, Reihenhäuser in Gemeinden oder an Stadträndern)	hohe soziale Kontrolle zur Vermeidung von Fehlwürfen	eigene Gärten

Der Stichprobenumfang der einzelnen Schichten war nicht proportional an deren realem Anteil an der Gesamtverteilung ausgerichtet. Bei der Auswertung und Hochrechnung erfolgt eine Gewichtung anhand der an die Schichten angeschlossenen Einwohner.

## 2.3 Festlegung der Stichprobeneinheiten

Eine Stichprobeneinheit umfasst ein Abfallvolumen von ca. 1 m<sup>3</sup> und wird z. B. durch einen 1.100-l-Behälter repräsentiert. Mehrere kleinere Bioabfallbehälter bilden eine Stichprobeneinheit, wenn nach dem Umfüllen die Summe ihrer Behälterinhalte ca. 1 m<sup>3</sup> entspricht.

Nach den Vorgaben der Richtlinie sollten mindestens sechs Stichprobeneinheiten je Schichtung und Sortierkampagne untersucht werden.

## 2.4 Durchführung der Probenahmen

Die Sammlung der Stichproben erfolgt in den zuvor ermittelten repräsentativen Straßenzügen durch Mitarbeiter des Witzenhausen-Instituts. Die einer Stichprobeneinheit entsprechende Anzahl an Behältern ≤ 240 l MGB wurde in 1,1 m<sup>3</sup> MGB umgeleert, die sich auf einem Fahrzeug befanden (Abb. 1).



Abb. 1: Sammlung der Abfallstichproben

Bei den Probenahmen wurden:

- Abfuhrgebiet und Abfuhrdatum
- Straße und Hausnummer des Behälterstandplatzes
- Anzahl und Größe der bereitgestellten Behälter
- Befüllungsgrad der Behälter
- Gewicht der Behälterinhalte
- Auffälligkeiten

in einem Sammelprotokoll festgehalten. Zudem wurden Besonderheiten fotografisch festgehalten.

Über die bei den Probenahmen ermittelten Adressen der Behälterstandplätze ließen sich die angeschlossenen Einwohner ermitteln<sup>1</sup>. Somit konnte für jede Stichprobeneinheit die entsprechende Einwohnerzahl ausgewiesen und die spezifische Abfallmenge in kg/E\*Woche berechnet werden.

## 2.5 Durchführung der Sortieranalysen

Für die Durchführung der Sortieranalysen wurden von Seiten des Witzenhausen-Instituts sämtliche erforderlichen Geräte und Maschinen gestellt. Für die Ermittlung gesicherter und reproduzierbarer Analyseergebnisse war die zum Einsatz kommende Trommelsiebmaschine von entscheidender Bedeutung<sup>2</sup> (Abb. 2).



Abb. 2: Abfallanalyse mittels Trommelsiebmaschine

Vor der Sortierung erfolgt eine Klassierung (Siebung) bei 10 mm und bei 40 mm Siebmaschenweite (Rundlochung). Die Fraktion < 10 mm bleibt bei der Sortierung unberücksichtigt. In Abb. 3 ist diese Vorgehensweise schematisch dargestellt:

<sup>1</sup> Daten wurden von der EBB zur Verfügung gestellt; durch die Zusammenfassung mehrerer Behälter zu einer Stichprobeneinheit war die Anonymität der Abfallerzeuger und somit der Datenschutz gewährleistet.

<sup>2</sup> Der Einsatz eines maschinellen Siebaggregats ist laut Sortierrichtlinie unverzichtbarer bei der Untersuchung von Materialien mit hohem Feinanteil (z. B. Restabfall, Bioabfall).

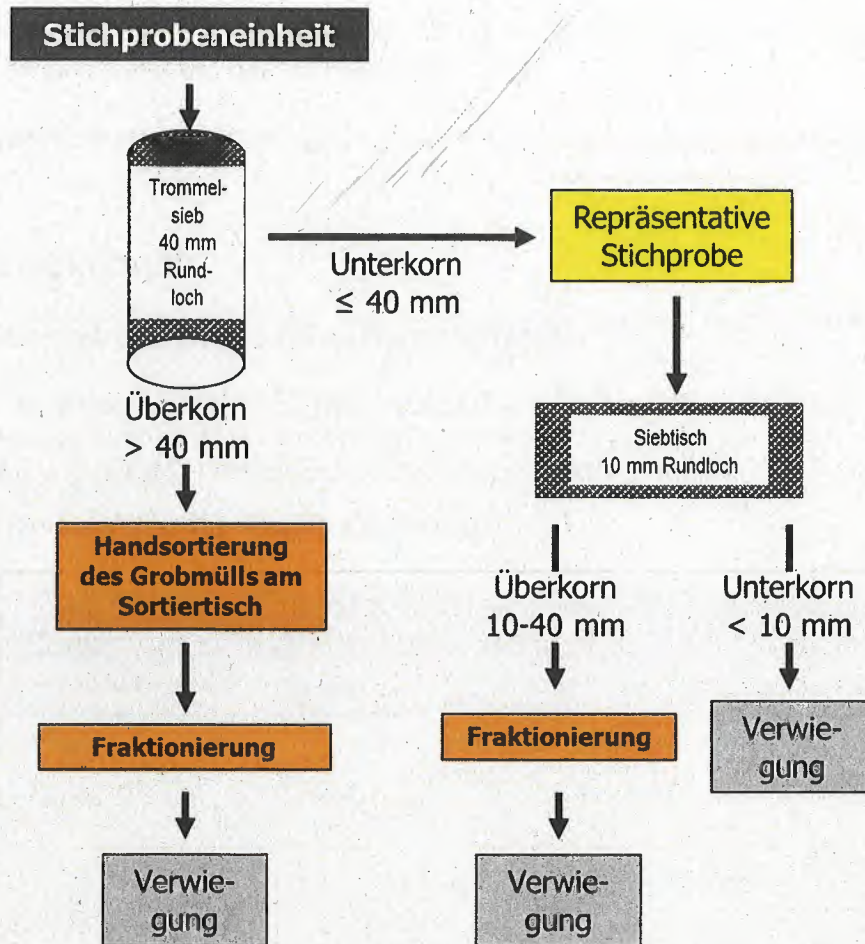


Abb. 3: Schema der Abfallanalyse mittels Trommelsiebmaschine

Das Probenmaterial wurde portionsweise in die Siebtrommel gegeben und die Aufgabe so begrenzt, dass das Material ohne wesentliche Überdeckungen abgesiebt und das Überkorn auf den nachgelagerten Sortiertisch ausgetragen wurde. Die Fraktion  $> 40$  mm wurde vollständig und von der Fraktion  $\leq 40$  mm eine repräsentative Stichprobe sortiert.

Bei der Sortierung wurden die im Bioabfall enthaltenen Fremdstoffe händisch ausgelesen. An Fremdstoffen anhaftendes Bioabfall wurde durch Schütteln oder Abstreifen weitgehend entfernt.

Die Stoffgruppen/Sortierfraktionen wurden gemäß Anlage 2 (Methodenbeschreibung BGK) getrennt erfasst. Bei Unsicherheiten der Zuordnung wurde die Sortierhilfe nach Anlage 4 (Methodenbeschreibung BGK) verwendet.

Bei folienartigen Kunststoffen (Anlage 2 Nr. 1.1 Methodenbeschreibung BGK) erfolgte eine weitergehende Differenzierung, bei der die in der Anlage genannten Kunststoffbeutel separat erfasst und gezählt wurden. Ihre Masse wurde nach Anlage 3 berechnet und der Fraktion der folienartigen Kunststoffe zugeordnet. Die Anhaftungen als Differenz der gewogenen Masse und der berechneten Masse der Kunststoffbeutel wurde dem Siebschnitt  $< 10$  mm zugerechnet.

Entsprechend Anlage 4 der Methodenbeschreibung BGK wurden die Anteile der Verpackungen der aussortierten verpackten Lebensmittel rechnerisch ermittelt und der jeweiligen Fremdstoff-



fraktion (Kunststoff/Glas/Metall) zugerechnet. Bei dem verbleibenden Anteil verpackter Lebensmittel handelt es sich somit um die Netto-Masse.

Alle Stoffgruppen/Sortierfraktionen wurden separat für jede Stichprobeneinheit erfasst und verwogen.

## 2.6 Sortierfraktionen

### 2.6.1 Sortierfraktionen Bioabfall (Grobfraktion)

In Tab. 2 sind die Sortierfraktionen für die Grobfraktion des Bioabfalls dargestellt. Im Rahmen der Untersuchungen erfolgte vor dem Hintergrund spezieller Fragestellungen eine über die in der Methodenbeschreibung der BGK hinausgehende erweiterte Differenzierung der Fraktionen.

Tab. 2: Sortierfraktionen der Grobfraktion Bioabfall

Fraktionen Bioabfall > 40 mm		
Sortierfraktion	Beispiel	
<b>Gutfraktion</b>	Küchenabfälle	Gemüseschalen, Obstreste, Kaffeefilter, verdorbenes Obst und Gemüse
	fleischhaltige Nahrungsabfälle	Fleisch, Wurst, Knochen, Gräten
	sonstige Nahrungsabfälle	gekochte Lebensmittel, Brot, Käse, Eier, Eierschalen
	Gartenabfälle	Fallobst, Blätter, Rasenschnitt, Unkraut, Strauchschnitt, Äste, Wurzeln
	natürliche Steine	Steine, Kiesel
	PPK	Zeitung, Küchenkrepp, Obstschalen
	PPK-Beutel	Papierbeutel, -tüten
<b>Fremdstoffe</b>	BAW-Beutel	kompostierbare Beutel aus biologisch abbaubaren Werkstoffen (BAW)
	Polyethylen-tüten	Müllbeutel und Plastiktüten, die zur Erfassung von Bioabfällen genutzt wurden
	verpackte Lebensmittel	Volle/teilentleerte Verpackungen mit Lebensmitteln (nach Glas-, Metall- und Kunststoffverpackungen differenziert)
	Glas	Flaschen, Gläser
	Metalle	Dosen, Küchenmesser
	sonstige Kunststoffe (Folien)	Verpackungsfolien, Tüten, sonstige Folien
	sonstige Kunststoffe (hart)	Flaschen, Schalen, Becher, Eimer
	Schadstoffe, Elektroschrott	Batterien, Medikamente, Elektrokleingeräte
	Sonstige Fremdstoffe	Materialverbunde, Hundekotbeutel, Bauschutt, Hygieneprodukte
	Fein- und Mittelfraktion < 40 mm	Siebdurchgang

## 2.6.2 Sortierfraktionen Bioabfall (Mittel- und Feinfraktion)

Von der Fraktion 10 - 40 mm wurde eine repräsentative Teilmenge von mindestens 5 Litern sortiert. Diese Teilmenge wurde in Anlehnung an die LAGA PN 98 durch Verjüngen (Aufkegeln und Vierteln des Kegels) bzw. fraktionierendes Schaufeln gewonnen.

Tab. 3: Sortierfraktionen der Mittel- und Feinfraktion (< 40 mm) Bioabfall

Fraktionen Bioabfall ≤ 40 mm	
Sortierfraktion	Beispiel
Küchenabfälle	Obst- und Gemüseschalen
Nahrungsabfälle	Nudeln, Knochen
Gartenabfälle	Blätter, Nadeln
PPK	Papierfetzen
natürliche Steine	Kiesel
Kunststoffe	Folienstücke, Kleinverpackungen
Glas	Scherben
Metall	Verschlüsse
Schadstoffe	Batterien
sonstige Fremdstoffe	Verbunde, Zigarettenkippen
Feinmüll < 10 mm	Kaffeersatz, Katzenstreu, Erde

Die Feinmüllfraktion (< 10 mm) wurde nicht weiter sortiert.

## 2.7 Bestimmung des Biogaspotenzials

Von dem in der Stadt Bamberg gesammelten Bioabfall wurde das Biogaspotenzial (Gasbildungsrate) ermittelt.

Für jede der 3 ausgewählten Bebauungsstrukturen wurden 6 Stichprobeneinheiten à 1 m<sup>3</sup> untersucht – insgesamt 18 Stichprobeneinheiten je Sortierkampagne. Von jeder dieser untersuchten Stichprobeneinheiten wurde eine repräsentative Probe entnommen. Diese 18 Proben wurden zu einer Mischprobe vereint und hieraus die Probe für die Laboruntersuchung des Gasertrags gewonnen.

Das Probenahmeschema gestaltet sich wie folgt:

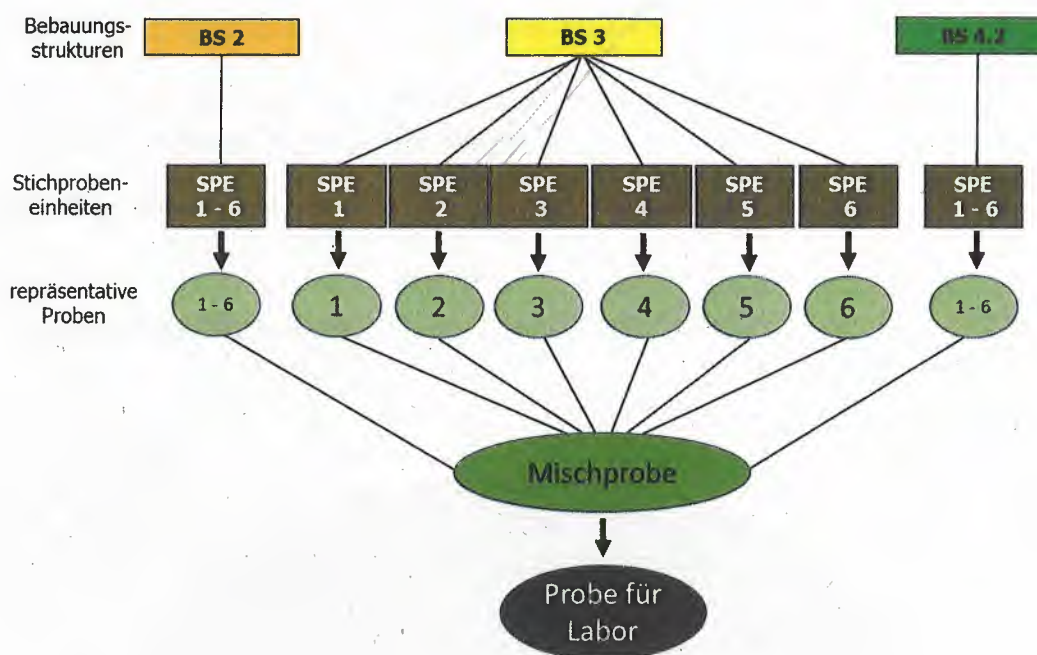


Abb. 4: Probenahmeschema

Somit wurde für jede Sortierkampagne eine Probe analysiert.

Diese Probe wurden in ein Fachlabor geschickt (PLANCO-TEC, Speziallabor für biologische und physikalische Parameter, in Neu-Eichenberg) wo die folgenden Analysen vorgenommen werden:

- VDI Gärtest – mesophil – Verweilzeit 21 d
- TS, oTS, Rohdichte
- Methangehalt

## 2.8 Anzahl und Zeitpunkt der Sortierkampagnen

Das Aufkommen und die Zusammensetzung des Bioabfalls sind jahreszeitlichen Schwankungen unterworfen. Um den jahreszeitlichen Einfluss hinreichend zu berücksichtigen und abgesicherte Ergebnisse zu erhalten, wurden zwei Sortierkampagnen durchgeführt:

1. **Sortierkampagne: vegetationsreiche Zeit**      **September 2019**
2. **Sortierkampagne: vegetationsarme Zeit**      **Februar 2020**

Die Untersuchungsergebnisse der Bioabfallanalyse zu den verschiedenen Jahreszeiten wurden entsprechend den Vorschlägen der Bundesgütegemeinschaft Kompost<sup>3</sup> gewichtet (vegetationsreiche Zeit 67 %, vegetationsarme Zeit 33 %).

<sup>3</sup> BGK Methode „Gebietsanalyse - Bestimmung der Sortenreinheit von Bioabfall eines Entsorgungsbereiches“ (Fassung: 01.07.2018)

### 3 Ergebnisse der Bioabfalluntersuchungen

Die Untersuchungen der Bioabfälle erfolgten in der vegetationsreichen Zeit in der 38. KW 2019 und in der vegetationsarmen in der 6. KW 2020.

#### 3.1 Zusammensetzung

##### 3.1.1 Korngrößenverteilung

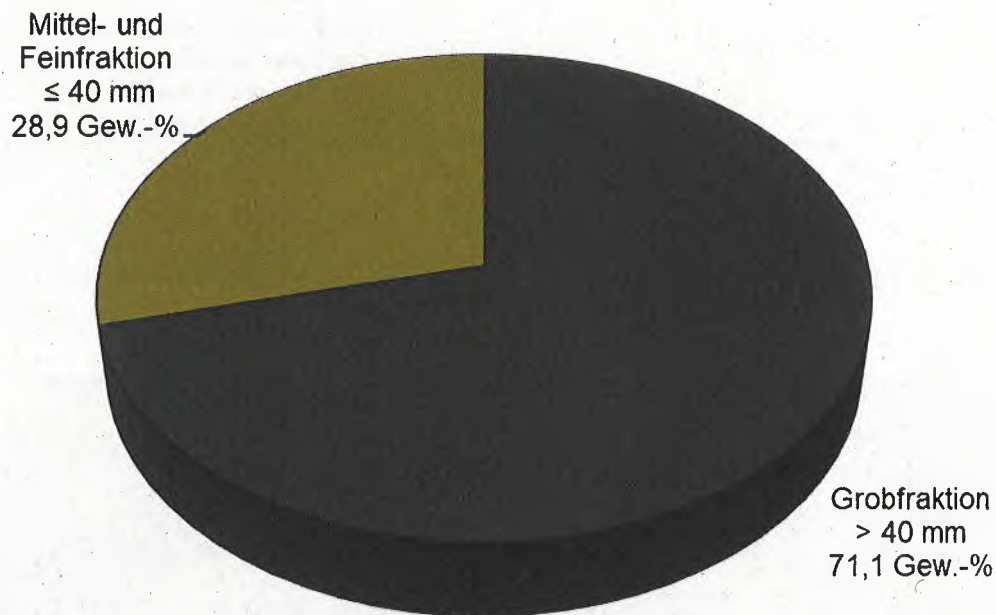


Abb. 5: Korngrößenverteilung des Bioabfalls der Stadt Bamberg (Gew.-%)

##### 3.1.2 Grobfraktion (> 40mm)

In Abb. 6 ist die detaillierte Zusammensetzung des untersuchten Bioabfalls der Stadt Bamberg dargestellt (gewichteter Mittelwert der drei Gebiete).

Die größten Anteile an der **Fraktion > 40 mm** hatte die **Organik**. Diese setzte sich wie folgt zusammen: Gartenabfälle (52,3 Gew.-%; Strauchschnitt, Rasenschnitt, Unkraut, Laub, Topfpflanzen, Blumensträuße, Fallobst), Küchenabfälle (7,3 Gew.-%; Obst- und Gemüseabfälle, ungekochte Lebensmittelreste, Tee- und Kaffeefilter), fleischhaltige Nahrungsabfälle (0,6 Gew.-%; Wurst, Fleisch, Fisch, Knochen, Gräten), sonstige Nahrungsabfälle (4,8 Gew.-%; Brot, Gebäck, gekochte Speisereste, Käse, Milchprodukte, Eier) sowie Organik a.n.g. (0,3 Gew.-%: Kleintierstreu, Haare). Zudem fand sich noch viel Organik in der Fraktion < 40 mm (siehe Abb. 9). In Abb. 7 sind aussortierte Organikfraktionen dargestellt.

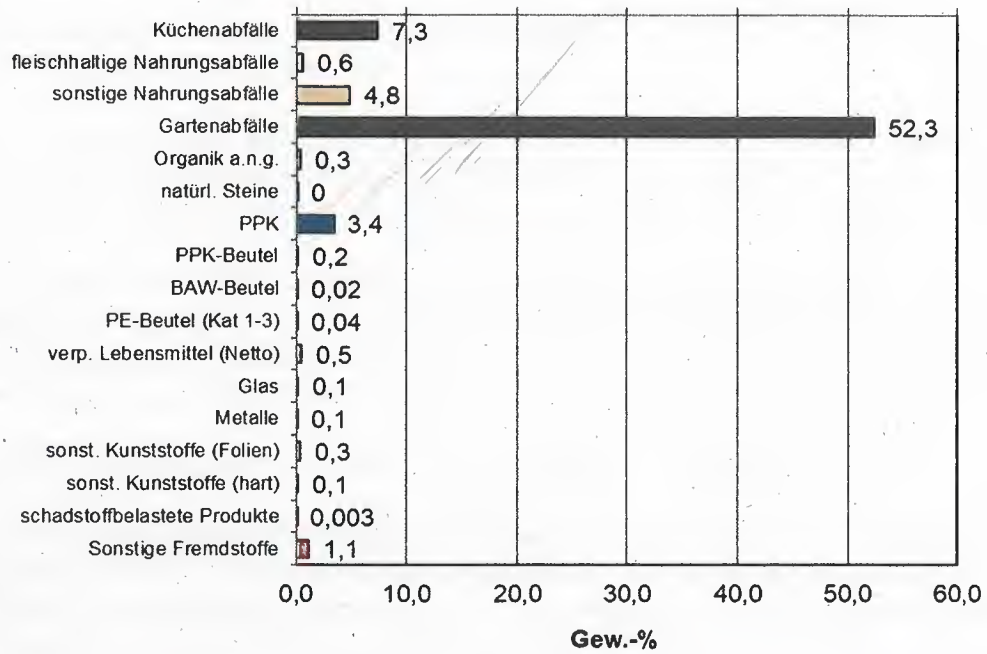


Abb. 6: Zusammensetzung des Bioabfalls der Stadt Bamberg – Grobfraktion detailliert (Gew.-%)



Abb. 7: Organik im Bioabfall (oben links: Gartenabfälle; oben rechts: Küchenabfälle; unten links: fleischhaltige Nahrungsabfälle; unten rechts: sonstige Nahrungsabfälle)

Die ebenfalls der Gutfraktion zuzurechnenden natürlichen Steine fanden sich nur in geringen Anteilen im untersuchten Bioabfall (siehe Kap. 3.1.3).

Die **PPK** > 40 mm setzten sich aus PPK (3,4 Gew.-%; Zeitungspapier, Küchenkrepp, Pappschalen) und Papierbeuteln, die für die Sammlung der Bioabfälle in den Haushalten verwendet wurden (0,2 Gew.-%), zusammen. Die aussortierten PPK waren mitunter sehr feucht bis nass.

Die zur Erfassung der nassorganischen Küchen- und Nahrungsabfälle in den Haushalten genutzten **BAW-Beutel** fanden sich mit einem Anteil von 0,02 Gew.-%. Von der Nutzung von BAW-Beuteln zur Erfassung der Bioabfälle in den Haushalten wird abgeraten, sie sind jedoch nicht prinzipiell verboten, daher stehen diese zwischen Gutfraktion und Fremdstoffen.

Die folgenden **Fremdstoffe** > 40 mm wurden aus der in der Grobfraktion aussortiert:

Hier sind zunächst einmal die **verpackten Lebensmittel** (0,5 Gew.-%; teilentleerte Verpackungen, überlagerte verpackte Lebensmittel) zu nennen. Der Inhalt der verpackten Lebensmittel ist im Prinzip schon im richtigen Sammelsystem, zusammen mit ihrer Verpackung sind sie jedoch ein Fremdstoff (Abb. 8).



Abb. 8: Fremdstoffe im Bioabfall – jeweils aus einer Stichprobeneinheit aussortiert (oben links: verpackte Lebensmittel; oben rechts: sonstige Kunststoffe (hart); unten links: Glas; unten rechts: Metalle)

Die zur Erfassung der nassorganischen Küchen- und Nahrungsabfälle in den Haushalten genutzten **PE-Beutel** (Müllbeutel, Säcke, Plastiktüten und Hemdchenbeutel) mit einem Anteil von 0,04 Gew.-%<sup>4</sup>.

An weiteren Fremdstoffen fanden sich Glas (0,1 Gew.-%; Hohlglas, Flachglas), Metalle/Metallverbunde (0,1 Gew.-%; Konserven- und Getränkedosen, Aluminiumfolie, Verschlüsse) sonstige Kunststoffe (Folien) (0,3 Gew.-%; sonstige Folien, Verpackungen, Tüten), sonstige Kunststoffe (hart) (0,1 Gew.-%; Becher, Flaschen, Schalen, Blumentöpfe), sowie sonstige Fremdstoffe (1,1 Gew.-%; Windeln, Katzenstreu, Kosmetiktücher, Exkrememente, Textilien, Porzellan, Binden, Staubsaugerbeutel, Verbunde). Schadstoffhaltige Abfälle und Elektroschrott (Batterien, Medikamente) fanden sich in fünf der untersuchten 36 Stichprobeneinheiten (Abb. 9) mit einem Anteil von 0,003 Gew.-%.



Abb. 9: Fremdstoffe im Bioabfall (oben links Schadstoffe 1. Kampagne; oben rechts: Schadstoffe 2. Kampagne; unten links: sonstige Abfälle; unten rechts: sonstige Abfälle)

<sup>4</sup> Bei diesem Anteil ist zu berücksichtigen, dass die Beutel aus BAW und PE vor allem zur Erfassung der nassorganischen Küchenabfälle genutzt wurden und daher mitunter noch erhebliche Anhaftungen hatten. Daher wurden entsprechend der BGK Methode die Anhaftungen als Differenz der gewogenen Masse und der berechneten Masse der BAW- und PE-Beutel dem Siebschnitt < 10 mm zugerechnet.

### 3.1.3 Mittel- und Feinfraktion (10 – 40mm)

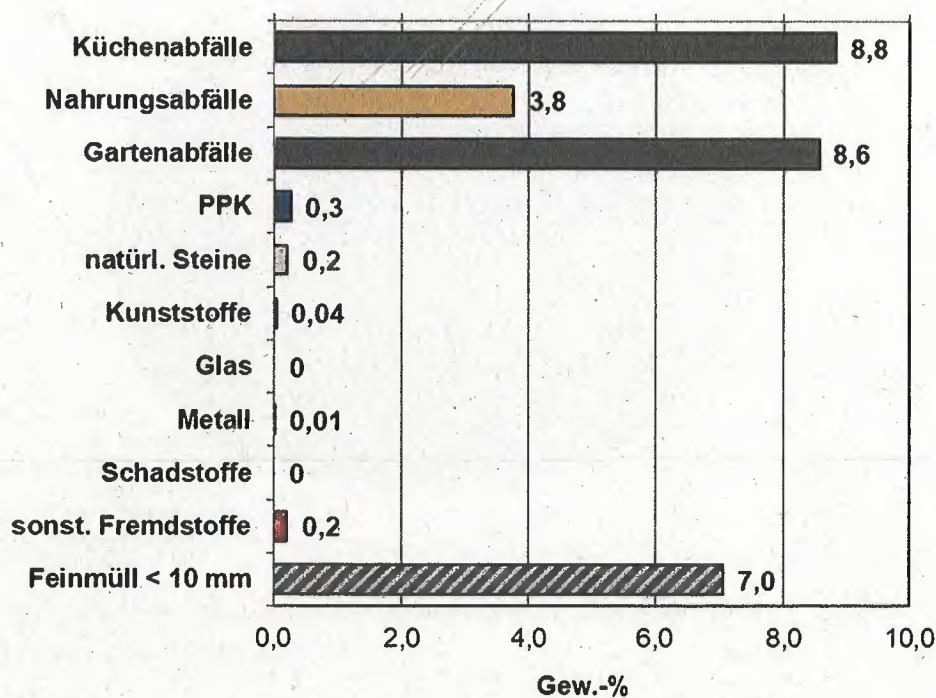


Abb. 10: Mittel- und Feinfraktion des Bioabfalls

Einen Anteil von 28,9 Gew.-% am Bioabfall hatte die Mittel- und Feinfraktion < 40 mm (Abb. 9). Von dieser Fraktion wurde eine repräsentative Stichprobe genommen und sortiert. Diese setzte sich vor allem aus kleinteiligen organischen Materialien (8,8 Gew.-% Küchenabfälle; 3,8 Gew.-% Nahrungsabfälle; 8,6 Gew.-% Gartenabfälle) sowie PPK (0,3 Gew.-%) und natürlichen Steinen (0,2 Gew.-%) zusammen. Fremdstoffe (Kunststoffe, Glas, Metall, sonstige Fremdstoffe) fanden sich in Summe mit 0,25 Gew.-%. Die Feinfraktion < 10 mm hatte einen Anteil von 7 Gew.-% (Tee- und Kaffeesatz, Nadeln, Erde, Sand, sowie die rechnerisch ermittelten Anhaftungen der PE- und BAW-Beutel).

### 3.1.4 Gesamtzusammensetzung

In Abb. 11 ist die bei der Untersuchung ermittelte Gesamtzusammensetzung des Bioabfalls dargestellt. Der überwiegende Teil der über die Biotonnen erfassten Materialien war systemkonform (97,5 Gew.-% Organik, PPK, natürliche Steine). Der Anteil der nicht in die Biotonne gehörenden bzw. unerwünschten Materialien belief sich in der Summe auf 2,5 Gew.-% (BAW-Beutel 0,02 Gew.-%, verpackte Lebensmittel 0,5 Gew.-%, übrige Fremdstoffe 2 Gew.-%).

Entsprechend Anlage 4 der Methodenbeschreibung BGK wurden die Anteile der Verpackungen der aussortierten verpackten Lebensmittel rechnerisch ermittelt und der jeweiligen Fremdstofffraktion (Kunststoff/Glas/Metall) zugerechnet. Bei dem verbleibenden Anteil verpackter Lebensmittel handelt es sich somit um die Netto-Masse.



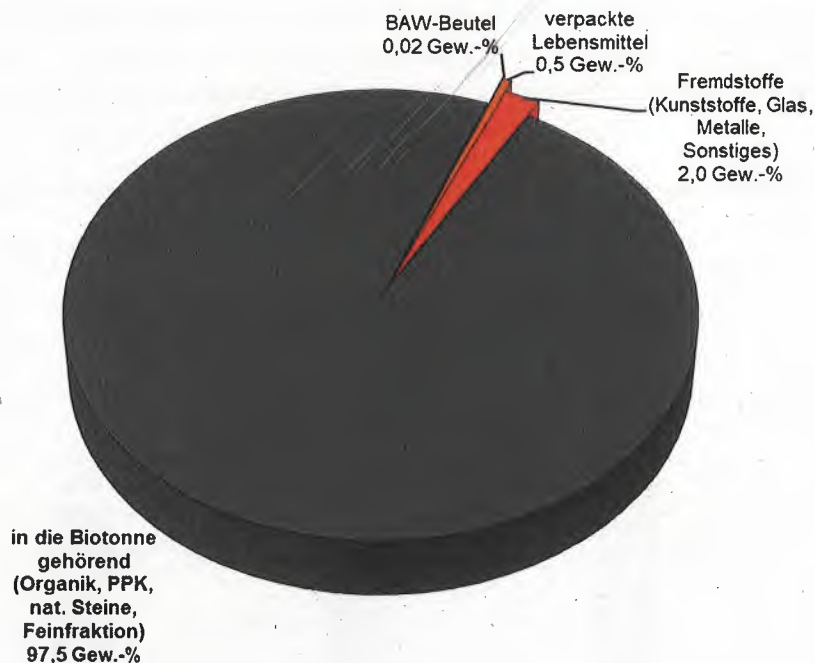


Abb. 11: Gesamtzusammensetzung des Bioabfalls der Stadt Bamberg (Rundungsgenauigkeit 0,1 %)

### 3.2 Zusammensetzung des Bioabfalls in den untersuchten Gebieten

In Abb. 12 ist die Zusammensetzung des Bioabfalls differenziert nach den untersuchten Gebieten dargestellt. Die höchsten Anteile nicht in die Biotonne gehörenden bzw. unerwünschten Materialien fanden sich in den Strukturen BS 2 innerstädtisch und BS 3 Mehrfamilienhäuser, die geringsten in der Struktur BS 4.2 1-/2-Familienhäuser.

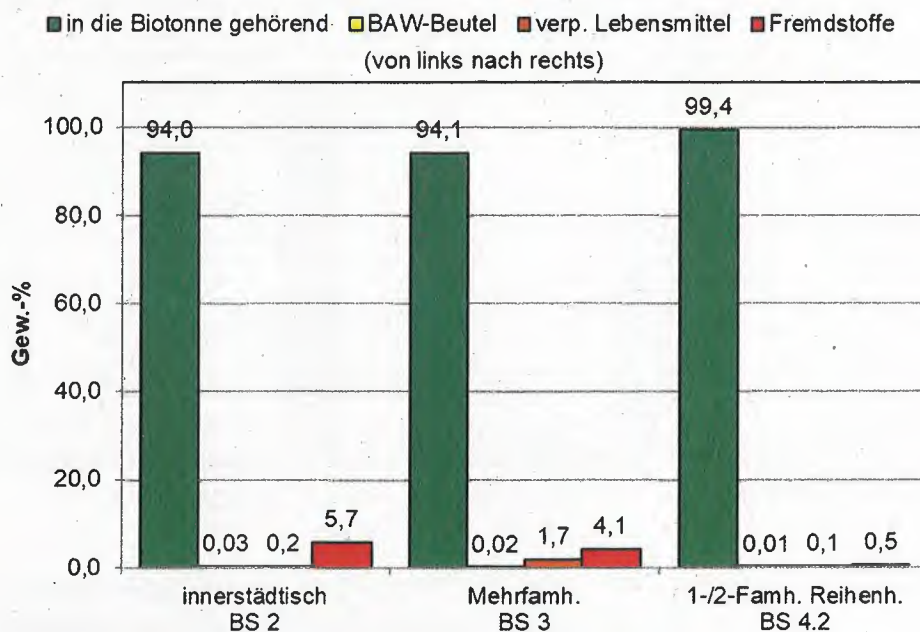


Abb. 12: Zusammensetzung des Bioabfalls differenziert nach Gebieten (Gew.-%)

Betrachtet man jedoch die spezifischen Mengen, zeigt sich ein etwas anderes Bild (Abb. 13). Die Menge der erfassten Gutfraktion war in der Struktur BS 4.2 deutlich höher, als in den übrigen Strukturen. Insbesondere die Gartenabfallmenge war hier deutlich höher (siehe Abb. 15).

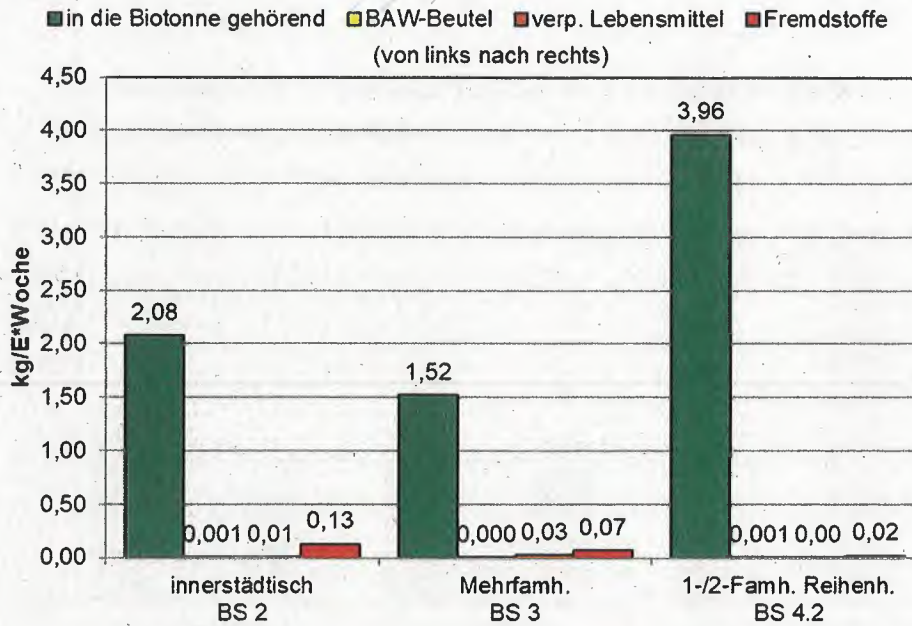


Abb. 13: Zusammensetzung des Bioabfalls differenziert nach Gebieten (kg/E\*Wo)

Die spezifischen Mengen an Fremdstoffen bewegten sich zwischen 0,02 und 0,13 kg/E\*Wo bzw. 0,5 und 5,7 Gew.-%, je nach beprobter Struktur. Die Zusammensetzung der Fremdstoffe in den Gebieten ist in Abb. 14 dargestellt.

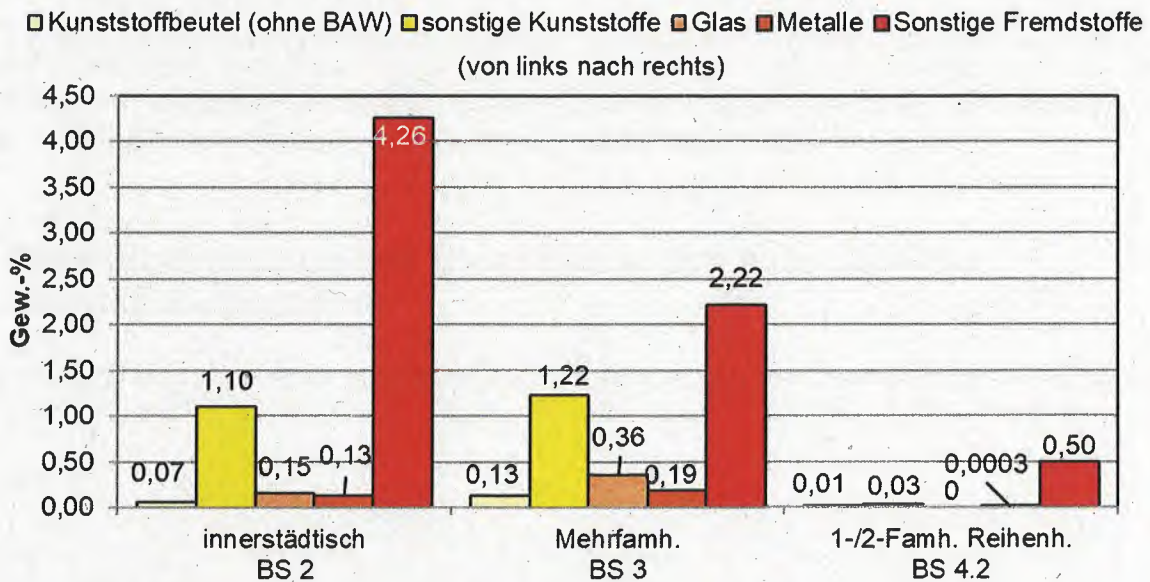


Abb. 14: Zusammensetzung der im Bioabfall enthaltenen Fremdstoffe / unerwünschten Materialien differenziert nach Gebieten (Gew.-%)

Das Spektrum der gefundenen Fremdstoffe / unerwünschten Materialien war in allen vier Strukturen ähnlich und wurde dominiert von sonstigen Kunststoffen und sonstigen Fremdstoffen.

In Abb. 15 ist die Zusammensetzung der im Bioabfall enthaltenen Organik differenziert nach Gebieten dargestellt.

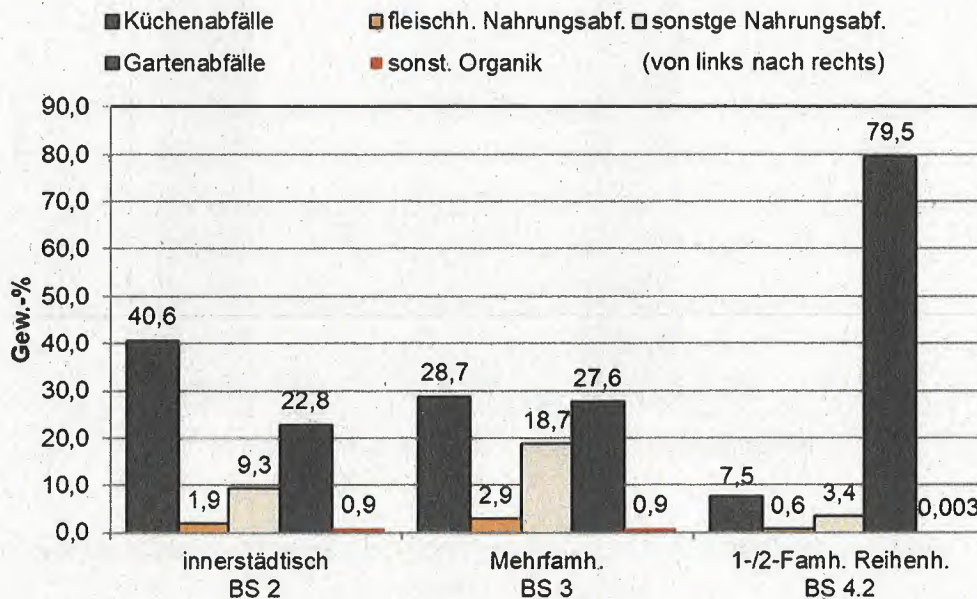


Abb. 15: Zusammensetzung der im Bioabfall erhaltenen Organik differenziert nach Gebieten (Gew.-%)

Zu der BS 4.2 gehören zu den Häusern i.d.R. eigene Gärten, so dass die hohen Gartenabfallmengen keiner weiteren Erklärung bedürfen. Der relativ hohe Gartenabfallanteil bei den Mehrfamilienhäusern wirkt erstmal überraschend, dort waren hausmeisterliche Pflegemaßnahmen der Grundstücke (Rasenschnitt, Strauchschnitt, Laub) und zum anderen Topf- und Balkonblumen die Ursache. Ansonsten wurden die Bioabfälle aus dem innerstädtischen Bereich und der Mehrfamilienhäuser von küchenstämmiger Organik (Küchen- und Nahrungsabfälle) dominiert.

### 3.3 Zusammensetzung des Bioabfalls in den verschiedenen Vegetationsperioden

In Abb. 16 sind die Zusammensetzungen des Bioabfalls in den verschiedenen Vegetationszeiten dargestellt.

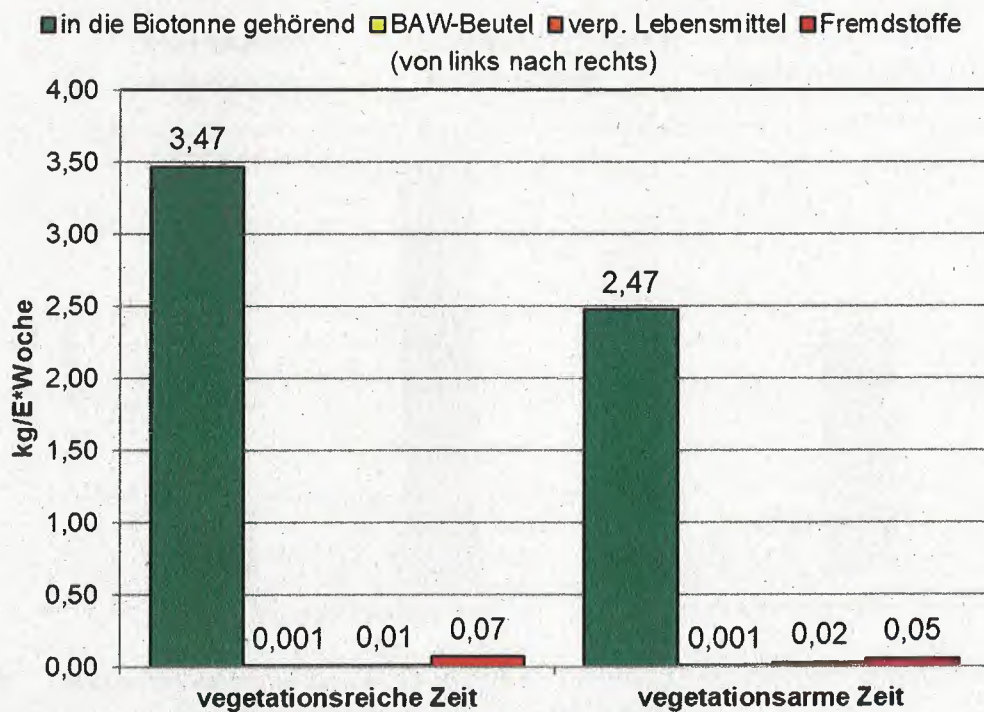
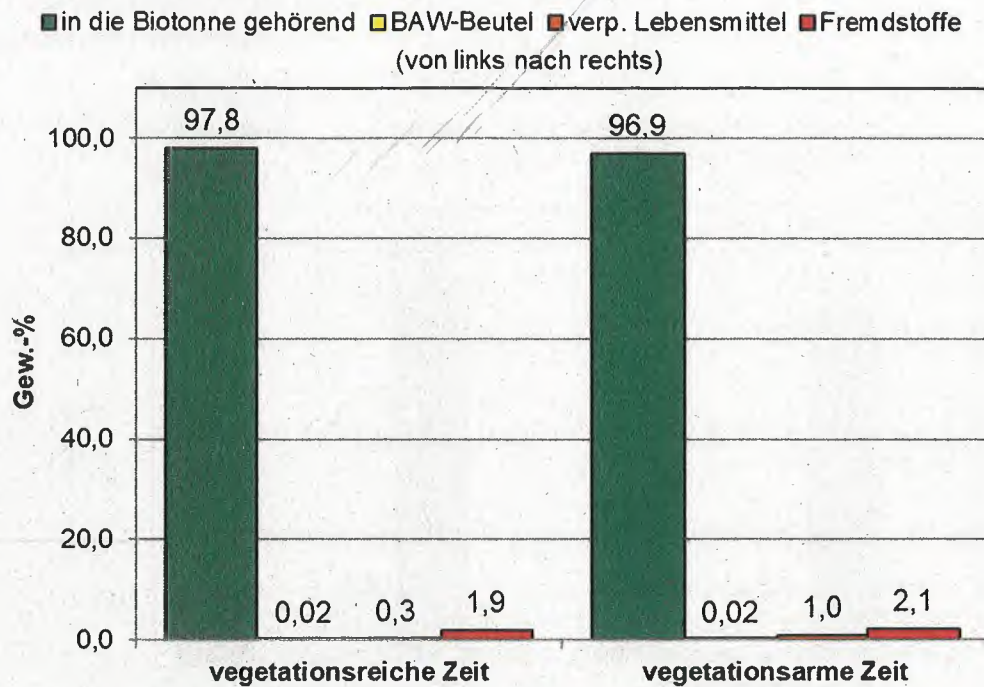


Abb. 16: Zusammensetzung des Bioabfalls differenziert nach der Vegetationsperiode (Gew.-% und kg/E\*Woche)

Die gewichtsprozentuale Zusammensetzung war zu beiden Zeiten sehr ähnlich, der Anteil an Fremdstoffen und verpackten Lebensmitteln war in der vegetationsarmen Zeit etwas höher. Bei Betrachtung der einwohnerspezifischen Mengen zeigt sich, dass diese höheren Anteile im Wesentlichen aus einer geringeren Menge in die Biotonnen gehörender Materialien resultiert

In Abb. 17 ist die Zusammensetzung der im Bioabfall enthaltenen Organik differenziert nach der Vegetationsperiode dargestellt.

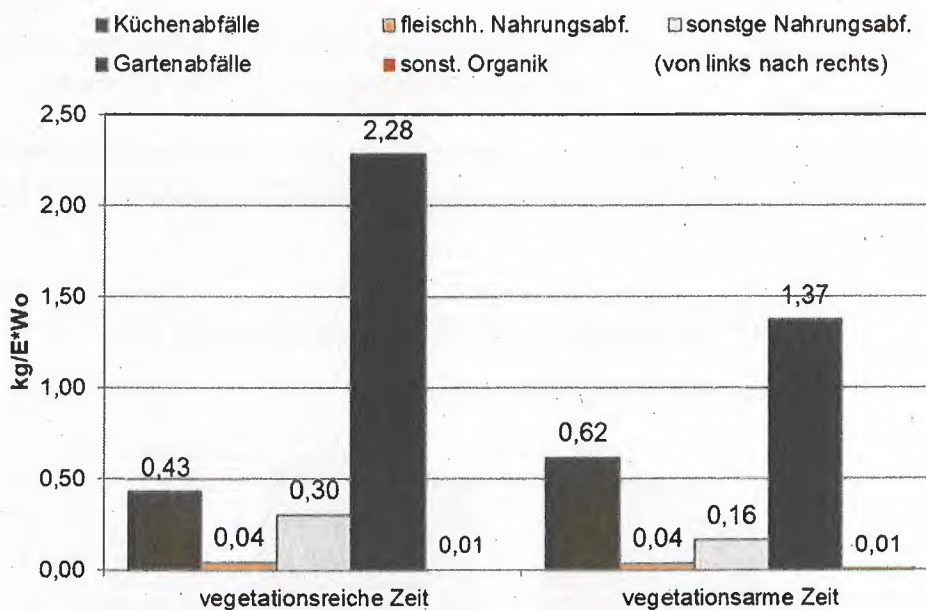
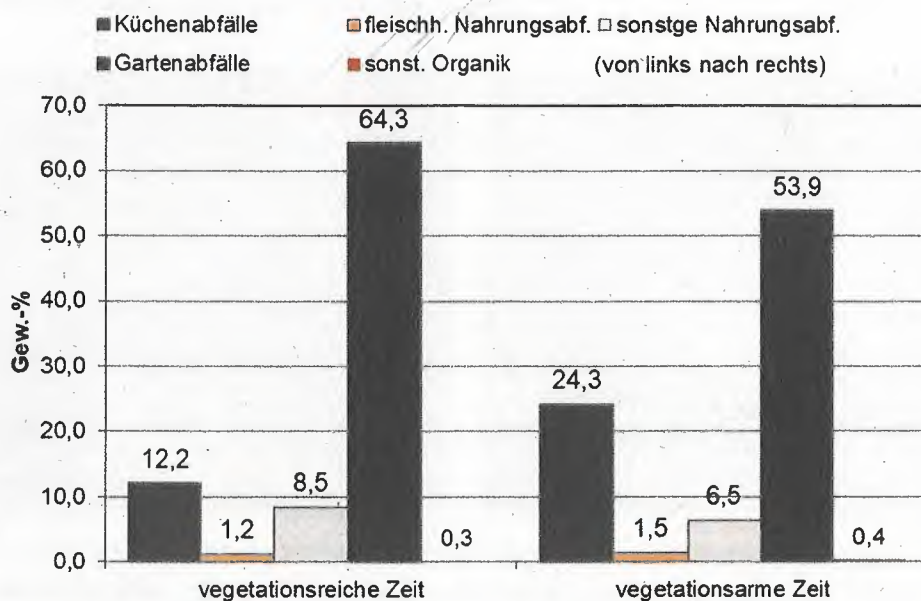


Abb. 17: Zusammensetzung der im Bioabfall enthaltenen Organik differenziert nach der Vegetationsperiode (Gew.-% und kg/E\*Woche)

Der deutlichste Unterschied bei Betrachtung der gewichtsprozentualen Zusammensetzung sind der geringere Anteil an Gartenabfällen und die höheren Anteile küchenstämmiger Organik (insbesondere Küchenabfälle) in der vegetationsarmen Zeit. Dies zeigte sich auch bei den einwohnerspezifischen Mengen, wobei der Rückgang der Gartenabfallmenge wesentlich deutlicher ausfällt. Die höhere Menge an Küchenabfällen ist vor allem auf Schalen von Südfrüchten zurückzuführen.

### 3.4 Probenahme und Behälter

Schon bei der Probenahme konnte ein erster Eindruck von der Qualität des Bioabfalls gewonnen werden. Es zeigten sich deutliche Unterschiede (Abb. 18).



Abb. 18: Zur Abfuhr bereitstehende Biotonnen (links: küchenstämmige Bioabfälle und Gartenabfälle, keine sichtbaren Fremdstoffe; rechts: Fremdstoffe, (Bio-)Abfälle in PE-Beuteln verpackt)

Abb. 19 zeigt die ermittelten Füllstände der untersuchten Biotonnen differenziert nach Behältergröße sowie vegetationsreicher und vegetationsarmer Zeit.

In der vegetationsreichen Zeit wurden etwas höhere Füllstände erfasst; die Tonnen waren allerdings im Mittel nur etwa zur Hälfte befüllt und wiesen häufig noch sehr viel Platz für weitere Befüllung auf.

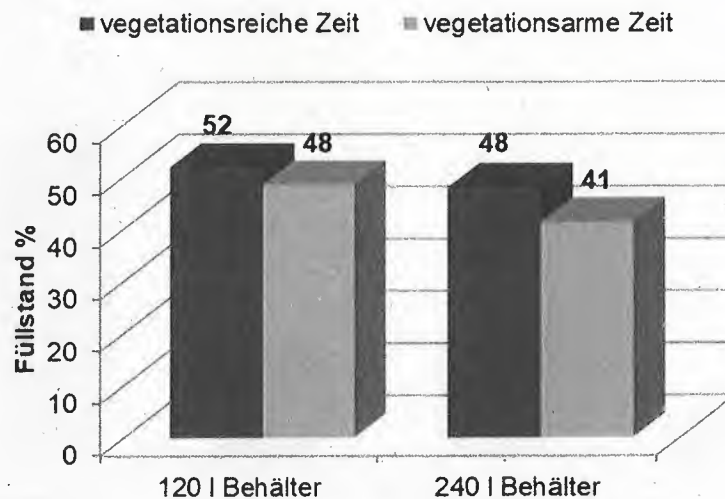


Abb. 19: Mittlere Füllstände der untersuchten Biotonnen differenziert nach Behältergröße sowie nach vegetationsreicher und vegetationsarmer Zeit

Ein etwas differenzierteres Bild ergibt sich, wenn man die Behälterfüllstände differenziert nach den untersuchten Bebauungsstrukturen betrachtet (Abb. 20). Während bei der 1-/2-Familienhausbebauung aufgrund der hier dominanten Gartenabfälle in der vegetationsreichen Zeit deutlich höhere Füllstände ermittelt wurden, waren die saisonalen Unterschiede bei der innerstädtischen und Mehrfamilienhausbebauung aufgrund der hier dominanten küchenstämmigen Organik gering.

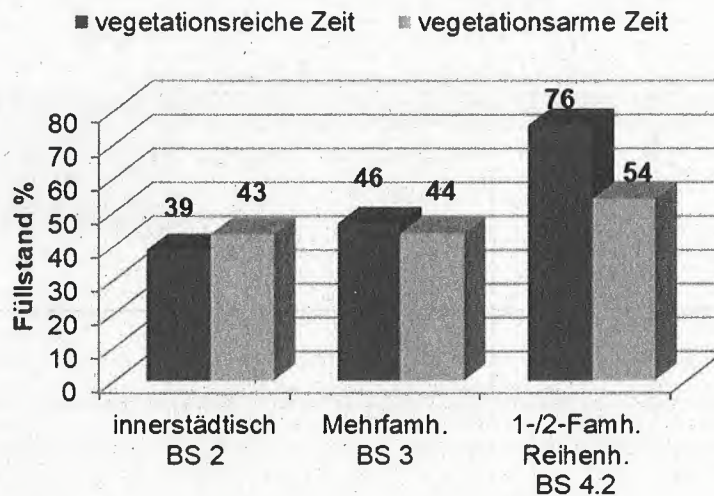


Abb. 20: Mittlere Füllstände der untersuchten Biotonnen differenziert nach Bebauungsstruktur sowie nach vegetationsreicher und vegetationsarmer Zeit

In Abb. 21 ist die Verteilung der Füllstände der untersuchten Biotonnen dargestellt. Lediglich fünf Prozent aller Behälter hatte einen Füllstand von mehr als 100 % und waren somit überfüllt. Füllstände von weniger als 50 % wurden bei mehr als der Hälfte der untersuchten Behälter festgestellt. Das heißt, dass den Haushalten in der Stadt Bamberg zur Verfügung stehende Biotonnenvolumen ist mehr als ausreichend.

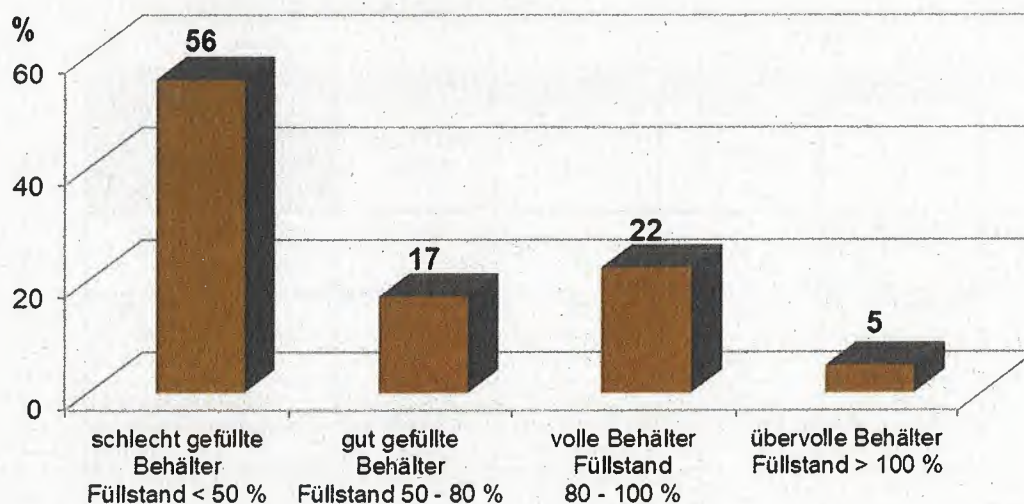


Abb. 21: Genutztes Volumen der untersuchten Biotonnen

### 3.5 Erfassung der haushaltsstämmigen Bioabfälle

In den Haushalten wurden die anfallenden organischen Materialien (vor allem Küchen- und Nahrungsabfälle) häufig in Beuteln erfasst. Tab. 4 gibt die Verteilung der aus dem Bioabfall aussortierten haushaltsstämmigen Bioabfälle wieder.

Tab. 4: Verteilung der haushaltsstämmigen Bioabfälle in der Biotonne nach Art der Erfassung – lose oder in Beuteln (%)

Bioabfall				
	innerstädtisch BS 2	Mehrfamh. BS 3	1-/2-Famh. Reihenh. BS 4.2	Ø
haushaltsstämmige Bioabfälle	%	%	%	%
<b>in Beuteln</b>	<b>50</b>	<b>67</b>	<b>50</b>	<b>57</b>
lose	50	33	50	43
Summe	100	100	100	100

Im Mittel über alle Strukturen wurden 57 % der haushaltsstämmigen Bioabfälle in Beuteln erfasst. Betrachtet man die einzelnen Strukturen, so zeigt sich über alle Strukturen, dass mindestens die Hälfte der haushaltsstämmigen Bioabfälle mittels Beuteln erfasst und in die Biotonnen gegeben wurde. Insbesondere bei der BS 3 Mehrfamilienhäuser werden haushaltsstämmige Bioabfälle zu circa zwei Dritteln in Beuteln erfasst. Das heißt, Beutel sind für die Bürgerinnen und Bürger ein praktisches und akzeptiertes Medium zur Erfassung der haushaltsstämmigen Bioabfälle.

In Tab. 5 ist die Verteilung der haushaltsstämmigen Bioabfälle nach der Art der für ihre Erfassung genutzten Beutel aufgeführt.

Tab. 5: Verteilung der über Beutel erfassten haushaltsstämmigen Bioabfälle differenziert nach der Art der genutzten Beutel (%)

Bioabfall				
	innerstädtisch BS 2	Mehrfamh. BS 3	1-/2-Famh. Reihenh. BS 4.2	Ø
haushaltsstämmige Bioabfälle	%	%	%	%
in PE-Beuteln	53	79	12	56
in BAW-Beuteln	30	11	55	27
in Papierbeuteln	17	10	33	18
Summe	100	100	100	100

Im Mittel wurden in der Stadt Bamberg die haushaltsstämmigen Bioabfälle in den Haushalten zu knapp 83 % mittels Kunststoffbeuteln - im Guten (BAW-Beutel 27 %) wie im Schlechten (PE-Beutel 59 %) - erfasst. PPK-Beutel wurden nur sehr wenig genutzt (18 %).



Während in BS 4.2 nur 12 % der küchenstämmigen Bioabfälle mit PE-Beuteln erfasst wurden, war deren Anteil in den anderen Gebieten deutlich höher; bei den Mehrfamilienhäusern waren es 79 %.



Abb. 22: In Beuteln gesammelte haushaltsstämmige Organik (oben: zur Abfuhr bereitstehende Biotonnen; unten: aus einer Stichprobeneinheit aussortierte Beutel PE – BAW – PE)

### 3.6 Bestimmung des Biogaspotenzials

Bei den durchgeführten Analysen des Biogaspotenzials wurden die folgenden Werte in den beiden Sortierkampagnen ermittelt<sup>5</sup>:

Tab. 6: Ergebnisse VDI Gärtest (VDI 4630) differenziert nach den beiden Sortierkampagnen

Bioabfall Stadt Bamberg			Ø
	vegetationsreiche Zeit	vegetationsarme Zeit	
Gasbildungsrate GB <sub>21</sub> Nl/Kg FM (Normliter Biogas je Kilogramm Frischmasse)	128,6	147,1	134,7
VDI-Kriterium (< 0,5 % Zuwachs je Tag) erfüllt nach x Tagen	26	25	26
Ø Methangehalt (Vol.-%)	49,4	60,2	53,0

Die ermittelten Werte der Gasbildungsrate entsprechen den zu erwartenden Ergebnissen. Die Werte bewegen sich innerhalb eines Bereichs, der auch bei anderen Untersuchungen über die Biotonne erfasster Bioabfälle ermittelt wurde. Der geringere Wert in der Sortierkampagne zur vegetationsreichen Zeit spiegelt den höheren Anteil gartenstämmiger Bioabfälle wider.

Einschränkend ist anzumerken, dass die ermittelten Werte auf zwei untersuchten Mischproben (jeweils eine zur vegetationsreichen und eine zur vegetationsarmen Zeit) basieren. Es handelt sich somit nur um eine fundierte Abschätzung des zu erwartenden Gasertrags.

Die detaillierten Laborprüfberichte finden sich im Anhang.

### 3.7 Vergleich der Untersuchungsergebnisse in der Stadt Bamberg mit den Ergebnissen anderer Bioabfalluntersuchungen

Das Witzenhausen-Institut hat in der letzten Zeit in einer Vielzahl von Städten und Kreisen Untersuchungen zur Zusammensetzung der Bioabfälle durchgeführt. Diese Ergebnisse sind denen in der Stadt Bamberg ermittelten in Abb. 23 gegenübergestellt.

Die in der Stadt Bamberg erfassten Bioabfälle wiesen einen hohen Anteil in die Biotonne gehörender Materialien und vergleichsweise geringere Anteile nicht in die Biotonne gehörender / unerwünschter Materialien auf.

<sup>5</sup> Der Mittelwert ergibt sich aus den gewichteten Ergebnissen der vegetationsreichen (0,67) und vegetationsarmen (0,33) Zeit (Gewichtungsfaktoren entsprechend den Vorgaben der BGK-Methodik).

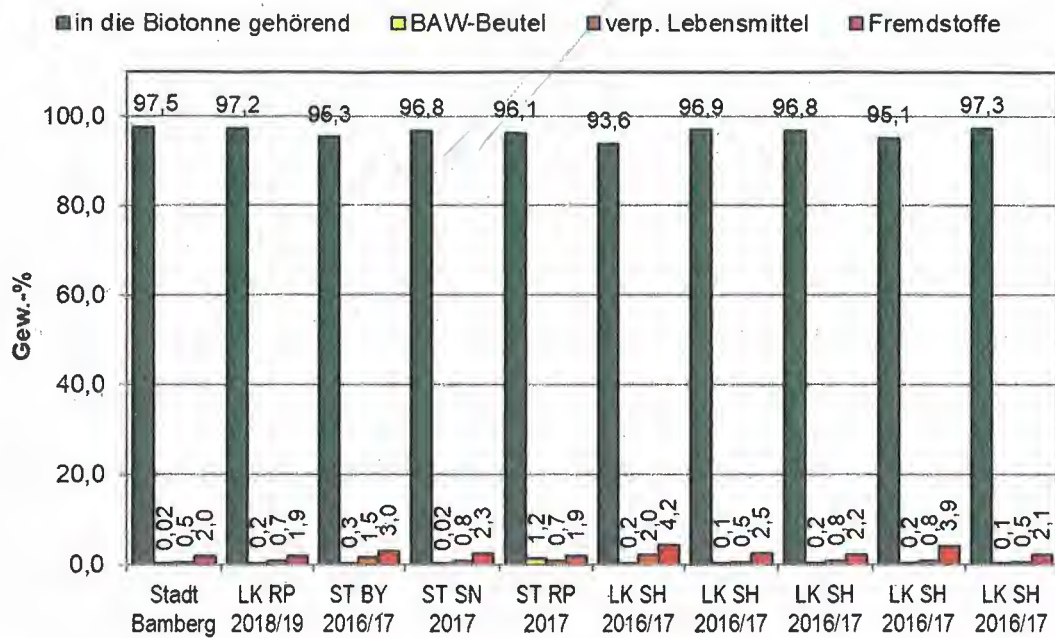


Abb. 23: Gegenüberstellung Ergebnisse in der Stadt Bamberg mit den Ergebnissen anderer Bioabfalluntersuchungen

In Abb. 24 sind die in städtischen Bebauungsstrukturen ermittelten Ergebnisse gegenübergestellt.

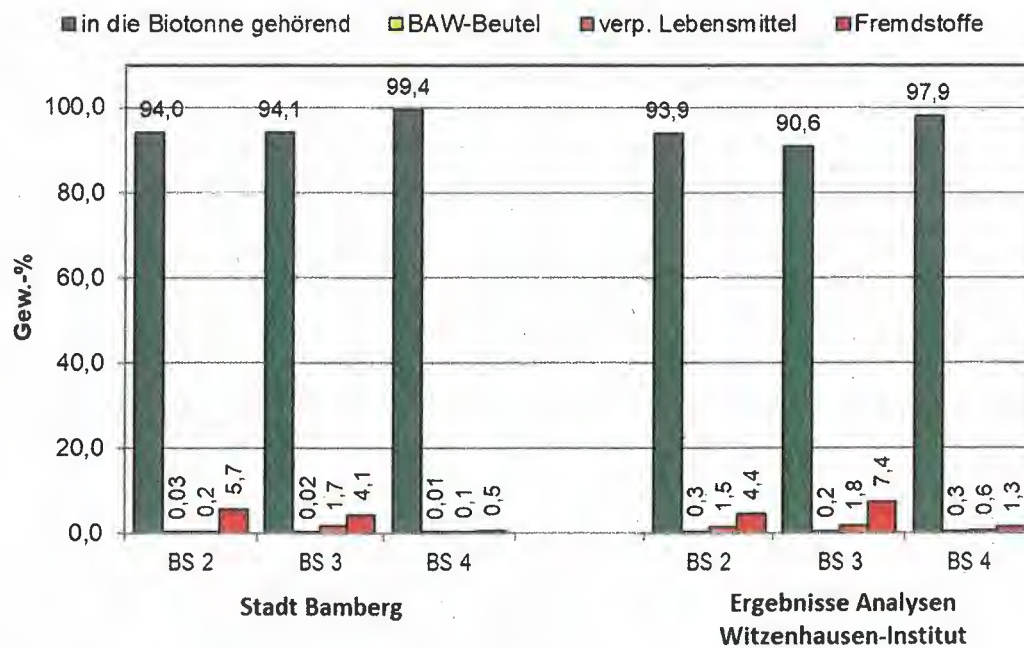


Abb. 24: Gegenüberstellung Ergebnisse der in der Stadt Bamberg untersuchten Bebauungsstrukturen mit den Ergebnissen anderer Bioabfalluntersuchungen

## 4 Zusammenfassung und Fazit der Analysen

Bei den im Spätsommer 2019 (vegetationsreiche Zeit) und im Winter 2020 (vegetationsarme Zeit) durchgeführten Sortieranalysen wurde die detaillierte Zusammensetzung des Bioabfalls der Stadt Bamberg ermittelt.

Schwerpunkt der Untersuchungen war die Ermittlung der in den Bioabfällen enthaltenen Fremdstoffe vor dem Hintergrund der verschärften Grenzwerte und der aktuell geführten Diskussion.

### 4.1 Qualität

Die Qualität des untersuchten Bioabfalls war, bisher geltende Maßstäbe angelegt, passabel.

Infolge verschärfter Regelungen ist davon auszugehen, dass künftig ein maximal vertretbarer Fremdstoffgehalt im Biotonnenmaterial festgelegt wird, um den Vermarktungserfolg nicht zu gefährden. Laut Bundesgütegemeinschaft Kompost (BGK) liegen in der Regel „hinreichend sortenreine Bioabfälle vor, wenn der Gehalt an Fremdstoffen **weniger als 1 Gew.-%** beträgt“. Vor diesem Hintergrund bewegen sich die ermittelten Fremdstoffanteile und -mengen nicht mehr in einem akzeptablen Rahmen (Abb. 25).

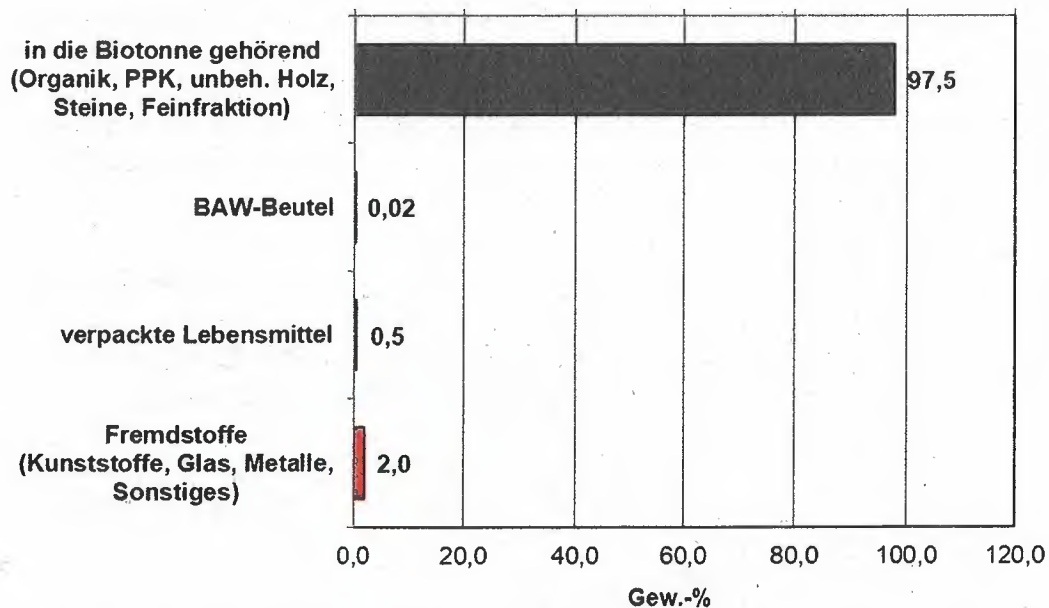


Abb. 25: Zusammensetzung des Bioabfalls der Stadt Bamberg – systemkonforme und nicht erwünschte Materialien / Fremdstoffanteile (Gew.-%)

In der Stadt Bamberg liegen die Anteile an nicht erwünschten Materialien und Fremdstoffen deutlich über dem geplanten Orientierungswert. Lediglich in den traditionell „guten“ Gebieten (d. h. Bebauungsstruktur 4, 1-/2-Familienhausbebauung) fanden sich im Mittel weniger als 1 Gew.-% an Fremdstoffen und nicht erwünschten Materialien.

Nur in einigen wenigen der untersuchten Stichprobeneinheiten (10 von 36) konnten Anteile an nicht erwünschten Materialien und Fremdstoffen von unter 1 Gew.-% festgestellt werden, in der Regel waren es mehr (Abb. 26)



Abb. 26: Optisch von Fremdstoffen dominierte Stichprobeneinheit (links); aus allen Stichprobeneinheiten der 1. Sortierkampagne aussortierte Fremdstoffe (rechts)

Gerade im innerstädtischen Bereich und bei der Mehrfamilienhausbebauung fanden sich viele Fremdstoffe in den Bioabfällen. Häufig waren es hier einzelne Liegenschaften die zur Verschlechterung der Qualität beitrugen.

Vor diesem Hintergrund besteht eindeutig Handlungsbedarf hinsichtlich einer Reduzierung der im Bioabfall enthaltenen Fremdstoffe.

## 4.2 Erfassung

Die haushaltsstämmigen Bioabfälle (Küchen- und Nahrungsabfälle) wurden häufig mittels Beuteln in den Haushalten erfasst und in die Biotonnen gegeben (Tab. 7).

Tab. 7: Anteil und Verteilung der über Beutel erfassten haushaltsstämmigen Bioabfälle differenziert nach der Art der genutzten Beutel (%)

Bioabfall	∅	Bioabfall	∅
haushaltsstämmige Bioabfälle	%	haushaltsstämmige Bioabfälle	%
<b>in Beuteln</b>	<b>57</b>	in PE-Beuteln	56
lose	43	in BAW-Beuteln	27
Summe	100	in Papierbeuteln	18
		Summe	100

Bei den genutzten Beuteln handelt es sich vor allem um Beutel aus Kunststoff. Im günstigen Fall handelt es sich „nur“ um Beutel aus biologisch abbaubaren Werkstoffen (BAW), im schlechten Fall um Beutel aus Polyethylen (PE). Beutel aus Papier spielten nur eine untergeordnete Rolle bei der Erfassung.

Betrachtet man die Anzahl der eingesetzten Beutel, so fanden sich im Mittel 98 Beutel je Mg Bioabfall. Auch hier gab es deutliche Unterschiede bei den untersuchten Bebauungsstrukturen. Während es bei der 1-/2-Familienhausbebauung im Mittel lediglich 51 Beutel je Mg Bioabfall waren, fanden sich bei der Mehrfamilienhausbebauung 198 Beutel je Mg Bioabfall und die meisten davon (128) waren PE-Beutel.

Die Art des genutzten Beutels lässt keinen Schluss auf die Qualität des Inhalts zu. So waren in PE-Beuteln erfasste Bioabfälle nicht zwangsläufig schlechter, als in PPK-Beuteln erfasste.

Die Verteilung der genutzten Beutel spiegelt das Hygienebedürfnis der Bürger bei Sammlung und Transport wieder. Kunststoffbeutel lassen sich gut in die Sammelgefäße in den Haushalten einhängen. Auch flüssigere Bioabfälle können so problemlos erfasst werden. Auch bleiben sie bei einer längeren Verweilzeit im Sammelgefäß stabil. Für den Transport und die Entsorgung in den Biotonnen lassen sich die Beutel zuknoten (ca. 75 % der aussortierten Kunststoffbeutel waren verknotet). Dies ist ein nicht zu unterschätzender Vorteil, weil es das subjektive Gefühl einer „sauberen“ Entsorgung vermittelt. Auch objektiv bleiben die Biotonnen sauberer und es reduziert den Madenbefall in den Sommermonaten, wenn die nassorganischen Nahrungs- und Küchenabfälle in verschlossenen Beuteln in die Tonnen gegeben werden.

Gerade wenn weitere Wege von der Wohnung zu den Biotonnen zurückgelegt werden müssen (vor allem bei Mehrfamilienhäusern), ist zudem ein „sicherer“ Transport für die Bürger wichtig.

All diese zuvor genannten Vorteile – gute Passform im Sammelgefäß, kein Durchweichen, sicherer Transport, gut verschließbar – können Papierbeutel nur bedingt bieten.

In der Stadt Bamberg sind BAW-Beutel nicht für die Erfassung der Bioabfälle zugelassen. Nichtsdestotrotz handelte es sich bei knapp einem Viertel der genutzten Beutel um BAW-Beutel. Untersuchungen des Witzenhausen-Instituts in anderen öRE hinsichtlich der Nutzung von Beuteln zur Erfassung haushaltsstämmiger Bioabfälle zeigen, dass dort wo BAW-Beutel nicht empfohlen bzw. verboten sind, PE-Beutel dominieren. Dort wo BAW-Beutel erlaubt sind, fanden sich deutlich weniger PE-Beutel.

### 4.3 Biogaspotenzial

Die ermittelten Werte entsprechen den zu erwartenden Ergebnissen. Im Mittel über alle Strukturen lag die Ausbeute bei 134,7 Ni/kg FM. Das VDI-Kriterium „Zuwachs < 0,5% je Tag“ wurde im Mittel nach 26 Tagen erreicht. Der mittlere Methangehalt lag bei 53 Vol.-%.

In der vegetationsarmen Zeit ergaben sich, aufgrund der geringeren Gartenabfallmenge in den Biotonnen und dem daraus resultierenden höheren Anteil küchenstämmiger Bioabfälle, höhere Gaserträge als in der vegetationsreichen Zeit.

## 4.4 Fazit und Handlungsempfehlungen

Die Qualität der meisten begutachteten Biotonnen / analysierten Bioabfälle war passabel. Allerdings ist vor dem Hintergrund der künftig schärferen Grenzwerte eine deutliche Qualitätssteigerung erforderlich.

Die Art und die Menge der in den Biotonnen gefundenen Fremdstoffe ist wichtig für das Verständnis der Hintergründe und der Motivation, wie und warum diese Fremdstoffe in die Biotonnen gelangt sind und welche speziellen Maßnahmen zu deren Reduzierung im Bioabfall getroffen werden sollten.

So ist ein in den Haushalten zur Erfassung genutzter und mit Bioabfällen gefüllter PE-Beutel zwar ein Ärgernis, das jedoch dem Hygienebedürfnis und der Bequemlichkeit des Biotonnennutzers geschuldet ist. Selbstverständlich wären Sammlung und Transport der Bioabfälle in einem PPK-Beutel (oder BAW-Beutel, wenn diese in der Verwertungsanlage zugelassen sind) besser.

Ähnlich verhält es sich mit den in den Biotonnen enthaltenen verpackten Lebensmitteln. Der Verpackungsinhalt befindet sich prinzipiell im richtigen Erfassungssystem, nur hat der Biotonnennutzer hier leider die Entleerung und anschließende Entsorgung der Verpackung in einem anderen System unterlassen.

In beiden Fällen darf ein gewisser „guter Wille“ des Nutzers unterstellt werden und eine entsprechende Beratung hätte hier durchaus Aussicht auf Erfolg.

Auch lässliche Fehlwürfe, wie beispielsweise der Kartoffelschäler, Besteck oder die Gartenschere, welche versehentlich in die Biotonnen gelangt sind, können zwar nicht gänzlich vermieden, jedoch mit einem Appell an die Achtsamkeit beim Befüllen begegnet werden.

Anders verhält es sich hingegen, wenn mit Restmüll befüllte Beutel oder sonstige Abfälle, die eindeutig nichts in der Biotonne zu suchen haben, festgestellt werden. Die gutwillige Interpretation dieses Verhaltens mag Unwissenheit oder Unachtsamkeit des Nutzers sein. Wahrscheinlicher jedoch sind Desinteresse des Nutzers an der getrennten Sammlung oder die gezielte Entsorgung dieser Materialien über die Biotonne, um so Restmüllgebühren zu sparen die Gründe. Dieses Problem tritt besonders häufig in den verdichteten Bereichen und bei Mehrfamilienhäusern auf.

Hier offenbart sich ein generelles Problem von Mehrfamilienhausstandorten – die mitunter hohe Fluktuation der Mieter. Mit den immer wieder neuen Mietern sind die Motivation und das Wissen um die korrekte Nutzung der Biotonne und somit der Erfolg der Öffentlichkeitsarbeit zumeist dahin.

Aus den Ergebnissen der Analyse lassen sich folgende **Handlungsempfehlungen** ableiten:

- Die Ergebnisse der Bioabfallanalyse sollten als Aufhänger genutzt werden, um die Öffentlichkeit weiter für die Fremdstoffproblematik zu sensibilisieren.
- Die Zulassung von BAW-Beuteln sollte (wenn diese in der Verwertungsanlage zugelassen sind) erwogen werden, um so den Bürger eine sinnvolle und praktische Alternative zu den häufig genutzten PE-Beuteln zu bieten.
- Von den bei der Probenahme identifizierten Standorten mit sehr schlechter Qualität, die aufgrund ihres Fremdstoffbesatzes zu einer deutlichen Verschlechterung der

Bioabfallqualität beitragen, sollte über Sanktionen nachgedacht werden (gegebenenfalls die Biotonnen abziehen und dafür das Restmüllbehältervolumen erhöhen).

- Es sollten weitere Gebiete/Behälterstandplätze identifiziert werden, die stetig schlechte Bioabfälle liefern, um dort gezielt zu beraten bzw. entsprechende Maßnahmen zu veranlassen.
- Die Öffentlichkeitsarbeit sollte sich vor allem auf die Gebiete / Standorte konzentrieren, die zumindest leidlich akzeptable Qualitäten liefern.

Das den Haushalten in der Stadt Bamberg zur Verfügung stehende Biotonnenvolumen ist mehr als ausreichend. Auch in der vegetationsreichen Zeit war aufgrund der wöchentlichen Abfuhr in den allermeisten Biotonnen noch ausreichend Platz vorhanden. In der vegetationsarmen Zeit waren die Füllstände der Biotonnen noch geringer. Daher könnte überlegt werden, in der vegetationsarmen Zeit den Abfuhrhythmus auf zweiwöchentlich zu verlängern. Eventuelle Probleme hinsichtlich der Hygiene (Geruch, Madenbefall) aufgrund der längeren Standzeit sind in dieser Zeit eher nicht zu erwarten.



# Anhang

1. Kampagne (vegetationsreiche Zeit)						
Biogut	innerstädtisch	Mehrfamh.	1-/2-Famh.	Ø		
	BS 2	BS 3	BS 4.2	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%
<b>Gesamt (inkl. 10 - 40 mm)</b>						
Küchenabfälle	39,8	21,6	4,3	12,2		
fleischhaltige Nahrungsabfälle	1,8	2,4	0,7	1,2		
sonstige Nahrungsabfälle	8,5	21,3	3,6	8,5		
Gartenabfälle	23,4	33,9	82,3	64,3		
Organik a.n.g.	1,0	0,6	0,0	0,3		
natürl. Steine	0,05	0,03	0,46	0,3		
PPK	7,6	6,9	1,0	3,1		
PPK-Beutel	0,2	0,2	0,1	0,1		
BAW-Beutel	0,02	0,02	0,01	0,02		
PE-Beutel (Kat 1-3)	0,0	0,10	0,0	0,0		
verp. Lebensmittel (Netto)	0,1	1,0	0,0	0,3		
Glas	0,1	0	0,00	0,0		
Metalle	0,1	0,14	0,0	0,0		
sonst Kunststoffe (Folien)	0,9	0,7	0,0	0,28		
sonst Kunststoffe (hart)	0,4	0,2	0,0	0,1		
schadstoffbelastete Produkte	0,012	0,006	0	0,003		
Sonstige Fremdstoffe	5,2	1,9	0,5	1,4		
Feinfraktion < 10 mm	10,7	8,6	7,0	7,8		
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0		

Biogut	innerstädtisch	Mehrfamh.	1-/2-Famh.	Ø		
	BS 2	BS 3	BS 4.2	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%
<b>Verteilung gesamt</b>						
in die Biotonne gehörend (Organik, PPK, nat Steine, Feinfraktion)	93,0	95,7	99,4	97,8		
BAW-Beutel	0,02	0,02	0,01	0,02		
verpackte Lebensmittel	0,1	1,0	0	0,3		
Fremdstoffe (Kunststoffe, Glas, Metalle, Sonstiges)	6,8	3,3	0,6	1,9		
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0		

Biogut	innerstädtisch	Mehrfamh.	1-/2-Famh.	Ø		
	BS 2	BS 3	BS 4.2	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%
<b>Organik - Gesamt &gt; 10 mm</b>						
Küchenabfälle	39,8	21,6	4,3	12,2		
fleischhaltige Nahrungsabfälle	1,8	2,4	0,7	1,2		
sonstige Nahrungsabfälle	8,5	21,3	3,6	8,5		
Gartenabfälle	23,4	33,9	82,3	64,3		
Organik a.n.g.	1,0	0,6	0,0	0,3		
Summe	74,5	79,9	90,9	86,5		

Biogut	innerstädtisch	Mehrfamh.	1-/2-Famh.	Ø		
	BS 2	BS 3	BS 4.2	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%
<b>Fremdstoffe</b>						
Kunststoffbeutel (ohne BAW)	0,05	0,10	0,01	0,03		
sonstige Kunststoffe	1,30	0,95	0,02	0,38		
Glas	0,10	0,16	0,00	0,05		
Metalle	0,11	0,14	0,00	0,05		
Sonstige Fremdstoffe	5,24	1,95	0,54	1,36		
Summe	6,79	3,29	0,56	1,87		

2. Kampagne (vegetationsarme Zeit)

Biogut	innerstädtisch BS 2			Mehrfamh. BS 3		1-/2-Famh. Reihenh. BS 4.2		Ø
	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%		
<b>Gesamt (inkl. 10 - 40 mm)</b>	42,2	43,2	14,2	24,3				
Küchenabfälle	2,2	3,7	0,5	1,5				
fleischhaltige Nahrungsabfälle	10,8	13,5	3,1	6,5				
sonstige Nahrungsabfälle	21,5	14,9	73,9	53,9				
Gartenabfälle	0,6	1,5	0	0,4				
Organik a.n.g.	0	0	0	0				
natürl. Steine	8,8	9,1	2,2	4,6				
PPK	0,3	0,2	0,2	0,2				
PPK-Beutel	0,05	0,03	0,02	0,02				
BAW-Beutel	0,1	0,2	0,004	0,1				
PE-Beutel (Kat 1-3)	0,4	3,2	0,2	1,0				
verp. Lebensmittel (Netto)	0,3	0,8	0	0,2				
Glas	0,2	0,3	0,001	0,1				
Metalle	0,4	1,3	0,05	0,40				
sonst. Kunststoffe (Folien)	0,3	0,5	0,01	0,2				
sonst. Kunststoffe (hart)	0	0,01	0	0,003				
schadstoffbelastete Produkte	2,3	2,8	0,4	1,2				
Sonstige Fremdstoffe	9,6	4,9	5,2	5,5				
Feinfraktion < 10 mm	100,0	100,0	100,0	100,0				
Summe								

Biogut	innerstädtisch BS 2		Mehrfamh. BS 3		1-/2-Famh. Reihenh. BS 4.2		Ø
	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	
<b>Verteilung gesamt</b>	96,0	90,9	99,3	96,9			
in die Biotonne gehörend (Organik, PPK, nat. Steine, Feinfraktion)	0,1	0,0	0,0	0,0			
BAW-Beutel	0,4	3,2	0,2	1,0			
verpackte Lebensmittel	3,5	5,8	0,5	2,1			
Fremdstoffe (Kunststoffe, Glas, Metalle, Sonstiges)	100,0	100,0	100,0	100,0			
Summe							

Biogut	innerstädtisch BS 2		Mehrfamh. BS 3		1-/2-Famh. Reihenh. BS 4.2		Ø
	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	
<b>Organik - Gesamt &gt; 10 mm</b>	42,2	43,2	14,2	24,3			
Küchenabfälle	2,2	3,7	0,5	1,5			
fleischhaltige Nahrungsabfälle	10,8	13,5	3,1	6,5			
sonstige Nahrungsabfälle	21,5	14,9	73,9	53,9			
Gartenabfälle	0,6	1,5	0,0	0,4			
Organik a.n.g.	77,3	76,7	91,7	86,5			
Summe							

Biogut	innerstädtisch BS 2		Mehrfamh. BS 3		1-/2-Famh. Reihenh. BS 4.2		Ø
	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	
<b>Fremdstoffe</b>	0,10	0,19	0,00	0,06			
Kunststoffbeutel (ohne BAW)	0,72	1,78	0,06	0,56			
sonstige Kunststoffe	0,27	0,76	0,00	0,22			
Glas	0,15	0,28	0,00	0,09			
Metalle	2,27	2,78	0,43	1,20			
Sonstige Fremdstoffe	3,50	5,80	0,49	2,12			
Summe							

Biogut	Gesamt				Ø
	innerstädtisch BS 2	Mehrfamh. BS 3	1/2-Famh. Reihen. BS 4.2	Gew.-%	
<b>Gesamt (inkl. 10 - 40 mm)</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>
Küchenabfälle	40,6	28,7	7,5	16,2	
fleischhaltige Nahrungsabfälle	1,9	2,9	0,6	1,3	
sonstige Nahrungsabfälle	9,3	18,7	3,4	7,8	
Gartenabfälle	22,8	27,6	79,5	60,9	
Organik a.n.g.	0,9	0,9	0,003	0,3	
natürl. Steine	0,03	0,02	0,3	0,2	
PPK	8,0	7,6	1,4	3,6	
PPK-Beutel	0,3	0,2	0,1	0,2	
BAW-Beutel	0,03	0,02	0,01	0,02	
PE-Beutel (Kat 1-3)	0,1	0,1	0,01	0,04	
verp. Lebensmittel (Netto)	0,2	1,7	0,1	0,5	
Glas	0,2	0,4	0	0,1	
Metalle	0,1	0,2	0,0003	0,1	
sonst. Kunststoffe (Folien)	0,7	0,9	0,02	0,32	
sonst. Kunststoffe (hart)	0,4	0,3	0,01	0,1	
schadstoffbelastete Produkte	0,01	0,01	0	0,003	
Sonstige Fremdstoffe	4,3	2,2	0,5	1,3	
Feinfraktion < 10 mm	10,3	7,4	6,4	7,0	
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	

Biogut	innerstädtisch BS 2		Mehrfamh. BS 3		1/2-Famh. Reihen. BS 4.2		Ø
	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	
<b>Verteilung gesamt</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>
in die Biotonne gehörend (Organik, PPK, nat. Steine, Feinfraktion)	94,0	94,1	99,4	97,53			
BAW-Beutel	0,0	0,0	0,0	0,02			
verpackte Lebensmittel	0,2	1,7	0,1	0,50			
Fremdstoffe	5,7	4,1	0,5	1,95			
(Kunststoffe, Glas, Metalle, Sonstiges)							
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0			

Biogut	innerstädtisch BS 2		Mehrfamh. BS 3		1/2-Famh. Reihen. BS 4.2		Ø
	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	
<b>Organik - Gesamt &gt; 10 mm</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>
Küchenabfälle	40,6	28,7	7,5	16,2			
fleischhaltige Nahrungsabfälle	1,9	2,9	0,6	1,3			
sonstige Nahrungsabfälle	9,3	18,7	3,4	7,8			
Gartenabfälle	22,8	27,6	79,5	60,9			
Organik a.n.g.	0,9	0,9	0,0	0,3			
Summe	75,4	78,9	91,1	86,5			

Biogut	innerstädtisch BS 2		Mehrfamh. BS 3		1/2-Famh. Reihen. BS 4.2		Ø
	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	Gew.-%	
<b>Fremdstoffe</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>	<b>Gew.-%</b>
Kunststoffbeutel (ohne BAW)	0,07	0,13	0,01	0,04			
sonstige Kunststoffe	1,10	1,22	0,03	0,44			
Glas	0,15	0,36	0,00	0,11			
Metalle	0,13	0,19	0,00	0,06			
Sonstige Fremdstoffe	4,26	2,22	0,50	1,31			
Summe	5,71	4,12	0,54	1,95			

1. Kampagne

Biogut	1. Kampagne				Ø
	innerstädtisch BS 2	Mehrfamh. BS 3	1/2-Famh. Reihen. BS 4.2	kg/E*Wo	
<b>Gesamt (inkl. 10 - 40 mm)</b>	0,90	0,38	0,19	0,43	
Küchenabfälle	0,04	0,04	0,03	0,04	
fleischhaltige Nahrungsabfälle	0,19	0,38	0,16	0,30	
sonstige Nahrungsabfälle	0,53	0,60	3,65	2,28	
Gartenabfälle	0,02	0,01	0,0002	0,01	
Organik a.n.g.	0,001	0,0005	0,02	0,011	
natürl. Steine	0,17	0,12	0,04	0,11	
PPK	0,01	0,003	0,004	0,005	
PPK-Beutel	0,001	0,000	0,001	0,001	
BAW-Beutel	0,0011	0,002	0,0002	0,001	
PE-Beutel (Kat 1-3)	0,00	0,02	0	0,01	
verp. Lebensmittel (Netto)	0,002	0,003	0	0,002	
Glas	0,003	0,003	0	0,002	
Metalle	0,020	0,01	0,001	0,01	
sonst. Kunststoffe (Folien)	0,009	0,004	0,0001	0,004	
sonst. Kunststoffe (hart)	0,0003	0,0001	0	0,0001	
schadstoffbelastete Produkte	0,12	0,03	0,02	0,05	
Sonstige Fremdstoffe	0,24	0,15	0,31	0,28	
Feinfraktion < 10 mm	2,25	1,77	4,43	3,55	
Summe					

Biogut	1. Kampagne			Ø
	innerstädtisch BS 2	Mehrfamh. BS 3	1/2-Famh. Reihen. BS 4.2	
<b>Verteilung gesamt</b>	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo
in die Biotonne gehörend (Organik, PPK, nat. Steine, Feinfraktion)	2,09	1,69	4,41	3,47
BAW-Beutel	0,001	0,0004	0,001	0,001
verpackte Lebensmittel	0,00	0,02	0,00	0,01
Fremdstoffe (Kunststoffe, Glas, Metalle, Sonstiges)	0,15	0,06	0,02	0,07
Summe	2,25	1,77	4,43	3,55

Biogut	1. Kampagne			Ø
	innerstädtisch BS 2	Mehrfamh. BS 3	1/2-Famh. Reihen. BS 4.2	
<b>Organik - Gesamt &gt; 10 mm</b>	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo
Küchenabfälle	0,90	0,38	0,19	0,43
fleischhaltige Nahrungsabfälle	0,04	0,04	0,03	0,04
sonstige Nahrungsabfälle	0,19	0,38	0,16	0,30
Gartenabfälle	0,53	0,60	3,65	2,28
Organik a.n.g.	0,02	0,01	0,00	0,01
Summe	1,68	1,41	4,03	3,07

Biogut	1. Kampagne			Ø
	innerstädtisch BS 2	Mehrfamh. BS 3	1/2-Famh. Reihen. BS 4.2	
<b>Fremdstoffe</b>	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo
Kunststoffbeutel (ohne BAW)	0,001	0,002	0,000	0,001
sonstige Kunststoffe	0,03	0,02	0,001	0,01
Glas	0,002	0,003	0	0,002
Metalle	0,003	0,003	0	0,002
Sonstige Fremdstoffe	0,12	0,03	0,02	0,05
Summe	0,15	0,06	0,02	0,07

2. Kampagne

Biogut	2. Kampagne				Ø
	innerstädtisch BS 2	Mehrfamh. BS 3	1/2-Famh. Reihen. BS 4.2	kg/E*Wo	
<b>Gesamt (inkl. 10 - 40 mm)</b>	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo
Küchenabfälle	0,90	0,57	0,44	0,62	0,62
fleischhaltige Nahrungsabfälle	0,05	0,05	0,02	0,04	0,04
sonstige Nahrungsabfälle	0,23	0,18	0,10	0,16	0,16
Gartenabfälle	0,46	0,20	2,28	1,37	1,37
Organik a.n.g.	0,01	0,02	0	0,01	0,01
natürl. Steine	0	0	0	0	0
PPK	0,19	0,12	0,07	0,12	0,12
PPK-Beutel	0,01	0,003	0,01	0,01	0,01
BAW-Beutel	0,001	0,0003	0,001	0,001	0,001
PE-Beutel (Kat 1-3)	0,002	0,003	0,0001	0,002	0,002
verp. Lebensmittel (Netto)	0,01	0,04	0,01	0,02	0,02
Glas	0,01	0,01	0	0,01	0,01
Metalle	0,003	0,004	0,00003	0,002	0,002
sonst. Kunststoffe (Folien)	0,01	0,02	0,001	0,01	0,01
sonst. Kunststoffe (hart)	0,01	0,01	0,0003	0,004	0,004
schadstoffbelastete Produkte	0	0,0002	0	0,0001	0,0001
Sonstige Fremdstoffe	0,05	0,04	0,01	0,03	0,03
Feinfraktion < 10 mm	0,20	0,06	0,16	0,14	0,14
Summe	2,13	1,32	3,09	2,55	2,55

Biogut	1/2-Famh. Reihen. BS 4.2			Ø
	innerstädtisch BS 2	Mehrfamh. BS 3	kg/E*Wo	
<b>Verteilung gesamt</b>	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo
in die Biotonne gehörend (Organik, PPK, nat. Steine, Feinfraktion)	2,05	1,20	3,07	2,47
BAW-Beutel	0,001	0,0003	0,001	0,001
verpackte Lebensmittel	0,01	0,04	0,01	0,02
Fremdstoffe (Kunststoffe, Glas, Metalle, Sonstiges)	0,07	0,08	0,02	0,05
Summe	2,13	1,32	3,09	2,55

Biogut	1/2-Famh. Reihen. BS 4.2			Ø
	innerstädtisch BS 2	Mehrfamh. BS 3	kg/E*Wo	
<b>Organik - Gesamt &gt; 10 mm</b>	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo
Küchenabfälle	0,90	0,57	0,44	0,62
fleischhaltige Nahrungsabfälle	0,05	0,05	0,02	0,04
sonstige Nahrungsabfälle	0,23	0,18	0,10	0,16
Gartenabfälle	0,46	0,20	2,28	1,37
Organik a.n.g.	0,01	0,02	0,00	0,01
Summe	1,65	1,01	2,83	2,21

Biogut	1/2-Famh. Reihen. BS 4.2			Ø
	innerstädtisch BS 2	Mehrfamh. BS 3	kg/E*Wo	
<b>Fremdstoffe</b>	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo
Kunststoffbeutel (ohne BAW)	0,002	0,003	0,0001	0,002
sonstige Kunststoffe	0,02	0,02	0,002	0,01
Glas	0,01	0,01	0	0,01
Metalle	0,003	0,004	0,00003	0,002
Sonstige Fremdstoffe	0,05	0,04	0,01	0,03
Summe	0,07	0,08	0,02	0,05

Biogut	Gesamt				Ø
	innerstädtisch BS 2	Mehrfamh. BS 3	1/2-Famh. Reihenrh. BS 4.2	kg/E*Wo	
<b>Gesamt (inkl. 10 - 40 mm)</b>	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo	
Küchenabfälle	0,90	0,47	0,30	0,52	
fleischhaltige Nahrungsabfälle	0,04	0,05	0,03	0,04	
sonstige Nahrungsabfälle	0,20	0,30	0,14	0,25	
Gartenabfälle	0,50	0,45	3,17	1,96	
Organik a.n.g.	0,02	0,01	0,0001	0,01	
natürl. Steine	0,001	0,0003	0,01	0,01	
PPK	0,18	0,12	0,06	0,12	
PPK-Beutel	0,01	0,003	0,01	0,01	
BAW-Beutel	0,001	0,0004	0,001	0,001	
PE-Beutel (Kat 1-3)	0,001	0,002	0,0002	0,001	
verp. Lebensmittel (Netto)	0,01	0,03	0,003	0,02	
Glas	0,00	0,01	0	0,00	
Metalle	0,003	0,003	0,00001	0,002	
sonst. Kunststoffe (Folien)	0,02	0,01	0,001	0,01	
sonst. Kunststoffe (hart)	0,01	0,01	0,0002	0,00	
schadstoffbelastete Produkte	0,0002	0,0001	0	0,0001	
Sonstige Fremdstoffe	0,09	0,04	0,02	0,04	
Feinfraktion < 10 mm	0,23	0,12	0,26	0,23	
Summe	2,21	1,62	3,99	3,22	

Biogut	innerstädtisch BS 2	Mehrfamh. BS 3	1/2-Famh. Reihenrh. BS 4.2	Ø
	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo
<b>Verteilung gesamt</b>				
in die Biobinne gehörend (Organik, PPK, nat. Steine, Feinfraktion)	2,08	1,52	3,96	3,14
BAW-Beutel	0,001	0,0004	0,001	0,001
verpackte Lebensmittel	0,01	0,03	0,00	0,02
Fremdstoffe (Kunststoffe, Glas, Metalle, Sonstiges)	0,13	0,07	0,02	0,06
Summe	2,21	1,62	3,99	3,22

Biogut	innerstädtisch BS 2	Mehrfamh. BS 3	1/2-Famh. Reihenrh. BS 4.2	Ø
	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo
<b>Organik - Gesamt &gt; 10 mm</b>				
Küchenabfälle	0,90	0,47	0,30	0,52
fleischhaltige Nahrungsabfälle	0,04	0,05	0,03	0,04
sonstige Nahrungsabfälle	0,20	0,30	0,14	0,25
Gartenabfälle	0,50	0,45	3,17	1,96
Organik a.n.g.	0,02	0,01	0,00	0,01
Summe	1,67	1,28	3,64	2,78

Biogut	innerstädtisch BS 2	Mehrfamh. BS 3	1/2-Famh. Reihenrh. BS 4.2	Ø
	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo	kg/E*Wo
<b>Fremdstoffe</b>				
Kunststoffbeutel (ohne BAW)	0,001	0,002	0,0002	0,001
sonstige Kunststoffe	0,02	0,02	0,001	0,01
Glas	0,003	0,01	0	0,003
Metalle	0,003	0,003	0,00001	0,002
Sonstige Fremdstoffe	0,09	0,04	0,02	0,04
Summe	0,13	0,07	0,02	0,06

<b>Sitzungsvorlage</b>		<b>Vorlage- Nr:</b>	<b>VO/2020/3667-38</b>
Federführend: 38 Klima- und Umweltamt		Status:	öffentlich
Beteiligt:		Aktenzeichen:	
		Datum:	07.11.2020
		Referent:	Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp
<b>Maßnahmenpaket gegen Müll</b>			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
24.11.2020	Mobilitätssenat	Kenntnisnahme	

## I. Sitzungsvortrag:

Im Mobilitätssenat vom 07.07.2020 wurde zuletzt ausführlich über das in dem Antrag der Stadtratsfraktion Grünes Bamberg vom 18.11.2019 vorgeschlagene „Maßnahmenpaket gegen Müll“ berichtet. Die darin genannten Maßnahmen zielen in erster Linie darauf ab, für weniger Müll in Bamberg zu sorgen, um so den Eintrag, unter anderem von Plastikteilchen ins Erdreich sowie in die Flüsse, und über diese in unsere Nahrungskette, zu reduzieren.

Im Anschluss an den Vortrag des Sitzungsberichtes wurden im Stadtrat zahlreiche Vorschläge und Aktionen diskutiert, mit Hilfe derer künftig eine Abfallreduzierung und weniger Littering erreicht werden könnte. Zudem wurden regelmäßige Informationen gewünscht. Es wird deshalb nachfolgend auf erfolgte Umsetzungen, zukünftige Planungen und neue Entwicklungen zu den einzelnen Maßnahmen eingegangen.

### 1. Beschwerden und Abfall-App:

Hier wird auf den Sitzungsvortrag zu VO/2020/3663-38 verwiesen.

Eine zusätzliche Abfall-App, wie im Sitzungsvortrag „App gegen Müll“ dargelegt, ist realisierbar und würde den bereits vorhandenen Service des Bürgerdialogs um den Erinnerungsservice für Abfallentsorgungstermine sowie Abfallbehälteran-, ab- und umbestellungen, sinnvoll ergänzen. Zur weiteren Vorgehensweise im Rahmen des Förderprogramms „Smart City“ wird diesbezüglich auf den Tagesordnungspunkt „App gegen Müll“ verwiesen.

### 2. Infrastruktur verbessern:

Da insbesondere in der warmen Jahreszeit die Müllsammelbehälter häufig an die Grenzen ihres Fassungsvermögens gelangen, wurde angeregt, dass Bürger\*innen neue Standortvorschläge für Abfallsammelbehälter melden können.

Nach der Sitzung des Mobilitätssenats vom 07.07.2020 wurden Abfallbehälter, insbesondere in der Innenstadt, angebracht. Die Erfahrung der Mitarbeiter des EBB zeigt jedoch, dass weitere Mülleimer im Straßenraum auch dazu verleiten, vermehrt Hausmüll darin zu entsorgen. Auch

veranlasst die Aufstellung von Abfallbehältern die Mitmenschen nicht zwangsläufig dazu, diese auch zu nutzen, wie z.B. am Erbpark beobachtet werden muss. Hier sind beispielsweise rund um das Kaffeehaus, auf relativ kleinem Raum, mehr als zehn Mülleimer installiert, dennoch ist die Anlage vielfach vermüllt. Sollten trotz allem Mitbürger\*innen Plätze auffallen, wo weitere Sammelbehälter für sinnvoll und nötig erachtet werden, so wird dies von der Verwaltung geprüft und gegebenenfalls umgesetzt.

### **3. Zigarettenstummel im öffentlichen Raum:**

Im Tagesordnungspunkt „Aschenbecher – Modellversuch“ wird hierzu bereits eine Aktion des Bund Naturschutz thematisiert. Bei allen Aktionen zu diesem Thema geht es darum, die rauchende Bevölkerung bzgl. Verschmutzung, Umweltschädigung und möglicher Gefährdung (z.B. kleiner Kinder) durch das achtlose Wegwerfen ihrer Zigarettenkippen zu sensibilisieren. Diese Personengruppe soll mittels Kampagnen und anderer bewusstseinsfördernder Maßnahmen dazu bewegt werden, die Zigarettenkippen ordnungsgemäß zu entsorgen.

Diesen Vorschlag greift die Verwaltung auf.

Im Zuge der Veranstaltung „Tag der Umwelt 2021“ wird das Referat eine Aktion starten, wie sie bereits in der Stadt Rottenburg am Neckar durchgeführt wurde. Hierbei wurde zur Sammlung von Döschen für Taschenaschenbecher aufgerufen. Die gesammelten Döschen wurden dann an einem Aktionstag - in der Stadt Bamberg sollte dies der Tag der Umwelt sein - verteilt. Auf diese Weise wird die angesprochene Personengruppe sensibilisiert und auf kostenlose Alternativen aufmerksam gemacht.

### **4. Mehrwegkonferenz:**

Ähnlich der im Frühjahr durchgeführten „Plastikfrei-Konferenz“ ist eine Veranstaltung vorgesehen um z.B. einheitliche Lösungen zur Koordination von Mehrweg-to-go-Behältnissen und eine Ausweitung deren Nutzung zu eruieren.

Die Klimasisung am 13.10.2020 hat einen Klima- und Umweltaktionstag im Jahr 2021 im Rahmen des „autofreien Wochenendes in der Innenstadt“ vorgeschlagen. Dieser Tag kann auch begleitend durch zivilgesellschaftliche Aktionen und Konferenzen begleitet werden.

Derzeit sind Konferenzen im Hinblick auf das Infektionsgeschehen nicht gut plan- und umsetzbar.

### **5. Einwegfrei bis 2023:**

Die Idee „Einwegfrei bis 2023“ greift deutlich weiter als nur den Gebrauch von Einweg-to-go-Behältnissen zu reduzieren. Ziel ist es vielmehr, den Kauf von Waren in Einwegverpackungen zu reduzieren.

Die Idee wird vom Umweltsreferat positiv bewertet und weiterverfolgt.

Dazu können von der Stadtverwaltung als kommunalem Akteur drei Maßnahmenbausteine direkt umgesetzt werden:

#### 1) Öffentlichkeitsarbeit

- Seit diesem Jahr werden im Rathaus Journal unter der Rubrik „Bamberg plastikfrei“ regelmäßig Ideen und Tipps zu dieser Thematik veröffentlicht. Hierzu kann auch ein Schwerpunkt auf Mehrweglösungen gelegt werden. Darüber hinaus können auch die in 2021 geplanten Aktionstage für Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden.

#### 2) Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren

- Das Agendabüro im Umweltamt versteht sich auch als Vernetzungsplattform von lokalen Initiativen, die Mehrwegideen in der Zivilgesellschaft oder Privatwirtschaft voranbringen.



### 3) Lokale Verpackungsabgabe

Das Umweltreferat beobachtet mit Sympathie den Vorstoß der Stadt Tübingen um Einweg- und to-go-Verpackungen weiter zurückzudrängen. Als bundesweit erste Kommune führt Tübingen eine Steuer auf Einwegverpackungen ein. Auf Coffee-to-go-Becher, Pizzakartons oder Plastikteller wird eine Abgabe von 50 Cent fällig, für ein Besteckset müssen 20 Cent bezahlt werden. Allerdings gibt es eine Deckelung auf 1,50 Euro pro Menü. Die Steuer tritt zum 1. Januar 2022 in Kraft und soll ein wichtiges Lenkungsinstrument sein, um der Vermüllung der Innenstadt entgegen zu wirken. Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer befürchtet jedoch auch Widerstand und rechnet mit Klagen. Sollte die Tübinger vor Gericht halten, so wäre analog diesem Vorbild eine derartige Steuer auch in Bamberg - als Anreiz für nachhaltigen Konsum - denkbar. Die Entwicklung der „Tübinger Verpackungssteuer“ wird von der Verwaltung weiterverfolgt. Dem Mobilitätssenat wird Bericht erstattet.

## 6. Kommunale Ordnungsdienste, Stadtwacht, Parkaufsicht:

Städte wie Nürnberg, Krefeld, Augsburg oder Hannover begegnen der wachsenden Müllflut mit kommunalen Ordnungsdiensten, Stadtwacht oder Parkaufsicht. Die Stadt Nürnberg arbeitet hierfür mit der Noris-Arbeit GmbH (NOA) zusammen. Die bis zu 30 Mitarbeiter sind explizit kein kommunaler Ordnungsdienst, kontrollieren jedoch Parks, Plätze und sonstigen öffentlichen Raum, weisen Störer auf Verstöße und geltende Regelungen hin oder melden diese an die Polizei oder die zuständigen Fachdienststellen. Mehr Befugnisse haben die Städte Krefeld, Augsburg und Hannover ihren jeweils rund 20 Ordnungsdienstmitarbeiter\*innen eingeräumt. Diese besonders geschulten Bediensteten haben zusätzlich die Befugnis, Bußgelder und Verwarnungsgelder zu erheben oder Platzverweise zu erteilen. Bisherige Rückmeldungen haben gezeigt, dass die Einrichtung dieser Dienste von der Bevölkerung positiv gesehen wird und dass sich deren Präsenz unter anderem auf die Sauberkeit im öffentlichen Raum positiv auswirkt.

Gleichzeitig gilt, dass die kommunalen Ordnungsdienste nicht komplett kostendeckend arbeiten können. Derzeit wird zwischen dem Ordnungs- und Umweltreferat an einer Kostenermittlung gearbeitet.

## 7. Wettbewerb Thema Müllvermeidung:

Von der Verwaltung werden bereits seit Jahren Wettbewerbe zum Thema Klima (Bsp. Klimameilen), Umweltschutz oder Abfallvermeidung ausgeschrieben. Als zukünftige Mediatoren sind Schüler\*innen und Studierende hierfür die ideale Zielgruppe. Daher sollen auch 2021- wenn dies Corona bedingt möglich ist - Projekte an Schulen durchgeführt werden.

## 8. Plastikfreier Biomüll:

Wie bereits im Tagesordnungspunkt „Biomüllanalyse“ dargelegt, ist der Fremdstoffanteil, insbesondere der Anteil an Plastiktüten, im gesammelten Biomüll der Stadt Bamberg zu groß, als dass künftig die (neuen) Grenzwerte für das Erlangen des Gütesiegels Kompost eingehalten werden können. Daher plant die Verwaltung die Durchführung eines Komposttages, wie schon in früheren Jahren. Dieser sollte im Frühjahr stattfinden, da dann die größten Mengen an Kompost und Pflanzerde für die Gärten und Balkone benötigt werden. Die Firma Eichhorn Kompost GmbH, welche die Kompostanlage der Stadt Bamberg betreibt, ist an einer derartigen Aktion sehr interessiert und hat bereits in Aussicht gestellt, diese zu unterstützen. Auch hier ist jedoch die Umsetzung für 2021 Corona bedingt noch sehr fraglich.

Darüberhinaus hat ein Treffen zwischen Bürgermeister Glüsenkamp und zivilgesellschaftlichen Akteuren stattgefunden, die sich für die Initiative „Letzte Werbung“ einsetzen. In diesem Projekt wird auf Bundesebene dafür geworben, dass es eine Umkehrung des Prinzips an Briefkästen geben kann:

Ziel ist es, dass Bewohnerinnen und Bewohner nicht mehr „Keine Werbung“ ausweisen sollen, sondern explizit der Wunsch nach Werbung ausgedrückt werden muss.

## II. Beschlussvorschlag:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

## III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

<b>X</b>	<b>1.</b>	keine Kosten
	<b>2.</b>	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	<b>3.</b>	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	<b>4.</b>	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

## Anlage/n:

## Verteiler:

<b>Referat 1</b>	zur Kenntnis und zum Verbleib
<b>Referat 2</b>	zur Kenntnis und zum Verbleib
<b>Referat 3</b>	zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.
<b>Referat 5</b>	Beschlüsse
<b>Amt 38</b>	Beschlüsse (2fach)
<b>Amt 38/TA/PI/ PP</b>	zur Kenntnis und zur weiteren Veranlassung (Öffentlichkeitsarbeit!)
<b>Referat 6</b>	zur Kenntnis und zum Verbleib
<b>EBB</b>	zur Kenntnis und zum Verbleib